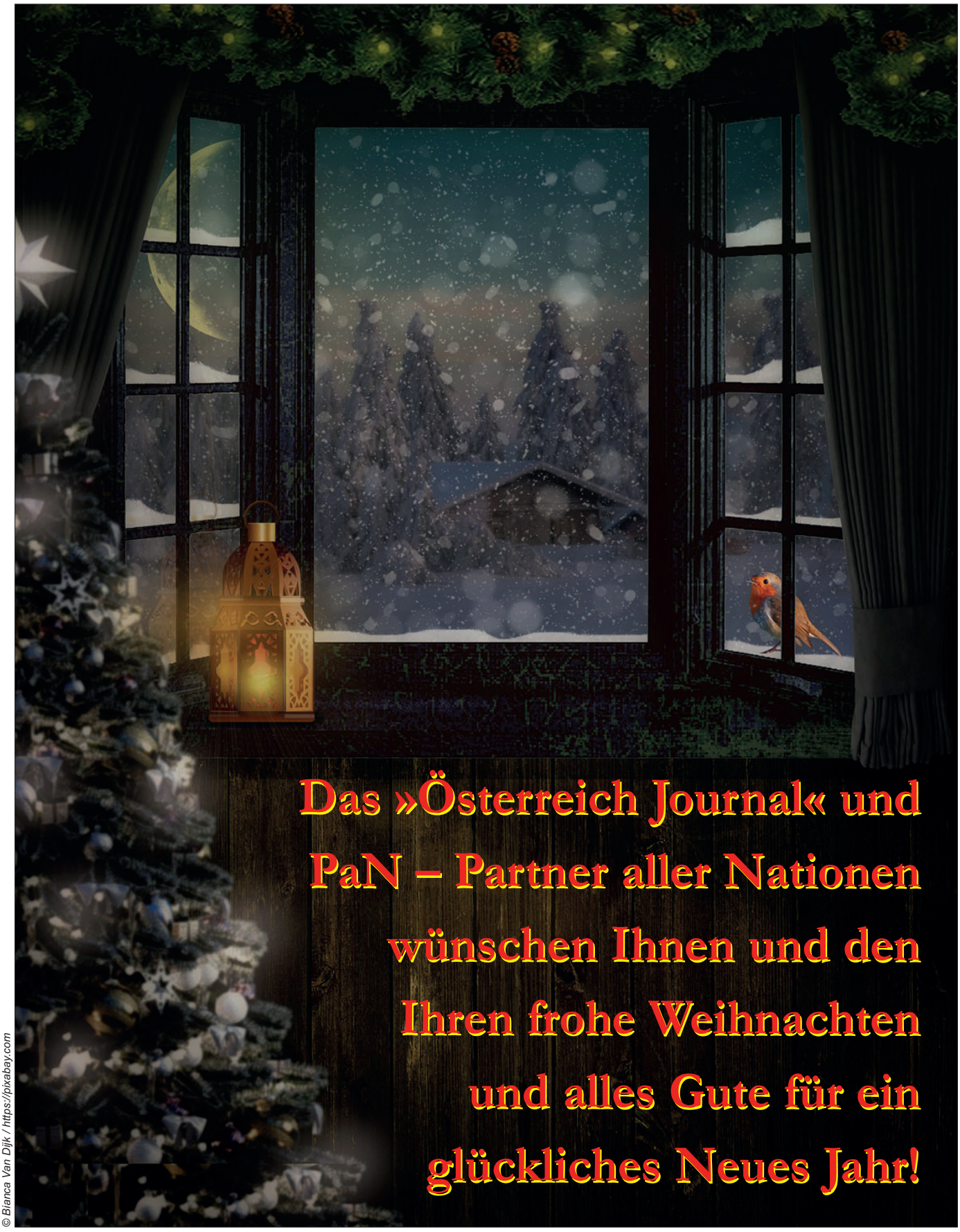
Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Osterreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 201 • 20. Dezember 2021
Das unparteiische, unabhängige Magazin für ÖsterreicherInnen in aller Welt
erscheint ab 2022 vier Mal im Jahr
https://kiosk.oesterreichjournal.at



© Bianca Van Dijk / https://pixabay.com

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

in unserer Ausgabe 200 haben wir über eine neue Regierungsspitze berichtet, einen neuen Bundeskanzler und einen neuen Außenminister. Knapp zwei Monate später wurde nach einer Umstellung innerhalb der ÖVP von Bundespräsident Alexander Van der Bellen eine neue Regierung angelobt – Innenminister Karl Nehammer ist nun Bundeskanzler, Alexander Schallenberg ist wieder Außenminister und Michael Linhart geht als Botschafter nach Berlin. Da unsere Beiträge chronologisch entstanden sind, seien Sie also bitte nicht irritiert, wenn diese jeweils unterschiedliche Namen für ein und dieselbe Funktion enthalten. Etwas kompliziert, aber danke für Ihr Verständnis. Hoffentlich bleiben uns die Namen jetzt eine zeitlang erhalten…

Wir stellen im kommenden Jahr unsere Erscheinungsweise auf vier Ausgaben um, das heißt, unsere Magazine werden im März, Juni, September und Dezember erscheinen und wir hoffen auf Ihre weitere Treue – die Jubiläumsausgabe 200 wurde von Ihnen bereits 155.000 Mal gelesen!

Ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für 2022 wünscht Ihnen und den Ihren

Ihr
Michael Mössmer

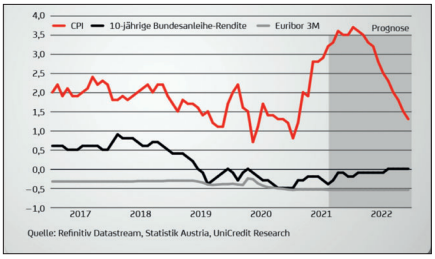
Der Inhalt der Ausgabe 201

Offizieller Besuch der Präsidentin der Republik Moldau 3
Jordanien ist wichtiger Stabilitätsanker im Nahen Osten 4
COP26 – Appell an die Staatengemeinschaft 5
Aus dem Parlament 6
Shoa Namensmauer als Ort der Andacht 16
Aus dem Bundeskanzleramt 24
Aus dem Außenministerium 30
Besetzung von Leitungsfunktionen im Ausland 43
Innenminister Nehammer in Israel 44
COP 26 in Glasgow 45
41 Jahre Jewish Welcome Service 46
Aus den Bundesländern 49
60 Jahre OeAD 61
JustizOnline gewinnt 2. Platz 62
Grüne Wirtschaft für Georgien 63
PaN Generalversammlung 65
Eine PaN-Klimainsel 76
PaN-Preis des BMEIA 77
Kindertransporte aus Wien 80
Erinnern 2.0 82
ÖBB Rail Cargo Group verbindet Italien mit Rußland 84
Brücken bauen für die Wirtschaft »Austria Connect Gulf 2021« 86
Erste Group ist Gründungsmitglied einer UN-Initiative 87
Österreichs Weine begeistern in aller Welt 88
12. Arabisch-Österreichisches Wirtschaftsforum der AACC 90
Landmarke für Frankfurter Skyline 91
Blackshark.ai erstellt 3D-Zwilling 92
Terra Mater Factual Studios 94
Höchste Auszeichnung für DUK 98
Das Internationale Chopin-Festival in der Kartause Gaming 99
Neuer Bundeskanzler 103
Sondersitzung mit Regierungserklärung im Parlament 106
Der Nationalfeiertag 2021 109
Oö: Neue Landesregierung 113
Neustart aus der Pandemie 114
WIFO-Prognose für 2021/2023 117
Konjunktur-Frühschätzung 10/21 118
Bevölkerungsprognose 119
Öffi-Zukunft U2xU5 121
Weintaufe und Bacchuspreis 2021 125
NÖ Landesweintaufe 2021 126
Junkerpräsentation 2021 127
Edita Gruberová † 128
Trauer um Sepp Forcher 129
Neue Präsidentin der Salzburger Festspiele 130
Evangelische Kirchen starten zum Advent ins Jahr der Schöpfung 132
EmK-Delegation bei Bundespräsident Van der Bellen 134
Wien: Geothermie-Forschung blickt unter die Stadt 137
Hightech für die Raumfahrt 139
AUA fliegt mit Altspeiseöl 140
Antikörper der Natur nachgebaut 141
Wasser floß 140 Meter bergauf 143
Der Triga Mark II Reaktor 144
Warum Teekannen immer tropfen 146
Innovatives Luftfahrzeug 147
Tiroler Mundspray kann SARS-CoV2 eliminieren 148
Paul Flora – Zeichnungen 150
Die Sammlung Schedlmayer 155
Ida Maly – Zwischen den Stilen 159
Gerhard Haderer – Kosmos 162
Österreich Fotos 165

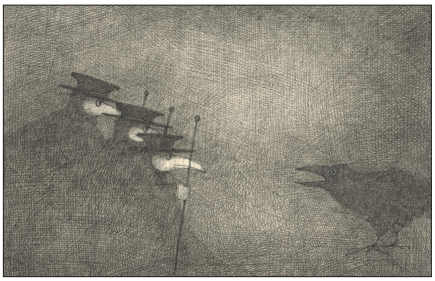
Shoa Namensmauer als Ort der Andacht 16

Neuer Bundeskanzler 103

Nationalfeiertag 2021 109



Neustart aus der Pandemie 114



Paul Flora – Zeichnungen 150

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland. Fotos Seite 2: BKA / Andy Wenzel; Foto: HBF / Peter Lechner; Bundesheer; UniCredit Bank Austria; © Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg sowie Diogenes Verlag, Zürich

Offizieller Besuch der Präsidentin der Republik Moldau

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf seine Amtskollegin Maia Sandu für Gespräche zu Wirtschaftspolitik und Rechtsstaat.

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing Präsidentin Maia Sandu mit militärischen Ehren im Inneren Burghof

Die seit Ende 2020 amtierende Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu, ist bei ihrem ersten offiziellen Besuch in Österreich am 21. Oktober freundlich empfangen worden. Bei einem Auftritt mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen warb sie um Investoren und unterstrich die Bedeutung eines europäisch orientierten Reformkurses für ihr Land.

Von österreichischer Seite gab es Vorschußlorbeeren für Präsidentin Sandu sowie eine Spende von 100.000 Dosen BioNTech/Pfizer an das Land. Damit können zwei Prozent der moldauischen Bevölkerung vollständig gegen Covid-19 geimpft werden. „Mit der neuen Präsidentin und dem Wahlausgang vom Juli eröffnen sich völlig neue Perspektiven“, sekundierte Van der Bellen. Er verwies darauf, daß die neue moldauische Regierung und Maia Sandu Korruptionsbekämpfung als oberste Priorität definiert haben.

„Alle wissen, daß die Unabhängigkeit und die Unbestechlichkeit der Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit auch ökonomischen Gründen wichtige Fundamente unserer Gesellschaft sind“, sagte Alexander Van der Bellen und versicherte seiner Amtskollegin Unterstützung bei ihren Bemühungen und erinnerte daran, daß Österreich und die Republik Moldau 2022 das 30. Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen feiern würden. „Österreich befindet sich unter den zehn größten Auslandsinvestoren in Moldau und das Potential ist sicher noch nicht ausgeschöpft“, sagte er. ■

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Präsidentin Maia Sandu im Gespräch

Jordanien ist wichtiger Stabilitätsanker im Nahen Osten

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf den König von Jordanien zum offiziellen Besuch in Österreich.

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing den König Abdullah von Jordanien mit militärischen Ehren im Inneren Burghof – in der Bildmitte begrüßt der König Außenminister Michael Linhart

Auf Einladung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen stattete König Abdullah von Jordanien 25. Oktober Österreich einen Offiziellen Besuch ab. „Unsere Länder teilen nicht nur viele gemeinsame Interessen und Standpunkte, sondern auch ein Selbstverständnis als Dialogplattform und Vermittler zwischen verschiedenen Kulturen und Ansichten. Mit seiner langjährigen ausgleichenden Politik ist Jordanien ein wichtiger Partner und Stabilitätsanker im Nahen Osten“, betonte Bundespräsident Van der Bellen nach dem Treffen. „Neben den ausgezeichneten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Jordanien war es daher für mich auch eine gute Gelegenheit zum Austausch über regionale Fragen.“

„Schutzsuchenden gegenüber hat sich das Königreich stets sehr großzügig gezeigt. Das

Foto: HBF / Peter Lechner

König Abdullah von Jordanien im Gespräch mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Land nimmt unter anderem eine wichtige Funktion bei der Unterbringung von syrischen Flüchtlingen in der Region ein und beherbergt unter anderem rund 700.000 syrische Flüchtlinge. Hierzu habe ich König Abdullah meine Hochachtung ausgesprochen“, unterstrich der Bundespräsident.

Ähnlich wie in Österreich spielt auch in Jordanien der Tourismus eine wichtige wirtschaftliche Rolle.

Durch die verstärkte Wiederaufnahme direkter Flugverbindungen Wien-Amman nach der Pandemie soll er in beiden Ländern wieder angekurbelt werden. „Ebenso gilt es in den Bereichen Kultur und Wissenschaft die – insbesondere in der Archäologie bereits seit Langem bestehende – enge bilaterale Zusammenarbeit weiter zu fördern. König Abdullah fühlt sich Österreich besonders verbunden. Das hat er in unserem Gespräch mehrfach betont“, so der Bundespräsident.

Im Fokus der Gespräche in der Hofburg stand neben bilateralen und regionalen Themen auch die Bekämpfung der Klimakrise. „Jordanien ist als Wüstenstaat von der Klimakrise besonders stark betroffen. Wasserknappheit ist ein großes Thema. Im Vorfeld der Teilnahme von König Abdullah an der UNO-Klimakonferenz COP26 in Glasgow nächste Woche haben wir auch über dieses so wichtige Thema gesprochen“, so Van der Bellen abschließend.

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) empfing den König Abdullah von Jordanien

Jordanien feiert dieses Jahr sein 100jähriges Bestehen. Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat Jordanien 2018 einen offiziellen Besuch abgestattet, ein weiteres Treffen mit König Abdullah fand noch im selben Jahr in New York statt. ■

http://www.ojfg.at/

COP26 – Appell an die Staatengemeinschaft: Ambitionen erhöhen, Ausstieg aus fossilen Energien beschleunigen

Auch wenn wichtige Fortschritte erzielt wurden, insgesamt reichen die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz deutlich nicht aus, um die globale Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen und die Klimakrise wirksam einzudämmen“, appellierte Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 14. November anläßlich des Abschlusses der Verhandlungen bei der COP26 in Glasgow. Die Staatengemeinschaft muß ihre Ambitionen bis zur nächsten Klimakonferenz in Ägypten im Herbst 2022 deutlich erhöhen und den Ausstieg aus der Nutzung klimaschädlicher fossiler Energien beschleunigen.“

Klares Bekenntnis zum 1,5 Grad-Ziel

„Wichtig ist das klare Bekenntnis zum 1,5 Grad-Ziel im Abschlussdokument der Konferenz. Als Fortschritte sind auch die neue Festlegung konkreter Klimaziele einzelner Staaten oder die Absichtserklärungen von Staatengruppen in den Bereichen Waldschutz, Begrenzung der Methan-Emissionen oder dem Ende des Verbrennungsmotors zu werten. Wirksam werden diese Ankündigungen aber nur, wenn sie auch umgesetzt werden“, so Van der Bellen.

Wo mehr getan werden muß

„Enttäuschend ist, daß ein Bekenntnis zum Ausstieg aus der Kohlenutzung in letzter Minute abgeschwächt wurde und finanzielle Zusagen an den globalen Süden nicht eingehalten wurden. Insgesamt reichen die bisher angekündigten und beschlossenen Maßnahmen bei weitem nicht aus, um die Klimakatastrophe wirksam einzudämmen. Auch im Bereich der Klimafinanzierung oder was die Einbindung von Nichtregierungsorganisationen und direkt von der Klimakrise betroffenen Gruppen in die Verhandlungen betrifft, wurde zu wenig erreicht bzw. getan.

Das sind schlechte Nachrichten für uns alle. Für die Inselstaaten im Pazifik und im Indischen Ozean, die jetzt bereits gegen das Untergehen ankämpfen. Für unsere Gletscher, die in den nächsten Jahren weiter schmelzen werden. Für unsere Bauern und Forstwirte, die sich auf verschlechternde klimatische Bedingungen werden einstellen müssen. Für Millionen von Menschen in Afrika, die bereits jetzt – wie aktuell gerade in Madagaskar – an einer Hungersnot dramatischen Ausmaßes leiden, die direkt durch die Klimakrise bedingt wurde. Die bereits jetzt lokale Erhitzung im Ausmaß von bis zu 3 Grad Celsius spüren und die sich auf die Suche nach neuen Wasserquellen, nach neuem Weideland, nach einem Zuhause machen müssen. Die Anzahl der Klimaflüchtlinge wird weltweit weiter zunehmen, wenn wir nicht rasch gegensteuern“, sagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Zuversichtlich bleiben

„Dennoch müssen wir zuversichtlich bleiben und alles daransetzen, den Umbau für eine klimaneutrale Gesellschaft voranzutreiben. Ich danke dem Organisationsteam der COP und Präsident Alok Sharma für ihren Einsatz, ich danke allen Delegationen und den Vertreterinnen und Vertretern der Klimabewegung – insbesondere der Jugend – und ganz besonders auch Frau Bundesministerien Leonore Gewessler und ihrem Verhandlungsteam, die für die EU die wichtige Frage der Marktmechanismen verhandelt haben. Wichtig ist, daß wir in Österreich beim Klimaschutz konsequent daran arbeiten, das ambitionierte Ziel der Klimaneutralität bis 2040 auch zu erreichen“, sagt Bundespräsident Van der Bellen. ■

Aus dem Parlament

Parlamentarische Kooperation mit Bosnien und Herzegowina

Zur Abschlußkonferenz des von der Europäischen Kommission ausgeschriebenen Twinning Projekts reiste Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 18. Oktober nach Sarajewo. Unter dem Motto „Empowerment and Further support to the Parliaments of Bosnia and Herzegovina in EU integration tasks“ besprachen die Parlamentspräsidenten der drei implementierenden EU-Mitgliedsstaaten Österreich, Ungarn, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina unter anderem den EU-Integrationsprozeß am Westbalkan und die gemeinsamen Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie.

Prioritätenplan für die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Die TeilnehmerInnen der Abschlußkonferenz waren sich einig, die Gelegenheit zu nützen, weitere konkrete Schritte zur Unterstützung und Zusammenarbeit auch nach dem Ende des Twinning Projekts zu besprechen. Nicht nur aus einer historischen Verbundenheit, sondern auch zur Sicherung der Stabilität in der Region habe sich Österreich von Beginn an für die Heranführung der Länder des Westbalkans an die EU eingesetzt, erklärte Sobotka. Die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Institutionen als Grundvoraussetzungen für einen EU-Beitritt, sei für Österreich, ein besonderes Anliegen.

Als herausragende Errungenschaft des Twinning Projekts hob der Nationalratspräsident die Verabschiedung des Prioritätenplans, der eine zentrale Handlungsanleitung für die kommenden Monate darstelle, hervor. Dieser enthält Maßnahmen wie die Verbesserung der Verwaltungsstrukturen der Parlamente und die Sicherstellung der ordentlichen Funktionsweise des parlamentarischen Kooperationsmechanismus. Auch ein gemeinsamer Aktionsplan für die Kantonversammlung sowie ein Study Visit der PräsidentInnen der Kantonsversammlung in Österreich gehören zu den Erfolgen des parlamentarischen Kooperationsprojektes.

Rechtsstaatlichkeit, das Funktionieren der demokratischen Institutionen und die Wahrung der Grundrechte seien zentrale europäische Werte, die es zu implementieren gelte. Die ParlamentarierInnen haben eine Schlüsselrolle im EU-Annäherungsprozeß, konstatierte der Nationalratspräsident und plädierte an die TeilnehmerInnen: „Nehmen Sie dieses window of opportunity wahr, das sich gerade jetzt bietet“, denn „Bosnien und Herzegowinas Zukunft liegt in der EU.“

Foto: Parlamentsdirektion / Vanja Cerimagic

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am Wort beim Abschlußevent des Twinning Projekts in Bosnien und Herzegowina

Foto: Parlamentsdirektion / Vanja Cerimagic

Marko Pavić, Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung und Fonds der Europäischen Union, Gesandter des Präsidenten des kroatischen Parlaments

Zum Auftakt traf Wolfgang Sobotka den Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, Christian Schmidt, zum Arbeitsfrühstück, bei dem die Einheit und Souveränität Bosnien und Herzegowinas als wesentliche, unverhandelbare Elemente der Stabilität der Region im Zentrum stand. Eine erneute Verstärkung des Engagements der internationalen Gemeinschaft, vor allem der EU, sei notwendig, um eine positive Entwicklung des Landes sicherzustellen, so Sobotka.

Im Anschluß besuchte der Nationalratspräsident Außenministerin Bisera Turković, der er die ungebrochene politische Unterstützung Österreichs für die Annäherung des Westbalkans und im Speziellen Bosnien und Herzegowinas an die Europäische Union ausdrückte. Gemeinsam wurden die demo-

kratiepolitischen Voraussetzungen für EU-Beitrittsgespräche und die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie der beiden Länder erörtert.

Beim darauf folgenden Gespräch mit den Vorsitzenden der zwei Kammern des Parlaments von Bosnien und Herzegowina, Denis Zvizdić und Bakir Izetbegović sowie deren Stellvertretern, betonte Sobotka die sehr engen und freundschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten, die sich in zahlreichen Partnerschaften und Kooperationen auf verschiedenen Ebenen manifestieren würden. Gerade die Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene sei im Hinblick auf den EU-Integrationsprozeß besonders relevant, zeigten sich die Parlamentspräsidenten überzeugt.

Daß der Westbalkan eine außen- und europapolitische Priorität Österreichs bleibt, schlug sich auch im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ministerrates von Bosnien und Herzegowina Zoran Tegeltija nieder. Die Glaubwürdigkeit der Perspektive eines EU-Beitritts sei auch für die Stabilität der gesamten Region entscheidend, könne zur Eindämmung der massiven Abwanderungstendenzen beitragen und wirke für die betreffenden Staaten als Reform-Motor. Um diese Perspektive weiterhin zu stärken, die Einheit des Landes zu festigen und weitere Fortschritte bei den Reformen zu erreichen, sei es notwendig, daß alle involvierten Parteien ausreichend Bereitschaft zum Dialog und den notwendigen Kompromissen aufbringen, so der Tenor des Gespräches.

Weitere Besuche des Tages führten Nationalratspräsident Sobotka zu Benjamina Karić, der Bürgermeisterin von Sarajewo, und in die dortige Ashkenazi Synagoge zum Präsidenten der jüdischen Gemeinschaft Jakob Finci. Beim Refocus Austria Business Talk tauschte er sich mit VertreterInnen der österreichischen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina über die Chancen der ökonomische Erholungsphase nach der COVID-19-Krise aus.

Twinning Projekt: Österreichisches Engagement für Parlamentarismus am Westbalkan

Das EU-Twinning Projekt wird von einem Konsortium zwischen dem ungarischen Parlament als Project Leader und dem österreichischen sowie dem kroatischen Parlament jeweils als Junior Member State durchgeführt. Im Zentrum stehen der Ausbau der Kompetenzen der EU-Organisationseinheiten in den Parlamenten auf staatlicher, föderaler und regionaler Ebene, die Vertiefung der Kooperation der Parlamente in EU-Angelegenheiten, die Verbesserung der Kompetenzen der administrativen Strukturen sowie die Entwicklung der Kompetenzen der Kantonsversammlungen. ExpertInnen der österreichischen Parlamentsdirektion sind dazu in mehreren Themenbereichen, u.a. in der Beratung bei Kommunikationsstrategien, Personalwesen, europäische Integration, und Budgetplanung der Parlamente von Bosnien und Herzegowina im Einsatz. ■

Zukunft Europas aus der Sicht der Jugend des Westbalkans

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Die Zukunft Europas aus der Sicht der Jugend des Westbalkans

In den Parlamenten in Österreich und Frankreich kommen Jugendliche aus Westbalkanstaaten im Rahmen je einer Diskussionsveranstaltung zur „Konferenz zur Zukunft Europas“, die europaweit im Mai 2021 gestartet ist, zu Wort. In den beiden Zusammentreffen wird auf Einladung des EU-Unterausschusses des Nationalrats und des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung jeweils gemeinsam mit Abgeordneten und österreichischen bzw. französischen Jugendlichen das Thema „Die Zukunft Europas aus der Sicht der Jugend des Westbalkans“ beleuchtet. Die erste Diskussionsveranstaltung fand am 28. Oktober im Parlament in der Hofburg in Wien statt; die zweite Veranstaltung soll in Frankreich abgehalten werden.

Zur Debatte mit den jungen TeilnehmerInnen aus den Westbalkanstaaten, an der auch Parlamentsabgeordnete aus Österreich und aus Frankreich teilnahmen, stand etwa, was die Europäische Union beitragen kann, um starker Abwanderung der Jugend aus den Westbalkanländern entgegen zu steuern. Außerdem wurde erörtert, worin Jugendliche die größten Herausforderungen für ihre Heimatländer sehen, um die EU-Beitrittschancen zu beschleunigen. Thema waren auch die Erwartungen an die Mitgliedsstaaten der EU und an die EU-Institutionen.

In seinen Begrüßungsworten hob der Obmann des EU-Unterausschusses des Nationalrats Reinhold Lopatka hervor, daß in der Begleitung der EU-Zukunftskonferenz das österreichische Parlament insgesamt sehr auf

die Jugend setze. So finden fünf Workshops mit Jugendlichen aus Österreich in der Demokratiewerkstatt des Parlaments statt, zu denen je ein Parlamentsklub die „Patenschaft" für ein EU-Zukunfts-Thema übernommen hat. Ebenso wie die Ideen aus diesen Workshops sollen auch die Ergebnisse der heutigen Veranstaltung in die Debatte zur Konferenz zur Zukunft Europas auf europäischer Ebene einfließen, so Lopatka. Die jungen TeilnehmerInnen aus den Westbalkanstaaten leben oder studieren ihm zufolge derzeit in Österreich. Was die Beziehungen zum Westbalkan betreffe, habe Österreich darauf immer einen Schwerpunkt gelegt. Lopatka betonte, für die heutige Diskussion sei es nicht vordergründig, aus welchem Nationalstaat man komme, wenngleich die Nationalstaaten große Bedeutung für die EU haben.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Obmann des EU-Unterausschusses des Nationalrats, Reinhold Lopatka

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Rede von Stellvertretende Vorsitzende des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung Liliana Tanguy

Zukunftsfragen aus der Sicht der Westbalkan-TeilnehmerInnen

Was ein Gegensteuern zur Abwanderung der Jugend aus den Westbalkanländern betrifft, wurde seitens der jungen TeilnehmerInnen unter anderem das Thema Bildung angesprochen. So wurde etwa Bildung als Schlüssel bezeichnet, auch, um das Wissen über die Beitrittsverhandlungen zu vertiefen. Als positiver Ansatz wurde hervorgestrichen, daß es in Österreich möglich sei, zu studieren und gleichzeitig zu arbeiten, um selbst Geld verdienen zu können. Auch eine Harmonisierung der Bildungssysteme wurde als Anliegen vorgebracht.

Im Sinne der Motivation wäre eine proaktive Unterstützung für Beitrittsverhandlungen seitens der EU positiv, meinte eine Teilnehmerin. Angeregt wurde auch eine Schaffung von Kommunikationsbrücken zwischen Einheimischen in Westbalkanländern und jenen, die bereits emigriert sind. Auch die Gesundheitssysteme in den Westbalkanländern seien ein wichtiger Aspekt, wenn es darum gehe, der Abwanderung gegenzusteuern. Insgesamt bräuchten Jugendliche Möglichkeiten für eine dynamische Entwicklung. Aufgeworfen wurde auch ein sogenannter „Brain-Drain", also eine Abwanderung hochqualifizierter Kräfte, dem es mit Strategien und Maßnahmen gegenzusteuern gelte.

Ein Teilnehmer thematisierte, daß in der Diskussion zur Zukunft des Westbalkans die Entwicklung nachhaltiger grüner Energieformen leider fast keine Rolle spiele. Es brauche außerdem gleiche Chancen für alle, etwa im Hinblick auf Arbeitsplätze. Neben Themen wie Korruption gelte es, auch über Menschenrechte und Minderheitsrechte zu diskutieren. Eine Teilnehmerin würde sich verstärkte Möglichkeiten für Praktika in der EU wünschen, mit der Option, sich dann auch dort weiterentwickeln zu können. Aufgeworfen wurde auch, daß es mehr Unterstützung für junge Menschen und für die entsprechenden Jugendorganisationen brauche.

Als weiterer Aspekt wurde genannt, daß die Stimme der Jugend gehört werden sollte, um sich mehr auf die Gemeinsamkeiten der Länder zu beziehen. Auch die regionale Kooperation zu verstärken wurde thematisiert. Ein Teilnehmer bezeichnete eine europäische Zukunft als alternativlos; es brauche aus seiner Sicht eine starke europäische Präsenz auf dem Westbalkan und eine proaktive Rolle der EU im Verhandlungsprozeß. Er hielte es für sinnvoller, die Westbalkan-Länder individuell zu bewerten als im „Paket". Aufgeworfen wurde in einem Statement auch, daß sich junge Menschen ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit der EU erwarten.

Die Zukunft Europas ist auch die Zukunft der Jugend in den Westbalkanstaaten

Eva Maria Holzleitner (SPÖ) bezog sich auf die Stimmen der Jugend des Westbalkans und betonte, daß auch in ihren Händen die Zukunft Europas liege. Gerade deshalb müsse ihnen und ihren Anliegen Gehör über die verschiedensten Kanäle, wie hier auf parlamentarischer Ebene, verschafft werden. Besonders ging sie auf den Wunsch nach Selbstbestimmung ein, der aus den verschiedenen Wortmeldungen durchklang. Es müs-

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

sen klare Perspektiven in Verbindung mit klaren Reglements geschaffen werden, so Holzleitner. Sie sah sich selbst auch als „Bündnispartnerin“ was die Senkung des Wahlalters betrifft und forderte generell mehr Mitsprachemöglichkeiten, auch für die Jugend der EU-Mitgliedsstaaten.

Christian Hafenecker (FPÖ) sprach die Problematik des Brain Drain aus den Westbalkanstaaten an. Dieser schade der Region erheblich und sei mit ein Grund, warum er einem EU-Beitritt der betreffenden Staaten eher kritisch gegenüberstehe. Dieser würde ein Tor öffnen, wodurch noch mehr junge Menschen ins Ausland strömen würden. Stattdessen schlug er eine privilegierte Wirtschaftspartnerschaft vor, um die dortigen Ökonomien zu stärken. Es brauche ein Stufenprogramm bzw. eine schrittweise Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU. Zudem sprach er von ethnischen Konfliktlagen, in denen Österreich vermittelnd einwirken könne. Man dürfe die Augen nicht vor solchen Problemen verschließen und müsse zugleich weitere parlamentarische Impulse zur Verbesserung der Lage setzen.

Auch der NEOS-Abgeordnete Nikolaus Scherak unterstrich die Wichtigkeit einer Zukunftsperspektive für die Region, welche nur allzu oft aus den Augen verloren werde. Er sprach sich für einen EU-Beitritt der Westbalkanstaaten „so rasch und ordentlich wie möglich“ aus und akzentuierte die Verantwortung der EU insbesondere was die Förderung der Rechtstaatlichkeit und der Korruptionsbekämpfung angeht. Die EU dürfe in der Region kein „Vakuum“ hinterlassen, welches sonst von anderen Großmächten gefüllt werden könnte, was die vorherrschenden Problemlagen intensivieren würde. Vor allem ein funktionierender Rechtsstaat sei die Grundlage für das Funktionieren aller anderen Bereiche der Gesellschaft und auch die Basis für ein weiteres Vorantreiben der Beitrittsgespräche, erklärte Scherak. Speziell für die Jugend müssten Möglichkeiten geschaffen werden, um die Werte der EU zu erfahren, denn es gebe für den Westbalkan keine Alternative zu einem europäischen Weg.

Französische Abgeordnete sprechen von einer europäischen »Schicksalsgemeinschaft«

Die Abgeordneten der französischen Nationalversammlung zeichneten ein differenziertes Bild der Beitrittsmöglichkeiten für die Westbalkanstaaten. Auch sie sprachen den Jugendlichen ihre Unterstützung aus und äußerten Verständnis für die Sorgen um ihre Zukunftschancen. Die Jugend vieler EU-Mitgliedsstaaten stünde vor ähnlichen Problemlagen. Eine nachhaltige Heranführung an die EU könne jedoch nicht über Nacht erfolgen und setze die effektive Eindämmung destruktiver Faktoren wie Korruption und Kriminalität voraus. Zudem sei für Frankreich vor allem die Achtung der europäischen Werte und deren Integration in die nationalstaatlichen Normensysteme zentral.

Generell seien sich die verschiedenen Fraktionen der französischen Nationalversammlung nicht einig, was die europäische Vorgehensweise gegenüber den Westbalkanstaaten betreffe. Man dürfe jedoch in Bezug auf die interparlamentarische Kooperation nicht locker lassen um eine Verbesserung der Lage zu erreichen. Dazu sei es notwendig sich nicht nur mit gefälligen Phrasen zufrieden zu geben oder sich in Träumereien zu ergehen, sondern den Problemen ins Auge zu sehen um einen pragmatischen und realistischen Annäherungsprozess voranzutreiben. Auch die Einbeziehung der Standpunkte der einzelnen Staaten der Region sei dabei ausschlaggebend, da man sich zusammen in einer „Schicksalsgemeinschaft“ mit starken Interdependenzen befinde. Die EU sehe sich genauso wie die Staaten des Westbalkans mit einer Wertekrise konfrontiert, in der es um einen offenen und ehrlichen Umgang miteinander ankomme um gemeinsam vorangehen zu können.

Vorsitzende des französischen Europaausschusses Thillaye über die gemeinsame Identitätssuche

Die Vorsitzende des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung, Sabine Thillaye, sprach in ihren Abschlußworten die Wichtigkeit des gegenseitigen Kennenlernens an. Dieses sei bisher noch zu wenig erfolgt und müsse durch eine Verstärkung der kulturellen Austauschmöglichkeiten nachgeholt werden. Die EU als relativ junges Projekt ohne historische Vergleichsmöglichkeiten sei noch auf der Suche nach ihrer Identität, in der die „banale und gleichzeitig wichtige Frage“ was wir als EuropäerInnen gemeinsam erreichen wollen, entscheidend sei. In die Beantwortung dieser Frage soll auch der Westbalkan und besonders seine Jugend miteinbezogen werden. Dieser Aushandlungsvorgang müsse zu gemeinsamen Grundätzen führen, welche die Basis für ein verstärktes gegenseitiges Vertrauen liefern könnten. Das langfristige Ziel eines EU-Beitritts erfordere zunächst die Lösung kurz- und mittelfristiger Fragen wie die der Korruption und der Kriminalität. Denn diese könnten sich im weiteren Annäherungsprozeß als „Bomben“ erweisen, die alle Bemühungen zum Erliegen bringen könnten. Dieser Prozess dürfe keine Einbahnstraße sein, betonte Thillaye, sondern benötige das ehrliche Engagement beider Seiten.

Die Veranstaltung ist Teil des Diskussionsprozesses über die künftige Ausrichtung und Gestaltung der EU und fand im Rahmen der im Mai 2021 gestarteten „Konferenz zur Zukunft Europas“ statt. Österreich und Frankreich setzten sich im Vorfeld für die Einbindung der Westbalkanstaaten in diesen Prozeß ein. ■

https://futureu.europa.eu/?locale=de

Nationalratspräsident Sobotka im Austausch mit dem Präsidenten der französischen Nationalversammlung Ferrand

Im Zuge eines Auslandsbesuchs in Paris traf Nationalratspräsident Wolfang Sobotka am 3. November mit dem Präsidenten der französischen Nationalversammlung Richard Ferrand zusammen. Sobotka hob in dem Gespräch die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen hervor. Neben den engen und positiven Beziehungen in Bereichen wie Wirtschaft, Tourismus und Kultur verbinde die beiden Länder auch leidvolle Erfahrungen des Terrorismus, betonte der Nationalratspräsident. Er bedankte sich auch für die verstärkte Zusammenarbeit nach den Terroranschlägen in Frankreich und Wien 2020.

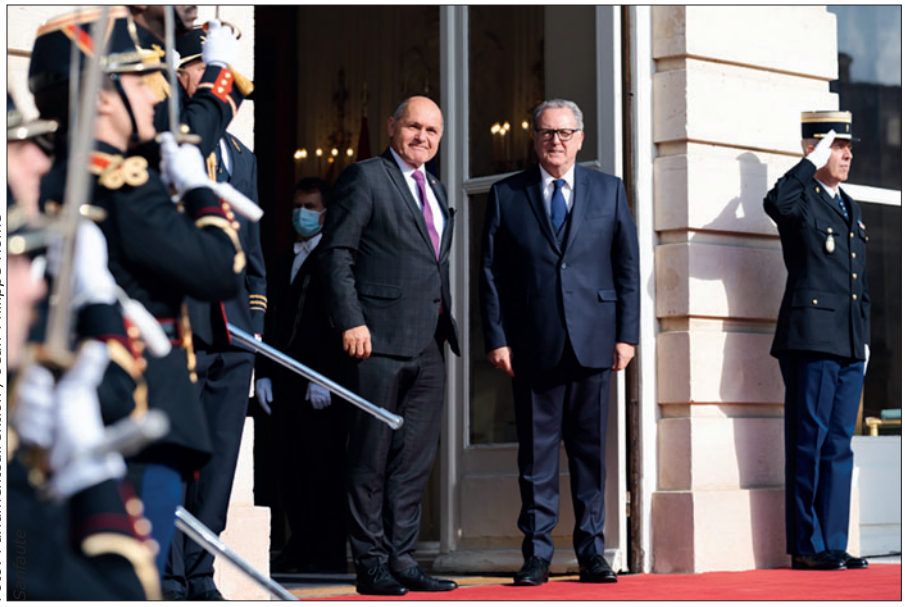


Foto: Parlamentsdirektion / Jean-Philippe Homé-Sanfaute

Militärparada anläßlich des Treffens von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (l.) mit dem Präsidenten der Assemblée Nationale Richard Ferrand

Foto: Parlamentsdirektion / Jean-Philippe Homé-Sanfaute

Kranzniederlegung am neu umbenannten Platz in Paris zu Ehren von Lehrer Samuel Paty

Französischer EU-Ratsvorsitz im 1. Halbjahr 2022

Das Motto „Aufschwung, Kraft, Zugehörigkeit“ sei gut gewählt, hob Sobotka im Gespräch über die geplanten Prioritäten des französischen EU-Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2022 hervor. Der nachhaltige Aufschwung und eine damit verbundene zukunftsorientierte Politik müssen zentrale Anliegen sein.

Antisemitismus ist antidemokratische Haltung

Es sei wichtig, gemeinsam für Demokratie und Pluralismus einzutreten und Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen, betonte Sobotka und zeigte sich überzeugt, daß Antisemitismus eine antidemokratische Haltung sei. Er hob dabei als wichtige Zeichen gegen Antisemitismus die #WeRemember-Kampagne des Jüdischen Weltkongresses und der UNESCO zum Gedenken an die Opfer der Shoah und den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar hervor. Sobotka schlug ein gemeinsames Gedenken beider Parlamente an diesem Tag vor. Der Umgang mit Migration, Integration und Radikalismus waren ebenfalls Thema des Austausches mit Ferrand.

Herausforderungen durch die Corona-Krise

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie diskutierte der Nationalratspräsident gemeinsam mit Amtskollegen Ferrand unter anderem die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise, insbesondere die Auswirkungen von Reisebeschränkungen auf den Tourismus, den Stand der Impfkampagnen und die Impfbereitschaft.

EU-Zukunftskonferenz und BürgerInnenbeteiligung

Die derzeit laufende EU-Zukunftskonferenz sei ein wesentliches Element der umfassenden Beteiligung von BürgerInnen, erklärte Sobotka und begrüßte das Rederecht der Westbalkanstaaten in der Plenarversammlung und deren aktiven Zugang zur mehrsprachigen digitalen Plattform. Es sei wichtig, die Länder und die Jugend des Westbalkans in die Debatte über die Zukunft Europas einzubeziehen und hob dabei zwei gemeinsame Veranstaltungen der beiden Volksvertretungen zur „Zukunft Europas aus der Sicht der Jugend des Westbalkans“ positiv hervor. Die Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments würde das Thema „Zukunftskonferenz“ ebenfalls aktiv aufgreifen, verwies Sobotka auf eine Serie von fünf Workshops unter Patenschaft jeweils einer Parlamentsfraktion zu wichtigen Themen der Zukunftskonferenz.

EU-Erweiterung und Westbalkan

Sobotka erkundigte sich beim Präsidenten der Nationalversammlung, wie er die Ent-

wicklung am Westbalkan und die Zukunft des Erweiterungsprozesses einschätze. Die Glaubwürdigkeit der Perspektive eines EU-Beitritts sei für die Stabilität der gesamten Region entscheidend, zeigte Sobotka sich überzeugt und bekundete die Hoffnung auf eine zügige Weiterverführung des Beitrittsprozesses unter dem französischen EU-Ratsvorsitz.

Parlamentarische Zusammenarbeit stärken

Die beiden Präsidenten tauschten sich auch über die Sicherheit von Parlamenten aus. Sobotka zeigte sich überzeugt, daß der Schutz des österreichischen Parlaments immer wichtiger werde. Das Parlament sei das Herzstück der Demokratie, dementsprechend müsse seine Sicherheit gewährleistet sein. Die Politik sei laufend mit neuen extremistischen Strömungen konfrontiert.

Insgesamt hofft Sobotka, daß die Beziehungen und der parlamentarische Kontakt zwischen den beiden Ländern weiter intensiviert werde. Erfreut zeigte er sich über den Austausch zwischen den beiden Parlamenten, wie zuletzt bei einem Treffen eine Woche zuvor zwischen Mitgliedern der EU-Ausschüsse beider Volksvertretungen oder einer gemeinsamen Veranstaltung der Ausschüsse im Rahmen der „Konferenz zur Zukunft Europas zum Westbalkan“.

Foto: Parlamentsdirektion / Jean-Philippe Homé-Sanfaute

Beim Besuch der großen Moschee in Paris: Wolfgang Sobotka im Gespräch mit dem Rektor der Großen Moschee Paris, Chems-eddine Hafiz

Kranzniederlegung zum Gedenken an die Ermordung von Lehrer Samuel Paty

Zum Gedenken an die Ermordung des Lehrers Samuel Paty legte Nationalratspräsident Sobotka zu dessen Ehren einen Kranz an dem nach ihn neu benannten Platz in Paris nieder. Sobotka zeigte sich bestürzt über die Folgen von Terrorismus und betonte, daß die Meinungsfreiheit ein Grundpfeiler jeder demokratischen Gesellschaft sei. Die Politik werde mit allen Mitteln dafür Sorge tragen, daß dieses wichtige Gut vor jeglichem Eingriff geschützt werde.

Weitere Gespräche führte Sobotka unter anderem mit Senatspräsident Gérard Larcher, mit dem Oberrabbiner Haim Korsia sowie dem Rektor der Großen Moschee Paris Hafiz Chems-Eddine. Auch das nationale Holocaust-Denkmal „Memorial de la Shoah“ sowie die österreichisch-französische Freundschaftsgruppe in der Nationalversammlung und im Senat wurden besucht. ■

»Alpenländische Zwillinge«: Nationalratspräsident Sobotka im Austausch mit seinem Schweizer Amtskollegen Andreas Aebi

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka tauschte sich am Nachmittag des 16. November mit dem Präsidenten des Schweizer Nationalrats, Andreas Aebi, im Wiener Palais Epstein aus. Thema des Arbeitsgespräches war die bilaterale und europäische Kooperation in der Bekämpfung der Covid-19-Krise, in wirtschaftlichen Belangen und vor allem im Bereich der Forschung und Wissenschaften. Beide Parlamentspräsidenten betonten die Relevanz der traditionell engen Beziehungen beider Länder und wünschten diese noch weiter auf verschiedenen Ebenen zu verstärken. Neben klarer Worte, die im Hinblick auf die Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union ausgesprochen wurden, zeigten sich beide Seiten überzeugt, daß eine Bewältigung der Folgen der Covid-19-Krise nur in bilateraler und europäischer Zusammenarbeit zu meistern sei.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) und sein Schweizer Amtskollege Andreas Aebi

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.), Parlamentsdirektor Dossi (2.v.r.) und der Schweizer Nationalratspräsident Andreas Aebi (l.)

Sobotka: Österreischisch-schweizerische Partnerschaft kann »Türöffner« für Beziehungen zur EU sein

Sobotka begrüßte die seit jeher exzellenten bilateralen Beziehungen und die enge vertrauensvolle Nachbarschaft zwischen der Schweiz und Österreich. Die neue strategische Partnerschaft zwischen den beiden Nationen mit dem Fokus auf den Ausbau der Kooperationen in Bereichen wie BürgerInnenservice oder Wissenschaft und Forschung sei daher sehr erfreulich. Es sei auch wichtig, diese Partnerschaft auf der parlamentarischen Ebene zu begleiten, unterstrich Sobotka. Andreas Aebi pflichtete seinem Amtskollegen bei und betonte ebenfalls die traditionell enge Bindung der beiden Staaten. Österreich sei eines der wenigen Länder, das auch die besonderen demokratischen Gepflogenheiten der Schweiz verstehe, führte Aebi aus und sprach in diesem Zusammenhang von „Zwillingen aus den Alpenländern".

Deshalb setze die Schweiz auch hinsichtlich der Beziehungen zur Europäischen Union sehr auf seine Nachbarländer und im Speziellen auf Österreich, erklärte Aebi. Eine engstmögliche Anbindung der Schweiz an die EU sei auch für Österreich ein großes Anliegen, entgegnete Sobotka und betonte, daß gemeinsame Lösungen gefunden werden müssen. Die Schweiz habe einen speziellen Weg in die europäische Integration gewählt, das sei ihr souveränes Recht und werde von Österreich anerkannt. Sie sei auch ein integraler Partner des Binnenmarktes. Hinsichtlich der von der Schweiz abgebrochenen Verhandlungen für einen Rahmenvertrag, erklärte Sobotka, daß es wichtig sei, Möglichkeiten der intensiven Zusammenarbeit zu schaffen. Denn Europa könne nur als Großes und Ganzes weltpolitisch erfolgreich agieren, zeigte sich der Nationalratspräsident überzeugt und merkte an, daß die österreichisch-schweizerische Partnerschaft als „Türöffner" für eine Intensivierung der Beziehungen zur EU fungieren könne.

Gemeinsam gegen die Folgen der Covid-19-Pandemie

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie bedankte sich Sobotka bei seinem Amtskollegen für die gute bilaterale Zusammenarbeit und für die Schweizer Regelungen bezüglich der GrenzgängerInnen und Grenzgebiete. Auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie wurden eingehend besprochen, wobei beide Seiten ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß diese Folgen nicht jeder Staat für sich bewältigen könne. Gerade die Pandemie habe die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und Wissenschaft demonstriert, erklärte Sobotka und drückte seinen Wunsch aus, auch hier eine engere Zusammenarbeit mit der Schweiz und ihren renommierten Forschungsinstitutionen zu pflegen. Der Austausch dürfe auf diesem essentiellen Gebiet nicht bürokratisch verkompliziert, sondern müsse im Interesse aller erleichtert werden, plädierte der Nationalratspräsident. Schließlich habe die Möglichkeit der engen internationalen Zusammenarbeit bereits wesentlich zur Entwicklung des Impfstoffes beigetragen.

Es bedürfe einer Kooperation auf Augenhöhe, wobei der Dialogprozeß idealerweise auf parlamentarischer Ebene begleitet werden solle, zeigten sich die Parlamentspräsidenten einig und beschlossen weitere Schritte, wie eine Zusammenkunft der Forschungsausschüsse beider Parlamente. Sobotka dankte seinem Schweizer Amtskollegen für die hervorragende Zusammenarbeit und verlieh seinem Wunsch Ausdruck, die guten Beziehungen auch mit Aebis Nachfolgerin im Amt Irène Kälin fortzuführen. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Beim Eintrag ins Gästebuch des Parlaments

Bekämpfung von Antisemitismus ist Aufgabe von Parlamenten

Die Bekämpfung des vielerorts erstarkenden Antisemitismus sei insbesondere eine Aufgabe von Parlamenten, erklärte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei einem virtuellen Gespräch mit Europaabgeordneten und Mitgliedern der „Working Group Against Antisemitism“ des Europäischen Parlaments am Nachmittag des 17. November.

Themen des Gesprächs waren europaweite Kooperationen und Initiativen, unter anderen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Jänner.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Virtuelles Gespräch zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und den Vorsitzenden der „Working Group on Antisemitism“ des Europäischen Parlaments

Rolle der Parlamente

Als Nationalratspräsident sei es ihm ein zentrales Anliegen, Antisemitismus in jeglicher Form entschlossen entgegenzutreten und dazu beizutragen, einen gesamtgesellschaftlich wirksamen Gegenentwurf zu schaffen. Das österreichische Parlament verstehe sich als wichtiger Ort der österreichischen Gedenk- und Erinnerungskultur und fördere seit Jahren Maßnahmen und Projekte. So hob der Nationalratspräsident die Antisemitismusstudie des österreichischen Parlaments hervor, bei der seit 2018 alle zwei Jahre eine empirische Datenerhebung zum Thema Antisemitismus in Österreich durchgeführt wird.

Mit dem Simon-Wiesenthal-Preis hole das Parlament Initiativen vor den Vorhang, die sich durch ihren besonderen Einsatz zur Bekämpfung von Antisemitismus ausgezeichnet haben und anderen Mut machen. (Der Preis wurde dieses Jahr erstmals am 9. Dezember vergeben.

Es zeige sich, daß Antisemitismus und Haß mit dem Grad der Bildung abnehmen, erklärte Sobotka und hob als gelungene Beispiele für Bildung das Dialogprojekt „Likrat“ der Jüdischen Gemeinde Wien und die „Demokratiewerkstatt“ des Parlaments hervor. In der Demokratiewerkstatt gebe es einen Schwerpunkt zu Antisemitismus und Bildung gegen Vorurteile.

Mit der Shoah-Namensmauer, die in der Woche zuvor eröffnet wurde, habe man eine Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich geschaffen *(siehe den Beitrag auf der Seite 16 folgende)*. Außerdem habe Österreich für Holocaust-Opfer und deren Angehörige die Möglichkeit geschaffen, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Bisher haben dies über 10.000 Menschen genutzt.

Europäische Initiative für Holocaust-Gedenken 2022

Für das österreichische Parlament sei antisemitisch mit antidemokratisch gleichzusetzen, erklärte der Nationalratspräsident. Antisemitismus habe wie jede andere Form des Hasses keinen Platz in Europa. Dieser Haß sei nicht nur eine Bedrohung für die jüdischen Gemeinden, sondern für die Gesellschaft und die Demokratie als Ganzes. Es müsse daher dem Kampf gegen Antisemitismus in Österreich und ganz Europa unbedingte Priorität eingeräumt werden – nicht zuletzt weil Antisemitismus zwar nicht unbedingt verstärkt auftrete, aber eindeutig lauter werde, erläuterte Sobotka. Antisemitismus erlebe derzeit eine negative Renaissance.

Es sei wichtig, das Phänomen Antisemitismus gemeinsam europaweit zu bekämpfen, erklärte der Nationalratspräsident und begrüßte das Bestreben, 2022 gemeinsame Initiativen gegen Antisemitismus zu setzen. Am 27. Jänner 2021, dem internationalen Holocaust-Gedenktag, habe sich das österreichische Parlament an der Gedenkkampagne „We Remember“ des World Jewish Congress und der UNESCO beteiligt. Es sei begrüßenswert und ein starkes Signal, wenn sich, dem Vorschlag Sobotka folgend, 2022 neben dem Europaparlament auch die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten an dieser Initiative beteiligen, war sich Sobotka mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Othmar Karas, der Europaabgeordneten Roberta Metsola und der Geschäftsführerin des European Jewish Congress, Raya Kalenova, einig. Der Nationalratspräsident schlug außerdem vor, am 27. Jänner 2022 als Signal gegen Antisemitismus eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden. Da Bildung die wichtigste „Waffe“ gegen Antisemitismus und Haß sei, sollte außerdem das Erasmus-Programm der Europäischen Union um Bildungsmaßnahmen gegen Antisemitismus ergänzt werden, forderte Sobotka gemeinsam mit Othmar Karas. Sobotka schlug vor, daß auch ein regelmäßiger Austausch über die Initiativen und Maßnahmen der nationalen Parlamente ein wichtiger Schritt zur Stärkung der europaweiten Kooperationen gegen Antisemitismus sein solle. ■

https://www.europarl.europa.eu/portal/de
https://eurojewcong.org/

50. Jubiläum der bilateralen Beziehungen Österreich-China

Die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures traf am 26. November eine hochrangige chinesische Delegation unter Führung des stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, Wan Gang, der Wien einen offiziellen Besuch abstattete. „Der Dialog mit China steht heute ganz im Eindruck des 50 Jahres-Jubiläums der intensiven bilateralen Beziehungen“, stellte die

Zweite Nationalratspräsidentin dabei fest: „Auch bei meinem letzten China-Besuch 2018 war der rege politische Austausch von merkbar großem Interesse, nicht nur auf parlamentarischer Ebene." Vor allem die vielfältigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und China haben sich in der jüngsten Vergangenheit dynamisch entwickelt. China ist Österreichs wichtigster Wirtschaftspartner in Asien. Auch, wenn pandemiebedingt zuletzt Einbrüche zu vermerken waren, so habe sich der bilaterale Handel heuer wieder um 30 Prozent massiv gesteigert.

„China ist heute ein entscheidender Partner bei der Lösung globaler Problemstellungen, etwa beim Klimaschutz – es ist erfreulich, daß hier zuletzt verstärkt Signale für einen konstruktiven Dialog zu vermerken waren und die harte Frontstellung zwischen den USA und China nach dem US-Administrationswechsel gelockert werden konnte", hielt Bures fest.

„Unser Dank gilt China aber auch ganz besonders für die rasche und unbürokratische Zusammenarbeit zu Beginn der Covid-Pandemie bei der Beschaffung von Schutzmasken und medizinischen Gütern." ■

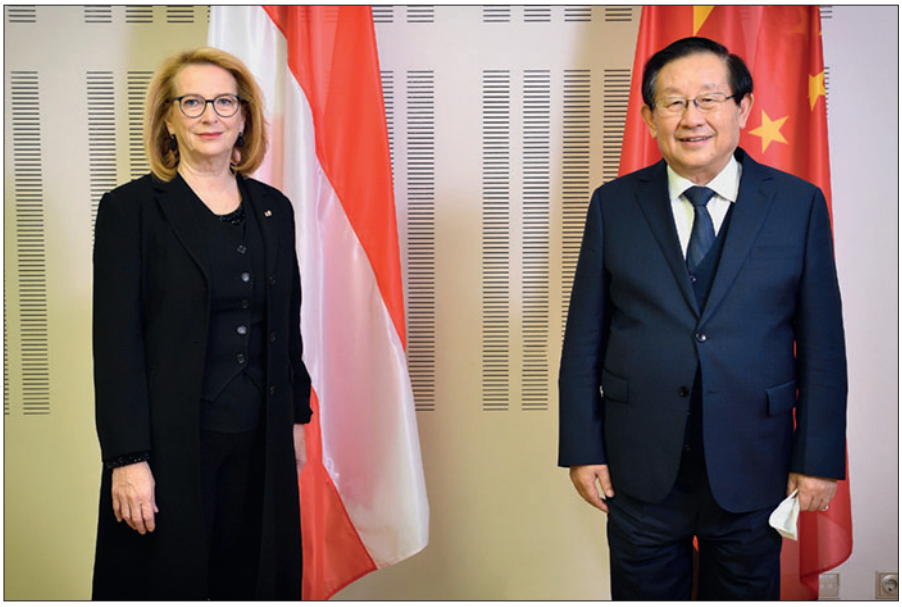


Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures empfing den Vorsitzenden des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, WAN Gang, in Wien

Foto: Parlamentsdirektion / Petra Rund

Die Delegation (v.l.): David Stögmüller (Grüne), Henrike Brandstötter (Neos), Delegationsleiter Reinhold Lopatka (ÖVP), Christoph Matznetter (SPÖ) und Martin Graf (FPÖ)

IPU: Wie kann der Spaltung der Gesellschaft entgegengewirkt werden?

Die 143. IPU-Versammlung fand vom 26. bis 30. November in Madrid statt. Gastgeber war das spanische Parlament. Delegationen aus 120 Ländern kamen bei der weltweit größten Versammlung von ParlamentarierInnen zusammen. Die österreichische Delegation bestand aus Delegationsleiter Reinhold Lopatka (ÖVP), Christoph Matznetter (SPÖ), Martin Graf (FPÖ), David Stögmüller (Grüne) und Henrike Brandstötter (Neos).

Die Versammlung richtete seine Aufmerksamkeit heuer auf die aktuellen Herausforderungen für die Demokratie. Im Zentrum stand die Frage: Wie kann der Spaltung der Gesellschaft entgegengewirkt und Gemeinschaft gebildet werden? Die Delegierten debattierten unter anderem einen Entschließungsentwurf zur weltweiten Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des Mißbrauchs von Kindern im Internet. Ein weiterer Schwerpunkt war die weltweite parlamentarische Unterstützung für die gerechte Verteilung von Impfstoffen gegen die Covid-19-Pandemie. Diesbezüglich wurde ebenfalls eine Resolution verabschiedet, die auch Österreich unterstützt hat.

Die Generaldebatte der IPU-Versammlung stand unter dem Titel „Contemporary challenges to democracy: Overcoming division and building community". Angesichts schwindenden Vertrauens der Öffentlichkeit in die politischen Systeme, der zunehmenden Polarisierung und der Verbreitung von Desinformationen über die sozialen Medien diskutieren die IPU-Mitglieder darüber, was die Parlamente tun können, um diesen Problemen entgegenzuwirken.

Lopatka: den Dialog der Spaltung vorziehen

In seiner Rede betonte der österreichische Delegationsleiter, Nationalratsabgeordneter Reinhold Lopatka, daß die Parlamente in vielfältiger Weise dazu beitragen können, den öffentlichen Diskurs zu zivilisieren und den Kontakt zu den BürgerInnen zu verbessern. Studien würden darauf hinweisen, daß ein entscheidender Faktor für Polarisierung die Entfremdung zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen sei.

David Stögmüller ist mit unter 45 Jahren „Young Parliamentarian" und begrüßte das von der IPU eingerichtete Forum für junge ParlamentarierInnen, das dabei hilft, ein weltweites Netzwerk zwischen jungen PolitikerInnen aufzubauen und so globale Politik aus der Perspektive der Jugend zu gestalten. Außerdem wies er in seiner Rede auf die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Klimakrise hin, für die es kein einfaches Heilmittel und keine Impfung gebe.

Als internationale Vereinigung von Parlamenten ist die 1889 gegründete „Interparlamentarische Union" (IPU) ein weltweites Forum für parlamentarischen Dialog in enger Kooperation mit den Vereinten Nationen. Ihre Ziele sind Friedenssicherung, Wahrung der Menschenrechte und Förderung des Demokratieverständnisses. Derzeit umfaßt die IPU 179 Mitglieder und 13 assoziierte Mitglieder. ■

Österreich, Europa und die Welt

Sobotka im Gespräch mit chinesischem Amtskollegen Li Zhanshu

In einem virtuellen Arbeitsgespräch tauschte sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 7. Dezember mit dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Chinesischen Nationalen Volkskongresses Li Zhanshu aus. Im Mittelpunkt der Videokonferenz standen das 50-Jahr-Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Österreich und Covid-19. Beide bekannten sich dazu, die parlamentarischen Beziehungen auch in Zukunft weiter vorantreiben zu wollen.

Das 50-Jahr-Jubiläum der diplomatischen Beziehungen sei eine gute Gelegenheit, die freundschaftlich strategische Partnerschaft zwischen China und Österreich, die seit April 2018 besteht, weiter zu vertiefen, stimmten Sobotka und Zhanshu überein. Letzterer sprach dabei sein Anliegen aus, insbesondere das politische Vertrauen zu festigen sowie den Handel zwischen Österreich und China etwa im Bereich High-Tech, Digitalisierung und Umweltschutz weiter zu vertiefen.

Die wirtschaftliche Bedeutung Chinas für Österreich als wichtigster Wirtschaftspartner in Asian sah Sobotka unter anderem durch die Steigerung des bilateralen Handelsvolumens zwischen den beiden Ländern in diesem Jahr um rund 30 Prozent bestätigt. Er warb in diesem Zusammenhang dafür, den chinesischen Markt für österreichische Agrarprodukte zu öffnen und betonte die gute Zusammenarbeit während der Corona-Pandemie etwa bei der Beschaffung von Schutzmasken und medizinischen Gütern.

Sobotka und Zhanshu thematisierten darüber hinaus die Corona-Situation in beiden Ländern, wobei insbesondere auf die Fallzahlen, die neue Omikron-Variante und die aktuellen Regelungen eingegangen wurde. Alle Staaten müßten Hand in Hand zusammenarbeiten, um die Pandemie bekämpfen zu können, sagte Zhanshu. Die neue Omikron-Variante sei am chinesischen Festland noch nicht festgestellt worden.

Als wesentlich in der internationalen Zusammenarbeit betonten beide Seiten den Klimaschutz, die Co_2-Reduktion und den nachhaltigen Einsatz von Energie. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Li Zhanshu

Foto: Parlamentsdirektion / Pia Wiesböck

Der slowakische Parlamentspräsident Boris Kollar (l.) und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Treffen mit dem slowakischen Parlamentspräsidenten Boris Kollár

Leistbares Wohnen war am 17. Dezember einer der Schwerpunkte beim Gespräch zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und dem Slowakischen Parlamentspräsidenten Boris Kollár in Wien. Die beiden waren einig über die gesellschaftspolitische Bedeutung von finanzierbarem Wohnraum, wobei Sobotka auf die lange Tradition des gemeinnützigen Wohnbaus in Österreich verwies. Das Krisenmanagement während der Corona-Pandemie und bilaterale Kooperationen, etwa im Rahmen der Demokratiewerkstatt des Parlaments, behandelten die Präsidenten außerdem bei ihrem unter strengen Covid-19-Sicherheitsvorkehrungen gehaltenen Zusammentreffen. Überdies bekannten sich beide zur Stabilisierung der Lage am Westbalkan.

Laut Kollár soll in der Slowakei ein neues Gesetz für gemeinnütziges Wohnen der Bevölkerung mehr finanziellen Spielraum bei der Wohnungssuche geben. Als ehemals kommunistisches Land verfüge die Slowakei noch nicht über ein System staatlich subventionierten Wohnbaus, erklärte er. Österreich diene mit seinem im OECD-Vergleich hohen Anteil an gemeinnützigem Wohnbau als gutes Beispiel, wie der steigende Wohnraumbedarf leistbar gedeckt werden kann, so Sobotka und zeigte sich offen für einen weiterführenden Erfahrungsaustausch zu diesem Thema. Unter anderem verwies er auf das heimische Genossenschaftswesen, bei dem Mietwohnungen nach Zeitablauf erworben werden können.

Im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie sahen sowohl Kollár als auch Sobotka die Schutzimpfung gegen das Corona-Virus als Mittel der Wahl. Zu den Herausforderungen, vor denen beide Länder bei der Pandemiebekämpfung stehen, gehöre daher die rasche Hebung der Durchimpfungsrate in der Bevölkerung, waren sich die Präsidenten einig. Das sei nicht zuletzt dem Erhalt funktionierender Gesundheitssysteme geschuldet. Sobald die Corona-Situation es zuläßt, möchte Parlamentspräsident Kollár jedenfalls die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem österreichischen Parlament bei den bildungspolitischen Projekten der Demokratiewerkstatt weiterführen. ■

https://www.parlament.gv.at/

Shoa Namensmauer als Ort der Andacht

Am 9. November wurde in Wien die Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich eröffnet

Die Republik Österreich hat das Gedenkjahr 2018 zum Anlaß für intensive Reflexionen über Österreichs Vergangenheit genommen. Mit der Errichtung einer Gedenkstätte für die in der Shoah ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich soll das Bewußtsein für das Gedenken bewahrt bleiben, für das heutige Österreich sowie auch für seine zukünftigen Generationen. Die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte soll einen ebenso zentralen wie ruhigen Ort bieten, wo des Schicksals der rund 65.000 Opfer gedacht und ihr Leben geehrt werden kann. Vor 83 Jahren fanden in der Terrornacht von 9. auf den 10. November die Novemberpogrome von 1938 statt.

Bei der Eröffnung sprachen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundeskanzler Alexander Schallenberg, Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler, Israels Minister für Diaspora-Angelegenheiten Nachman Shai, die Wiener Stadträtin für Kultur und Wissenschaft Veronica Kaup-Hasler, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs Oskar Deutsch sowie der Initiator der Gedenkstätte und Holocaust-Überlebender Kurt Yakov Tutter.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen konnte an der Eröffnung nicht teilnehmen:

Foto: BKA / Andy Wenzel

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seiner Eröffnungsrede

ein Corona-Fall in der Präsidentschaftskanzlei zwang ihn in die Heimquarantäne.

Sobotka: Gedenkstätte ist unerläßlich

„Diese Gedenkmauer gibt den 64.450 jüdischen Kindern, Frauen und Männern, die in Österreich gelebt haben und in der Shoah ermordet wurden, ihre Identität zurück. Ihre in Stein gemeißelten Namen sorgen dafür, daß sie niemals vergessen werden“, unterstrich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seiner Ansprache. Die Gedenkstätte sei unerläßlich. „Allen, denen man den Namen entzogen hat, indem man ihnen eine Nummer gab, finden eine Identität, einen Grabstein und eine Ewigkeit“, so Sobotka.

Neben dem Nationalratspräsidenten sprachen bei der Eröffnung Bundeskanzler Alexander Schallenberg, Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler, Israels Minister für Diaspora-Angelegenheiten Nachman Shai, die Wiener Stadträtin für Kultur und Wissen-

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Alexander Schallenberg bei der Einweihung der Shoah-Namensmauer im Ostarrichipark

Foto: Parlamentsdirektion / Ulrike Wieser

Kranzniederlegung am Vormittag des 9. November beim Mahnmal für die österreichischen jüdischen Opfer der Shoa (v.l.): Vizepräsident European Jewish Congress Ariel Muzicant, Vizepräsident European Jewish Congress Francis Kalifat, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Oskar Deutsch, Präsident des European Jewish Congress Moshe Kantor und seine Frau, israelischer Minister für Diaspora-Angelegenheiten Nachman Shai und die Vizepräsidentin des European Jewish Congress Raya Kalenova

schaft Veronica Kaup-Hasler, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs Oskar Deutsch sowie der Initiator der Gedenkstätte und Holocaust-Überlebender Kurt Yakov Tutter.

Als ihn Kurt Tutter im März 2018 um die Übernahme des Ehrenschutzes für die Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte bat, habe er diesen aus tiefster Überzeugung und einer klaren Haltung heraus übernommen: „Wer sich der Geschichte nicht stellt, den stellt die Geschichte“, so der Nationalratspräsident in seiner Rede.

Das Mahnmal erinnert an die in der NS-Zeit ermordeten jüdischen Kinder, Frauen und Männer aus Österreich in der Shoah und ist für nachfolgende Generationen ein Ort der Andacht. Auf 160 Namensmauern sind die Namen der Opfer in Stein eingemeißelt.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Alexander Schallenberg bei seiner Festansprache

Schallenberg: Entreißen ihre Namen und ihre Geschichte dem Vergessen

„Blinder Haß, Neid, Herrenmenschendünkel und ein jahrhundertelang tradierter Antisemitismus brachen ab März 1938 über unsere jüdischen Mitmenschen herein“, sagte Bundeskanzler Alexander Schallenberg bei der Eröffnung der Shoah Namensmauern Gedenkstätte im Wiener Ostarrichipark am 9. November. „Viele konnten nur durch Flucht ihr nacktes Leben retten. Aber vielen gelang das nicht. Über 64.000 österreichische Jüdinnen und Juden fielen den Gräueltaten des NS-Regimes zum Opfer. Sie wurden deportiert, verhungerten in Ghettos, wurden in Wäldern erschossen oder in Vernichtungslagern bestialisch ermordet und zugrunde gerichtet. Mit diesen Namensmauern entreißen wir ihre Namen und ihre Geschichte dem Vergessen. Wir geben ihnen ihre Identität, ihre Individualität zurück und damit einen Teil ihrer menschlichen Würde“, so Schallenberg, der in seiner Rede daran erinnerte, daß 1938, zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ durch Nazi-Deutschland, in Österreich rund 210.000 Jüdinnen und Juden lebten. Nach Kriegsende 1945 waren es nur noch zwischen 2.000 und 5.000. Hinter jedem einzelnen Namen der 64.440 Namen auf den Mauern stehe ein Mensch, ein Schicksal, eine Geschichte. „Nun erhalten sie wieder einen Platz in ihrer Heimat. Das sind wir alle den Opfern der Shoah und ihren Nachkommen schuldig“, hielt der österreichische Regierungschef fest.

So unbeschreiblich die Grausamkeit des Nationalsozialismus gewesen sei, so notwendig und wichtig seien die Lehren, die gerade Österreich daraus zu ziehen habe. „Zu lange hat sich Österreich selbst ausschließlich als Opfer des Nationalsozialismus betrachtet. Zu viele aber standen aber im März 1938 am Heldenplatz und haben mitgejubelt. Zu viele haben zugeschaut, ja sogar mitgemacht, als ihre Mitmenschen beraubt, vertrieben und ermordet wurden“, so der Kanzler. Mit der Shoah Namensmauern Gedenkstätte werde nun – auch für alle nachfolgenden Generationen – ein sichtbares Zeichen gesetzt, „daß wir uns zu den dunkelsten Kapiteln unserer Geschichte bekennen und daß wir Verantwortung übernehmen“. Zu dieser Verantwor-

tung gehöre auch aktives Handeln in der Gegenwart und in der Zukunft. Wo immer es möglich sei, müsse alles darangesetzt werden, Opfern des Holocaust und ihren Familien die Hand zu reichen und um Versöhnung zu bitten. Zudem müsse alles getan werden, damit sich die Geschichte nicht wiederholt: „Nicht in Österreich, nicht in Europa, oder sonstwo auf der Welt." Jüdisches Leben müsse, wo immer notwendig, aktiv geschützt werden. Das beinhalte auch das klare Auftreten gegen jede Form von Haß und Antisemitismus. „Und eines ist klar: Nur wenn Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt in Sicherheit und Freiheit leben können, kann aus einem ‚niemals vergessen' ein ‚niemals wieder' werden", hielt Alexander Schallenberg fest.

Die Gedenkstätte geht auf eine Initiative des aus Österreich stammenden Holocaust-Überlebenden Kurt Yakov Tutter und des Vereins zur Errichtung einer Shoah Namensmauern Gedenkstätte zurück. In Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) konnte dieses wichtige Erinnerungsprojekt nach einem Beschluß des damaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz 2018 begonnen und mit Hilfe der Bundesländer und der österreichischen Wirtschaft nun nach unermüdlichen und jahrelangen Bemühungen Tutters fertiggestellt werden.

„Dieses Mahnmal wurde schließlich nur durch das Zusammenwirken vieler möglich. Sie alle haben damit unserer Gesellschaft und unserem Land einen enormen Dienst erwiesen. Sie haben geholfen, einen ergreifenden und berührenden Ort der Begegnung, des Gedenkens und der Andacht zu schaffen. Und zwar nicht irgendwo, sondern hier mitten unter uns. Ein Denkmal, das uns stets daran erinnern wird, daß die Würde eines jeden Menschen unteilbar ist, daß wir sie stets schützen, stets hochhalten müssen. Egal wann, egal wo", bedankte sich Schallenberg bei Kurt Yakov Tutter und allen Mitwirkenden herzlich.

„Wir werden nie davor gefeit sein, daß sich die Geschichte wiederholt. Es liegt einzig und alleine an uns, an jedem einzelnen von uns, Hass und Ausgrenzung keinen Platz zu bieten und dafür zu sorgen, daß aus einem ‚niemals vergessen' ein ‚niemals wieder' wird", so der Bundeskanzler abschließend.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundesministerin Karoline Edtstadler

Foto: BKA / Andy Wenzel

Der israelische Minister für Diaspora-Angelegenheiten Nachman Shai

Edtstadler: Republik setzt sichtbares Zeichen ihrer Verantwortung

„Mit der Shoah Namensmauern Gedenkstätte setzt die Republik Österreich ein sichtbares Zeichen ihrer Verantwortung. Auf 160 Namensmauern sind die Namen der Opfer in Stein eingemeißelt. Damit geben wir ihnen ihren Namen und damit zumindest einen Teil ihrer Würde zurück. Und wir führen uns vor Augen, daß hinter den 64.440 Namen einzelne Menschen – Kinder, Mütter, Väter und Nachbarn – mit individuellen Geschichten und menschlichen Schicksalen stehen. Diese Gedenkstätte ist ein Ort, der den Nachfahren die Möglichkeit gibt, ihrer Angehörigen zu gedenken. Und sie soll ein Ort sein, der den Besucherinnen und Besuchern das Ausmaß des Menschenhasses der Nationalsozialisten vermitteln soll. Ein besonderer Dank gilt vor allem Kurt Yakov Tutter, der sich mit großer Beharrlichkeit der Verwirklichung dieses Projekts verschrieben hat", sagte Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler. „Wir sollten uns und kommenden Generationen immer wieder bewußtmachen, zu welchen Grausamkeiten der Mensch fähig ist. Gerade deshalb gilt es dafür einzutreten, daß das gemeinsame Europa für immer ein Ort des Friedens und der Freiheit bleibt", so Edtstadler.

Rede von Israels Diaspora-Minister Nachman Shai

„Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Alexander Schallenberg, verehrte Gäste! Ein Name, ein Leben, eine Welt. Ein Name – Gertrude Donnebaum – wurde 1923 als Tochter von Hedwig und Ignaz in Wien geboren, ihre Freunde nannten sie Trude und sie war zum Zeitpunkt des ‚Anschlusses' an Österreich erst 15 Jahre alt. Kurze Zeit später floh ihre Schwester Gerta nach England und ihr Vater starb, sodaß Trude und ihre Mutter auf sich allein gestellt waren. Mit 18 Jahren machte Trude eine Ausbildung zur Krankenschwester im Wie-

ner Rothschild-Spital. Am 26. September 1942 schrieb sie: ‚Heute, am Samstag, habe ich mit den meisten anderen Juden die Mitteilung erhalten, daß wir uns am Montag, den 28., bei den Behörden melden müssen. Glaube nicht, daß wir davon überrascht oder gar erschrocken sind. Bald werden wir nach Theresienstadt gehen. Was von dort aus geschehen wird, kann ich unmöglich wissen.‘ Am ersten Oktober wurden Trude und ihre Mutternach Theresienstadt transportiert. Zwei Jahre später, am 6. Oktober 1944, wurden sie nach Auschwitz deportiert – ihr endgültiges Ziel.

Der Name Gertrude Franziska Donnenbaum ist einer von fast 65.000 Namen, die vor uns in kalten Stein gemeißelt wurden. Ein Name, ein Leben, eine Welt, die nie vollständig verwirklicht.

Freunde, wir versammeln uns heute am Jahrestag des Novemberpogroms – der Kristallnacht – ein schreckliches Ereignis, das so viele Mauern, geschriebene Worte und letztendlich Menschenleben zerstört hat, um die Eröffnung einer neuen Gedenkstätte zu feiern. Es ist unser kollektiver Wunsch, uns an jeden einzelnen der Namen zu erinnern, die auf diesen Mauern verzeichnet sind – nicht mit der Angst, unsere Vergangenheit zu wiederholen, sondern mit der Verpflichtung, eine bessere Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder zu schaffen. In der Tat war es dieser Traum von einer besseren Zukunft, in dem die Idee eines jüdischen Nationalstaates mit dem in Wien ausgebildeten Theodore Herzl – dem Vater des modernen Zionismus – geboren wurde.

Herzl war ein junger Journalist, der über den französischen Prozeß gegen den fälschlich angeklagten jüdischen Offizier Alfred Dreyfus berichtete. Er wurde Zeuge der Welle des Antisemitismus, die dieser Prozeß im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert auslöste. Tief erschüttert kam Herzl zu der Überzeugung, daß wir uns nur dann vom Haß befreien würden, wenn wir als jüdisches Volk unser Schicksal selbst bestimmen könnten.

Er widmete dieser Idee sein Leben. Herzl starb am 3. Juli 1904 im Alter von 44 Jahren und wurde in seinem Familiengrab in Wien beigesetzt. Ein Jahr zuvor schrieb Herzl in seinem Testament: ‚Ich wünsche, in einem Metallsarg neben meinem Vater begraben zu werden und dort zu bleiben, bis das jüdische Volk meine sterblichen Überreste nach Eretz Israel überführen wird.‘

Im Jahr 1948, mit der Verwirklichung seines Traums und des Traums des jüdischen Volkes seit fast 2000 Jahren, wurde Herzl nach Jerusalem gebracht, wo er seine letzte Ruhestätte fand. Doch sein Glaube, daß ein jüdischer Staat den Antisemitismus beenden würde, erwies sich als falsch.

Tatsächlich ist der Antisemitismus nicht nur geblieben, sondern hat in ganz Europa und in der Welt neue und bösartige Formen angenommen. Israel hat verstanden, daß Antisemitismus kein Problem ist, das wir oder das größere jüdische Volk lösen können. Vielmehr liegt es in der Verantwortung der Nationen und Institutionen auf der ganzen Welt, etwas gegen diesen uralten Virus zu unternehmen. In diesem Sinne schätzt der Staat Israel das Engagement der österreichischen Regierung, jüdisches Leben durch ihre Investitionen in die Sicherheit der Gemeinden und die Verabschiedung einer nationalen Strategie zur Bekämpfung vonAntisemitismus. Wir werden partnerschaftlich mit Ihnen und der jüdischen Gemeinschaft zusammenarbeiten, um sicherzustellen, daß Österreich – und in der Tat ganz Europa – ein Ort ist, an dem das jüdische Volk voll ganz jüdisch sein kann. Dies ist die wahrhaftigste Art und Weise, wie wir Gertrude und jede einzelne der Seelen, die uns heute in diesem Raum umgeben, ehren können.

Lassen Sie uns mit einem jüdischen Friedensgebet schließen: Möge derjenige, der in der Höhe Frieden stiftet, uns Anwesenden, Israel und der ganzen Menschheit. Amen“, schloß Minister Nachman Shai.

© Wehofer Architekten ZT GmbH

Visualisierung der Shoah-Gedenkstätte auf dem Areal des Ostarrichi-Parks vor der Österreichischen Nationalbank

Österreich, Europa und die Welt

Baumgartner: Erfolg nach langjährigen Forschungen

Die auf den Shoah Namensmauern verewigten 64.440 Namen beruhen auf der Opferdatenbank des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW). Dessen wissenschaftliche Leiter, Gerhard Baumgartner sagte: „Wir gratulieren im Namen all unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Kurt Yakov Tutter und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern zum Erfolg seiner jahrzehntelangen Bemühungen um die Errichtung einer Shoah Namensmauern Gedenkstätte. Es erfüllt uns mit Stolz, daß es uns durch unsere langjährigen Forschungen gelungen ist, die genauen Namen und Daten von über 64.440 österreichischen Opfern der Shoah zu dokumentieren und so zum Gelingen dieses großen Erinnerungsprojektes beizutragen.“

Foto: BKA / Andy Wenzel

Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler

IKG-Präsident Oskar Deutsch

Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Oskar Deutsch, eröffnete seine Rede mit der Erinnerung, daß die Shoah nicht vom Himmel gefallen sei. Was in der systematischen Vernichtung in Mauthausen, in Auschwitz und in Maly Trostinec mündete, habe in Wien, in Graz, in Salzburg mit Antisemitismus begonnen, Vor 83 Jahren sei eine eine neue Dimension erreicht worden: „Während der November-Pogrome wurden allein in Wien 88 Menschen schwer verletzt und 27 Menschen ermordet. Ermordet, weil sie Juden waren. Es war der Vorabend der Shoah. Was hat dieses Land, unser Land Österreich getan, während mehr als 130.000 Jüdinnen und Juden vertrieben wurden? Als mehr als 64.000 Jüdinnen und Juden aus Österreich getötet wurden, als sich so viele an dem europaweiten Massenmord beteiligten?“, so Deutsch.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG)

Selbst nach der Shoah habe Österreich die Überlebenden nicht willkommen geheissen und es habe kaum Worte des Bedauerns gegeben und dabei sei es jahrzehntelang geblieben. „Die Mörder und Brandstifter vom 9. November 1938 standen nie vor Gericht“, hob Deutsch hervor, „auch nicht nach 1945. Die Lebenslüge war so viel bequemer. Österreich sei erstes Opfer gewesen, das hörten unsere Großeltern und Eltern nahezu täglich.“ Viele ÖsterreicherInnen seien Opfer nationalsozialistischer Verfolgung gewesen – Roma und Sinti, poltisch Andersdenkende, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle und natürlich auch Jüdinnen und Juden. Sie alle seien ÖsterreicherInnen gewesen, viele überzeugte Patrioten, Zigtausende hätten im Ersten Weltkrieg für dieses Land, für ihr Heimatland gekämpft. Das Argument, daß Österreich formal ab 1938 nicht existierte und Teil des Deutschen Reichs gewesen sei, lenke davon ab, was wirklich geschehen sei. „Es waren so unfaßbar viele Österreicherinnen und Österreicher, die ihre Nachbarinnen und Nachbarn der Mordmaschinerie ausgeliefert hatten. Und es waren so unfaßbar viele, die das Verbrechen selbst begangen hatten, die ihr Mitmenschen europaweit töteten. Und es waren noch mehr Österreicherinnen und Österreicher, die sich nach 1945 gegen Aufklärung, gegen Erinnerung und gegen jeder Verantwortung stellten“, so der IKG-Präsident weiter.

Es habe bis in die 1990er-Jahre gedauert, bis Bundeskanzler Franz Vranitzky begonnen habe, mit dem Opfermythos aufzuräumen. Er habe damit nicht nur Aufrichtigkeit bewiesen, sondern den Mut aufgebracht, unangenehme Wahrheiten an- und auszusprechen.

„Diese Gedenkstätte ist ein Meilenstein nicht nur für die jüdische Gemeinde in Österreich und die Nachfahren der Getöteten in aller Welt. Die Shoah-Namensmauer hat das Potential, unsere gesamte Gesellschaft, alle Menschen, die in Österreich leben, zu erreichen, denn die Shoah hat mit uns allen zu tun“, stellte Deutsch fest. „Der KZ-Überlebende Primo Levy faßte die Signifikanz des Gedenkens eindrücklich zusammen: ‚Es ist geschehen, folglich kann es wieder geschehen.‘ Diese Gedenkstätte dient der Zukunft, unseren Kindern und nachfolgenden Generationen. Sie gibt ausgelöschten Existenzen ihren Namen zurück.“

Im Stadttempel in der Synagoge in der Seitenstettengasse habe die Kultusgemeinde vor 20 Jahren gemeinsam mit dem Dokumentationsarchiv des östereichischen Wider-

stands eine Gedenkstätte mit den Namen der 64.000 Todesopfer eingerichtet. Das sei der Wunsch der Hinterbliebenen gewesen. „Diese Namensmauer im Ostarrichi-Park ist keine jüdische Angelegenheit, sondern eine der gesamten Republik. Österreich zeigt damit, daß es sich auf dem Pfad der Aufrichtigkeit befindet. Allen voran aber werden mit dieser Shoah-Namensmauer die Opfer aus der Anonymität geholt. Jedes Kind, jede Frau, jeder Mann hatten Familie und Freunde, sie waren Menschen wie Sie und ich. Würden wir jetzt für alle unsere österreichischen Shoah-Opfer eine Gedenkminute einlegen, würde bis Jahresende absolute Stille herrschen“, so Deutsch. Wer hierher komme, könne vielleicht die Dimension des größten Menschheitsverbrechens ein wenig besser begreifen, weil die Shoah nichts Abstraktes sei, sondern weil hier die echten Namen echter Menschen verewigt wären.

„Daß diese Gedenkstätte Wirklichkeit wurde, ist einem Mann zu verdanken, den Österreich einst vertrieben hat: Kurt Tutter. Mehr als 20 Jahre kämpfte er von Kanada aus um die Errichtung dieser Namensmauer. Für seine Unbeirrbarkeit und seinen Mut der Sache wegen, die sowohl ein persönliches Anliegen, als auch ein gesellschaftliches ist, zolle ich Kurt Respekt. Ganz Österreich ist ihm zu großem Dank verpflichtet.“

In den vergangenen Tagen sei er, Deutsch, immer wieder gefragt worden, ob diese Gedenkstätte nur Symbolpolitik sei. „Lassen Sie mich ganz offen sprechen: Als im Jahr 2018 eine Bundesregierung unter Beteiligung einer Partei, die keinen Hehl aus ihren Sympathien für den Nationalsozialismus machte, grünes Licht für diese Shoah-Namensmauer gab, war auch ich skeptisch. Mir wäre lieber gewesen, daß Österreich nicht von deutschnationalen Burschenschaften mitregiert worden wäre. Aber es war der zweite Teil der Koalition, vor allem der Bundeskanzler, der sich unmißverständlich und sich in aller Welt zu Österreichs Verantwortung bekannt hat. Ich danke der aktuellen Bundesregierung sowie der Stadt Wien und den Bundesländern für die Realisierung dieser Gedenkstätte. Die Namensmauer würde nur Symbolpolitik bleiben, wenn sich die Republik nur darauf beschränken würde.“

Aber mittlerweile werde Nachkommen von Shoah-Überlebenden aus Österreich in aller Welt die Staatsbürgerschaft angeboten und die Politik setze konkrete Maßnahmen gegen Antisemitismus und zur Absicherung jüdischen Lebens. „Auch die Frage der Verantwortung ist geklärt“, erklärte Deutsch.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Hanna Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus

„Menschen, die lange nach 1945 geboren sind, tragen natürlich keine Verantwortung für die Verbrechen, die weite Teile der gesamten österreichischen Gesellschaft in der Shoah begangen haben. Aber jeder und jeder Einzelne ist dafür verantwortlich, die Geschichte zu kennen und dazu beizutragen, daß es nie wieder dazu kommt. Trotzdem, zuletzt erleben wir einen Anstieg antisemitischer Vorfälle. Es reicht also nicht, daß die Politik Maßnahmen beschließt, und weite Teile der Zivilgesellschaft Antisemitismus und Rassismus verurteilt.“

Österreich habe noch viel – und vor allem tägliche Arbeit vor sich, die Gedenkstätte könne dazu beitragen. „Zum Schluß möchte ich auf einen Aspekt hinweisen, der für die Überlebenden und die Hinterbliebenen besonders wichtig ist: Die allermeisten Menschen, die hier verewigt sind, haben nicht einmal ein Grab. Viele wurden verscharrt oder verbrannt. Für die Angehörigen und Nachfahren ist diese Namensmauer daher auch ein sehr persönlicher Ort des Gedenkens, der Erinnerung. Diese Form des Gedenkens sollte allen Menschen ermöglicht werden, deren Großeltern oder Eltern im Nationalsozialismus aufgrund ihrer Anschauung oder Herkunft verfolgt oder getötet wurden“, schloß der IKG-Präsident seine Rede.

Lessing: Steinerne Stelen machen die geraubten Leben begreifbar

Die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Hannah Lessing, hielt fest: „Die Shoah Namensmauern Gedenkstätte gibt den Opfern einen Platz im kollektiven Gedächtnis. Sie ist eine Einladung, an die Familien der Opfer und an alle Menschen in Österreich: Kommt und gedenkt. Erinnert Euch an ihre Schicksale und ehrt ihr Leben.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Ein Blick auf die Veranstaltungsteilnehmer der Eröffungsfeierlichkeit

Die Gedenkstätte ist zudem ein Ort mit grosser suggestiver Kraft: Wenn man im weiten Oval der Granittafeln steht, umgeben von den 64.440 eingravierten Namen, erahnt man erst, welch gewaltigen Verlust der Holocaust mit sich gebracht hat: Die steinernen Stelen machen jedes einzelne Opfer sichtbar, jeden einzelnen Namen fühlbar, die 64.440 geraubten Leben begreifbar. Die bloßen Zahlen werden immer unfaßbar sein. Die Namen jedoch erreichen die Herzen. Es ist eine beeindruckende Mahnung, solche Verbrechen nie wieder zuzulassen."

Foto: BKA / Andy Wenzel

Der Initiator der Shoah Namensmauern-Gedenkstätte, Kurt Yakov Tutter

Initiator Kurt Yakov Tutter und die Durchführung des Projekts

Der Initiator der Shoah Namensmauern Gedenkstätte, Kurt Yakov Tutter, wurde 1930 in Wien geboren. 1939 flüchtete er mit seiner Familie nach Belgien. Seine Eltern wurden 1942 von Brüssel nach Auschwitz deportiert. Eine belgische Familie in Gent versteckte Kurt und seine Schwester Rita und rettete ihnen so das Leben. 1948 wanderte Kurt Tutter nach Kanada aus, er wohnt seither in Toronto.

Die gestalterische Planung und Realisierung der Gedenkstätte erfolgte durch Wehofer Architekten ZT GmbH. Zur Durchführung des Projekts wurde die Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. mit der Bauabwicklung beauftragt. Der Nationalfonds der Republik Österreich wurde mit der Verwaltung der Finanzen einschließlich der öffentlichen Subventionen, der Spenden und der Ausgaben betraut. Das Projekt wurde von der Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern, der Stadt Wien und der Österreichischen Nationalbank unter der Schirmherrschaft des Nationalratspräsidenten umgesetzt. Der wesentliche Teil der Finanzierung erfolgte durch die Bundesregierung.

Zudem haben die Bundesländer sowie die Industriellenvereinigung einen Beitrag zur Realisierung des Projekts geleistet. Die Projektkosten in Höhe von rund 5,3 Millionen Euro wurden mit Beiträgen aller beteiligten Stellen finanziert.

Ehrenzeichenverleihung an Kurt Tutter

Für den unermüdlichen Einsatz zur Umsetzung des Projekts wurde Kurt Yakov Tutter das Große Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Am 8. November lud Bundeskanzler Alexander Schallenberg dazu ins Bundeskanzleramt.

„Als Anfang Oktober eine große österreichische Delegation den neuen österreichischen Erinnerungsort im Konzentrationslager Auschwitz eröffnete, sprach ich davon, daß Orte wie Auschwitz Orte des Unaussprechlichen seien. Und doch muß man genau an solchen Orten seine Stimme erheben. Seine Stimme erheben, um der Opfer zu gedenken. Um ihnen jene Würde zu geben, die ihnen so brutal und qualvoll geraubt wurde", so der Bundeskanzler.

Shoah Gedenkstätten und Mahnmale seien ein zentraler Teil dieser Stimmen. Sie setzten ein sichtbares Zeichen und können das Unaussprechliche für alle greifbar machen. „Sie verdinglichen und verdeutlichen, daß es sich nicht um fremde, ferne Ereignisse handelt, nicht um eine namenlose Gruppe, sondern um das Schicksal von konkreten Mitmenschen. Menschen, die hier gelebt haben, die Träume hatten, die geliebt haben und die geliebt wurden. Schicksale, die bis heute fortwirken", so Schallenberg. Als er in der vergangenen Woche von einem Journalisten einer israelischen Tageszeitung interviewt wurde, habe dieser ihm danach erklärt, daß er zum Ostarrichipark gehen werde, da dort die Namen einiger seiner Familienmitglieder eingraviert sind. Das habe den Bundeskanzler tief berührt.

„Auch heute befinden sich Menschen in diesem Raum, die ihre Familienmitglieder auf dieser Mauer wiederfinden. Wir, die wir nicht unsere Familiennamen auf diesem Mahnmal wiederfinden, können nur versuchen uns vorzustellen, was das für ein Gefühl sein muß. Und was es bedeuten muß, daß es jetzt endlich eine Namensmauern-Gedenkstätte gibt, die uns für immer an jedes einzelne der über 64.000 Opfer der Shoah in Österreich erinnert. Nicht nur beispielhaft und ano-

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Alexander Schallenberg (r.) überreichte gemeinsam mit Bundesministerin Karoline Edtstadler das Große Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich an Kurt Tutter, der mit seiner langjährigen Lebensgefährtin Diane Ritter angereist war.

Österreich, Europa und die Welt

nym, sondern ganz konkret und persönlich. Dieser Ort gibt ihnen einen Teil ihrer Würde und Identität zurück, die ihnen vor Jahrzehnten auf so bestialische Weise genommen wurde. Er erinnert uns für immer an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte und an unsere historische Verantwortung."

„Die Namensmauern stehen für das NIE-Vergessen! Sehr geehrter Herr Tutter, mehr als zwei Jahrzehnte lang haben Sie mit aussergewöhnlichem Engagement das Ziel der Errichtung der Shoah Namensmauern vorangetrieben. Die Umsetzung und Realisierung des Projekts wäre nicht möglich gewesen, ohne eine herausragende Persönlichkeit wie Sie", so der Bundeskanzler weiter. Als Tutter diese Initiativgruppe gegründet habe, sei er 70 Jahre alt gewesen. Ein Alter, in dem sich manch anderer zur Ruhe setzen würde. Doch habe er sich nicht zurückgenommen, sondern voll Leidenschaft und mit der notwendigen Hartnäckigkeit dafür gekämpft, trotz der Erfahrungen und Erlebnisse in seiner Vergangenheit.

„Dieses Projekt ist zu einem großen Teil Ihres Lebenswerkes geworden. Ich darf Ihnen dafür im Namen der Bundesregierung meinen ganz besonderen Dank und meine Anerkennung aussprechen. Die heutige Überreichung des großen Ehrenzeichens für die Verdienste um die Republik Österreich ist Ausdruck dieses Dankes für Ihren unermüdlichen Einsatz in dieser so wichtigen Sache. Sie haben damit unserer Gesellschaft und unserem Land einen enormen Dienst erwiesen. Sie haben mit der Namensmauer einen zentralen und ruhigen Ort der Begegnung, der Andacht und des Gedenkens geschaffen. Und zwar nicht irgendwo, sondern mitten unter uns. Dieses Mahnmal ist ein Zeichen für nachfolgende Generationen. Denn nur wer sich erinnert und sich aktiv mit der Vergangenheit auseinandersetzt, kann die Zukunft zum Besseren gestalten. Nur so kann es gelingen, daß aus einem *‚Niemals wieder'* ein *‚Nie mehr wieder'* wird. Das ist unsere Verantwortung und unsere Pflicht. Und für Ihren Betrag dazu gebührt Ihnen unser allergrößter Dank und unsere Anerkennung!", schloß der Bundeskanzler.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) verlieh Viatcheslav Moshe Kantor, Präsident des European Jewish Congress, das Große Goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich

Kongreß »An End to Antisemitism«

Am 83. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 nahm Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zudem an einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Präsentation der Ergebnisse des Kongresses „An End to Antisemitism" teil. Der Europäische Jüdische Kongreß hatte 2018 etwa 150 einschlägige Fachleute dazu eingeladen. Die Ergebnisse wurden nun in Form von fünf Bänden der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Studie stellt das Ergebnis einer internationalen und hochrangig besetzten Konferenz in Wien 2018 dar, die in Zusammenarbeit der Universität Wien mit der New York University, der Tel Aviv University und dem European Jewish Congress veranstaltet wurde.

Die fünf Bände erforschen den Antisemitismus nicht nur, sondern wollen der Judenfeindlichkeit auch in Gegenwart und Zukunft vorbeugen. 119 internationale ExpertInnen diskutieren das vielschichtige Phänomen des Antisemitismus: sie beleuchten die Geschichte und das Wesen des Antisemitismus und geben basierend auf dieser Analyse konkrete Empfehlungen, wie Antisemitismus wirksam bekämpft werden kann.

Unter den AutorInnen sind namhafte politische und religiöse EntscheidungsträgerInnen wie Katharina von Schnurbein (Antisemitismus-Beauftragte der Europäischen Union), Natan Sharansky (ehem. Chairman der Jewish Agency), Erzbischof Pierbattista Pizzaballa (Apostolischer Administrator des lateinischen Patriachats von Jerusalem) und Imam Hassen Chalgoumi (Präsident der Conférence des Imams de France).

Im Anschluß daran überreichte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an den Präsidenten des Europäischen Jüdischen Kongresses, Viatcheslav Moshe Kantor. ■

https://www.parlament.gv.at/
https://www.bundeskanzleramt.gv.at/
https://embassies.gov.il/vienna/
https://www.ikg-wien.at/
https://www.nationalfonds.org/
https://anendtoantisemitism.univie.ac.at/

Quellen: Parlamentskorrespondenz, Bundeskanzleramt, Israelische Botschaft Wien, Israelitische Kulturgemeinde Wien, Österr. Nationalfonds, Institut für Judaistik der Universität Wien

Foto: BKA / Andy Wenzel

Auf 160 Namensmauern sind die Namen der Opfer in Stein eingemeißelt.

Aus dem Bundeskanzleramt

Bundeskanzler Alexander Schallenberg nahm am 21. und 22. Oktober am EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel teil. Auf der Tagesordnung standen dabei etwa die Diskussion über die steigenden Energiepreise in Europa, die Corona-Pandemie sowie der zunehmende Migrationsdruck auf Europa und der Außengrenzschutz.

„Wir müssen aufpassen, daß Energie nicht zu einem Luxusgut wird und auch, daß die Lichter in Europa nicht ausgehen. Aber gleichzeitig müssen wir einen kühlen Kopf bewahren und nicht vorschnell in die Energiepreisgestaltung und die Energiemärkte eingreifen“, betonte der Bundeskanzler anläßlich des zweitägigen Europäischen Rats. Man habe in Europa bereits vor einigen Jahren eine ähnliche Situation gehabt, als die Ölpreise angestiegen seien. Auch damals habe man sich auf europäischer Ebene dazu entschlossen, nicht in die Marktpreise einzugreifen. Bereits am ersten Gipfel-Tag wurden die von betroffenen Staaten geforderten Markteingriffe abgelehnt. „Es wird festgestellt, daß die EU zu Energiepreisen beiträgt, die leistbar sind, aber gleichzeitig diese letztlich auch nicht sicherstellen kann.“

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Alexander Schallenberg bei einem Treffem mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen

Foto: BKA / Andy Wenzel

v.r. Bundeskanzler Alexander Schallenberg, EU-Ratspräsidet Charles Michel, Premierminister Eduard Heger Slowakei) und Premierminister Xavier Bettel (Luxenburg)

Positive Bilanz nach Energiedebatte

Der Vorschlag der Europäischen Kommission einer „Toolbox“ sei sinnvoll. Diese soll aus Maßnahmen wie Steuersenkungen, finanzieller Unterstützung für ärmere Haushalte und der Investition in erneuerbare Energien bestehen. Nach der zu erwarteten langen Debatte konnte der Kanzler positiv bilanzieren: „Es kam zu keiner Vermischung der aktuellen Situation mit dem Umstieg zu den erneuerbaren Energien, dem Green Deal oder dem EU-Programm ‚Fit for 55‘.“ Insgesamt stünde Österreich dank weitgehend gefüllter Gaslager gut da: „Wir haben mit den meisten Gasprovidern langfristige Verträge. Ganz wesentlich ist auch, daß wir schon frühzeitig auf die erneuerbaren Energien gesetzt haben. So sind wir bei fossilen Brennstoffen weniger exponiert.“

Atomenergie dürfe laut Schallenberg in der Politik jetzt nicht durch die Hintertür salonfähig gemacht werden: „Sie ist nicht als sicherere und nachhaltige Energieform zu betrachten. Da haben wir eine klare Haltung und sind in dieser Frage auf europäischer Ebene auch nicht alleine.“ Das Thema werde in den nächsten Monaten vermehrt diskutiert werden, sagte der Regierungschef mit Verweis darauf, daß Frankreich im kommenden Halbjahr den EU-Vorsitz übernehme. Frankreich und andere AKW-Staaten in der EU hatten zuletzt gefordert, daß die Atomkraft als grüne Energie klassifiziert wird. Beim Europäischen Rat sei die Atomenergie aber nicht einmal indirekt angesprochen worden, trotz der Versuche diese mit Verweis auf die Taxonomie-Verordnung der EU ins Spiel zu bringen. Österreich sei es zusammen mit Luxemburg gelungen, dies zu verhindern.

Solidarität beim Außengrenzschutz gefordert

„Ich finde es gut, daß wir bei diesem Europäischen Rat einen Fokus auf den Außengrenzschutz und die Außendimension legen, nämlich auf die Herkunfts- und Transitländer. Es wurden acht Aktionspunkte vorgelegt, die jetzt schnell umgesetzt werden sollen. Wir müssen auch bei der Rückübernahme wieder einen Gang zulegen. In diesem Zusammenhang gehören wir sicherlich zu Recht zu den forderndsten Staaten“, erläuterte Schallenberg. Österreich habe pro Kopf nach Zy-

pern die größte Zahl an Asylanträgen 2021. Er trete auch stark für die Solidarität beim Außengrenzschutz ein, etwa was die Pläne Litauens in Zusammenhang mit der Situation in Belarus betrifft: „Wenn ein Land Frontstaat des Schengen-Bereichs ist und an seiner Grenze uns alle schützt, soll er mit Solidarität der anderen Schengen-Staaten rechnen können, auch durch finanzielle Unterstützung im Rahmen der EU. Von den Aussenfonds werden 8 Milliarden Euro an Maßnahmen entlang der Außengrenzen zur Verfügung gesetzt." Was Belarus anbelangt, seien Verantwortliche zu sanktionieren, man müsse aber den Dialog gerade mit der Zivilgesellschaft aufrechterhalten. Innerhalb Europas solle man nicht nur mit der Sprache der Sanktionen reden.

Binnenmarkt funktioniert bei Vorrang von Gemeinschaftsrecht

Das Thema der Rechtsstaatlichkeit und Polen stand als weiterer wichtiger Punkt formal nicht auf der Tagesordnung, ist aber dennoch ein Punkt in Brüssel gewesen: „Die Rechtsstaatlichkeit, die Grundwerte der Europäischen Union sind einfach nicht verhandelbar. Es kann nicht sein, daß sich ein Staat einfach ausklinkt. Jedoch darf die weitere Diskussion darüber nicht nur auf dem Rechtsweg geführt werden. Der Binnenmarkt kann nicht funktionieren, ohne daß das Gemeinschaftsrecht Vorrang hat. Polen muß die finanzielle Drohkulisse sehr ernst nehmen. Gleichzeitig muß man die Diskussion auf Augenhöhe und lösungsorientiert führen." Gerade Österreich als großer Profiteur der Osterweiterung habe ein Interesse daran, daß das Zusammenwachsen mit jenen Staaten, die 2004 zur EU hinzukamen, funktioniere. Aber es gebe keine Werte à la carte, man müsse sich zu diesen bekennen, so Schallenberg.

Ebenso thematisiert wurde beim Europäischen Rat die Corona-Pandemie. Es gehe vor allem darum, die Impfkampagne voranzutreiben: „Es herrscht ein einheitliches Verständnis darüber, daß eine Steigerung der Impfraten anzustreben ist." Zwischen den Mitgliedsstaaten gebe es bei der Impfquote große Unterschiede, wenn man auf Dänemark mit seiner hohen Impfrate und auf Slowenien mit einem überlasteten Gesundheitssystem blicke. Angesprochen worden sei auch der „dritte Stich" und die Tatsache, daß die EU mit mehr als einer Milliarde Impfdosen der größte Exporteur bei den Vakzinen sei: „Österreich war mit der Lieferung an die Westbalkan-Staaten einer der ersten Staaten, der hier tätig geworden ist."

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Alexander Schallenberg im Bild mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Alexander Schallenberg (m.) traf gemeinsam mit Bundesministerin Karoline Edtstadler zu einem Gespräch mit Johannes Hahn zusammen, dem aus Wien stammenden EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung

Im Vorfeld des Gipfels hat der Kanzler bereits Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel besucht und mehrere bilaterale Telefongespräche mit AmtskollegInnen, darunter der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, geführt. Am 19. Oktober besprach sich Schallenberg in einer Videokonferenz mit EU-Ratspräsident Charles Michel, dem ungarischen Premier Viktor Orbán, der finnischen Premierministerin Sanna Marin und dem bulgarischen Präsidenten Rumen Radew. Vor dem zweiten Tag fand ein bilaterales Treffen mit dem französischen Präsidenten Emanuel Macron statt. In Vorausschau auf die Zusammenarbeit mit der nächsten EU-Ratspräsidentschaft sah der Kanzler viele gemeinsame Interessen und Projekte „für unser Europa". ■

Bundeskanzler Schallenberg beim Klimagipfel/COP26 Glasgow

Die vergangenen 18 Monate haben uns daran erinnert, daß wir eine globale Krise nur gemeinsam bewältigen können, und dabei müssen wir rasch handeln. Das gilt auch für unseren Kampf gegen den Klimawandel. Österreich trägt seinen Teil dazu bei, gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und der Welt“, hielt Bundeskanzler Alexander Schallenberg beim Treffen zahlreicher Staats- und Regierungschefs anläßlich des COP26 in Glasgow fest. In Österreich habe man das Ziel, die Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. Dabei fokussiere man vor allem auf die Verwendung von erneuerbarer Energie: „Derzeit decken wir 70 Prozent des Strombedarfs aus solchen Energiequellen, bis 2030 möchten wir 100 Prozent erreichen. Das soll ohne Verwendung von Atomkraft geschehen, die unserer Ansicht nach weder sicher noch nachhaltig ist.“

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt sei die CO_2-Besteuerung: „Wir haben uns als Teil einer ökosozialen Steuerreform zu einer grossen ökologischen Wende entschlossen. Dabei sollen Familien mit kleinem oder mittlerem Einkommen von einer Senkung der Steuerlast profitieren.“ Schließlich werde man auch mehr finanzielle Mittel als jemals zuvor für den öffentlichen Transport und die Energieeffizienz zur Verfügung stellen: „Diese Maßnahmen auf nationaler Ebene gehen Hand in Hand mit unserer Zusammenarbeit auf EU-Ebene und darüber hinaus.“ Österreich unterstütze die ehrgeizigen Klimaziele der Europäischen Union und die Vorhaben in Bezug auf eine Reduktion der Treibhausemmissionen um mindestens 55 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990. Dabei sei Europa am Weg, bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu werden. Zudem habe unser Land seinen Beitrag zum Green Climate Fund auf 130 Millionen Euro erhöht.

Foto: BKA / Arno Melicharek

Bundeskanzler Alexander Schallenberg bei seiner Keynote in Glasgow

Foto: BKA / Arno Melicharek

Bundeskanzler Alexander Schallenberg traf – neben vielen anderen – auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel …

Foto: BKA / Arno Melicharek

… und den indischen Premierminister Narendra Modi

Senkung von CO_2-Emissionen durch Innovation und Kooperation

„Trotz aller Anstrengungen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ist die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor wichtig. Denn nur durch Kooperation und Innovation werden wir bei der Senkung von CO_2-Emissionen erfolgreich sein“, ließ der österreichische Regierungschef verlautbaren. „Jeder von uns spielt eine Rolle bei der Reduktion des CO_2-Fußabdrucks. Dabei ist die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Unternehmen von Bedeutung. Die Politik muß dies ermöglichen und unterstützen“, so Schallenberg. „Der Klimaschutz ist einer der wichtigsten Herausforderungen unserer Generation, der wir mit Innovationen und globaler Zusammenarbeit begegnen. Österreich ist dazu bereit, sich dieser Aufgabe anzunehmen“, betonte er abschließend. ■

Für eine prosperierende und sichere Zukunft von Belarus

Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundeskanzler Alexander Schallenberg lud gemeinsam mit Bundesminister Michael Linhart zu der Belarus Videokonferenz ein.

Auf österreichische Initiative und unter Einbindung der belarussischen Oppositionellen Swetlana Tichanovskaja fand am 22. November die internationale Konferenz zu Belarus virtuell in Wien statt. Bundeskanzler Alexander Schallenberg und Außenminister Michael Linhart eröffneten gemeinsam mit Swetlana Tichanovskaja und dem EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik Olivér Várhelyi die Videokonferenz, bei der Auswege aus der machtpolitischen Pattsituation in Belarus aufgezeigt werden sollen.

„Die Inhaftierung tausender politischer Gefangener, die Ausschaltung von Opposition, Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien sowie die zynische Instrumentalisierung unschuldiger Migrantinnen und Migranten sind inakzeptable politische Methoden vor denen wir unsere Augen nicht länger verschließen können. Statt uns von der Negativspirale der politischen Konfrontation geißeln zu lassen, leisten wir einen konstruktiven Beitrag, um diese verfahrene Situation zu durchbrechen“, so Bundeskanzler Alexander Schallenberg.

Ziel der Konferenz, an der auch die Aussenminister des EU-Vorsitzes Sloweniens, Deutschlands, Finnlands, Polens, Estlands und der Slowakei sowie die Vizeaußenminister Litauens und Tschechiens bzw. die US-Sondergesandte für Belarus teilnahmen, ist es notwendige Elemente zur Schaffung eines demokratischen, unabhängigen, sicheren und wohlhabenden Belarus aufzuzeigen. Zusätzlich sollen Lösungsansätze für ein Fortschreiten ohne Gewalt und Unterdrückung gefunden werden.

Neben dem hochrangigen Eröffnungssegment boten zwei Workshops zu den Themenblöcken „Reforming Belarus“ und „Rebuilding Belarus“ am Nachmittag zahlreichen VertreterInnen der EU-Mitgliedsstaaten, der Östlichen Partnerschaft, Internationaler Organisationen, aus der Wirtschaft sowie nicht zuletzt der belarussischen Zivilgesellschaft die Möglichkeit über Entwicklungsmöglichkeiten für Belarus zu diskutieren.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Alexander Schallenberg mit der belarussische Oppositionsführerin Swjatlana Zichanouskaja

„Wir hoffen, daß die heutige internationale Konferenz ein bedeutender Schritt nach vorne ist. Ein weiteres Signal an die belarussische Zivilgesellschaft, daß wir sie nicht im Stich gelassen haben. Wir wollen, daß das belarussische Volk seine eigenen Entscheidungen trifft, frei, ohne Angst. Ein Belarus, in dem die Menschenrechte, die Medienfreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Meinungsfreiheit geachtet werden. Wir sind nicht naiv – Reformen geschehen nicht über Nacht, aber wir hoffen, daß diese Konferenz ein weiterer Schritt auf dem Weg hin zu einem demokratischen, unabhängigen, wohlhabenden und sicheren Belarus ist“, betonte Außenminister Michael Linhart.

Bereits in der Vergangenheit setzte sich Österreich auf internationaler Ebene für den nachhaltigen und inklusiven Dialog in Belarus ein. So wurde die Erarbeitung eines belarussischen Verfassungsentwurfs mit insgesamt 15 internationalen Seminaren zur Verfassungsreform in Wien unterstützt sowie gemeinsam mit dem Think-Tank International Center for Advanced and Comparative EU-Russia Research (ICEUR) zwei Seminare unter Einbindung der belarussischen Zivilgesellschaft organisiert.

„Auch über die heutige Konferenz hinaus, werden wir unser Engagement für ein freies und sicheres Belarus fortsetzen“, unterstreicht Linhart abschließend. ■

Bundeskanzler Nehammer: »Ich bin ein glühender Europäer«

EU-Gipfel der Östlichen Partnerschaft und Europäischer Rat in Brüssel

Foto: BKA / Arno Melicharek

Am 15. Dezember 2021 reiste Bundeskanzler Karl Nehammer zu einem Arbeitsbesuch nach Brüssel – in der Bildmitte – beim Gruppenfoto vom Gipfel der östlichen Partnerschaft im Rahmen des EU Gipfels.

Bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel hat Bundeskanzler Karl Nehammer ein klares Bekenntnis zu Europa abgelegt und sich als „glühenden Europäer" bezeichnet. Ungeachtet der Tatsache, daß die Europäische Union das größte Friedensprojekt der Geschichte sei, werde er aber gleichzeitig auch österreichische Interessen in der EU vertreten. Für die Weiterentwicklung der Union brauche es starke Stimmen, und Österreich werde eine davon sein, so Nehammer.

Eine besondere Bedeutung maß der Bundeskanzler dem Prinzip der Subsidiarität zu. Die Nationalstaaten müßten so viel an Kompetenz behalten, um Probleme, die nationalstaatlich „am effizientesten und am besten lösbar sind", auch tatsächlich selbst lösen zu können. Als Beispiel nannte er etwa die Corona-Bekämpfung, bei der die Entwicklung und Verteilung von Impfstoffen auf EU-Ebene von großer Bedeutung gewesen sei. Weitere Maßnahmen müssten jedoch von den einzelnen Ländern ergriffen werden, so Nehammer.

Foto: BKA / Arno Melicharek

Der Bundeskanzler bei seinem Treffen mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

Migration: »Koalition der Willigen« bei EU-Finanzierung des Grenzmanagements

In einem Gespräch mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen machte der Kanzler klar, welchem Belastungsdruck Österreich im Bereich der Migration ausgesetzt sei. „Ich konnte darlegen, wo der Migrationsdruck gerade besonders stark spürbar ist für Österreich, und was es bedeutet, wenn wir nicht genug Augenmerk darauf legen, daß wir schnelle Asylverfahren, einen starken Außengrenzschutz und auch rasche und effiziente Rückführungen haben." Im letztgenannten Punkt sei die Präsidentin „eine starke Verbündete für die österreichische Position", betonte Nehammer.

„Der Druck auf Europa und Österreich nimmt zu. Die Zahl von knapp 35.000 Asylanträgen in Österreich ist außergewöhnlich hoch. Nationale Rückführungsabkommen

Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Arno Melicharek

Bild oben: Der Bundeskanzler seinem deutschen Kollegen Olaf Scholz

Bild unten: v.l.: der slowakische Premierminister Eduard Heger, Bundeskanzler Karl Nehammer, Lettlands Ministerpräsident Krišjānis Kariņš, der ungarische Premierminister Andrej Plenković, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis, Zyperns Präsident Nicos Anastasiades, Sloweniens Ministerpräsident Janez Janša und der rumänische Präsident Klaus Iohannis

Foto: BKA / Arno Melicharek

sind meiner Ansicht nach nicht ausreichend." Es gebe eine „Koalition der Willigen", was die Finanzierung des Grenzmanagements seitens der Europäischen Union betreffe.

Die Kommissionspräsidentin habe auch zu verstehen gegeben, daß sie ein großes Interesse an der Lösung des Konflikts zwischen Bayern und Österreich betreffend „LKW-Transit und Brenner" habe, so Nehammer. „Sie wird vonseiten der Kommission verschiedene Maßnahmen setzen, um in einer Art Mediation Österreich und Bayern zusammen zu bringen, um hier einen Interessenausgleich zu finden." Das sei für die Tiroler Bevölkerung ganz besonders wichtig, da diese vom LKW-Transit in einer unglaublichen Art und Weise belastet sei.

Konflikt Ukraine-Rußland: Österreich sollte Brückenbauer sein

Am 15. Dezember waren Nehammer und die anderen 26 EU-Staats- und Regierungsspitzen mit den Spitzen der fünf östlichen Partnerschaftsländer Ukraine, Georgien, Moldau, Armenien und Aserbaidschan zusammengekommen. Der weißrussische Machthaber Alexander Lukaschenko hat die Teilnahme von sich aus suspendiert, die EU lehnt derzeit aber auch hochrangige Treffen mit Vertretern von Belarus ab.

Bereits im Vorfeld hatte sich Bundeskanzler Karl Nehammer zu den Spannungen zwischen der Ukraine und Rußland geäussert. „Österreich sollte sich als Brückenbauer im Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine anbieten. Eine Eskalation muß vermieden werden. Die Unabhängigkeit der durch den Einfluß Rußlands massiv belasteten Ukraine ist zu unterstützen. Wir tolerieren keine Politik der Gewalt", betonte der österreichische Regierungschef, der sich neben dem Aufbau eines Drohszenariums auch dafür aussprach, in einen Dialog mit den Konfliktparteien einzutreten, um so einen Beitrag zur Entspannung zu leisten.

„Wir müssen den Scheinwerfer nach Weißrußland ausrichten, wenn es darum geht, Menschenrechtsverletzungen, Unterdrükkung von Meinungsfreiheit und die Unterdrückung von Pressefreiheit sichtbar zu machen", hielt Nehammer fest. Auch müsse man dem Regime klarmachen, daß sich „die Europäische Union in keinster Weise erpressen läßt. Wir werden uns weiterhin für ein demokratisches, sicheres und prosperierendes Belarus einsetzen."

Corona-Pandemie und Booster-Impfung

Diskutiert wurden auf dem Gipfel auch die Gültigkeitsdauer des „Grünen Passes", die Frage der Booster-Impfung sowie die Impfpflicht. Vor dem Hintergrund der Pandemiebekämpfung verwies Nehammer erneut darauf, daß „Impfen nach wie vor der beste Schutz" sei: „Der dritte Stich wird hinsichtlich der Omikron-Variante sehr hoch bewertet. Österreich hat mit 2,8 Millionen Booster-Impfungen aufgeholt. Wir unterstützen die EU-Kommission darin, daß der 2G-Nachweis eine zentrale Rolle spielen sollte", so der Bundeskanzler.

Atomenergie: »Keine Alternative zu erneuerbaren Energien«

Weiters standen abermals die hohen Energiepreise auf der Agenda des Europäischen Rats, wobei Kanzler Nehammer gegen einen vorschnellen Eingriff in die Energiemärkte ist: „Die Auswirkungen könnten schwer sein. Atomenergie ist keine geeignete Alternative zu erneuerbaren Energien." Und schließlich war es in Brüssel auch um Verteidigungspolitik gegangen. Laut Nehammer profitiere Österreich als neutrales Land davon, daß die EU mit der NATO zusammenarbeite. ■

Aus dem Außenministerium

Treffen der EU-Außenminister in Luxemburg

Außenminister Michael Linhart reiste am 18. Oktober das erste Mal zum Rat für auswärtige Angelegenheiten nach Luxemburg. Bei dem Treffen der EU-Außenminister standen unter anderem der Ausbau der Beziehungen zwischen der EU und der Golf-Region, die Östliche Partnerschaft der EU und der Krieg in Äthiopien auf der Agenda.

Im Rahmen seiner Reise nach Luxemburg traf Linhart auch den EU-Chefdiplomaten Josep Borrell. Ihm gegenüber betonte Linhart, der kurz zuvor Bosnien und Herzegowina als Ziel seiner ersten Dienstreise besuchte, die strategische Bedeutung der Staaten des Westbalkans für die EU.

Weitere Themen waren aktuelle globale Krisenherde. Besonders besorgniserregend bleibt die Lage in Äthiopien, wo vor einem Jahr der Bürgerkrieg in der Provinz Tigray entflammte. Seitdem ist es zu einer Vielzahl an schwerwiegenden Menschenrechtsverletzung und Gräueltaten gekommen. Linhart forderte beim Treffen der Außenminister, daß es für Täter schwerer Menschenrechtsverletzungen keine Straflosigkeit geben dürfe.

Die Lage in Afghanistan wurde ebenfalls besprochen. Der Außenminister setzt dabei auf Hilfe vor Ort. Österreich leistet mit einem Hilfspaket von insgesamt 20 Millionen Euro einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Region.

Auch die angespannten Beziehungen zwischen der EU und Belarus wurden bei dem Treffen besprochen. Nachdem Belarus weiterhin gezielt MigrantInnen an die EU-Außengrenze bringt, stehen neuen Sanktionen gegen das autoritäre Regime von Alexander Lukaschenko im Raum. „Es kann einfach nicht sein, daß man das Thema Migration als Waffe gegen die EU verwendet und dabei auch noch völlig unmenschlich vorgeht“, sagte der Außenminister.

Am Rande des Treffens tauschte sich Linhart mit seiner libyschen Amtkollegin Nadschla al-Mangusch zu den geplanten Wahlen und dem Friedensprozeß in Libyen aus. Dabei sicherte er ihr Österreichs volle Unterstützung für den politischen Prozeß in Libyen zu. „Die Spaltung des Landes muß endlich überwunden werden. Wir brauchen ein stabiles Libyen, insbesondere um illegale Migration übers Mittelmeer zu unterbinden“, sagte Linhart.

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Michael Linhart reiste das erste Mal zum Rat für auswärtige Angelegenheiten

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Michael Linhart (r.) traf den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell

Linhart empfängt Amtskollegen der »Central 5« in Wien

Außenminister Michael Linhart traf am 22. Oktober im Rahmen des losen Dialogforums „Central 5“ (C5) seine Amtskollegen Anže Logar aus Slowenien, Ivan Korčok aus der Slowakei, Jakub Kulhánek aus Tschechien und Péter Szijjártó aus Ungarn in der Wiener Albertina. Thema waren der wirtschaftliche Wiederaufbau nach der Pandemie sowie die Beziehungen der C5 zu den östlichen Nachbaren der EU und Rußland.

Das Central 5-Format wurde im Juni 2020 in Wien als eine nachbarschaftliche Initiative ins Leben gerufen, um den gemeinsamen Kampf gegen die Pandemie zu verbessern.

„Das C5-Format ist zu einer entscheidenden Plattform für unsere Zusammenarbeit geworden – weit über die Bewältigung der Covid-19-Krise hinaus. Unsere Nachbarschaft hat weiterhin höchste Priorität für die österreichische Außenpolitik“, unterstrich Linhart.

Als mittelgroße Volkswirtschaften sind die C5 stark miteinander verflochten und vom Außenhandel abhängig. Das bedeutet auch, daß sie von der Covid-19-Pandemie hart getroffen wurden.

„Unser Ziel ist es, zu unserer wirtschaftlichen Stärke vor der Krise zurückzukehren. Als Central 5 haben wir das Potential, ein Raum des Know-hows und des Wachstums zu sein“, betonte Linhart.

Österreich, Europa und die Welt

Die kürzlich gestartete Initiative ReFocus Austria sei ein weiterer Beitrag Österreichs zum wirtschaftlichen post-Covid-19 Wiederaufbau, mit dem die österreichische Wirtschaft im Ausland, insbesondere auch in den Nachbarstaaten Österreichs, unterstützt werden soll. Hinsichtlich der Beziehungen zu Rußland müsse zusammengearbeitet werden, wo möglich, aber auch klare rote Linien gezogen werden, wo nötig, so Linhart. Trotz klarer Differenzen gäbe es keine Alternative zum Dialog.

Zu Belarus wiederholte Außenminister Michael Linhart: „Wir verurteilen, daß Migrantinnen und Migranten als Waffe gegen die EU eingesetzt werden. Die Unterdrükkung und Verfolgung von Oppositionellen, Journalistinnen und Journalisten sowie der Zivilgesellschaft in Belarus ist nicht hinnehmbar. Wir werden unser starkes Engagement für die Zivilgesellschaft fortsetzen. Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden."

Es war das erste C5-Treffen unter Außenminister Michael Linhart, der seit 11. Oktober im Amt ist. Seine Amtskollegen aus den Nachbarstaaten hießen ihn herzlich in der Runde der C5 willkommen.

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Michael Linhart (m.) mit seinen Amtskollegen (v.l.) Jakub Kulhánek aus Tschechien, Péter Szijjártó aus Ungarn, Ivan Korčok aus der Slowakei und Anže Logar aus Slowenien

Stärkung der Kooperation Österreichs mit den Golfstaaten

Außenminister Michael Linhart besuchte am 27. Oktober Katar. Auf der Agenda seiner Gespräche in Doha standen die Entwicklungen in und um Afghanistan, die Bewerbung der österreichischen Exportwirtschaft im Rahmen der Initiative ReFocus Austria sowie das Thema Arbeitsrecht rund um die Fußball WM.

Mit dem katarischen Premier Sheikh Khalid bin Khalifa bin Abdulaziz Al Thani und dem Außenminister Sheikh Mohammed bin Abdulrahman Al-Thani besprach Linhart die Lage in Afghanistan. Doha ist nach wie vor Drehscheibe internationaler Bemühungen unter anderem zur Evakuierung europäischer Staatsangehöriger. Vor kurzem konnten auf diesem Weg rund ein Dutzend Österreicher aus Kabul ausreisen.

„Wir dürfen nicht zulassen, daß Afghanistan zum sicherheitspolitischen schwarzen Loch wird, zum Hort und gleichzeitig Exporteur des internationalen Terrorismus. Es ist besonders wichtig, mit den Staaten der Region eng zusammenzuarbeiten und gemeinsam Druck auf die Taliban aufzubauen", mahnte der Außenminister, der die Lage in Afghanistan erneut auf seiner bevorstehenden Reise nach Zentralasien direkt mit Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan besprechen wird, wie er sagte.

Darüber hinaus wurden auch Spannungsherde in der Region erörtert, wie etwa die Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, die Lage im Irak nach den Wahlen und die Verhandlungen zum Erhalt des Wiener Atomabkommens (JCPOA). Die Reise ist Teil einer intensivierten Kooperation Österreichs mit den Golf-Staaten.

„Die Golf-Region ist im Wandel. Die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen in dieser Region sind enorm. Es ist in unserem Eigeninteresse, diese Dynamik zu begleiten und positiv zu beeinflussen", Linhart.

Weiters fand ein Gespräch mit dem Vertreter der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) statt, um die jüngsten Reformmaßnahmen Katars im Bereich des Arbeitsrechts zu besprechen. „Anläßlich der Fußball-WM werden die Augen der Welt auf Katar gerichtet sein. Diese Aufmerksamkeit muß genutzt werden, um weitere Fortschritte in Fragen der Menschenrechte und auch der Einhaltung der Arbeitsstandards zu machen", so Linhart.

ReFocus Austria in Katar: Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen in Doha

Ein Schwerpunkt der Katar-Reise war die Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation im Rahmen der ReFocus Austria Initiative. Dafür besprach der Außenminister mit dem katarischen Premier Premier Sheikh Khalid bin Khalifa bin Abdulaziz Al Thani Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und traf sich in Doha mit österreichischen und katarischen Unternehmerinnen und Unternehmern.

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Michael Linhart traf seinen Amstkollegen aus Katar, Sheikh Mohammed bin Abdulrahman Al-Thani in Doha

Österreich, Europa und die Welt

„Wir wollen das große Potential zum weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere in den Bereichen grüne Technologie, erneuerbare Energien und Digitalisierung nutzen“, sagte Linhart.

Die Vorbereitungen für die Fußballweltmeisterschaft, die kommendes Jahr in Katar stattfindet, boten die Möglichkeit, österreichisches Know-How vor Ort anzuwenden. Im Vorfeld der WM waren zahlreiche österreichische Unternehmen an Infrastrukturprojekten beteiligt. Auch beim Bau des Al-Janoub Stadions, das Linhart während seines Besuchs besichtigte, wirkten österreichische Unternehmen mit. Im Rahmen seiner Reise traf sich Linhart auch mit dem Vertreter der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), um mit ihm über sichere und faire Arbeitsbedingungen in Katar zu sprechen.

Bei einer ReFocus Austria Veranstaltung in Doha, an der österreichische und katarische Wirtschaftstreibende teilnahmen, stellte der Außenminister die Initiative vor. Dabei war das Thema Tourismus von großer Bedeutung. Österreich ist in Katar ein bekanntes Urlaubsziel und genießt die Sympathie der Bevölkerung. Die Österreichische Botschaft in Doha setzt sich daher für Kooperationen im Bereich des nachhaltigen Tourismus ein. Mit Veranstaltungen wie dieser trägt ReFocus Austria zur Wiederbelebung der österreichischen Export-Wirtschaft nach der Corona-Pandemie bei.

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Michael Linhart besichtigt das das Al-Janoub Stadion in Al Wakra

Entsendungen an EU- und VN-Missionen sowie humanitäre Hilfe für Länder der Sahel-Zone

Zur Fortsetzung des österreichischen Engagements für Sicherheit und Stabilität in der Welt beschloß die Bundesregierung im Ministerrat vom 3. November die Entsendungen von bis zu 1.481 Soldaten und Polizisten an 16 Missionen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Diese umfassen unter anderem Missionen in Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Georgien, Moldau und in der Ukraine.

„Unser Einsatz bewegt sich entlang unserer politischen Schwerpunkte, so sind wir am Westbalkan und in den Ländern der östlichen Partnerschaft sehr stark engagiert. Ohne Sicherheit und Stabilität in der unmittelbaren und mittelbaren Nachbarschaft ist auch Österreich nicht sicher. Ich bin daher sehr froh, daß wir hier als Koalition an einem Strang ziehen, und damit ein substantieller Beitrag für die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher geleistet wird“, erklärte Außenminister Linhart.

Weiters wurden die bisherigen Entsendungen im Rahmen der EU-Militäroperation Irini im Mittelmeer, in Libyen und im Libanon vom Ministerrat bestätigt sowie das österreichische Engagement auf Mosambik ausgedehnt und in Mali verstärkt. Bereits zuvor stand fest, daß Österreich in letzterem mit Jahreswechsel das Kommando über die EU-Trainingsmission übernehmen wird.

Die Bundesregierung beschloß zudem auf gemeinsamen Antrag von Bundeskanzler Alexander Schallenberg, Vizekanzler Werner Kogler und Außenminister Michael Linhart die Bereitstellung von vier Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) für Burkina Faso und Mali.

„Unser Bekenntnis zum solidarischen Beitrag zu Sicherheit und Stabilität in der Welt verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, daher haben wir heute auch die Auszahlung weiterer 4 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) beschlossen. Mit der Ausschüttung aus dem AKF leisten wir dringend notwendige Hilfe vor Ort“, bekräftigte Linhart das humanitäre Engagement Österreichs.

Beide Länder befinden sich in der Sahelzone, wo sich die humanitäre Situation zusehends verschlechtert. Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) sieht für 2021 über 14,4 Millionen Menschen in humanitärer Not in der zentralen Sahel Region. Aus dem AKF werden daher eine Mio. Euro der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (WFP) und eine Mio. Euro dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Burkina Faso, sowie zwei Mio. Euro dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) für humanitäre Hilfe in Mali bereitgestellt.

https://www.bundesheer.at/

Foto: Bundesheer / Reich

Österreicher und kosovarische Polizisten kontrollieren Fahrzeuge.

Österreich, Europa und die Welt

Zentralasienreise als Ausdruck der Solidarität

Außenminister Michael Linhart brach am 4. November in Begleitung einer großen Wirtschaftsdelegation nach Zentralasien auf. Sein bereits dritter Arbeitsbesuch hatte ihn bis einschließlich 9. November in die vier zentralasiatischen Staaten Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan geführt. Im Fokus der Treffen mit ranghohen Regierungsvertretern stand die Lage in Afghanistan sowie der Ausbau bilateraler Wirtschaftsbeziehungen.

„Als unmittelbare Nachbarn Afghanistans spielen die zentralasiatischen Staaten eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Krise. Meine Reise in die zentralasiatischen Staaten ist daher ein Ausdruck der Solidarität und ein Angebot zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, das organisierte Verbrechen und den Menschenhandel. Damit möchte ich auch verdeutlichen, daß wir weder den Menschen in Afghanistan noch unseren zentralasiatischen Partnern den Rücken zukehren werden“, erklärte der Außenminister im Vorfeld der Reise.

Neben der Situation in Afghanistan bildete der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den vier zentralasiatischen Staaten und Österreich den zweiten Schwerpunkt. In Begleitung der Wirtschaftsdelegation hat Linhart daher neben Veranstaltungen im Rahmen der Wirtschaftsinitiative ReFocus Austria, deren Ziel es ist, den Außenhandel zu stärken, auch am ersten EU-Central Asia Economic Forum in der kirgisischen Hauptstadt Bishkek teilgenommen.

„In Zentralasien gibt es gerade in den Bereichen Digitalisierung, Wasserkraft, dem Krankenhaussektor oder der Wasser- und Abfallwirtschaft noch viel ungenutztes Potential. Es freut mich daher, daß ich auf meiner Reise von einer großen Wirtschaftsdelegation begleitet werde. Gemeinsam werden wir uns dafür einsetzen, den Wirtschaftsmotor Österreichs wieder anzukurbeln“, der Aussenminister.

Das erste Land, das der Außenminister besucht hat, war Kirgisistan, wo er sich am mit dem kirgisischen Präsidenten Sadyr Shaparov und dem kirgisischen Außenminister Ruslan Kazakbaev getroffen hat. Am Rande des Wirtschaftsforums wird es auch zu einem Austausch mit dem Sonderberater des kasachischen Präsidenten Erzhan Kazykhan zur Lage in Afghanistan kommen. Am 6. November ging es weiter nach Tadschikistan,

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Michael Linhart (l.) traf den kirgisischen Präsidenten Sadyr Schaparow …

Foto: BMEIA / Gruber

… nahm am „EU-Central Asia Economic Forum“ in Bischkek in Kirgisistan teil …

Foto: BMEIA / GruberFoto:

… und traf seinen tadschikischen Amtskollegen Sirodjiddin Muhriddin in Duschanbe

Österreich, Europa und die Welt

wo der Außenminister Gespräche mit dem Vize-Premier Davlatali Said und dem seinem Amtskollegen Sirodjiddin Muhriddin geführt hat. Die zwei darauffolgenden Tage verbrachte der Außenminister in Usbekistan, wo er auf den Außenminister Abdulaziz Kamilov und im Rahmen eines Besuchs von Samarkand auf den dortigen Gouverneur Erkinjon Turdimov traf. Den Abschluß der Reise bildete der Besuch in Turkmenistan. Linhart hat sich dort mit dem turkmenischen Präsidenten Gurbanguly Berdimuhamedov und mit dem Vize-Premier und Außenminister Rashid Meredov getroffen.

Neben diesen offiziellen Treffen standen Hintergrundgespräche mit VertreterInnen Internationaler Organisationen und NGOs auf dem Programm, um die Krise in Afghanistan aus einem weiteren Blickwinkel zu betrachten.

Außenminister Michael Linhart legte bei seiner Reise in die zentralasiatischen Staaten einen Schwerpunkt auf den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen: Mit ReFocus Austria unterstützt das Außenministerium österreichische Unternehmen im Ausland und leistet somit einen Beitrag zum Comeback Plan der Bundesregierung.

Am 5. November 2021 fand in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek das Österreichisch-Kirgisische Wirtschaftsforum statt. Zudem nahm Außenminister Michael Linhart am ersten EU-Central Asia Economic Forum teil. Der Außenminister sprach dabei über den Wandel zu einer nachhaltigen und ökologischen Wirtschaft und betonte dabei das Know-How österreichischer Unternehmen in diesem Bereich.

„Ich bin stolz darauf, daß viele österreichische Unternehmen Weltmeister in den Bereichen grüne Technologie, erneuerbare Energie und Energieeffizienz sind. Mehrere haben mich bei meinem Besuch in dieser Region begleitet. Viele sind langjährige, verlässliche Partner Zentralasiens bei Wasserkraft- und anderen erneuerbaren Energieprojekten“, sagte der Außenminister. Während seiner Reise nutzte er die Gelegenheit, um sich vor Ort von der Leistung der österreichischen Unternehmen zu überzeugen. Rund 50 Kilometer von der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe besuchte der Außenminister am den Nurek-Staudamm. Der Damm ist die aktuell größte Talsperre der Welt und wird gerade als Vorzeigeprojekt vom österreichischen Technologiekonzern Andritz saniert und modernisiert.

Am 8. November 2021 eröffnete Michael Linhart in Taschkent das Usbekisch-Öster-

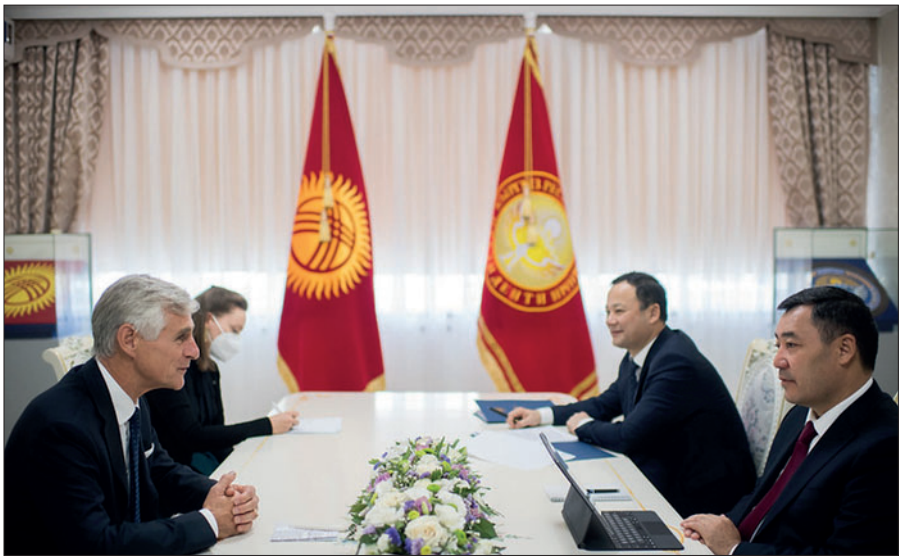


Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Michael Linhart mit dem kirgisischen Außenminister Ruslan Kasakbajew…

Foto: BMEIA / Gruber

… und dem turkmenischen Außenminister Rashid Meredov in Ashgabat

Foto: BMEIA / Gruber

Der Außenminister besuchte den Nurek-Staudamm in Tadschikistan, der vom österreichischen Technologiekonzern Andritz saniert und modernisiert wird – im Bild mit Andritz-Mitarbeitern

Österreich, Europa und die Welt

reichische Wirtschaftsforum, um die bilateralen Handelsbeziehungen zu stärken. Usbekistan ist einer der vielversprechendsten Märkte in Zentralasien, wo bereits jetzt mehrere österreichische Unternehmen aktiv sind. Auch auf der letzten Station seiner Reise in Turkmenistan gab es eine Wirtschaftsveranstaltung. Beim Business Round-Table des turkmenischen Außenministeriums besprach Michael Linhart die Stärkung des Handels zwischen Turkmenistan und Österreich.

„In den Gesprächen mit meinen zentralasiatischen Amtskollegen sowie mit den Vertretern der österreichischen Unternehmen, die mich auf dieser Reise begleiten, waren wir uns einig, daß es ein enormes wirtschaftliches Potential in Zentralasien gibt. Wir werden alles daran setzten, die Region durch wirtschaftliches Wachstum zu stabilisieren, indem wir den österreichischen Exportmotor ankurbeln“, so der Außenminister abschliessend. ■

Foto: BMEIA / Gruber

Am 8. November eröffnete Außenminister Michael Linhart gemeinsam mit Vizepremierminister Umurzakov das Usbekisch-Österreichische Wirtschaftsforum in Taschkent

Foto: BMEIA / Gruber

… und traf seinen usbekischen Amtskollegen Abdulaziz Komilov

Foto: BMEIA / Gruber

… seinen tadschikischen Amtskollegen Sirodjiddin Muhriddin

Foto: BMEIA / Gruber

…seinen kirgisischen Amtskollege Ruslan Kazakbaev

Foto: BMEIA / Gruber

…den Sonderberater des kasachischen Präsidenten Erzhan Kazykhan

Österreich, Europa und die Welt

Internationaler Wahlerfolg: Österreicher erneut in UNO-Völkerrechtskommission gewählt

Der Wiener Universitätsprofessor August Reinisch wurde am 12. November von der UNO-Generalversammlung in New York mit 149 Stimmen für weitere fünf Jahre als Mitglied der UNO-Völkerrechtskommission wiedergewählt. Professor Reinisch ist seit 2017 Mitglied der Kommission. Insgesamt bewarben sich bei der sehr umkämpften Wahl 48 Kandidatinnen und Kandidaten aus aller Welt für 34 freie Sitze.

Foto: August Reinisch jun.

Prof. August Reinisch ist für fünf weitere Jahre zum Mitglied der UNO-Völkerrechtskommission berufen worden

„Wir gratulieren Professor Reinisch zu diesem internationalen Wahlerfolg. Seine Wiederwahl ist eine Anerkennung seiner herausragenden Expertise und der führenden Rolle Österreichs im Bereich des Völkerrechts und der internationalen Rechtsstaatlichkeit“, freut sich Außenminister Michael Linhart über das Wahlergebnis.

Die UNO-Völkerrechtskommission wurde 1947 von der UNO-Generalversammlung eingerichtet. Sie hat den Auftrag, die fortschreitende Entwicklung und Kodifikation des Völkerrechts voranzutreiben. Die Kommission setzt sich aus 34 unabhängigen VölkerrechtsexpertInnen aus allen Rechtssystemen der Welt zusammen, die von der UNO-Generalversammlung für eine fünfjährige Amtszeit gewählt werden. Die nächste Funktionsperiode beginnt am 1. Jänner 2023.

Viele internationale Konventionen, die heute das Fundament des Völkerrechts ausmachen, gehen auf Entwürfe der UNO-Völkerrechtskommission zurück. Wichtigste Beispiele sind die Wiener Konventionen über diplomatische und konsularische Beziehungen, die Wiener Vertragsrechtskonvention und das Seerechtsübereinkommen.

Professor Reinisch lehrt seit 20 Jahren an der Universität Wien und leitet dort die Abteilung für Völkerrecht und Internationale Beziehungen des Instituts für Europarecht, Internationales Recht und Rechtsvergleichung. Er war Vizedekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, fungiert regelmäßig als Schiedsrichter in internationalen Tribunalen und ist seit 2014 auch Mitglied des Ständigen Schiedshofs in Den Haag.

Frühere österreichische Mitglieder der UNO-Völkerrechtskommission waren: Alfred Verdross (1957-1966), Stephan Verosta (1977-1981) und Gerhard Hafner (1997-2001). ■

https://www.postgraduatecenter.at/en/programs/law/international-law/

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Der Außenminister traf den nordmazedonischen Premierminister Zoran Zaev in Skopje.

Besuch bei den Musterschülern der EU-Integration am Westbalkan

Außenminister Michael Linhart besuchte vom 18. bis 20. November Nordmazedonien und Albanien. Beide Staaten sind EU-Beitrittskandidaten und zählen somit zu den Vorreitern der EU-Erweiterung am Westbalkan. Im Zentrum der Gespräche mit hochrangigen VertreterInnen der beiden Länder standen Maßnahmen gegen illegale Migration entlang der Balkanroute, der Fortschritt der EU-Beitrittsverhandlungen sowie wirtschaftliche Themen. Nach seiner Reise nach Bosnien und Herzegowina im Oktober handelt es sich beim Besuch in Nordmazedonien und Albanien bereits um die zweite Reise des Außenministers in den Westbalkan, womit er die Bedeutung der Region für Österreich neuerlich unterstreicht.

Am 18. November traf der Außenminister mit Präsident Stevo Pendarovski, Premier-

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Der Außenminister traf auch seinen nordmazedonischen Amtskollegen Bujar Osmani

Österreich, Europa und die Welt

minister Zoran Zaev und Außenminister Bujar Osmani in der Hauptstadt Skopje. Dabei hat Linhart auch den EU-Beitrittsprozeß angesprochen, der für die EU weiterhin höchste Priorität haben müsse. Österreich unterstützt die Initiative des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell, die Beziehungen zu den Westbalkan-Staaten parallel zum Beitrittsprozesses zu vertiefen und setzt dabei auf spürbare Auswirkungen für die Menschen vor Ort. „Wir müssen uns bei der Annährung der Westbalkan-Staaten an die EU auf Themen konzentrieren, die direkte Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger haben. Die volle Teilnahme aller Staaten des Westbalkans an EU-Programmen, wie Erasmus, oder die weitere Integration in den Europäischen Forschungsraum wären sichtbare Ergebnisse für die Menschen in der Region“, fordert der Außenminister.

Am zweiten Tag seiner Reise besuchte Linhart Tirana, die Hauptstadt Albaniens. Dort traf er auf Premierminister Edi Rama, Außenministerin Olta Xhaçka sowie den albanischen Chefverhandler mit der EU, Zef Mazi. Neben der europäischen Perspektive des Landes hat er auch das Thema der illegalen Migration angesprochen. Nach dem pandemiebedingten Rückgang steigen nun wieder die Zahlen der MigrantInnen, die über die Balkanroute versuchen, die EU zu erreichen.

„Österreich legt größten Wert darauf, unsere Zusammenarbeit mit Albanien im Bereich der Migration weiter auszubauen. Das Migrationschaos von 2015 darf sich nicht wiederholen und das können wir nur gemeinsam verhindern“, so Linhart.

Ein Höhepunkt für den fußballbegeisterten Außenminister war das Freundschaftsspiel zwischen dem albanischen Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten und einem Team der österreichischen Delegation und der Österreichischen Botschaft Tirana, angeführt von Außenminister und Spielmacher Michael Linhart.

Zum Abschluß besuchte die österreichische Delegation am 20. November das Wasserkraftwerk Ashta, das von den österreichischen Energieunternehmen Verbund und EVN eröffnet wurde. Ein Besuch bei der österreichischen HTL „Peter Mahringer“ in Shkodra stand ebenfalls am Programm.

Begleitet wurde der Außenminister auch diesmal von einer großen österreichischen Wirtschaftsdelegation. Im Rahmen der Wirtschaftsinitiative ReFocus Austria sollen so die bereits jetzt sehr guten Handelsbeziehungen zwischen Österreich und den Staaten des Westbalkans weiter ausgebaut werden. ■

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Michael Linhart bei seinem Besuch den albanischen Präsidenten Ilir Meta …

Foto: BMEIA / Michael Gruber

… und seine albanische Amtskollegin Olta Xhacka in Tirana

Foto: BMEIA / Michael Gruber

… das Wasserkraftwerk Ashta, das von den österreichischen Energieunternehmen Verbund und EVN eröffnet wurde.

Foto: Peter Rigaud

Michael Schaumann und Robert Gulla, Gründer und Obmänner des Vereins Springboard

Top-Projekte im Rahmen des Intercultural Achievement Award 2021 ausgezeichnet

Herausragendes zivilgesellschaftliches Engagement für interkulturellen und interreligiösen Dialog auszeichnen – dieses Ziel verfolgt das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten seit 2014 mit seinem Intercultural Achievement Award (IAA). Die aus über 230 Einreichungen aus aller Welt ausgewählten Siegerprojekte 2021 kommen aus Albanien (Western Balkans Youth Cooperation Platform), Bosnien und Herzegowina (Garden of Opportunities), Indonesien (Alternative Narrative from Credible Voices), Libanon (Arab Culture and Arts Network) und Nigeria (Part-Time Teaching/Coordinating Livelihood Skills). In den österreichischen Sonderkategorien wurden für „Integration in Österreich" die ISO Integrations- und Sozialberatungsstelle in Oberndorf und für „Bestes österreichisches Projekt" Go Digital! des Vereins Springboard ausgezeichnet. Die Preisverleihung des Intercultural Achievement Awards 2021 ist abrufbar auf

https://www.intercultural-achievement.com

„Ich gratuliere den diesjährigen Gewinnern herzlich, es freut mich besonders, daß die diesjährigen Sieger-Projekte einen so starken Jugendbezug haben", so Bundesminister Michael Linhart, der die Preise gemeinsam mit Jugend- und Integrationsministerin Susanne Raab am Abend des 23. November virtuell verliehen hat. „Viele zivilgesellschaftliche Organisationen haben erkannt, daß die Einbindung junger Menschen wichtig für die Schaffung einer nachhaltigen, friedlichen Gesellschaft ist. Interkulturelle und interreligiöse Dialoginitiativen können helfen, daß Jugendliche intolerante und extremistische Einflüsse zurückweisen und stattdessen konstruktiv zur Lösung globaler und nationaler Herausforderungen beitragen."

„Der Intercultural Achievement Award ist ein Schlüsselprojekt des interkulturellen Dialogs. Gerade die erfolgreichen und innovativen Projekte aus Österreich zeigen auf, wie Chancen im interkulturellen Zusammenleben genutzt und konkrete Herausforderungen der Integration gemeistert werden können. Ich freue mich besonders, daß der Sonderpreis für Integration in diesem Jahr an ein Projekt im Bundesland Salzburg geht. Gerade in den Gemeinden und Regionen passiert enorm viel für die Integration, vor allem auch dank des Engagements vieler Ehrenamtlicher vor Ort", erklärt Integrationsministerin Susanne Raab.

Der Preis wurde dieses Jahr maßgeblich weiterentwickelt. Die Kategorie Nachhaltigkeit kombiniert nun den Querschnittsbereich Umwelt/Ökologie und interkulturelle bzw. interreligiöse Herausforderungen. Neu eingeführt wurde – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Covid-19 Pandemie – die Kategorie Technologie, die innovative Lösungen bei Dialog-Initiativen auszeichnet. Als Anerkennung für die vielen hervorragenden Projekte österreichischer NGOs wurde der Sonderpreis „Bestes österreichisches Projekt" ins Leben gerufen, womit für österreichische Organisationen nun neben der Kategorie „Integration" eine zweite, umfassendere Kategorie eingeführt wird.

Mit 23. November startete auch die Seite ***https://www.intercultural-achievement.com*** wo die herausragendsten interkulturellen und interreligiösen Projekte seit dem Start des Preises im Jahr 2014 präsentiert werden. Damit sollen Projektideen und „best practices" leichter Verbreitung finden und die Vernetzungsmöglichkeiten zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen verbessert werden.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten dankt dem Zukunftsfonds der Republik Österreich, der Austrian Development Agency und dem Österreichischen Integrationsfonds für ihre wertvolle langjährige Partnerschaft im Rahmen des Intercultural Achievement Award.

Die Sieger des Intercultural Achievement Award 2021 sind:

Kategorie Technologie

Cooperation and Development Institute/ Albanien mit dem Projekt „Western Balkans Youth Cooperation Platform (WBYCP)"
Die Western Balkans Youth Cooperation Platform schafft sowohl online, als auch offline einen Raum für Vernetzung verschiedener Jugendinitiativen im Westbalkan. Junge Menschen aus der Region können sich über ihre Anliegen austauschen, in Verbindung treten und gemeinsame Aktionen planen.

Kategorie Nachhaltigkeit

Centar za izgradnju mira (CIM) – Center for Peacebuilding/Bosnien und Herzegowina mit dem Projekt „Garden of Opportunities".
Im Garden of Opportunities entsteht ein Raum des Austausches für Menschen unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft in dem u.a. gemeinsam zu nachhaltiger Nahrungsmittelproduktion gelernt und gearbeitet wird.

Kategorie Aktualität

Tiro Association for Arts/Libanon mit dem Projekt „Arab Culture and Arts Network (ACAN)"
Das Arabische Kultur und Kunst Netzwerk im Libanon schafft eine virtuelle kulturelle Brücke zwischen den Ländern im Nahen Osten und ermöglicht Künstlern und Künstlerischen Einrichtungen auch in Covid-19 Zeiten verbunden zu bleiben und einander zu unterstützen.

Kategorie Medien

Ruangobrol.id/Indonesien mit dem Projekt „Alternative Narrative from Credible Voices"
Auf der Website ***https://ruangobrol.id/*** kommen de-radikalisierte Menschen zu Wort, die ihre Beweggründe und Erfahrungen innerhalb terroristischer Organisationen und ihren

Österreich, Europa und die Welt

Weg zurück in die Gesellschaft beschreiben. Mit diesen authentischen Erfahrungsberichten werden Jugendliche angesprochen und zurück auf einen friedlichen Weg geleitet.

Kategorie Innovation

Future Prowess Islamic Foundation/Nigeria mit dem Projekt „Part-Time Teaching/ Coordinating Livelihood Skills“

Die Future Prowess Islamic Foundation betreut im Bundesstaat Borno über 2000 Waisen und Kinder aus benachteiligten Familien, darunter viele Opfer des Boko-Haram-Konflikts. Durch eine umfassende Betreuung inkl. Schul- und Lehrausbildung werden die Kinder extremistischen Einflüssen entzogen und können sich eine nachhaltige Zukunft aufbauen.

Sonderpreis für Integration in Österreich

Verein Soziales Netzwerk Oberndorf/Salzburg mit dem Projekt „ISO Integrations- und Sozialberatungsstelle“

Die Integrations- und Sozialberatungsstelle (ISO) bietet Beratungen für interkulturelle und soziale Anliegen von MigrantInnen mit dem Ziel, die Bevölkerung im ländlichen Raum für Integration zu sensibilisieren und Begegnungsräume zu schaffen.

Sonderpreis „Bestes österreichisches Projekt“

Springboard-Verein zur Förderung von Talenten/Wien mit dem Projekt „Go Digital!“

Die digitale Kluft zwischen arm und reich ist ein Phänomen, das soziale Ungleichheit verstärkt und die Chancen von Jugendlichen aus sozial schwachen Familien stark reduziert. In Online-Schooling-Zeiten können nicht alle SchülerInnen gut am Unterricht teilnehmen, weil ihnen die technische Infrastruktur dafür fehlt. „Go Digital“ sammelt daher gebrauchte Laptops, um diese dann bedürftigen Jugendlichen u.a. mit Migrationshintergrund zu spenden. ■

Arbeitsbesuch in Paris

Außenminister Michael Linhart traf sich am 26. November mit seinem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian in Paris zu einem Arbeitsgespräch. Dabei wurde ausführlich über den Westbalkan und den EU-Erweiterungsprozeß gesprochen. Darüber hinaus tauschten sich die beiden Außenminister über die aktuelle Sicherheitslage in der Sahel-Zone aus. Sowohl Frankreich als auch Österreich sind dort an einer Ausbildungsmission der EU beteiligt.

Im Zuge des Gesprächs hob Michael Linhart die positive Entwicklung der Westbalkanstaaten hervor, von der er sich erst kürzlich bei seinen Reisen nach Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien und Albanien ein Bild machen konnte.

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Michael Linhart traf seinen französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian

„Der Westbalkan ist ein wichtiges Puzzlestück für ein gemeinsames, sicheres und wirtschaftlich starkes Europa. Ohne den Westbalkan wird das Gesamtbild nie komplett sein. Die Westbalkanstaaten haben ihre Aufgaben erfüllt und sind wichtige Zukunftsmärkte. Für Österreich ist daher der nächste logische Schritt, mit EU-Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmazedonien zu beginnen“, so der Außenminister.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs lag auf der instabilen Lage in Mali und der Sahel-Zone, die eine große Bedeutung für die Sicherheit der EU hat. Sowohl Österreich als auch Frankreich sind vor Ort im gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität engagiert. Österreich wird Ende 2021 in Mali die wichtige Rolle des Befehlshabers der dortigen EU-Trainingsmission übernehmen. „Es ist im gemeinsamen Interesse, daß wir bei der Stabilisierung der Lage in Mali helfen, damit die dortige Bevölkerung geschützt werden kann. Dies ist auch essentiell für die Sicherheit der EU, daher werden wir die Situation weiterhin genau beobachten“, sagte Linhart.

Weitere Themen bei dem Austausch waren die andauernde Krise im Libanon und die EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs im 1. Halbjahr 2022. Der Außenminister sicherte dafür die Unterstützung Österreichs zu.

Neben der engen Freundschaft und der traditionell engen diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich ist Außenminister Michael Linhart auch persönlich stark mit Frankreich und seinen Menschen verbunden. Bis zu seiner Angelobung als Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten war er österreichischer Botschafter in Paris. ■

ReFocus Austria feierte die 100. Veranstaltung in Berlin

Am 1. Dezember wurde die 100. Veranstaltung der Wirtschaftsinitiative ReFocus Austria in Berlin abgehalten. Seit dem Auftakt von ReFocus Austria am 7. September 2021 organisiert das weltweite Netzwerk der österreichischen Vertretungsbehörden gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, der Österreich-Werbung, dem Wirtschaftsministerium und vielen weiteren Partnern als Team Austria Events zur Förderung der heimischen Exportwirtschaft.

„Mit ReFocus Austria wollen wir österreichisches Know-how weltweit präsentieren und damit den Exportmotor wieder ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen. Es ist eine ganz besondere Freude, daß uns das jetzt schon 100. Mal gelungen ist!“, sagte Außenminister Michael Linhart.

Bei der 100. Veranstaltung in Berlin legte die Österreichische Botschaft gemeinsam mit dem Österreichischen Kulturforum einen Schwerpunkt auf österreichische Architektur und Kreativwirtschaft. Durch eine Partnerschaft mit der Galerie AEDES, eine der renommiertesten Architektur-Galerien weltweit, wurde der österreichischen Kreativwirtschaft eine besondere Plattform zur Positionierung am deutschen Markt und ein Raum für Dialog und Austausch geboten.

Österreich, Europa und die Welt

Botschafter Peter Huber und die Direktorin des Kulturforums, Denise Quistorp, trafen sich mit der Gründerin der Galerie, Kristin Feireiss, und dem Direktor der Galerie, Hans-Jürgen Commerell, zu einer gemeinsamen Besichtigung der Ausstellung „Die Möglichkeiten stehen im Raum“ *(noch zu sehen bis 13. Jänner 2022)* des Wiener Architekturbüros PPAG, geleitet von den österreichischen Architekten Anna Popelka und Georg Poduschka. Die ausgestellten Modelle von 40 Bauten in verschiedenen Ländern zeigen Bau-Möglichkeiten, die weit über technisches Können hinausgehen und in bester Wiener Tradition auch Kultur, Bildung und Forschung, Umwelt und Gerechtigkeit mitdenken.

Die Initiative ReFocus Austria ist der größte globale Outreach Österreichs und zentraler Bestandteil des wirtschaftlichen Comeback-Plans der österreichischen Bundesregierung zum wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Corona-Krise. Bis Juni 2022 finden an den über 100 Vertretungsbehörden weltweit maßgeschneiderte Veranstaltungen unter Einbindung von österreichischen Unternehmen vor Ort und in Kombination mit hochrangigen Wirtschaftsdelegationen statt. Oberstes Ziel der Initiative ist es, den Wirtschaftsstandort Österreich bestmöglich zu fördern und heimischen Unternehmen Chancen auf internationalen Märkten zu eröffnen. Das Signal von Buenos Aires bis Dakar, von Peking bis Ottawa ist klar: We are back in business. Austria is back in business. ■

https://kulturforumberlin.at/
https://www.aedes-arc.de/

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Am Rande des Ministerrats traf Linhart seine Amtskollegin aus Andorra Maria Ubach Font…

Foto: BMEIA / Michael Gruber

… und seinen serbischen Amtskollegen Nikola Selakovic

OSZE-Ministerrat in Stockholm

Am 2. Dezember fand das jährliche Ministerratstreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Hauptstadt des diesjährigen Vorsitzlandes Schweden statt. Dabei trafen sich die AußenministerInnen der 57 Teilnehmerstaaten, um aktuelle sicherheitspolitische Themen zu besprechen. Als Vertreter des Sitzstaats der OSZE hat Außenminister Michael Linhart bei dem Treffen den wichtigen Beitrag betont, den die regionale Sicherheitsorganisation für die Bewältigung von Krisen leisten kann.

Die OSZE ist die größte regionale Sicherheitsorganisation der Welt und hat ihren Sitz in Wien. Das einmal im Jahr stattfindende Treffen der Außenminister findet dabei im jeweiligen Vorsitzland statt. Der aktuelle Vorsitz von Schweden endet mit Jahresende, danach übernimmt Polen den OSZE-Vorsitz.

„Als Sitzstaat der OSZE liegt uns die Organisation besonders am Herzen und wir sind zutiefst überzeugt vom Wert dieser Plattform – gerade jetzt, wo Spannungen, Spaltungen und Mißtrauen um sich greifen. Ich bin daher sehr froh, daß wir im Rahmen des OSZE-Ministerrats in Stockholm die Gelegenheit haben, aktuelle Krisen und Konflikte anzusprechen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten“, so Außenminister Michael Linhart im Vorfeld.

Auch im OSZE-Raum – der sich von den USA und Kanada über Europa und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion bis hin zur Mongolei spannt – sind Krisen und Konflikte kein Ding der Vergangenheit, sondern werden offen ausgetragen oder brodeln gefährlich unter der Oberfläche. So etwa in Belarus, der Ukraine, in Georgien, zwischen Armenien und Aserbaidschan oder in Moldau. Die OSZE bietet die nötigen Werkzeuge, um solchen Konflikte vorzubeugen, sie zu begrenzen oder beizulegen.

Neben der Plenarsitzung standen für den Außenminister zudem eine Reihe an bilateralen Treffen mit seinen Amtskollegen am Programm, unter anderem mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow. „Ich nütze die Gelegenheit in Stockholm auch, um in bilateralen Gesprächen mit meinen Amtskolleginnen und Amtskollegen über aktuelle Krisen und Konflikte zu sprechen, zu vermitteln und Überzeugungsarbeit zu leisten“, so Linhart.

Am 2. Dezember traf Linhart den russischen Außenminister Sergei Lawrow. Im Fokus der Gespräche zwischen den beiden Amtskollegen standen die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Rußland sowie die Rolle der OSZE bei der Bewälti-

gung aktueller Krisen. Das Treffen war die erste persönliche Begegnung zwischen Linhart und Lawrow. Linhart setzte sich bei dem Treffen für eine Fortsetzung des bilateralen Dialogs ein. Es sei wichtig, mit Rußland einen pragmatischen Austausch zu pflegen, bei dem auch heikle Punkte offen angesprochen werden können.

„Ich freue mich über das erste Treffen und das konstruktive Gespräch mit Sergei Lawrow. Zwischen Österreich und Russland gibt es zahlreiche Bereiche, in denen wir konstruktiv zusammenarbeiten. Sowohl auf bilateraler Ebene als auch bei internationalen Fragen. Wir wollen die pragmatische Herangehensweise und den offenen Dialog mit Rußland fortsetzen“, so Außenminister Linhart und betonte zudem die wichtige und konstruktive Rolle, die Rußland bei den Verhandlungen zum Wiener Atomabkommen spielt.

Bei dem Treffen sprach Michael Linhart auch die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rußland und der Europäischen Union an. Der österreichische Außenminister betonte, daß es wichtig sei, Dialogmöglichkeiten zu schaffen. Gerade in den Bereichen Klima und Umwelt wäre eine Zusammenarbeit von gegenseitigem Interesse.

„Wir haben heute selbstverständlich auch über die derzeitig angespannten Beziehungen zwischen der EU und Rußland gesprochen. Unser Ziel ist es, hier zu einem sachlichen Dialog zurückzukehren. Wir haben einen zweigleisigen Ansatz: Rote Linien, wo nötig und Dialog, wo möglich“, so Linhart.

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Am 2. Dezember traf der Außenminister seinen russischen Kollegen Sergei Lawrow (l.)

Auch die zunehmenden Spannungen in der Ostukraine waren ein Thema bei dem Treffen: „Wir haben auch über die aktuelle Lage in der Ukraine und die Berichte über russische Truppenbewegungen gesprochen, die auch für uns besorgniserregend sind“, so Linhart weiter. „Auch hier ist mein Zugang das Gespräch. Ich habe mich vor kurzem mit meinem ukrainischen Amtskollegen ausgetauscht und mit dem US-Secretary of State Tony Blinken. Und heute auch mit Sergei Lawrow. Österreich wird hier alles tun, um zur Deeskalation beizutragen.“ ■

Nach der Regierungsumbildung am 6. Dezember übergab Michael Linhart seine Funktion als Außenminister wieder an seinen Vorgänger Alexander Schallenberg.

Außenminister Alexander Schallenberg

Außenminister Schallenberg bekräftigt die strategische Partnerschaft zwischen Österreich und Australien

Die guten Beziehungen zu Australien hat Außenminister Alexander Schallenberg am 10. Dezember in einem persönlichen Zusammentreffen mit Australiens Außenministerin Marise Payne in Wien bekräftigt. Dies gilt sowohl für den gemeinsamen Kampf gegen die Covid-19 Pandemie als auch für das Engagement Österreichs und Australiens für einen starken Multilateralismus.

Am Rande der UNO-Generalversammlung in New York wurde zwischen dem damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz und dem australischen Premierminister Scott Morrison ein bilaterales strategisches Partnerschaftsabkommen unterzeichnet.

Jetzt geht es um die rasche Umsetzung des Abkommens in Zukunftsbereichen wie grüne Technologie, medizinische Forschung, „Smart Cities“ und Cybersicherheit. Bund und Länder sowie Forschungseinrichtungen und Unternehmen sind Teil des Umsetzungsplans, der auch die Anzahl an österreichischen Unternehmen in Australien vergrößern will. Wichtigste Sektoren sind unter anderem der Infrastrukturbereich und erneuerbare Energien.

Foto: BMEIA / Michael Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seiner australischen Amtskollegin Marise Payne

Auch regionale Fragen wie die Entwicklungen im Indo-Pazifik und die Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten wurden bei dem Treffen besprochen. ■

Österreich, Europa und die Welt

5,4 Mio. Euro zur Bekämpfung humanitärer Krisen

Auch Ende 2021 nehmen die humanitären Krisen keinen Abriß: Aus diesem Grund hat die österreichische Bundesregierung im Ministerrat am 15. Dezember eine weitere Zahlung aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) über 5,4 Millionen Euro beschlossen. Die Mittel werden zur Bekämpfung der humanitären Krisen in Mosambik und im Südsudan sowie zur Unterstützung der internationalen Nothilfefonds der Vereinten Nationen (CERF) bzw. der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (DERF) und der humanitären NGO Geneva Call zur Verfügung gestellt.

„Mosambik wurde von Dürre- und Überschwemmungsperioden, anhaltenden Schäden durch zwei massive Wirbelstürme 2019 und die Corona-Pandemie schwer getroffen. Gemäß unserer humanitären Tradition können sich die Menschen in Mosambik, das seit fast 30 Jahren ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist, auch in dieser schwierigen Zeit auf unsere Hilfe vor Ort verlassen“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

Ähnlich dramatisch gestaltet sich die Situation im Südsudan, der von schweren Konflikten geprägt ist und zu den ärmsten Ländern der Welt zählt.

„7,6 Millionen Menschen können sich im Südsudan aktuell nicht mehr selbstständig ernähren und sind akut auf Hilfe angewiesen. Mit unserer Unterstützung leisten wir einen dringend benötigten Beitrag, um die humanitäre Krise zu bekämpfen“, führt Schallenberg weiter aus.

Von den 5,4 Mio. Euro gehen zwei Mio. Euro an Mosambik – eine Million an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), der Rest an österreichische NGOs vor Ort. 900.000 Euro werden dem Amt für die Koordination humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) im Südsudan zur Verfügung gestellt. 1,4 Millionen Euro sind für den Nothilfsfonds der Vereinten Nationen (CERF) vorgesehen, einen Stand-by-Fonds um Opfern von Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten möglichst frühe und verläßliche Hilfe zu leisten. Eine weitere Million Euro geht an den Nothilfefonds für Katastrophenhilfe (DREF) der internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, um ähnlich dem CERF rasch, gezielt und effektiv auf humanitäre Notsituationen reagieren zu können. Zuletzt wird die Nichtregierungsorganisation Geneva Call mit 100.000 Euro unterstützt. Sie widmet sich seit über 20 Jahren dem Kampf gegen Antipersonenminen.

Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg traf Dunja Mijatović, Menschenrechtskommissarin des Europarates, in Wien zu einem Gespräch

Mit der Auszahlung der 5,4 Millionen Euro sind die Mittel des AKF, der 2021 mit 52,5 Mio. Euro und damit so hoch wie noch nie dotiert war, ausgeschöpft. Um dem steigenden Hilfsbedarf weltweit gerecht zu werden, wurden die Mittel des AKF gemäß Regierungsprogramm in dieser Legislaturperiode fortlaufend aufgestockt. Im Vergleich zu 2016 konnte so bereits eine Verzehnfachung der Mittel für humanitäre Hilfe erreicht werden. ■

Menschenrechtskommissarin des Europarats Mijatović in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 17. Dezember Dunja Mijatović, Menschenrechtskommissarin des Europarates, zu einem freundschaftlichen Austausch im Außenministerium. Dabei standen Meinungsfreiheit, Gleichbehandlung und Migrationsfragen im Mittelpunkt des Gesprächs.

„Eine enge Kooperation mit dem Europarat ist seit jeher eine Konstante in der österreichischen Außenpolitik, so bildet auch die Menschenrechtskonvention des Europarats Teil der österreichischen Verfassung. Zudem stellt der Schutz der Menschenrechte einen besonderen, außenpolitischen Schwerpunkt dar“, betonte der Außenminister und verwies auf Österreichs Engagement während seiner Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

Weiters wurden die angespannte Lage in Bosnien und Herzegowina, die unrechtmäßige Inhaftierung von JournalstInnen in der Türkei und das problematische Verständnis von Rechtsstaatlichkeit in manchen EU-Ländern besprochen. Rechtsstaatlichkeit stelle einen der Grundsätze der EU dar, die nicht verhandelbar seien, so Außenminister Schallenberg. Bei diesem Thema setze er auf die Europäische Menschenrechtskonvention und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Aber auch die Situation an den EU-Außengrenzen, insbesondere in Polen, wo tausende Migrantinnen und Migranten auf der Flucht von Belarus gestrandet sind und auf Hilfe und Schutz angewiesen sind, wurde diskutiert.

„Es ist wichtiger denn je, daß wir nicht müde werden, von allen Staaten die uneingeschränkte Achtung ihrer Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte zu fordern. Menschenrechte kennen keinen Lockdown. Wir lassen nicht zu, daß im Schatten der Pandemie eklatante Menschenrechtsverletzungen Platz greifen“, so Schallenberg. ■

https://www.bmeia.gv.at/

Besetzung von Leitungsfunktionen im Ausland

Auf Antrag von Außenminister Alexander Schallenberg wurde in der Sitzung des Ministerrates vom 15. Dezember die Neubesetzung von mehreren österreichischen Vertretungsbehörden beschlossen.

Die Betrauung mit den genannten Leitungsfunktionen erfolgt nach Einholung des erforderlichen Agréments des Empfangsstaates und nach Ausstellung des Beglaubigungsschreibens durch den Bundespräsidenten. Es wurde vorgeschlagen, folgende Personen mit Leitungsfunktionen im Ausland zu betrauen:

- **Botschafterin Mag.a Gerda Vogl** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Athen,
- ao. und bev. **Botschafter Mag. Christian Ebner** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Belgrad,
- **Botschafter Mag. Dr. Michael Linhart** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Berlin,
- **Botschafterin Dr.in Désirée Schweitzer** mit der Leitung der Ständigen Vertretung Österreichs beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen in Genf,
- ao. und bev. **Botschafter Mag. Nicolaus Keller** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Helsinki,
- **Botschafter Mag. Dr. Marcus Bergmann,** LL.M. mit der Leitung der Österreichischen Botschaft beim Heiligen Stuhl und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafter in der Republik San Marino und beim Souveränen Malteser-Ritter-Orden,
- **Botschafter Mag. Enno Drofenik** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Madrid und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafter im Fürstentum Andorra,
- **Gesandten Dr. Ronald Sturm** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Minsk,
- **Botschafterin Barbara Kaudel-Jensen,** MA mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Paris und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafterin im Fürstentum Monaco,
- ao. und bev. **Botschafter Mag. Dr. Gerhard Jandl,** Bakk. mit der Leitung der Ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD Paris,
- **Gesandte Mag.a Andrea Ikic-Böhm** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Sofia,
- ao. und bev. **Botschafterin Mag.a Doris Danler** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Stockholm,
- ao. und bev. **Botschafterin Mag.a Aloisia Wörgetter** mit der Leitung der Ständigen Vertretung Österreichs beim Europarat in Strassburg,
- **Gesandten Mag. Andreas Lins** mit der Leitung des Österreichischen Generalkonsulates in Strassburg,
- **Gesandten Mag. Peter Mikl** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Tallinn,
- **Gesandte Dr.in Simone Knapp** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Addis Abeba und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafterin in der Republik Dschibuti, in der Republik Kongo, in der Republik Südsudan und in der Republik Uganda,
- **Gesandte Mag.a Ursula Fahringer** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Dakar und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafterin in Burkina Faso, in der Republik Côte d'Ivoire, in der Republik Gambia, in der Republik Guinea, in der Republik Guinea-Bissau, in der Republik Liberia, in der Republik Mali und in der Republik Sierra Leone,
- ao. und bev. **Botschafter Mag. Dr. Christian Fellner** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Nairobi und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafter in der Republik Burundi, in der Union der Komoren, in der Demokratischen Republik Kongo, in der Republik Malawi, in der Republik Ruanda, in der Republik Sambia, in der Republik Seychellen, in der Bundesrepublik Somalia und in der Vereinigten Republik Tansania,
- **Botschafterin Mag.a Romana Königbrun** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Pretoria und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafterin in der Republik Angola, in der Republik Botsuana, im Königreich Eswatini, im Königreich Lesotho, in der Republik Madagaskar, in der Republik Mauritius, in der Republik Mosambik, in der Republik Namibia und in der Republik Simbabwe,
- **Gesandte Dr.in Anna Jankovic** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Rabat und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafterin in der Islamischen Republik Mauretanien,
- **Gesandte Mag.a Gabriele Meon-Tschürtz** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Havanna und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafterin in Antigua und Barbuda, im Commonwealth Dominica, in der Dominikanischen Republik, in Grenada, in der Republik Haiti, in St. Kitts und Nevis, in St. Lucia, in St. Vincent und die Grenadinen sowie in der Bolivarischen Republik Venezuela.
- **Gesandten Dr. Etienne Berchtold,** BSc, MBA mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Abu Dhabi,
- **Legationsrat Mag. Thomas Schuller-Götzburg** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Baku und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafter in Turkmenistan,
- **Konsul, Regierungsrat Günther Lazelsberger** mit der Leitung des Österreichischen Generalkonsulates Chengdu,
- ao. und bev. **Botschafterin Mag.a Andrea Wicke** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Islamabad und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafterin in der Islamischen Republik Afghanistan,
- **Gesandten Mag. Dr. Thomas Loidl** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Jakarta und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafter in der Demokratischen Republik Timor-Leste,
- ao. und bev. **Botschafter Dr. Johann Brieger,** MBA mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Manila und Mitakkreditierung als ao. und bev. Botschafter in der Republik Palau und
- ao. und bev. **Botschafter Mag. Nikolaus Lutterotti** mit der Leitung der Österreichischen Botschaft Tel Aviv.

https://www.bmeia.gv.at/

Zwischen Gedenken und Cybersicherheit

Innenminister Nehammer in Israel – Treffen von Regierungsvertretern – Austausch mit Cyber-Crime-Spezialisten – Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem

Foto: BMI / Makowecz

Gemeinsam (v.r.) mit der österreichischen Botschafterin in Israel, Hannah Liko, Claudia Prutscher von der IKG und der Direktorin des Mauthausen Memorial, Barbara Glück, besuchte Innenminister Karl Nehammer die Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem

Innenminister Karl Nehammer startete seine zweitägige Israel-Reise am 10. November mit einem Treffen mit Außenminister Yair Lapid, Innenminister Avelet Shaked und dem Minister für Öffentliche Sicherheit, Omer Bar-Lev, in Jerusalem. Themen der Arbeitsgespräche waren der Kampf gegen Extremismus und Terrorismus, Grenzschutz sowie aktuelle Herausforderungen der illegalen Migration. „Israel ist ein Vorbild in vielen Bereichen, von der Cyber-Sicherheit bis zur Terrorismusbekämpfung. Auch von illegaler Migration war Israel betroffen und konnte durch einen robusten High-Tech-Grenzzaun illegale Grenzübertritte durch Migranten aus Afrika verhindern. Das zeigt einmal mehr wie wirkungsvoll es ist, seine Grenzen zu schützen – gerade in Zeiten wie diesen, in denen versucht wird, Polen und die EU mit Migranten zu erpressen“, betonte Nehammer.

Cybercrime: Was kann Österreich von Israel lernen?

Beim Besuch der Cyberdefence-Behörde INCD wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der Österreich und Israel enger zusammenarbeiten wollen. Besonders bei der Abwehr von Cyberattacken soll diese Kooperation vertieft werden.„Wir legen als österreichische Bundesregierung einen klaren Schwerpunkt auf die digitale Krisen- und Daseinsvorsorge“, sagte Nehammer beim Besuch der Behörde in Be’er Sheva.

„Die Pandemie hat uns eindrucksvoll vor Augen geführt was im Gesundheitsbereich alles vormals undenkbar war. Und die zunehmende Anzahl an Angriffen im Internet zeigt uns aber, daß wir uns auch für diese Krisenszenarien rüsten müssen, insbesondere um die kritische Infrastruktur im Cyberraum zu schützen, aber auch um die dramatisch ansteigenden Fallzahlen im Bereich von Cybercrime entsprechen zu können“, so Nehammer.

Nach dem Vorbild Israels kann sich der Innenminister auch in Zukunft eine Hotline für Opfer von Cyberattacken vorstellen. Mittelfristig laufe es darauf hinaus, daß jeder Staat so etwas haben werde, betonte Nehammer. Derzeit gibt es beim Bundeskriminalamt eine Meldestelle für Cyberkriminalität, die man schriftlich erreichen kann.

Yad Vashem: Im Gedenken den Opfern ihre Identität zurückgeben

Gemeinsam mit der österreichischen Botschafterin in Israel, Hannah Liko, und der Direktorin des Mauthausen Memorial, Barbara Glück, legte Nehammer im Namen der Republik Österreich an der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem einen Kranz nieder. „Die Nationalsozialisten haben Millionen von Menschen vernichtet. Sie haben ihnen die Namen genommen und sie zu einer Nummer anonymisiert, bevor sie sie ermordet haben. Eine ganz perfide Form der Vernichtung. Die Gedenkstätte Yad Vashem hat eine besondere Bedeutung für mich, sie gibt den Opfern wieder ein Stück ihrer Identität zurück“, sagte Nehammer. Er sähe dies auch als seinen Auftrag als Innenminister und erinnerte an die Rolle vieler Österreicher als Täter. „Diesem Umstand tragen wir derzeit Rechnung durch ein Forschungsprojekt, das sich mit der österreichischen Polizei im Nationalsozialismus auseinandersetzt.“

Nehammer überreichte in der Botschaft in Tel Aviv feierlich die österreichische Staatsbürgerschaftsurkunde an fünf Nachkommen von Opfern des NS-Regimes. „Wir werden nie vergessen und alles tun, damit sich die Geschichte nicht wiederholt. Österreich ist sich seiner Verantwortung bewußt“, sagte Nehammer bei dem Festakt.

Booster sind der Schlüssel zum Erfolg

Im Rahmen seiner Israel-Reise rief der Innenminister dazu auf, sich die dritte Impfung zu holen: „Israel ist das beste Beispiel. Das Land war in einer ähnlichen Situation wie Österreich jetzt und ein Schlüssel zum Erfolg im Kampf gegen die Pandemie war die Booster Impfung. Israel zeigt, daß es wirkt.“ ■

https://www.bmi.gv.at/

COP 26 in Glasgow

Österreich leitet internationale Forschungskooperation für klimafitte Industrie

Die energieintensiven Industrien Stahl, Zement und Chemie benötigen für ihre Produktion extrem hohe Temperaturen und große Mengen an Energie. Sie sind für gut ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das Potential zur CO_2-Vermeidung ist entsprechend groß – es liegt global bei rund 60 Gigatonnen bis 2050. Um dieses Potential heben zu können, müssen rasch neue Technologien und Innovationen entwickelt, skaliert und eingesetzt werden, denn der nächste Modernisierungszyklus steht in diesen Branchen bereits um 2030 an. Die Mission Innovation-Mitglieder, angeführt von Österreich und Australien, entwickeln eine Mission, um auf diese Herausforderung zu reagieren. Partnerorganisationen wie UNIDO und LeadIT unterstützen diese Initiative.

Die MI-Partnerschaft zielt darauf ab, bis 2030 neue Investitionen für die Entwicklung von Schlüsseltechnologien zu mobilisieren, um eine zuverlässige, kostengünstige und emissionsfreie Produktion von Stahl, Zement und Chemikalien zu ermöglichen. Die Forschungen der nächsten zehn Jahre sind entscheidend, um innovative industrielle Prozesse und Technologien weiter zu entwikkeln, die eine radikale Senkung der weltweiten CO_2-Emissionen ermöglichen – so wie im Klimaübereinkommen von Paris vorgesehen. Der rasche Einsatz der Technologien ist Gebot der Stunde.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler gab am 9. November im Rahmen der Weltklimakonferenz in Glasgow diese internationale Kooperation bekannt. Die operative Leitung in Österreich verantwortet der Klima- und Energiefonds.

„Eine klimafitte Industrie ist ein wesentlicher Pfeiler im Kampf gegen die Klimakrise. Als Industrienation und mit langjähriger Erfahrung im Bereich klimafreundliche Innovationsförderung übernehmen wir Verantwortung und möchten einen wesentlichen Beitrag leisten“, sagt Gewessler. „Durch die Zusammenarbeit von privaten und öffentlichen Partnern können zukunftsfähige Lösungen entwickelt werden. Ich freue mich, die ‚Net-Zero Industries Mission‘ ankündigen zu können und auf die Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern. Diese internationale Kooperation ist auch ein toller wirtschaftlicher Anschub für eine zukunftsfähige und grüne Industriebranche.“

Foto: BMK / Cajetan Perwein

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler

„Der Einsatz und die rasche Entwicklung neuer emissionsarmer Technologien ist von entscheidender Bedeutung, um ‚Net-Zero‘ für alle Länder realisieren zu können. Deshalb arbeiten wir mit Mission Innovation zusammen, um Investitionen und praktische Maßnahmen in Forschung, Entwicklung und Demonstration voranzutreiben. Wir sind stolz darauf, daß wir die ‚Net-Zero Industries Mission‘ gemeinsam mit Österreich leiten werden“, sagt Angus Taylor, australischer Minister für Industrie, Energie und Emissionsreduktion.

Vorreiterrolle Österreichs

Bereits in den 1950er-Jahren hat von Österreich aus ein neues ressourcenschonendes Verfahren zur Stahlerzeugung seinen Siegeszug um die Welt angetreten: das Linz-Donawitz-Verfahren (LD-Verfahren). Heute werden weltweit 60 bis 70 Prozent des Stahls auf Basis des LD-Verfahrens erzeugt. 70 Jahre später ist eine neue Technologierevolution gefordert, die die vollständige Dekarbonisierung energieintensiver Industrien ermöglichen.

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführerin Theresia Vogel: „Durch unsere langjährigen Kooperationen mit der Industrie wissen wir, daß grüne Innovationen, die rasch am Markt Fuß fassen, ein entscheidender Hebel für den Klimaschutz sind und Betrieben Wettbewerbsvorteile am globalen Markt sichern. Für eine vollständige Dekarbonisierung dieser energieintensiven Branchen sind disruptive Innovationen notwendig, sozusagen ein Linz-Donawitz-Verfahren des 21. Jahrhunderts.“ Der Start der 10jährigen Mission ist für das erste Halbjahr 2022 geplant.

Österreich steuert der „Net-Zero Industries Mission“ Expertise bei und wird von den Ergebnissen profitieren: Klimaneutralität der heimischen Industrie und Exportchancen für den Anlagenbau sichern und schaffen Arbeitsplätze. Das leistet einen wichtigen Beitrag zu Wohlstand am Standort Österreich.

Mission Innovation

Die 2015 gegründete Mission Innovation (MI) ist ein globale Initiative von 22 Ländern und der Europäischen Kommission, mit dem Ziel, Innovationen im Bereich Energietechnologien zu beschleunigen. Österreich ist seit dem Jahr 2018 Mitglied und durch das Klimaschutzministerium (BMK) vertreten.

MI-Länder teilen die hohen Entwicklungsrisiken, die nicht von einem einzelnen Land getragen werden können. Jede Mission nimmt sich einer großen ungelösten Herausforderung im Bereich der sauberen Energie an. Sie werden ergebnisorientiert durch eine Allianz aus Ländern, Unternehmen und Forschungseinreichungen umgesetzt und für die Dauer von zehn Jahren konzipiert. ■

https://www.bmk.gv.at/
https://www.klimafonds.gv.at/
http://mission-innovation.net/

41 Jahre Jewish Welcome Service Wien

Seit seiner Gründung vor erfüllt der JWS ein wichtige Kommunikations- und Dialogfunktion zwischen aus Wien vertriebenen JüdInnen und und deren Nachkommen.

Am 17. Dezember 1980 – also vor über 40 Jahren – wurde der Jewish Welcome Service Vienna gegründet. Drei Persönlichkeiten hatten an dieser Gründung maßgeblichen Anteil: Leopold Gratz, damaliger Wiener Bürgermeister, Heinz Nittel, damals Stadtrat und Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft, und Leon Zelman, der bis 2007 den JWS leitete“, erklärt die Generalsekretärin des JWS, Susanne Trauneck, die Grundlage für dieses engagierte Projekt. „Eines Tages“, schrieb Zelman in seiner Biografie, „hatte Heinz Nittel, der sich zu Israel besonders hingezogen fühlte, als nunmehriger Stadtrat für Verkehr nun auch für Fremdenverkehr zuständig, die Idee, das Jewish Welcome Service zu gründen. Mehr als ein Vierteljahrhundert war seit Kriegsende vergangen, viele Juden, die der Meinung gewesen waren, sie würden nie mehr hierher zurückkehren, dachten nun doch daran, wenigstens um die Gräber zu besuchen. Es bedurfte einer Stelle, die sich um diese Menschen kümmerte“, zitiert Trauneck. „Aus der ursprünglich intendierten ‚Anlaufstelle‘ entwickelte sich recht rasch ein internationaler Knotenpunkt, der selbst weitreichende Initiativen entwickelte, um vertriebene JüdInnen sowie deren Nachkommen einen Besuch von Wien und Österreich zu ermöglichen. Und das nicht nur in organisatorischer Hinsicht – sondern oft auch in emotionaler. Denn vielfach standen traumatische Erinnerungen der Vertriebenen einer Besuchsabsicht im Wege. Sehr rasch rückte das ‚Besuchsprogramm‘ ins Zentrum der Aktivitäten des JWS. Dabei werden vor allem Shoah-Opfer und deren Nachkommen nach Wien eingeladen, um hier auf familiäre Spurensuche zu gehen oder als ZeitzeugInnen etwa Schulen zu besuchen“, so die Generalsektretärin. Daneben habe eine Fülle von Aufgaben, von der JournalistInnenbetreuung bis zur Organisation des Leon Zelman-Preises die Arbeit in den vergangenen vier Jahrzehnten mitbestimmt. Das alles habe dazu beigetragen, „daß sich der Jewish Welcome Service als bedeutende Institution im öffentlichen Leben Wiens etablierte. Er ist damit nicht nur eine wichtige Facette im internationalen Erscheinungsbild Wiens. Sondern auch ein wesentliches Bindeglied zur Stadt und der jüdischen Gemeinde“, so Trauneck. Einen Einblick in die Aufgabenfülle sowie einen Überblick über wichtige Akzente, die der JWS in den vergangenen 40 Jahren gesetzt hat, gibt eine Publikation, die im pfd-Format von der Internetseite „abgeholt“ werden kann.

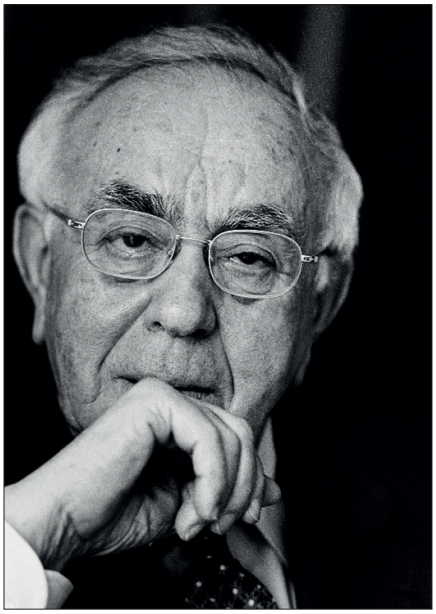


Foto: Jewish Welcome Service / Heribert Corn

JWS-Mitbegründer Leon Zelman

Die Aufgaben des Jewish Welcome Service auf einen Blick

Die Tätigkeit des JWS umfaßt eine Fülle verschiedenster Aufgaben, die zumeist in den Bereichen Organisation, Betreuung, Vernetzung, Kommunikation – mit Einzelpersonen, mit Institutionen, mit Medien etc. – angesiedelt sind, wobei bei den meisten Projekten diese Tätigkeitsbereiche ineinander überfliessen. Zu den Aufgaben gehören im Wesentlichen:

- die Durchführung des Einladungsprogramms für vertriebene Jüdinnen und Juden, mittlerweile unter Einbeziehung der zweiten und dritten Generation der Shoah-Überlebenden
- die Organisation von Studienreisen für die jüngere Generation
- Kooperationen im Bereich von Schule und Erwachsenenbildung
- die Einladung von Zeitzeug*innen und deren Betreuung
- Zusammenarbeit mit Wissenschafter*innen und Organisationen, die sich mit den Themen Vertreibung und Exil beschäftigen.
- Information über jüdisches Leben in Wien
- Informationsarbeit für Journalist*innen aus dem In- und Ausland
- Hilfestellung bei der Herstellung von Kontakten zu jüdischen Institutionen
- Bindeglied zu einzelnen Institutionen, v.a. zur Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) und zum Psychosozialen Zentrum ESRA sowie zu Stadt Wien, WienTourismus und zum Jüdischen Museum
- Berichterstattung über Projekte und Initiativen der Stadt Wien bzw. der Republik Österreich
- Beratung und Information zu verschiedensten Angelegenheiten, u.a. auch zur österreichischen Staatsbürgerschaft für NS-Opfer

Der Leon Zelman-Preis für Dialog und Verständigung

Im Jahr 2013 stifteten die Stadt Wien und der JWS erstmals den „Leon Zelman-Preis für Dialog und Verständigung“, der seither jährlich an Projekte, Organisationen und Personen vergeben wird, die im Sinne Leon Zelmans und des Jewish Welcome Service‘ wirken. Das Preisgeld von 5.000,– € soll einen Beitrag zur Fortführung des jeweiligen Projekts bzw. der jeweiligen Initiative leisten.

Ausgezeichnet werden Initiativen, die sich im Sinne Leon Zelmans aktiv für die Erinnerung an die Shoah, deren Erforschung sowie den „Kampf gegen das Vergessen und für den Dialog zwischen dem heutigen Österreich und den Überlebenden der NS-Verfolgung und insbesondere ihren Nachkommen als Basis für eine gemeinsame Zukunft einsetzen“ – wie die Vergabekriterien besagen und eine Gedenktafel für Leon

Österreich, Europa und die Welt

Zelman am Palais Epstein festhält. Auf diese Weise will der Preis vor allem zivilgesellschaftliches Engagement und das Eintreten gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stärken und darüber hinaus Bildungs- und Jugendarbeit sowie Projekte zum interkulturellen Dialog fördern. Angeregt wurde der Preis vom langjährigen Wiener Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny.

Der Leon Zelman-Preis wurde heuer zwei Mal vergeben und zwar an das Dialogprojekt „Likrat“ und den Republikanischen Club – Neues Österreich *(lesen Sie dazu auf der Seite 63 der „Österreich Journal“-Ausgabe 200 vom 15. Oktober 2021 unter der untenstehenden Adresse).*

Die folgenden Grußbotschaften entstammen der Festschrift „40 Jahre Jewish Welcome Service Vienna“, die auf der Homepage des JWC zum Download bereit steht:

Foto: PID / Schaub-Walzer

Eine Gruppe von „Welcome to Vienna“ folgte der Einladung ins Wiener Rathaus

Foto: Jewish Welcome Service

Mitglieder des Neuberger Holocaust Education Center Toronto besuchten das Belvedere

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

„In Österreich besteht heute ein breiter Konsens, sich jedem menschenverachtenden oder antisemitischen Gedankengut vehement entgegenzustellen. Wir müssen uns der Vergangenheit unseres Landes auch weiterhin stellen und dürfen das unermeßliche Leid, das verursacht wurde, niemals vergessen. Mit dem Haus der Geschichte oder der Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte erhalten wir das Erinnern aufrecht – als Zeichen gelebter Solidarität mit jenen, die gelitten haben, die verfolgt und ermordet wurden. Ebenso aber auch als Zeichen für die Zukunft. Dafür, daß solche unfaßbaren Verbrechen nie wieder passieren. Ich danke allen, die den Empfang vertriebener Jüdinnen und Juden und deren Nachkommen in Österreich möglich machen. Das hat einen großen realen und einen großen symbolischen Wert“, so der Bundespräsident

Bürgermeister Michael Ludwig

„Kaum eine europäische Stadt ist so eng mit der jüdischen Geschichte verbunden wie Wien. Viele jüdische Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Wirtschaft haben die Entwicklung Wiens zur mitteleuropäischen Metropole mitgeprägt. Auch das ‚Rote Wien‘ der Zwischenkriegszeit wäre ohne jüdischen Beitrag undenkbar. Der antisemitische Naziterror setzte dem ein brutales Ende! Wien ist sich seiner geschichtlichen Verantwortung aufgrund der Shoah bewußt. Wir dürfen niemals vergessen und müssen als Gesellschaft vehement jeglicher Art von aufkeimendem Antisemitismus entgegentreten. Heute ist Wien eine weltoffene und internationale Großstadt. Eine besonders wichtige Institution ist der von der Stadt Wien mitbegründete Jewish Welcome Service. Seit 40 Jahren erfüllt der JWS mit seinen Besuchsprogrammen eine wichtige Kommunikations- und Vermittlungsfunktion zwischen aus Wien vertriebenen Jüdinnen und Juden und deren Nachkommen und der Stadt. Es ist die Stadt Wien, die sich mit der Gründung des JWS bereits seit den 80er-Jahren für eine aktive und lebendige Gedenkkultur einsetzt. Diese zeigt sich auch in der Errichtung von Mahnmalen im öffentlichen Raum und in der Unterstützung von Gedenkinitiativen wie ‚Steine der Erinnerung‘. Und der jährlichen Durchführung des Leon Zelman-Preises für Dialog und Verständigung“, so der Bürgermeister.

Stadträtin Veronica Kaup-Hasler

„In einer Zeit, die international von Abgrenzung zwischen Ost und West gekennzeichnet war und das offizielle Österreich erst spät Schritte zur Aufarbeitung der dunklen Seiten seiner Geschichte setzte, stellte die Gründung des Jewish Welcome Service 1980 ein Zeichen von Verbundenheit und Aufeinander-Zugehen dar. In den 40 Jahren seines Bestehens hat der Verein mit seiner wichti-

gen Arbeit dazu beigetragen, eine Beziehung zwischen Vertriebenen und ihrer ehemaligen Heimatstadt wiederherzustellen und eine Annäherung von beiden Seiten zu ermöglichen. Es ist hier sowohl gelungen, die jüdische Geschichte der Stadt hochzuhalten als auch gleichzeitig das gegenwärtige, vitale jüdische Leben in Wien sichtbar zu machen.

Auch im Bereich der Bildungsarbeit leistet der Jewish Welcome Service mit seinen zahlreichen Schul- und Grätzelprojekten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von Dialog und friedvollem Zusammenleben. Seit 2013 wird zusätzlich durch die Vergabe des Leon Zelman-Preises kontinuierlich neue Öffentlichkeit für Projekte geschaffen, die sich der Erinnerung an die Shoah und dem Dialog zwischen dem heutigen Wien und den Opfern der NS-Verfolgung und ihren Nachkommen widmen", sagte die Wiener Stadträtin für Kultur und Wissenschaft.

IKG-Präsident Oskar Deutsch

„Alljährlich kommen hunderte Nachkommen von in der Shoah ermordeten oder vertriebenen Juden und Jüdinnen aus aller Welt auf der Suche nach den Spuren ihrer Vorfahren nach Wien – sei es im Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde zur Gräberrecherche oder zur Recherche im DÖW. Durch die Gründung des ‚Jewish Welcome Service' hat Leon Zelman vielen jüdischen Exilösterreichern eine Annäherung an die alte Heimat ermöglicht und auch vielen Nachkommen die Aussöhnung und Vergangenheitsbewältigung erleichtert. Wir freuen uns, daß in den letzten Jahrzehnten immer mehr interessierte Jüdinnen und Juden den Weg nach Wien gefunden haben, denen wir mit Stolz unsere Einrichtungen und unser blühendes, jüdisches Leben in Wien präsentieren dürfen. Viele dieser Besuche wären ohne den Jewish Welcome Service nicht möglich gewesen. Er ist für uns ein wichtiges Bindeglied zwischen unserer jüdischen Gemeinde und der Stadt Wien sowie der gesamten Welt und Österreich", so Oskar Deutsch.

Susanne Trauneck im Interview

Susanne Trauneck leitet seit 2008 als Generalsekretärin den Jewish Welcome Service. Davor war sie viele Jahre Mitarbeiterin von Leon Zelman. Im Interview erzählt sie von BesucherInnen und ZeitzeugInnen und formuliert einen Wunsch für die Zukunft des JWS ...

Alexia Weiss: Alljährlich besuchen hunderte Menschen auf Einladung des JWS Shoah-Überlebende Wien ebenso wie deren Nachkommen. Gibt es zwischen diesen beiden Gruppen, abgesehen von deren Umfang, Unterschiede?

Foto: Jewish Welcome Service / Mirjam Reither

JWS-Generalsekretärin Susanne Trauneck

Susanne Trauneck: Die meisten der Überlebenden sprechen im Vorfeld ihres Besuches wenig. Es gab auch solche, die sich lange geweigert haben zu kommen, dann doch anreisten, und für die der Wien-Besuch letzten Endes eine heilsame Erfahrung war. Aber die meisten sind einfach still. Der Austausch, diese Interaktion ist mit der nächsten Generation viel enger. Das ist wirklich vom Anfang bis zum Ende des Besuches ein ständiges Sprechen – über die Familiengeschichte, über die Erfahrungen in der Familie, über die Eltern, über die Spurensuche.

Alexia Weiss: Der JWS organisiert ja auch anläßlich solcher Besuche ZeitzeugInnengespräche ...

Susanne Trauneck: Ja, es gab und gibt bei der ersten Generation einige wenige, die bereit waren oder sind, öffentlich zu sprechen, die es sich sogar zur Aufgabe gemacht haben, als Zeitzeugen zu informieren. Darunter gibt es Persönlichkeiten, die einen eigentlich durch die ganze Arbeit begleiten wie etwa Harry Bibring, der immer wieder für Zeitzeugengespräche angereist ist.

Alexia Weiss: Wie stehen die BesucherInnen zu Österreich?

Susanne Trauneck: Einerseits sind sie sehr interessiert, ihre Familiengeschichte hier ebenso kennenzulernen wie Wien als wunderbare Stadt. Sie kommen als TouristInnen, besuchen die Orte, an denen die Familie gelebt hat und eine Stadt, aus der sie vertrieben wurde. Sie bereiten sich akribisch vor, auch mit unserer Hilfe. Besuche in Archiven, bei der Israelitischen Kultusgemeinde, im Wiener Stadt- und Landesarchiv oder am Friedhof gehören da dazu. Andererseits sind die von uns eingeladenen BesucherInnen auch sehr skeptisch gegenüber dem heutigen Österreich.

Alexia Weiss: Inwiefern?

Susanne Trauneck: Als etwa der inzwischen verstorbene Moshe Jahoda vor vielen Jahren in Wien geehrt wurde, hat er vom doppelten Antlitz Österreichs gesprochen. Eines, das nicht wirklich daran interessiert wäre, sich mit der NS-Vergangenheit Österreichs und vielfach auch der eigenen Familiengeschichte auseinanderzusetzen. Das zweite Antlitz, so Jahoda, sei, daß nicht wenige Menschen sich sehr wohl der Frage stellen, wie die Shoah inmitten der Gesellschaft, inmitten dieser Stadt möglich war. Es gibt einerseits vielfach zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus, andererseits aber eben auch den Antisemitismus. Die Ambivalenz bewirkt eben diese Skepsis.

Der JWS besteht nun seit vier Jahrzehnten und ist mit seiner Arbeit stets auf der Höhe der Zeit – insbesondere, was die Arbeit mit der Jugend anbelangt, aber auch, was neue Formate angeht. Ein Wunsch fürs nächste Jahrzehnt?

Susanne Trauneck: Es ist halt so, in Wien wie auch anderswo: Viele machen Ähnliches mehr nebeneinander als miteinander. Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang die Pionierfunktion des Jewish Welcome Service. So war es die Stadt Wien, die mit der Etablierung des Jewish Welcome Service erstmals Einladungen an vertriebene Wiener Jüdinnen und Juden ausgesprochen hat. Insgesamt würde ich mir da mehr Miteinander wünschen, noch mehr Kooperation von den Organisationen, die sich im Bereich Erinnern, Gedenken engagieren. ■

Dieses Interview basiert auf einem Gespräch, das Alexia Weiss für ihr Buch „Jude ist kein Schimpfwort – zwischen Umarmung und Ablehnung. Jüdisches Leben in Österreich." geführt hat; er schienen bei Kremayr & Scheriau, 2021, ISBN: 978-3-218-01263-8

https://jewish-welcome.at/

Von Pöttelsdorf in die Welt

Der Maschinenbauer und Systemlieferanten Seal Maker aus Marz ist international erfolgreich

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Johann Glocknitzer, Geschäftsführer und Eigentümer von Seal Maker, Vizebürgermeisterin Eva Schachinger, Christina Glocknitzer, Mitglied der Geschäftsführung von Seal Maker, und Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann

Seal Maker ist ein weltweit agierender Hersteller qualitativ hochwertiger Kunststoff- und Elastomerhalbzeuge, CNC-Drehmaschinen und Dichtungen, die in sämtlichen Industriebereichen Anwendung finden. Seit der Gründung 1997 befindet sich das Unternehmen kontinuierlich auf Expansionskurs und zählt mittlerweile ein Netzwerk von Partnern aus 80 Ländern auf allen Kontinenten zum zufriedenen Kundenkreis.

Neben der besonderen Qualität der hergestellten Produkte, liegen die Stärken von Seal Maker in Service, Flexibilität bei der Erzeugung von Sonderanfertigungen, den geringen Durchlaufzeiten sowie in der Verlässlichkeit bei der Auftragsabwicklung.

Für eine laufende Qualitäts- und Effektivitätssteigerung sorgt das seit 2007 im Unternehmen eingeführte Managementsystem. Seal Maker erfüllt aktuell alle gültigen Auflagen zur Qualitätssicherung laut Norm ISO9001:2015. Damit gewährleistet Seal Maker allen Kunden und Geschäftsfreunden nicht nur ein verläßlicher Lieferant, sondern vor allem auch ein innovativer und kompetenter Partner zu sein.

Der burgenländische Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann überzeugte sich am 20. November bei einem Betriebsbesuch selbst von der hohen Qualität und dem hohen Grad an Innovation bei dem burgenländischen Unternehmen: „Seal Maker ist ein burgenländischer hidden champion. Mit der internationalen Ausrichtung und dem Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung ist das Pöttelsdorfer Unternehmen ein wahres Aushängeschild für das Burgenland. Darauf können wir stolz sein“, so der Landesrat.

Company Facts

- Gegründet 1997, 120 Mitarbeiter (2019), 328 Tonnen produzierte Halbzeuge (2019)
- 306.000 Stück produzierte Halbzeuge (2019)
- mehr als 420 installierte SML Maschinen
- > 95 % Exportrate ■

https://www.burgenland.at/
https://www.seal-maker.com/

Foto: Seal Maker.

Designed to be efficient – das SML500e Maschinensystem zur Herstellung von Dichtungen

Euregio-Programm setzt auf gemeinsame Jugendarbeit

Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser: Jugend verstärkt in die Gestaltung der Regionen einbinden

Foto: Büro LH Kaiser

Landeshauptmann Peter Kaiser bei der Videokonferenz zur EVTZ-Vollversammlung der „Euregio Senza Confini“

Coronabedingt in Form einer Videokonferenz fand am 29. November die 19. EVTZ-Vollversammlung der „Euregio Senza Confini“ statt. Euregio-Präsident und Landeshauptmann Peter Kaiser begrüßte gemeinsam mit Martina Rattinger, Leiterin der Unterabteilung für europäische und internationale Angelegenheiten sowie Esther Horner, EVTZ-Koordinatorin, aus Kärnten die TeilnehmerInnen zum virtuellen Treffen. Für die Region Veneto waren Landesrat Federico Caner und der Leiter des Büros für europäische und internationale Angelegenheiten, Luigi Zanin, dabei. Aus Friaul Julisch Venetien meldete sich der Landesamtsdirektor Franco Milan und das assoziierte Mitglied Istrien wurde durch Vizepräsidentin Jessica Acquavita vertreten.

Im Mittelpunkt der Versammlung stand das Arbeitsprogramm der Periode 2021 bis 2027, welches von Euregio-Direktorin Sandra Sodini vorgelegt wurde. Der Schwerpunkt des Arbeitsprogramms bezieht sich auf grenzüberschreitende Beschäftigung mit dem Fokus auf grenzüberschreitende Arbeit von Jugendlichen. Darüber hinaus werden juristische Hindernisse, die im Rahmen von grenzüberschreitenden Aktivitäten entstehen, analysiert und im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten gemeinsame Lösungen erarbeitet.

Kaiser verwies in seinen Worten zum Programm auf Kärnten: „Hier hat sich beispielsweise das Schülerinnen- und Schüler-Parlament bewährt. Die Abhaltung der Sitzungen ist sogar in der Verfassung verankert. Zudem werden junge Menschen auch als Jugend-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte erfolgreich in die Gestaltung unserer Region eingebunden.“

In einem kurzen Überblick zur Pandemie zeigten sich die politischen VertreterInnen der Regionen vor allem angesichts der neuen Virusvariante aus Südafrika besorgt. In allen Regionen wird die Situation genau beobachtet und analysiert und das Hauptaugenmerk der Bemühungen liegt auf dem Vorantreiben der Durchimpfungsrate. Eine Wintersaison soll es in Italien jedenfalls geben und die Schipisten sollen benutzt werden dürfen – allerdings ausschließlich mit gültigem 2-G-Nachweis.

Die nächste Euregio-Versammlung wurde für April 2022 anberaumt – angesichts der coronabedingt angespannten Situation wollen sich die politischen VertreterInnen der drei Regionen bis dahin in regelmäßigen Videokonferenzen laufend abstimmen und austauschen.

Der EVTZ Euregio „Senza Confini“ Kärnten, Friaul Julisch Venetien und Veneto versteht sich als gemeinsames politisches Steuerungsinstrument der drei Regionen, zur Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen im Grenzraum, die die Grundlage jeder tatsächlichen europäischen Integration sind.

„Gemeinsam Wohlstand sichern und Entwicklung fördern“ ist das erklärte politische Ziel in der Euregio „Senza Confini“. ■

https://www.ktn.gv.at/
https://euregio-senzaconfini.eu/de/

EU-Zukunftstour besucht Niederösterreich

EU-Radler Selmayr und Schmidt treffen Landeshauptfrau Mikl-Leitner – Europäische Kommission und Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik präsentierten begleitende Meinungsumfrage

In den letzten Monaten waren Martin Selmayr, Vertreter der EU-Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), mit dem Rad in Tulln, Krems, Bischofstetten, Dürnstein, Mödling, Wiener Neustadt und St. Pölten unterwegs, um in vielen Gesprächen – auf Marktplätzen ebenso wie in Gasthäusern, Rathäusern und dem Landhausplatz 1 – mehr über die Ansichten der NiederösterreicherInnen zur Europäischen Union sowie ihre Kritik und Wünsche zu erfahren. Zum Abschluß ihrer Tour stand ein Gespräch mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrat Martin Eichtinger in St. Pölten auf dem Programm.

Foto: Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich/APA-Fotoservice/Hautzinger

v.l.: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und EU-Landesrat Martin Eichtinger vor dem NÖ Landhaus

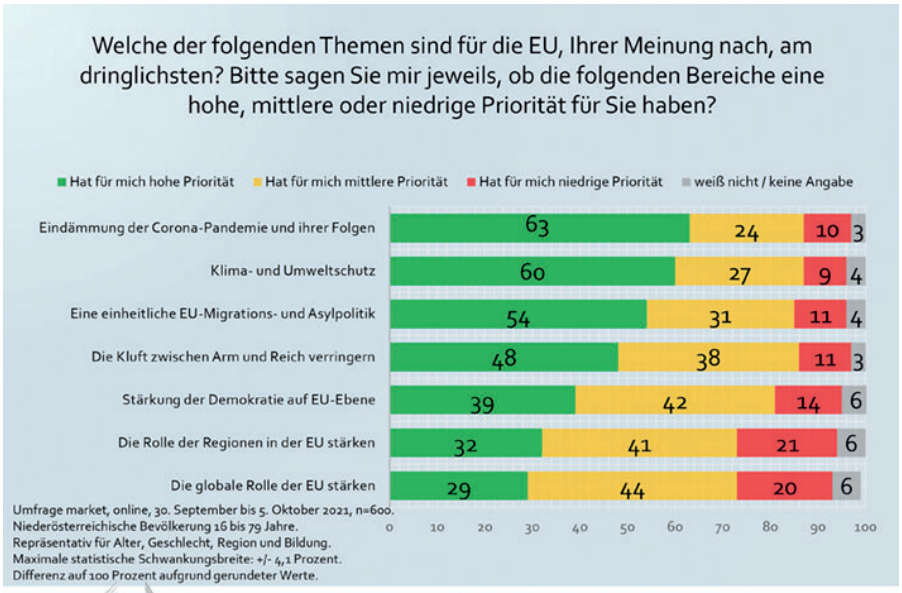
Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner

„Es ist eine Tatsache, daß die globalen Herausforderungen zunehmen, wenn ich etwa an die gemeinsame Bewältigung der Corona-Pandemie oder neue Gefährdungen wie die Sicherheitslage oder den Klimawandel denke. Und je mehr diese globalen Herausforderungen zunehmen, desto mehr braucht es Orientierung und Sicherheit im Land sowie starke Partner und Netzwerke über die Landesgrenzen hinaus. Wir in Niederösterreich haben in der Vergangenheit stark vom Beitritt zur Europäischen Union und deren Erweiterungen profitiert, sind zu einer dynamischen und lebenswerten Region im Herzen Europas gewachsen. Dieses Bewußtsein gilt es zu fördern und zu stärken, weil eine Gemeinschaft immer mehr bewegen kann als einzelne“, so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

Eine begleitende Meinungsumfrage zeigt, daß es in Niederösterreich vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie stärker als Vorteil denn als Nachteil empfunden wird, daß Österreich Mitglied der EU ist.

Geteilter Meinung sind die Befragten hingegen, ob es künftig mehr gemeinsame Entscheidungen auf EU-Ebene oder mehr autonomes Handeln der Mitgliedstaaten braucht. Fast drei Viertel der befragten NiederösterreicherInnen sagen, in der vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten Umfrage, daß sie „sehr“ (17 %) bzw. „eher“ (55 %) an europäischen Entwicklungen interessiert sind. Etwa ein Viertel zeigt sich hingegen „eher nicht“ (22 %) oder „gar nicht“ (4 %) interessiert.

Nahezu drei von vier NiederösterreicherInnen zeigen sich grundsätzlich an der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union interessiert und haben vor, sich „sicher“ (27 %) oder „eher schon“ (44 %)



Europäische Kommission

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

ZukunftsFonds der Republik Österreich

selbst einzubringen – vorausgesetzt, „diese Debatten führen zu konkreten Ergebnissen und Reformen“. Ein Fünftel schließt jedoch ein persönliches Engagement in der Zukunftsdebatte aus. Ein knappes Zehntel äußert sich nicht dazu.

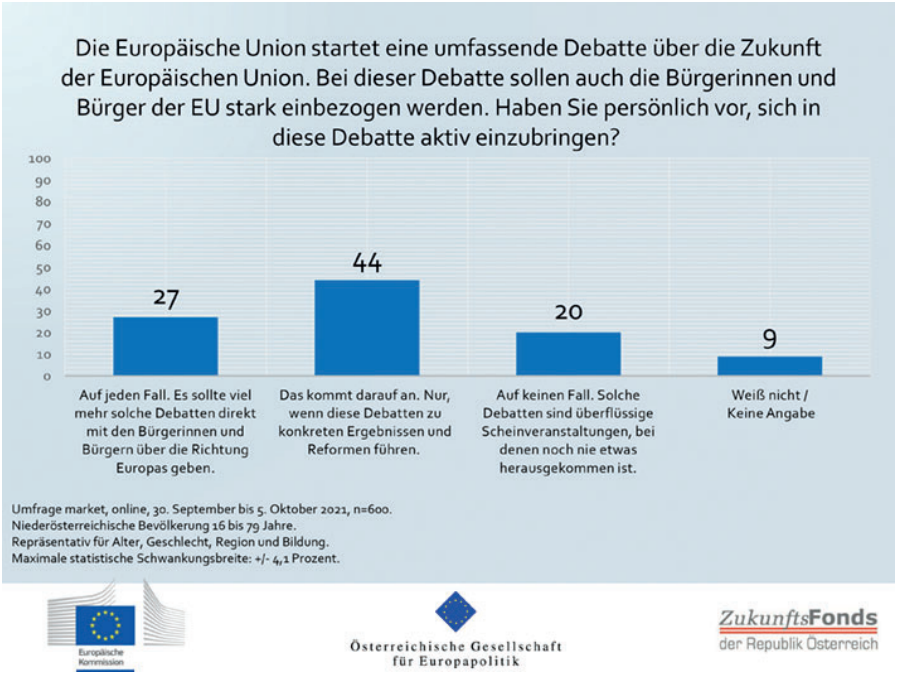
Für 46 % der befragten Personen ist es ein Vorteil, daß Österreich in Corona-Zeiten Mitglied der Europäischen Union ist. Ein Fünftel (21 %) vertritt die gegenteilige Ansicht. Ein knappes Viertel (24 %) sagt, daß die EU-Mitgliedschaft in dieser Frage keinen Unterschied macht.

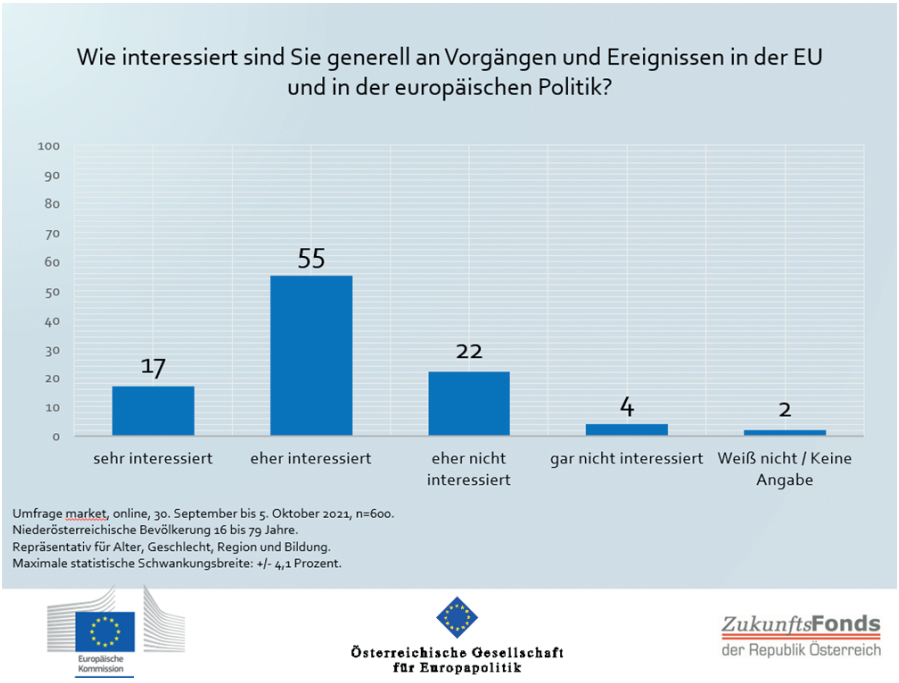
EU-Botschafter Martin Selmayr

EU-Botschafter Selmayr sagte dazu: „Niederösterreich hat stark von der europäischen Integration profitiert, bringt sich als Region aktiv in die Europapolitik ein und betreibt viele erfolgreiche grenzüberschreitende Projekte mit Tschechien und der Slowakei. Und dennoch steht ein hoher Prozentsatz der Menschen im Land der EU-Mitgliedschaft negativ oder gleichgültig gegenüber. Das ist ein klarer Auftrag, gerade jetzt genau zuzuhören, wo die Menschen der Schuh drückt, und gemeinsam mit Gemeinderäten, Bürgermeistern und Landespolitikern Europa besser und stärker zu machen.“

Die Menschen in Niederösterreich reihen die „Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ an die erste Stelle jener Themen, denen sich die Europäische Union künftig annehmen soll („hohe Priorität“: 63 %). An zweiter Stelle findet sich der „Klima- und Umweltschutz“ (60 %), gefolgt von einer „gemeinsamen EU-Asyl- und Migrationspolitik“ (54 %) und dem Wunsch nach der „Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich“ (48 %).

45 % sagen, daß es künftig mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene braucht. Ebenso viele treten jedoch dafür ein, daß die Mitgliedsstaaten häufiger selbst entscheiden sollten.





ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt

„In schwierigen Zeiten ist neben der Kritik auch das Interesse an europäischen Entwicklungen besonders stark ausgeprägt“, betonte ÖGfE-Generalsekretär Schmidt. „Darauf sollten wir gerade jetzt mit weiteren Gesprächsangeboten und Dialogmöglichkeiten reagieren. Entscheidend für ein nachhaltig positives EU-Meinungsbild ist, daß es letztlich in den zentralen europäischen Fragen, wie etwa der Corona-Pandemie und dem Klimawandel, gemeinsame, europäische Erfolge vorzuweisen gibt, die für alle Menschen erkennbar und spürbar sind.“

Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, hat mehr als die Hälfte der Befragten (57 %) das größte Vertrauen in Entscheidungsträger auf regionaler Ebene (also in Landesregierung und Landtag), 16 % geben in dieser Frage der nationalen Ebene den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 7 % nennen die EU-Institutionen (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). Ein Fünftel kann oder will zu diesem Punkt jedoch nicht Stellung beziehen.

Die aktuelle Umfrage der ÖGfE und der Europäischen Kommission wurde – mit Unterstützung des Zukunftsfonds der Republik Österreich – von market in der Zeit von 30. September bis 5. Oktober 2021 durchgeführt. Befragt wurden 600 Personen in Niederösterreich. Online-Erhebung, Niederösterreichische Bevölkerung, 16 bis 79 Jahre, repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung. Maximale statistische Schwankungsbreite ca. +/- 4,1 Prozent. ■

https://www.noel.gv.at/
https://www.oegfe.at/
https://zukunftsfonds.at/
https://futureu.europa.eu/
https://www.market.at/

Oberösterreich übergibt RLS-Vorsitz an chinesische Provinz

10. Konferenz der Regierungschefs: Sieben Power-Regionen diskutierten smarte Strategien für eine nachhaltige Welt

Foto: Land OÖ

LH Stelzer bei der virtuellen Konferenz der Power Regionen: Bayern, Georgia, Québec, São Paulo, Shandong, Oberösterreich und Westkap

Ich bin davon überzeugt, daß sich nur jene Regionen weiterentwickeln werden, die weltoffen sind, sich mit anderen austauschen und sich mit den Besten messen. Genau das leben wir auch in unserem langjährigen Netzwerk der sieben Powerregionen. Wir wollen gemeinsam die Chancen der smarten Revolution, die weltweit passiert, für unsere Regionen, unsere Umwelt und die Menschen in unseren Regionen nutzen. Heute haben wir dieses Ziel erneut bekräftigt", so Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer als Gastgeber der 10. Konferenz der Regierungschefs (Regional Leaders' Summit/RLS), die am 11. November erstmals virtuell stattgefunden hat.

Im Zuge des Konferenzthemas „Smart Region" wurde eine multilaterale Best-Practice-Sammlung gemeinsam mit Bayern, dem US-Bundesstaat Georgia, dem brasilianischen Bundesstaat São Paulo, der kanadischen Provinz Québec, der chinesischen Provinz Shandong sowie dem Westkap in Südafrika erstellt.

Als Vorsitzland wurde dieses Projekt unter dem Motto „connect the best" von Johann Lefanda, dem Leiter der OÖ Zukunftsakademie federführend umgesetzt und nun allen Regionen offiziell präsentiert.

Neben dem Smart Region Austausch wurde auch die Arbeit des gemeinsamen Wissenschaftsnetzwerks RLS-Sciences in den Fokus gestellt. Bereits im Vorjahr trafen sich Politik und Wissenschaft zum Austausch über Covid-19 und setzten auf bayerische Initiative den Startschuß zur „Digital Health Initiative", die heute als eigenständige Forschungsgruppe begründet wurde.

Beim vorangegangenen zweitägigen Workshop des RLS-Sciences Netzwerks wurde die Roadmap für die globale Vernetzung der Digital Health Forscher erarbeitet. Die oberösterreichische Expertise wurde in den Bereichen „Data and Practitioners" von Univ.-Prof. Andreas Gruber, Vorstand des Kepler Universitätsklinikums für Neurochirurgie, und „AI for Medical Applications" von Nora Mack, Managerin des Medizintechnik-Clusters der landeseigenen Wirtschaftsagentur Business Upper Austria beigesteuert. „Dies unterstreicht einmal mehr die nationale Vorreiterrolle des oberösterreichischen Medizintechnik-Clusters, die auch über Oberösterreichs Grenzen hinaus breite Anerkennung findet", so der Landeshauptmann.

Florence Gauzy von RLS-Sciences in München und Sebastian Goers vom Energieinstitut der JKU als derzeitiger Präsident von RLS-Sciences gaben einen Einblick über die bisherigen Erfolge und den Ausblick bzw. die aktuellen Entwicklungen des weltweiten Netzwerkes.

Höhepunkt jeder zweijährigen RLS-Präsidentschaft ist die Unterzeichnung der gemeinsamen Schlußerklärung. „Durch die Verknüpfung technologischer und sozialer Innovationen gelingt es, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen und den Verbrauch von Ressourcen zu verringern. Der ständige Austausch zwischen unseren wirtschaftstarken Regionen soll nun seit beinahe 20 Jahren sicherstellen, daß gemeinsam, effizient und nachhaltig auf neue Chancen und Herausforderungen reagiert wird. Dieser Weg wird gemeinsam fortgesetzt, um auch weiterhin mit smarten Projekten die Zukunftsfähigkeit der Regionen zu forcieren. Das haben wir auch in unserer Erklärung verankert", informiert Landeshauptmann Thomas Stelzer abschließend. ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.rls-sciences.org
https://www.regionalleaderssummit.org/
Diese smarte Projektsammlung ist auf ***https://www.smart-region.at*** *abrufbar.*

142 Millionen Euro für mehr als 40 Regionen

Auftakt zur Förderperiode 2021-2027 – Salzburg verwaltet EU-Vorzeigeprogramm

Es ist rund 142 Millionen Euro „schwer“, vereinigt 42 Regionen in sieben Alpenstaaten und steht in den Startlöchern: Beim Alpenraum-Programm sitzt Salzburg an den zentralen Schalthebeln, der erste Projektaufruf für die EU-Interreg-Initiative ist bereits lanciert. „Gerade für uns als kleines Bundesland im Herzen Europas spielt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine entscheidende Rolle, um Wissen aufzubauen und kritische Größen zu schaffen“, sagte Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf am 23. November anläßlich der Online-Auftaktkonferenz für die Förderperiode 2021-2027.

Salzburg konnte bereits auf vielfältige Weise von alpenweiten Kooperationen profitieren, etwa beim alpinen Bauen und beim Gesundheitstourismus. „Die Zusammenarbeit mit Partnern aus anderen Alpenregionen kann zu bahnbrechenden Innovationen führen. Interreg hat somit einen ganz klaren Mehrwert“, ist die Landtagspräsidentin überzeugt.

Daten und Fakten

- 42 Alpenregionen in 7 Staaten
- Programmbudget: 142 Millionen Euro
- Kofinanzierungsrate: 75 Prozent
- Programmlaufzeit: 2021–2027
- Verwaltungsbehörde und gemeinsames Sekretariat: Referat Regionalentwicklung und EU-Regionalpolitik des Landes Salzburg

Die Fäden laufen in Salzburg zusammen

Über Interreg fördert die Europäische Union die grenzüberschreitende Kooperation. Vor mehr als 20 Jahren wurde das Alpenraum-Programm geschaffen. Das Land Salzburg ist seitdem mittendrin und wichtiger Impulsgeber. Denn die Alpenstaaten Österreich, Deutschland, Frankreich, Slowenien, Italien, Schweiz und Liechtenstein haben das Land mit der Verwaltung betraut. Seit Sommer 2021 ist das Land Salzburg zudem Träger des Gemeinsamen Programmsekretariats.

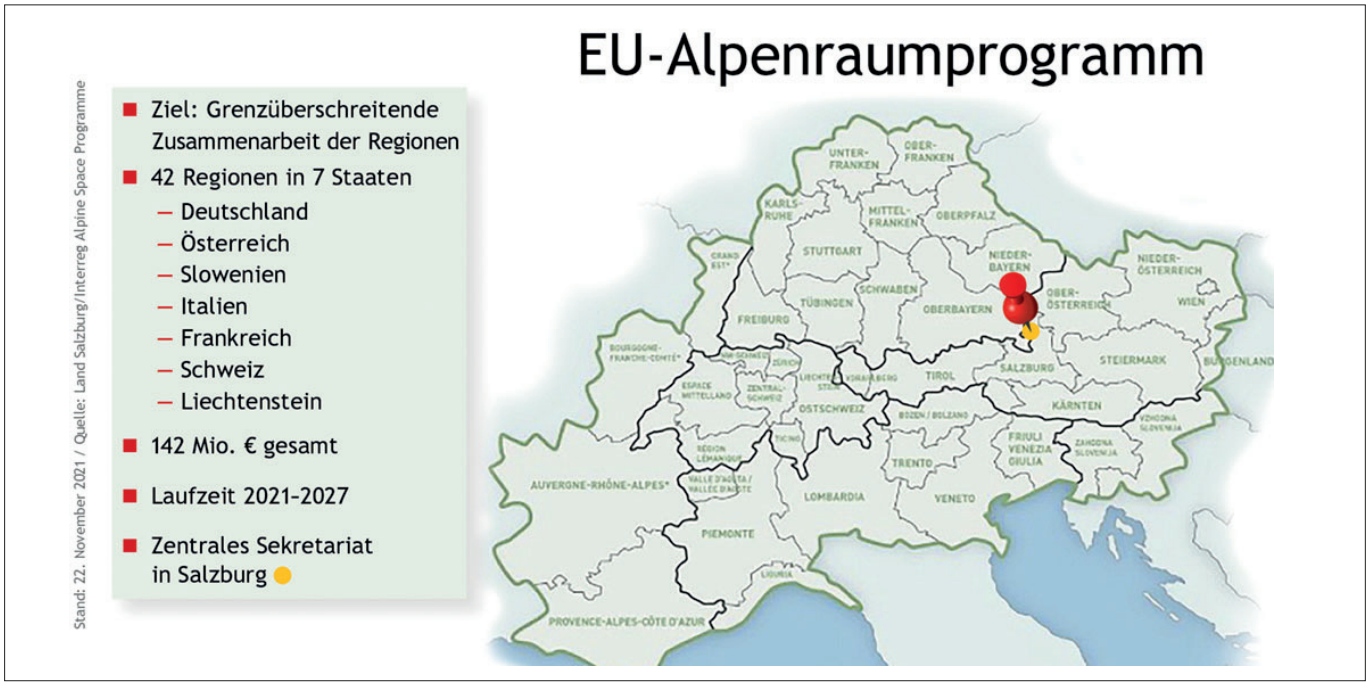
Großes Interesse zum Start

Am Auftakt unter dem Motto „Let’s change our altitude“ nehmen rund 600 ExpertImmen online teil. Ihre Mission: Den Alpenraum als attraktiven Lebens,- Wirtschafts- und Arbeitsraum abzusichern. „Das Programm ist eines der Vorzeige-Interreg-Programme“, betont David Matzek-Lichtenstein von der Europäischen Kommission. „Als Verwaltungsbehörde hat Salzburg die Arbeiten zur Erstellung des Programms zügig vorangetrieben. Daher ist es eines der ersten Interreg-Programme, das nun startet und in dem Projektideen eingereicht werden können. Und das freut uns sehr.“

Kurze Wege für Salzburger Projektpartner

Die Vorteile, als Partner mit dabei zu sein, erläutert Christina Bauer, Leiterin des Referats Regionalentwicklung und EU-Regionalpolitik: „Interreg bietet nicht nur eine attraktive EU-Förderung mit 75 Prozent der Projektkosten beim Alpenraumprogramm. Da das Programm durch das Land Salzburg verwaltet wird, können die Salzburger Einrichtungen auch von kurzen Wegen zur Information und Beratung profitieren. Die Paracelsus Medizinische Privatuniversität, das Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen oder das Innovationsservice für Salzburg haben bereits alpenweite Partnerschaften entwickelt und spannende Projekte realisieren können, die für das Land von großer Bedeutung sind.“ ■

https://www.salzburg.gv.at
https://www.alpine-space.eu/



Harnisch der Päpstlichen Schweizergarde übergeben

Insgesamt 83 Harnische der Päpstlichen Schweizergarde wurden seit der Übergabe des Schenkungsvertrages im Jahr 2007 vom Grazer Landeszeughaus professionell restauriert. Nun wurde der letzte feierlich übergeben.

Foto: Päpstliche Schweizergarde / Till Hüttenmoser

v.l. Botschafterin zum Heiligen Stuhl Franziska Honsowitz-Friesnigg, der wissenschaftliche Direktor des Universalmuseum Joanneum Wolfgang Muchitsch, kaufm. Direktorin des UMJ Alexia Getzinger, Landesrat Christopher Drexler und Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl im Vatikan

Wie so viele erfolgreiche Projekte ist die Kooperation zwischen dem steirischen Landeszeughaus und der Schweizergarde eher zufällig entstanden: Im Zuge von Dreharbeiten des ORF Steiermark im Landeszeughaus im November 2006 erzählte Regisseur Günter Schilhan während einer Drehpause Joanneums-Direktor Wolfgang Muchitsch von seinen Arbeiten zu einer Dokumentation über den Vatikan, bei denen er den damaligen Kommandanten der Schweizergarde, Oberst Elmar Mäder, kennengelernt hatte, der ein großer Fan des Landeszeughauses sei und dieses bereits besucht habe.

„Kurze Zeit danach wurde ich von Landeshauptmann Franz Voves im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch von Papst Benedikt XVI. in Mariazell am 8. September 2007 angesprochen, was meiner Meinung nach ein geeignetes Gastgeschenk für den Papst sei. Spontan fragte ich den Landeshauptmann, ob dieses Geschenk auch eine Dienstleistung sein könnte, nämlich die Unterstützung der Schweizergarde bei der Restaurierung ihrer historischen Harnische“, erzählt Muchitsch. Die Zustimmung des Landeshauptmanns nahm Muchitsch, der wissenschaftliche Geschäftsführer des Universalmuseums Joanneum, zum Anlaß, Oberst Mäder im Dezember 2006 direkt anzuschreiben, um die Möglichkeit einer Zusammenarbeit des Landeszeughauses mit der Garde zu ventilieren. Die Idee wurde von Mäder, dessen Mutter aus Leoben stammt und der das Landeszeughaus als Kind und zuletzt im Jahr 2005 mit seiner Familie besucht hatte, mit großer Begeisterung aufgenommen, da die Garde keine fachliche Kompetenz für die Restaurierung der Harnische und Waffen (Schwerter, Hellebarden, Lanzen, Doppelhänder) hat.

Beginn der Zusammenarbeit

Nach einem Besuch von Muchitsch und dem Leiter der Restaurierungswerkstatt des Landeszeughauses, Thomas Storm, im Vatikan im Mai 2007 wurden Details und Modalitäten abgeklärt und ein entsprechender Schenkungsvertrag erstellt. Am 8. September 2007 wurde dieser Schenkungsvertrag von Landeshauptmann Franz Voves an Papst Benedikt XVI. vor der Basilika in Mariazell feierlich übergeben und in weiterer Folge die Arbeit an den Harnischen aufgenommen.

Dafür wurde in der Armeria der Garde im Vatikan eine Werkstatt ausgerüstet, in der zwei Mitarbeiter des Landeszeughauses insgesamt achtmal über zwei Wochen hinweg kleinere Restaurierungen vorgenommen haben, während die schwierigeren Fälle nach Graz transportiert wurden, um im Landeszeughaus behandelt zu werden. Zudem wurde das Personal der Garde von den Zeughaus-Mitarbeitern in der fachgerechten Behandlung geschult, um künftig kleinere Restaurierungsmaßnahmen selbst vornehmen zu können. Die Kosten für das Material und die Gerätschaften wurden vom Land Steiermark, die Personal- und Reisekosten von der Universalmuseum Joanneum GmbH übernommen.

In den letzten 15 Jahren haben die Mitarbeiter des Landeszeughauses 83 historische

Harnische der Schweizergarde restauriert. Am 11. November 2021 wurde nun der letzte restaurierte Harnisch des „Feldweibels“ von Landesrat Christopher Drexler sowie der Universalmuseum-Joanneum-Geschäftsführung Wolfgang Muchitsch und Alexia Getzinger im Vatikan feierlich an Kommandant Oberst Christoph Graf übergeben, womit diese Aktion offiziell beendet wird.

„Mit der Übergabe des letzten restaurierten Harnischs geht ein einzigartiges Projekt zwischen der Schweizergarde und dem Universalmuseum Joanneum zu Ende. Es erfüllt mich mit großem Stolz, daß es dank steirischer Expertise aus unserem Landeszeughaus gelungen ist, Verantwortung für die traditionsreiche Historie der Schweizergarde zu zeigen und einen Beitrag zum Erhalt der wertvollen Harnische zu leisten. Ich bedanke mich ganz besonders beim Team der Werkstätte des Landeszeughauses für ihren großartigen, leidenschaftlichen Einsatz, ohne den diese besondere Kooperation zwischen der Schweizergarde und dem Universalmuseum Joanneum nicht möglich gewesen wäre“, erklärte der Kulturlandesrat.

Christoph Graf, Kommandant der Päpstlichen Schweizergarde, ergänzt: „Als wir dieses Papstgeschenk 2007 vom Universalmuseum Joanneum beziehungsweise vom Land Steiermark in Mariazell bekamen, war ich bei der Pilgerreise dabei. Heute findet dieses einzigartige und außergewöhnliche Projekt mit der Übergabe des Feldweibelpanzers seinen Abschluß. Mein besonderer Dank gilt den Restauratoren, die mit ihrer Expertise unsere Harnische restaurierten, die teilweise sehr mitgenommen waren, da sie für uns ja Alltagsgegenstände sind, an deren Riemen gerissen und gerüttelt wurde.“

Jede einzelne der Harnischgarnituren besteht aus fünf Hauptteilen, nämlich Kragen, Brust, Rücken und zwei Armzeugen, und wiegt zwischen sieben und acht Kilogramm. Diese Hauptteile bestehen selbst aus 20 bis 24 Einzelteilen, die mit Lederriemen und Nieten verbunden sind. Pro Harnisch wurden vom Landeszeughaus 50 bis 60 Arbeitsstunden aufgewendet. Dementsprechend wurden in das Projekt im Zeitraum von 13 Jahren rund 4.500 Arbeitsstunden, d. h. insgesamt rund 560 Arbeitstage investiert. Dabei wurden rund 6.500 Nieten verarbeitet sowie 1.200 Lederriemen als Belederung aus sieben großen Hirsch- und drei großen Rindslederdecken geschnitten. Zudem verbrauchte man drei Quadratmeter Rohleinen sowie zirka zwei Kilogramm Silberlot und vier Kilogramm Polierpaste.

Foto: Päpstliche Schweizergarde / Till Hüttenmoser

Der letzte übergebene Harnisch, ein sogenannter „Feldweibelpanzer“

Die Päpstliche Schweizergarde

Die Schweizergarde wurde am 22. Januar 1506 von Papst Julius II. eingesetzt und ist die einzige katholische Armee der Welt. Die Aufgaben der 135 Mann starken Garde umfassen die Bewachung des Papstes, seiner Residenz, des Apostolischen Palastes, der Zugänge zum Vatikan, des Konklaves während der Papstwahl sowie die Begleitung auf seinen Reisen. Die Voraussetzungen für eine Aufnahme sind äußerst streng: Die Bewerber müssen Schweizer Staatsbürger, nicht älter als 30 Jahre, unverheiratet und mindestens 174 cm groß sein sowie ein inniges Bekenntnis zum römisch-katholischen Glauben, dem Papst und Vatikan ablegen. Matura oder abgeschlossene Berufsschule und eine militärische Ausbildung sind ebenfalls Voraussetzung; gedient werden muß mindestens 26 Monate.

Im 16. Jahrhundert war noch keine Uniform der Garde bekannt. Man trug jedoch bereits eine Livree, die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften voneinander unterschied. Dies hat sich bis heute beibehalten. Stabsoffiziereiziere tragen Purpur („zur päpstlichen Familie gehörig“). Für die Mannschaftsfarben Blau, Gelb und Rot gibt es zwei Interpretationen: Zum einen sieht man darin die Wappenfarben der Familie Medici, welche die Päpste nach Julius II. stellte, zum anderen wird davon ausgegangen, daß die Zusammenstellung Zufall sei und der italienischen Tradition entsprang, wonach Landsknechte bunte Farben trugen, um den Anschein einer größeren Mannschaftsstärke zu erwecken. Daß Michelangelo die Uniformen entworfen hat, dürfte eine Legende sein.

Der Helm der Garde ist ein Morion mit dem Wappen Papst Julius’ II. in zwei Varianten: Der schwarze Helm wird als Teil der Galauniform von den Gardisten bei Papstmessen, bei Ehren- und Thronwachen sowie Ehrendienste bei Empfängen von Staatsoberhäuptern und Botschaftern getragen, der weiße Helm mit roter Straußenfeder ist Teil der großen Galauniform und wird bei besonderen Anlässen, wie zu Ostern und Weihnachten und die jährlich am 6. Mai stattfindende Vereidigung getragen

Nur an hohen Feiertagen sowie bei der traditionellen Angelobung der Schweizergarde am 6. Mai (in Erinnerung an den „Sacco di Roma“, als am 6. Mai 1527 147 von 189 Mann beim Versuch, Papst Clemens VII. auf der Flucht vor deutschen Landsknechten in die Engelsburg zu schützen, ihr Leben gelassen haben) werden als Teil der großen Galauniform die Harnische der Garde getragen. Die Garde ist ein Infanteriekörper und trägt daher den klassischen Harnisch eines Fußknechts (corsaletti da piede), bestehend aus einer Brust- und Rückenplatte, zwei Ärmeln und einem Kragen. Die Bewaffnung der Garde in der Gardeuniform besteht aus einer Hellebarde und einem Schwert. Die Harnische, die bis vor wenigen Jahren im Einsatz waren, stammen aus dem 16. bis 18. Jahrhundert, wurden in Italien gefertigt und befanden sich in einem zum Teil sehr schlechten Zustand. ■

https://www.museum-joanneum.at/
https://schweizergarde.ch/

Tirol übernimmt Arge Alp Vorsitz im Jahr 2022

LH Günter Platter: »Arge Alp feiert 50 Jahre unter Tiroler Präsidentschaft.«

Am Freitag, dem 26. November, fand die offizielle Übernahme der Arge Alp-Präsidentschaft Tirols von der Lombardei statt. Ein Jahr lang wird Tirol den Vorsitz über die Gemeinschaft der zehn Länder, Regionen und Kantone führen, die 1972 von Tirol initiiert wurde und 2022 ihr fünfzigjähriges Bestehen feiert.

„Trotz der Herausforderungen, die wir nach wie vor aufgrund der Corona-Pandemie zu bewältigen haben, freue ich mich sehr, daß Tirol den Vorsitz der Arge Alp im Jubiläumsjahr 2022 übernehmen darf. Wie wir bereits in der ausgezeichneten Zusammenarbeit während der Euregio-Präsidentschaft in den vergangenen beiden Jahren gesehen haben, brauchen wir unsere Nachbarn – vor allem um schwierige Zeiten zu meistern. Wir können die Pandemie nur bewältigen, wenn wir zusammenarbeiten, voneinander lernen, gemeinsam Lehren ziehen und einander bestmöglich unterstützen“, betonte der Landeshauptmann in seiner Antrittsrede als neuer Arge Alp-Vorsitzender. „So müssen vor allem Grenzschließungen vermieden werden. In einem vereinten Europa werden dadurch Grenzgänger von ihren Arbeitsplätzen abgeschnitten und Familien auseinandergerissen. Reisewarnungen müssen zudem gut überlegt sein und dürfen nur als letztes Mittel auf der Basis mehrerer Indikatoren verhängt werden.“

Das Jubiläumsjahr 2022

Das Jubiläumsjahr 2022 soll dazu dienen, die strategischen Schwerpunkte Klimaschutz, Wirtschaft im Alpenraum sowie Jugend, Bildung und Sport breit zu kommunizieren und konkrete Initiativen zu den Schwerpunkten umzusetzen. Im Vordergrund stehen Öffentlichkeitswirksamkeit, Bürgerorientierung und strategische Relevanz für den Alpenraum. Neben der Lancierung und Fortführung zahlreicher Projekte wird ein regelmäßiger Austausch auf politischer Ebene stattfinden sowie die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Platter: „Mit mehreren Veranstaltungen, möchten wir auch die Möglichkeit bieten, daß die Bevölkerung die Alpenländergemeinschaft und ihre Aktivitäten kennenlernt.“

Foto: Land Tirol / Huldschiner

TIrols Landeshauptmann Günter Platter

Den CO_2-Fußabdruck des Alpenraumes senken

Das Thema „Klimaschutz im Alpenraum“ dient als verbindende Klammer der Jubiläumsaktivitäten. „Wir setzen gemeinsam Zeichen dafür, daß der CO_2-Fußabdruck des Alpenraumes sinkt, um die Alpen auch für nachkommende Generationen lebenswert zu erhalten. Als Arge Alp müssen wir uns als Vorreiter im Klimaschutz positionieren, dazu zählt unter anderem die nachhaltige Mobilität“, sagte Platter.

So sollen in einer neuen Klimaschutzkarte auf argealp.org insgesamt 50 nachhaltige Projekte aus allen zehn Regionen dargestellt werden und auch der Arge Alp-Preis 2022 wird das Thema Klimaschutz zum Inhalt haben. Prämiert werden Groß-Projekte, aber auch Initiativen von Start-Ups sowie Grassroots-Projekte.

Unter Tiroler Vorsitz soll das Thema Wasserstoff auf Arge Alp-Ebene gehoben werden, um innovative Lösungen für Verkehr und Industrie voranzutreiben. Auch der Ausbau des Schienennetzes über die Grenzen soll forciert werden. „Der Alpenraum ist besonders stark vom Transitverkehr betroffen. Wir müssen uns dafür einsetzen und vielfältige Anreize dafür schaffen sowie notfalls ordnungspolitische Maßnahmen setzen, daß der Güter- und Personenverkehr massiv auf die Schiene verlagert wird“, so Platter. „Die Mobilität der Zukunft braucht einen mutigen Ansatz und dieser darf nicht an den Ländergrenzen Halt machen.“

Darüber hinaus sprach der Tiroler Landeshauptmann das Thema Beutegreifer an: „Wir wollen auf Basis einer gemeinsamen Resolution ins Tun kommen und ein gezieltes Management von Wölfen umsetzen. In einer stark vom Menschen geprägte Region wie den Alpen ist dies nur auf Grundlage objektiver Daten und eines wirksamen Monitorings des Erhaltungszustandes möglich.“

Alpenhanf, Bergwälder und Lawinenschutz

Im Rahmen des Schwerpunktthemas Kreislaufwirtschaft wird das Projekt „Alpenhanf 360°“ gefördert, das innovative Wertschöpfungsketten für eine Pflanze, die regional angebaut und vom Bausektor über die Textilbranche bis hin zum Lebensmittelsektor genutzt werden kann, schafft.

Um die Bergwälder in Zeiten des Klimawandels fit zu machen, werden der Austausch zwischen den Ländern forciert sowie Fortbildungen veranstaltet, wie die sensiblen alpinen Böden nachhaltig und ressourcensparend genutzt werden können. Das Land Tirol stellt zu diesem Zweck 5.000 klimafitte Bäume zur Verfügung, die in allen Ländern als Symbol für die gemeinsame Arbeit für den klimafitten Alpenraum gepflanzt werden.

Schließlich werden Naturgefahren, die aufgrund des Klimawandels zunehmen, in den Fokus gerückt. „Wir wollen in allen Ländern Kurse zur Lawinenprävention in den Schulen anbieten, um junge Menschen für diese Naturgefahr zu sensibilisieren. Über die Erstellung eines digitalen und praxistauglichen Lernkonzeptes wird dieses Thema der jungen Generation nähergebracht, um einen sensibilisierten Umgang und eine nachhaltige Prävention vor Lawinenunglücken zu gewährleisten“, informierte der Tiroler Landeshauptmann. ■

https://www.tirol.gv.at/
https://www.argealp.org

IBK Förderpreise 2021 für zwei Vorarlbergerinnen

»Textile Materialien«: Selina Reiterer und Elisabeth von der Thannen ausgezeichnet

Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) hat kürzlich ihre Förderpreise 2021 in der Kategorie „Textile Materialien – ihre Konzepte und Verarbeitungen“ vergeben. Mit Selina Reiterer und Elisabeth von der Thannen wurden bei der Preisverleihung im sanktgallischen Mels auch zwei Vorarlberger Kunst- und Textilschaffende ausgezeichnet. Insgesamt wurden sieben mit jeweils 10.000 Schweizer Franken dotierte Preise verliehen. Die Förderpreise wurden bereits zum 30. Mal ausgeschrieben. Auch das diesjährige Thema, das normalerweise nicht unter Kulturförderung fällt, hat in den Mitgliedsländern und -kantonen rund um den See Tradition: In der Sparte „Textile Materialien“ waren Textilschaffende und KünstlerInnen gesucht, die unterschiedliche Kategorien textiler Entwicklungsprozesse interdisziplinär zusammenführen.

Foto: Ladina Bischof

»Begeisterung für traditionelles textiles Handwerk und Smart Technologies«: Selina Reiterer

„Das Textile charakterisiert und verbindet die Länder der Bodenseeregion seit langem. Daß dies auch in Zukunft so sein kann, führen die mit dem Förderpreis bedachten Textilschaffenden mit ihren innovativen Herangehensweisen bei der Entwicklung und Verarbeitung von textilen Materialien beispielhaft vor“, betont Landesstatthalterin Barbara Schöbi-Fink. Die Verbindung von Design, Innovation, Nachhaltigkeit und Digitalisierung habe großes Potential und biete neue Lösungen für verschiedenste Bereiche, von Mobilität bis hin zu neuen Arbeitsformen.

Die neunköpfige internationale Fachjury hatte aus 17 Nominationen zu wählen und vergab unter dem Vorsitz des Kantons Schaffhausen das Maximum von sieben mit jeweils 10.000 Schweizer Franken dotierten Förderpreise.

Mannigfaltige Interaktion

„Eine „Begeisterung für traditionelles textiles Handwerk und Smart Technologies“ attestiert die Jury Selina Reiterer (36). An der Schnittstelle von Kunst und Design kreiere sie neue Perspektiven und schaffe „auf mannigfaltige Art Interaktionen mit dem Betrachter oder der Betrachterin: über taktile und visuelle Effekte; über berührungsempfindliche Sensoren, die in Klang umgewandelt werden; oder auch mittels der elektrischen Leitfähigkeit von Textilien“. So begibt sich Selina Reiterer auf artistic research, nutzt wissenschaftliche Theorien und Methoden und intelligente Materialien, um hydrophobe Badebekleidung, die bei Wasserkontakt ein Muster zeigt, T-Shirts mit Touch-Sensoren oder einen berührungs-sensitiven Klangteppich herzustellen. Erfolgt Kommunikation in Zukunft verstärkt über Smart Textiles? In Kollaboration mit der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt EMPA experimentiert die Künstlerin derzeit mit elektrisch leitfähigem Silbergewebe und einer neuen Faser, die imstande ist Licht zu fangen.

Zeitgemäße Interpretation

Auch Elisabeth von der Thannen (37) experimentiert mit unterschiedlichsten Materialien und Materialitäten. Ihre Herkunft aus dem Bregenzerwald, traditionelle Kleidungsstücke wie die Juppe, aber auch Erinnerungen an ihre Kindheit und die Arbeit auf dem Bauernhof inspirieren die Kollektionen der in Berlin lebenden und arbeitenden Modedesignerin. Die Jury zeigte sich begeistert von „ihrer collagenhaften Arbeitsweise, die komplexe Bezugsmomente zwischen Materialien, Inhalten und Design aufweist. Ihre Arbeit stellt eine zeitgemäße Interpretation althergebrachter Materialien und Formen dar.“ Langlebige, teilweise bereits gebrauchte Woll- und Filzstoffe sowie asymmetrisch eingesetztes und verzerrtes Plissiertes kennzeichnen ihre Kollektionen ebenso wie die Verwendung moderner Digitaldrucke oder Anregungen aus der Berliner Clubszene.

IBK-Förderpreise

Die IBK zeichnet seit 1991 jährlich Kunst- und Kulturschaffende aus, die nicht älter als 40 Jahre sind, in ihrer Sparte bereits auf ihr künstlerisches Schaffen aufmerksam gemacht haben und einen biografischen Bezug zur Region aufweisen. Die Mitgliedsländer und -kantone (Baden-Württemberg, Bayern, Liechtenstein, Vorarlberg, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Zürich sowie Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden) schlagen jeweils bis zu zwei Nominationen (Einzelpersönlichkeiten, Kollektive oder Institutionen) vor. Vergeben werden maximal sieben Preise, dotiert mit je 10.000 Schweizer Franken. Für die Vergabe verantwortlich ist die Kommission Kultur der IBK, eine internationale Fachjury wählt die PreisträgerInnen aus. ■

https://vorarlberg.at/

https://selinareiterer.com/

keine Link auf E. von der Thannen gefunden

Wiener haben positives EU-Bild

… und wünschen sich mehr gemeinsames Handeln in Europa – Umfrage zum Abschluß der EU-Zukunftstour von Europäischer Kommission und Österreichischer Gesellschaft für Europapolitik

Zum Abschluß ihrer umweltfreundlichen EU-Zukunftstour quer durch Österreich hieß es für Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), wieder zurück an den Start. In der Bundeshauptstadt konnten beide EU-Radler in vielen Gesprächsrunden sowohl konstruktive Kritik als auch Wünsche und Anregungen der WienerInnen für die EU-Zukunftsdebatte mitnehmen. Die Themenpalette war bunt: Die Stärkung der sozialen Dimension der europäischen Klimapolitik, eine entemotionalisierte Asyl- und Migrationsagenda, die Absicherung öffentlicher Dienstleistungen und der Daseinsvorsorge sowie mehr internationale Steuergerechtigkeit wurden ebenso vorgebracht wie Wien-spezifischere Ideen, etwa ökologische Wohnbauprojekte oder die Aktualisierung des anläßlich der EU-Erweiterung 2014 im Sigmund-Freud-Park errichteten Europa-Tisches.

Die vielen Begegnungen in Wien, zu denen auch die Europe-Direct-Stelle maßgeblich beigetragen hat, wurden mit einer begleitenden Meinungsumfrage abgerundet. Das Fazit: Die Befragten wünschen sich mehr gemeinsame europäische Entscheidungen und bewerten die Mitgliedschaft in der EU – auch in Pandemiezeiten – durchwegs positiv.

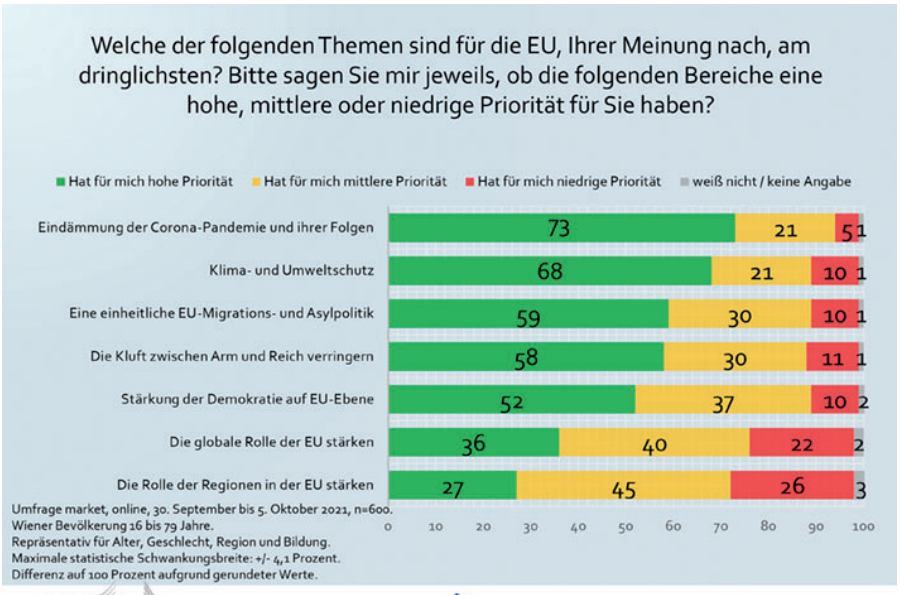
Mehr als die Hälfte der WienerInnen (56 %) bemerkt laut der vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten Umfrage durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union vor allem Positives für das eigene Bundesland. 21 % sehen hingegen die Nachteile überwiegen. Für 23 % halten sich positive und negative Auswirkungen die Waage. Sechs von zehn WienerInnen sind der Überzeugung, daß es angesichts der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der Europäischen Union zu sein. 17 % sehen darin eher einen Nachteil. Für 19 % ist dieser Aspekt unerheblich. Im Vergleich der Bundesländer haben die Wienerinnen und Wiener damit den positivsten Eindruck von der EU-Mitgliedschaft.

„Wer Europa in kommunaler und regionaler Verantwortung täglich konstruktiv lebt,

Foto: Vertretung EU-Kommission in Österreich/APA-Fotoservice/Hörmandinger

v.l.: Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

der erntet eine positive EU-Stimmung bei den Menschen und kann sich dann auf solider Grundlage mit Gewicht in die europäischen Entscheidungen einbringen. Genau das tut Wien seit vielen Jahren, in enger Zusammenarbeit mit den auf europäischer Ebene Handelnden“, sagt EU-Botschafter Martin Selmayr zum Ergebnis der Meinungsumfrage. „Die positive EU-Stimmung der Wienerinnen und Wiener ist ein starkes Pfund, mit dem Wien in Europa wuchern kann, ob bei der Gestaltung klimafreundlicher Städte mit bürgernahen, digitalisierten Verwaltungen, ob bei der erfolgreichen Lukrierung von EU-Projekten im Sozial- und Migrationsbereich oder bei der Zusammenarbeit mit anderen



Europäische Kommission

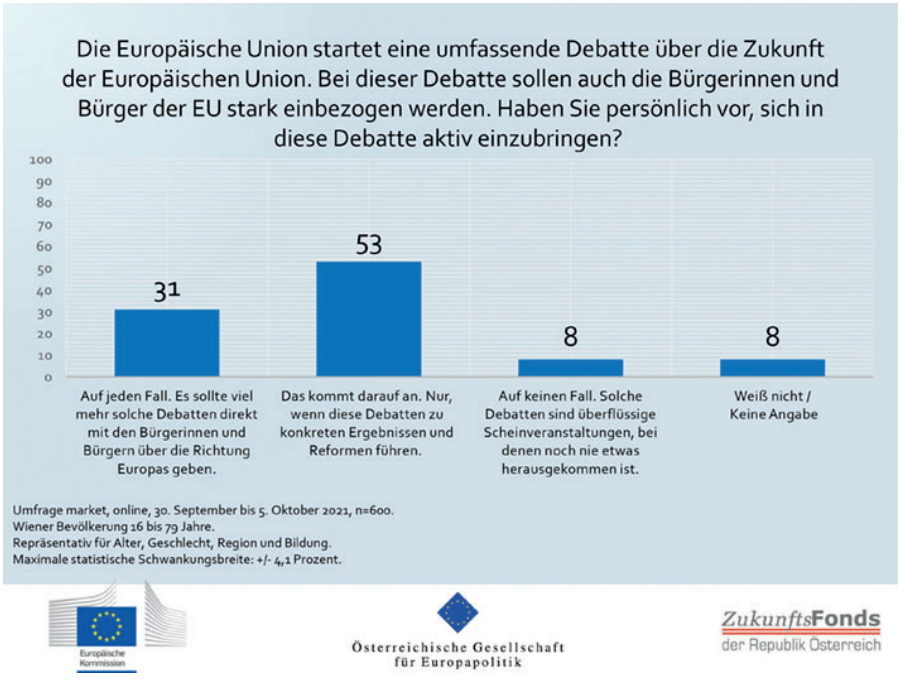
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

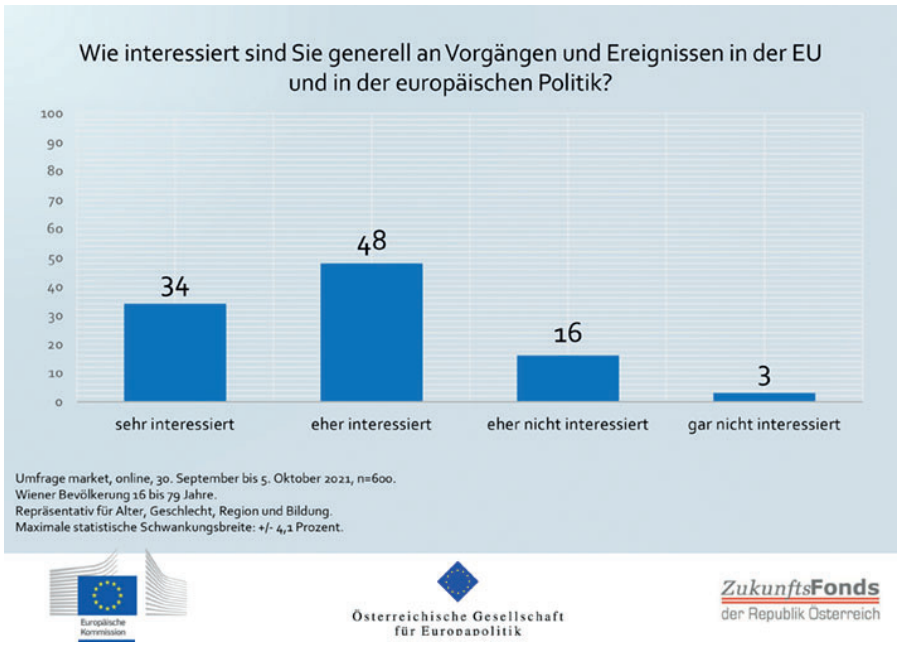
ZukunftsFonds der Republik Österreich

Österreich, Europa und die Welt – Wien

Städten in Europa bei der notwendigen Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Wienerinnen und Wiener haben zudem in der EU-Zukunftsdebatte zahlreiche spannende Vorschläge für ein besseres, toleranteres, sozialeres, klimafreundlicheres und vor Ort greifbareres Europa gemacht. Ich freue mich auf weiter sehr gute Zusammenarbeit mit Bürgermeister Michael Ludwig und seinem Team bei der Umsetzung dieser Konzepte."

ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt betont: „Der offene und internationale Charakter Wiens führt zu einem im Bundesländervergleich und trotz Corona-Zeiten durchwegs positiven EU-Stimmungsbild. Denn viele der Herausforderungen, denen die Europäische Union als Ganzes gegenübersteht, spiegeln sich in Städten in kleinerem Rahmen wider. Gerade soziale Fragen sind hier besonders spürbar und ein Miteinander unterschiedlichster Nationalitäten und Kulturen gelebter Alltag. Das Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen und die Notwendigkeit des Kompromisses sind sowohl auf regionaler als auch auf europäischer Ebene die Grundlage für ein erfolgreiches Gestalten. Fast drei Viertel der EU-Bürgerinnen und -Bürger leben in Städten – umso wichtiger ist es daher auch, daß ihre Anliegen Gehör finden und sie sich bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union mit gewichtiger Stimme einbringen."





Eindämmung der Corona-Pandemie ist größtes Anliegen

Die Menschen in der Bundeshauptstadt sind der Ansicht, daß die Europäische Union die „Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen" an die oberste Stelle ihrer Aufgabenliste setzen sollte („hohe Priorität": 73 %). An zweiter Stelle folgt der „Klima- und Umweltschutz" (68 %), mit etwas Abstand werden eine „gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik" (59 %) und die „Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich" (58 %) genannt.

61 % der Befragten sind der Ansicht, daß „mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene" notwendig ist, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 32 % würden es für sinnvoll halten, daß die „EU-Mitgliedsstaaten künftig öfter für sich selbst entscheiden". Befragte ab 50 Jahren sowie Personen mit Lehre sprechen sich am häufigsten dafür aus.

Mehr als acht von zehn WienerInnen zeigen sich an Vorgängen und Ereignissen in der EU und in der europäischen Politik interessiert, davon 34 % „sehr" und 48 % „eher". Ein knappes Fünftel zeigt sich demgegenüber „eher nicht" (16 %) oder „gar nicht" (3 %) interessiert. Je jünger die Befragten sind, desto stärker ist das Interesse. Drei von zehn Befragten in Wien geben an, sich „sicher" an der im Mai 2021 gestarteten Debatte über die Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen. Weitere 53 % sagen, daß sie sich eine Teilnahme vorstellen könnten, wenn „diese Debatten zu konkreten Ergebnissen und Reformen führen".

Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, haben 45 % das größte Vertrauen in Entscheidungsträger auf regionaler Ebene (also in Landesregierung und Landtag), 21 % geben in dieser Frage der nationalen Ebene den Vorzug (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 19 % nennen die EU-Institutionen (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat).

Befragt wurden 600 Personen in Wien. Online-Erhebung, Wiener Bevölkerung, 16 bis 79 Jahre, repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung. Maximale statistische Schwankungsbreite ca. +/- 4,1 %. ■

https://www.wien.gv.at/
https://www.oegfe.at/
https://zukunftsfonds.at/
https://futureu.europa.eu/
https://www.market.at/

60 Jahre OeAD

Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung arbeitet in Österreich, Europa und internationalen Schwerpunktländern und öffnet damit das Tor zur Welt.

Der OeAD wurde am 13. November 1961 als Verein „Österreichischer Auslandstudentendienst“ gegründet, um ausländischen Studierenden in Österreich die nötigen Grundvoraussetzungen für ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen. 2009 in eine GmbH des Bundes umgewandelt, hat sich das Portfolio des OeAD kontinuierlich erweitert. Zusätzlich zu seinem Internationalisierungsschwerpunkt wurden im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) die nationalen Bildungsagenden im OeAD vergrößert. 2021 erfolgte die Umbenennung in „OeAD – Agentur für Bildung und Internationalisierung“, die dieser Weiterentwicklung Rechnung trägt. Der OeAD arbeitet in Österreich, Europa und internationalen Schwerpunktländern. Er berät, fördert und vernetzt mit seinen Programmen Menschen und Institutionen aus Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsminister Heinz Faßmann gratuliert zum Jubiläum: „Der OeAD ist ein verläßlicher und kompetenter Partner für nationale, internationale und europäische Stipendien- und Förderprogramme im Bildungsbereich. Länderüberschreitende Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft sind der Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit, systemische Qualität und Innovation. Auslandsaufenthalte sind für viele Menschen auch das Tor, durch das sie in andere Kulturen, Bildungssysteme und Arbeitsweisen eintauchen. Gerade für ein kleines Land wie Österreich ist der internationale Austausch weiterhin ein entscheidender Faktor für Bildung, Wissenschaft und Forschung.“

Der Geschäftsführer des OeAD, Jakob Calice, hebt hervor: „Das Gestalten von Bildung und Qualifizierung ist unentbehrlich für unsere Gesellschaft, den Standort Österreich und unsere Zukunft. 60 Jahre lang hat der OeAD Entwicklungen und Veränderungen gefördert und begleitet. 2021 feiern wir unter der Devise „Erfahrung. Bildung. Zukunft“ unser Bestehen. Das Motto ist für uns ein Wegweiser, denn viele der Programme, Strategien und Aktivitäten, die wir umsetzen, zielen darauf ab, Menschen und Institutionen für Innovationen und Kompetenzerweiterungen zu begeistern und diese nachhaltig zu verankern. Internationalisierung und die Qualität der Bildung haben dabei den höchsten Stellenwert.“

Foto: OeAD

v.l.: Jakob Calice (Geschäftsführer OeAD), Barbara Weitgruber (Vorsitzende Strategiebeirat OeAD, BMBWF), Bundesminister Heinz Faßmann (BMBWF und Elmar Pichl (Vorsitzender Aufsichtsrat OeAD, BMBWF)

Internationalisierung vorantreiben

Als Internationalisierungsagentur fördert der OeAD mit einer Vielzahl an Stipendien und Kooperationen die Mobilität und länderüberschreitende Zusammenarbeit in Wissenschaft, Forschung sowie auch in allen Bildungssektoren, von der vorschulischen Bildung über die Schul- und Berufsbildung, die Hochschulbildung bis zur Erwachsenenbildung. Damit unterstützt der OeAD die globale Zusammenarbeit und präsentiert Österreich als attraktiven Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftsstandort. Zudem ist der OeAD die nationale Agentur für die Umsetzung von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps und koordiniert in Österreich unter anderem eTwinning und Europaß.

Bildung und Gesellschaft stärken

Als nationale Bildungsagentur unterstützt er im Auftrag des BMBWF zahlreiche Bildungsaktivitäten und setzt Schwerpunkte des Bundes um. Der OeAD stärkt in Österreich die Schnittstelle zwischen (Schul-)Bildung und Gesellschaft beispielsweise durch die Förderung der kulturellen Bildung, der Wissenschaftsvermittlung und des digitalen Lernens in der Schule. Mit unterschiedlichen Förderlinien weckt der OeAD Neugierde und Innovationsbereitschaft, regt zum Forschen und künstlerisch kreativ werden an und unterstützt dabei, neue digitale Tools gekonnt einzusetzen. Bekannte Programme sind Sparkling Science, Kulturvermittlung mit Schulen und Lehrlingen wie auch das Rollout von Laptops und Tablets an Schulen im Rahmen von „Digitales lernen“. Mit Jahresbeginn 2022 wird zudem der Verein _erinnern.at_ in den OeAD integriert und zukünftig das vom OeAD durchgeführte Programm zum Lehren und Lernen über den Nationalsozialismus und den Holocaust.

Qualität und Transparenz ausweiten

Der OeAD festigt und weitet Qualität und Transparenz in der Bildung aus, indem Qualitätsinstrumente in der Bildung entwickelt und Prozesse wie der Nationale Qualifikationsrahmen (NQR), Ö-Cert und der TOEFL-Test unterstützt werden.

https://oead.at/

JustizOnline gewinnt 2. Platz

Einfacher und sicherer digitaler Zugang zu Justiz-Services in Österreich überzeugte die Jury des europäischen Verwaltungswettbewerbs EPSA

Digitale Services wie der Abruf von Information zu Verfahrensstand und Ladungen, digitale Akteneinsicht, die Möglichkeit, Eingaben zu laufenden Verfahren zu machen oder Firmenbuch und Grundbuch kostengünstig abzufragen: Das alles vereint JustizOnline sicher und benutzerfreundlich in einer Plattform und ist somit ein über die Grenzen von Österreich viel beachtetes Vorzeigeprojekt in Sachen digitaler Informations- und Serviceangebote im Justizbereich. Nach heimischen Auszeichnungen wie dem e-Award des Report Verlags, der Nominierung als Finalist des Österreichischen Verwaltungspreises und dem zweiten Platz beim Digital Impuls Award konnte JustizOnline nun auch auf europäischer Ebene punkten: Mit dem zweiten Platz in der Kategorie „Digital Public Administration“ des Europäischen Verwaltungswettbewerbs EPSA (European Public Sector Award) steht JustizOnline erneut an der Spitze eines Rankings.

Foto: BMJ

JustizOnline ist am Desktop und mobilen Geräten verfügbar.

JustizOnline: Einfacher Zugang zur Justiz

Die Plattform JustizOnline bietet BürgerInnen einen einfachen Zugang zu Services der Justiz. Unter Nutzung von Synergien und integriert mit bestehenden Plattformen anderer Bundesministerien, wie etwa oesterreich.gv.at, ist mit justizonline.gv.at das digitale Service- und Informationsangebot der Gerichte und Staatsanwaltschaften entstanden. Mit JustizOnline werden die bestehenden Services der unabhängigen Gerichte und Staatsanwaltschaften – unter Wahrung höchster Sicherheits- und Barrierefreiheitsstandards – um digitale Services erweitert und der breiten Öffentlichkeit kostenfrei zugänglich gemacht. JustizOnline baut auf den im Rahmen der strategischen Initiative Justiz 3.0 erzielten Fortschritten und Erfolgen in der Digitalisierung der Akten- und Verfahrensführung auf und läßt die damit eingehergehenden Vorteile eines vollständigen digitalen Aktes bei den BürgerInnen sichtbar werden. Insbesondere diese Kombination interner Digitalisierungsmaßnahmen mit einer bürgerInnenorientierten Zugangsmöglichkeit via JustizOnline ist richtungsweisend und ein europaweites Alleinstellungsmerkmal. Dank des großen Einsatzes der JustizmitarbeiterInnen sowie des gesamten Projektumfeldes der Justiz wurden bereits an 84 Dienststellen mehr als 225.000 Verfahren ausschließlich digital geführt.

Franziska Lehner, Product Manager für JustizOnline im BRZ, betont die produktive agile Zusammenarbeit von BMJ und BRZ: „Ein gutes Produkt lebt von der guten Zusammenarbeit zwischen Kunde und Umsetzungspartner. Mein besonderer Dank gilt dem leitenden Staatsanwalt und Leiter der Abteilung Rechtsinformatik im BMJ, Christian Gesek, und dem gesamten Justiz-Team. Gemeinsam bauen wir Zutrittsbarrieren zur Justiz ab und erleichtern so den Zugang zur Justiz für Bürger:innen und Unternehmen.“

BRZ ist Partner der Bundesverwaltung im E-Governmentbereich

Umsetzungspartner von JustizOnline ist das BRZ. Im November 2020 wurde justizonline.gv.at erfolgreich gelauncht und seither in ständiger Weiterentwicklung. „Wir freuen uns über die Auszeichnung beim Europäischen Verwaltungspreis, die abermals zeigt, daß Österreich beim E-Government an der Spitze Europas steht. Gemeinsam mit dem BMJ möchten wir JustizOnline weiter ausbauen und dabei unserer Rolle als verlässliches Kompetenzzentrum für die Digitalisierung in der Bundesverwaltung gerecht werden“, so Roland Ledinger, Geschäftsführer des BRZ.

Über den Europäischen Verwaltungspreis (EPSA)

Der Europäische Verwaltungswettbewerb EPSA (European Public Sector Award) wird seit 2009 alle zwei Jahre vom European Institute of Public Administration (EIPA) veranstaltet und zeichnet europaweit wegweisende und innovative Projekte im öffentlichen Bereich aus. Das Motto 2021 lautete: „Building a Better Europe for Citizens“. Ziel des EPSA ist neben der Auszeichnung hervorragender Projekte die Schaffung einer internationalen Lern- und Austauschplattform. Österreich war mit insgesamt 18 Einreichungen beim EPSA vertreten. ■

https://www.oesterreich.gv.at/
https://justizonline.gv.at/
https://brz.gv.at/

Grüne Wirtschaft für Georgien

Die Austrian Development Agency unterstützt gemeinsam mit der EU und Schweden den Aufbau der ökologischen Wirtschaft und des nachhaltigen Tourismus im Südkaukasischen Land am Schwarzen Meer.

Foto: ADA-GRETA

Teebauer Shota Kopaliani aus dem Dorf Chalistavi hat im Rahmen des GRETA-Projekts seine eigene Tee-Produktion entwickelt und ausgebaut.

Die Lebensbedingungen in ländlichen Hochgebirgsregionen durch nachhaltigen, sanften Tourismus und biologische Landwirtschaft zu fördern, sind die Ziele des von der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützten Projektes GRETA in ihrem Schwerpunktland Georgien. Das Projekt (Green Economy: Sustainable Mountain Tourism and Organic Agriculture) läuft seit zwei Jahren mit Unterstützung der EU, Österreichs und Schwedens und wird von der ADA umgesetzt. „Wir bekämpfen Armut in ausgewählten Bergregionen in Georgien und entwickeln dafür mit den Behörden und Interessensgruppen des öffentlichen und privaten Sektors vor Ort einen nachhaltigen Bergtourismus und eine ökologische Landwirtschaft für die Erzielung zusätzlicher Einkommen“, erklärt Alexander Karner, Leiter des ADA-Auslandsbüros in der Hauptstadt Tiflis. Kleine und mittlere Unternehmen haben die Möglichkeit, die notwendige finanzielle Unterstützung zu erhalten, um ihre Produktion und Dienstleistungen zu verbessern, neue Marktchancen zu entdecken und durch lokal produzierte hochwertige Produkte mit Importen besser zu konkurrieren.

Lokale Wertschöpfung statt Armut

Im Bereich Ökolandwirtschaft hat der Teebauer Shota Kopaliani aus dem Dorf Chalistavi im Rahmen des GRETA-Projekts seine eigene Tee-Produktion entwickelt und ausgebaut. Mit den neuen Maschinen zur Verarbeitung und Trocknung der Wildpflanzen kann er jetzt Bio-Kräutertee herstellen. „In Georgien hat der Anbau von Kräutertee eine jahrhundertelange Tradition. Unser Tee hat eine hohe Qualität und die neuen Maschinen verleihen unseren Teemischungen ein ansprechendes, marktfähiges Aussehen und sollen es auch gegen importierte Produkte konkurrenzfähig machen“, freut sich der Teebauer. Derzeit produziert Kopalianis kleines Unternehmen den Tee aus Blaubeere, Brombeere, Linde, Wildquitte und Rhododendron.

Mit Unterstützung der ADA konnte auch der passionierte Fischer Kakhaber Gasviani in der Hochgebirgsregion Tsageri im über tausend Meter über dem Meeresspiegel liegenden Dorf Kulbak in einem verlassenen See Forellenteiche entstehen lassen und gründete dafür die Genossenschaft „Kulbak Green Lake“. Die Anschaffung der notwendigen Ausrüstung, wie eine Fischfutter-Verarbeitungsmaschine für die Entwicklung der Forellenzucht, konnten im Rahmen des GRETA-Projekts bewerkstelligt werden. „Jetzt können wir das benötigte Fischfutter aus lokalen georgischen Produkten gewinnen und damit auch andere Fischereifarmen versorgen“, freut sich Fischerbauer Gasviani, und ergänzt: „Der Fisch erreicht somit eine hohe Qualität und Frische denn wir wissen, woher das Futter kommt. Außerdem kaufen wir die Rohstoffe von den Anwohnern und unterstützen so die lokale Wertschöpfung.“

Österreich, Europa und die Welt

Sanfter Tourismus schafft Perspektiven

Im nachhaltigen Bergtourismus unterstützt das GRETA-Projekt die Schaffung der Tourismusmarke der beiden Hochgebirgsregionen Svaneti und Racha in Georgien und fördert kleine und mittelständische Tourismus-Unternehmen und -Initiativen. Insgesamt profitieren etwa 600 Beherbergungsbetriebe und Anbieter touristischer Dienstleistungen sowie 230 landwirtschaftliche Betriebe bei der Umstellung auf Biolandwirtschaft in acht Gemeinden. Zusätzlich sollen kleine und mittlere Unternehmen vor Ort gestärkt werden, damit sie in Zukunft Produkte und Dienstleistungen von höherer Qualität anbieten können.

„Der österreichische Beitrag zur Förderung des nachhaltigen Tourismus und der Biolandwirtschaft in den Hochgebirgsregionen unseres Schwerpunktlandes Georgien soll vor allem Perspektiven für die Menschen vor Ort schaffen, die Beschäftigungschancen erhöhen und die lokale Wertschöpfung nachhaltig steigern“, so ADA-Geschäftsführer Friedrich Stift abschließend.

Schwerpunktland Georgien

Georgien ist seit 2011 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Aktivitäten der ADA konzentrieren sich vor allem auf die Förderung der Bereiche Land- und Forstwirtschaft, die Erhöhung der Produktivität in der Verarbeitung und Vermarktung lokaler Produkte und die damit einhergehende Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Jugendliche. Auch durch die Förderung des nachhaltigen Tourismus sollen vor Ort Perspektiven geschaffen werden. Österreich kooperiert dabei sowohl mit der politischen Ebene als auch mit einzelnen Landwirtinnen und Landwirten und Agrarunternehmen vor Ort.

Die Austrian Development Agency

Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Länder in Afrika, Asien, Südost- und Osteuropa bei ihrer nachhaltigen Entwicklung. Gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen setzt die ADA derzeit Projekte und Programme mit einem Gesamtvolumen von über 550 Millionen Euro um. ■

https://www.entwicklung.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Georgien

Foto: ADA-GRETA

„In Georgien hat der Anbau von Kräutertee eine jahrhundertelange Tradition“, so Teebauer Shota Kopaliani, im Bild mit seiner Frau.

Foto: ADA-GRETA

Der passionierte Fischer Kakhaber Gasviani in der Hochgebirgsregion Tsageri

Foto: ADA-GRETA

Er erreicht durch das Fischfutter lokaler georgischer Produkte hohe Qualität und Frische.

Österreich, Europa und die Welt

PaN Generalversammlung

Am Abend des 8. November hielt der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN seine Generalversammlung ab. Wiens Bürgermeister Michael Ludwig nahm als Ehrengast teil, Prof. Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, hielt eine spannende Rede zu Europa.*)

Foto: PaN / Florian Wieser

v.l.: Magistratsdirektor Erich Hechtner, Botschafterin Petra Schneebauer, Lukas Marcel Vosicky, Prof. Theodor Kanitzer, PaN-Präsident Prof. Hermann Mückler, EU-Kommissinsvetreter Prof. Martin Selmayr, Alice Alsch-Harant, Bürgermeister Michael Ludwig, Pianistin Nini Funke, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und PaN-Vizepräsident Oskar Wawra

Internationale Solidarität ist die Zärtlichkeit der Länder im Umgang und des Dialogs“, sagte Wiens Bürgermeister Michael Ludwig vor etwas mehr als einem Jahr anläßlich des 60-Jahr-Jubiläums des Dachverbands aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN und wünschte ihm auf seiner weiteren „völkerverbindenden Reise alles Gute – möge der Dachverband weiterhin stiller Botschafter für den Frieden auf dieser Welt aber auch zur Sicherung unseres Planeten und Beweis dafür sein, daß man aus seiner Geschichte lernen kann“, so Ludwig.

Am Abend des 8. November hatte PaN zur Generalversammlung 2021 in den Wappensaal des Wiener Rathauses geladen, den die Stadt wieder für diesen Anlaß zur Verfügung gestellt hatte. Auf dem Programm standen – neben der Wahl des Vorstands – eine Rede des Bürgermeisters und ein vielbeachteter Vortrag vom Leiter des Verbindungsbüros der Europäischen Kommission in Wien, Prof. Martin Selmayr. Für den musikalischen Rahmen sorgte Pianistin Nini Funke, die Stükke von Johannes Brahms, Claude Debussy, Robert Schumann und Franz Liszt vortrug.

Begrüßung, Rückblick und Vorschau

„Es ist meine ganz große Freude, Sie wieder einmal im schönen Wappensaal des Wiener Rathauses begrüßen – und eine Veranstaltung des Dachverbands aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – PaN eröffnen zu dürfen. Es ist so schön, viele Gesichter sozusagen live wiederzusehen nach diesen fast zwei Jahren, die für uns alle nicht ganz einfach waren“, so PaN-Präsident Hermann Mückler einleitend und hob einige der Anwesenden namentlich hervor, mit denen PaN „in einer vieljährigen außerordentlich guten Zusammenarbeit verbunden ist“: Magistratsdirektor Erich Hechter, Landeshauptmann a.D. Hans Niessl aus dem Burgenland, Alena Sirka-Bred aus der Magistratsdirektion für Europa und Internationales der Stadt Wien, Botschafter Martin Pammer und Generalleutnant Franz Reißner, den Kommandeur des Streitkräftekommandos, der mit Mitarbeitern aus Graz extra nach Wien gekommen war. „Ich möchte auch Herrn Professor Dr. Theodor Kanitzer erwähnen, er ist Präsident der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft und vielen auch bekannt als Präsident der Internationalen Chopin Gesellschaft Wien. Ich hebe ihn jetzt deshalb hervor, denn er hat mir heute so en passant gesagt, er sei 1946 das erste Mal hier im Haus gewesen – und er ist damit ein echter Zeitzeuge für uns, denn auch bei der Gründung des Dachverbands 1959 war er dabei und hat alles von Anfang an kontinuierlich mitverfolgt – wir sind ja mittlerweile im 62. Bestandsjahr. Lieber Theo, danke daß Du heute unter uns bist.“

„Sie alle, die hier heute versammelt sind, haben in den vergangenen Jahren – teilweise unter Belastungen, wie wir ja wissen – Großartiges geleistet“, fuhr Mückler fort. „Das,

*) Zusammengefaßt von Michael Mössmer

Österreich, Europa und die Welt

was der Dachverband macht, ist eigentlich, dem auch ein bißchen Sichtbarkeit zu verleihen. Das ist ein Punkt. Der zweite ist, Ihnen mit den Veranstaltungen des Dachverbands die Möglichkeit zu geben, sich untereinander zu vernetzen. Und wenn wir jeden Tag die Nachrichten ansehen, zeigt sich die Wichtigkeit unserer Tätigkeit: Menschen einander näher zu bringen, Vorurteile abzubauen, Brücken zu bauen." Was in den einzelnen bilateralen Freundschaftsgesellschaften getan werde, sei zivilgesellschaftliches Engagement, wofür „ich wirklich hier mit einem ganz grossen Dankeschön von uns allen im Dachverband – und ich spreche das hier auch ganz explizit für den Vizepräsidenten Dr. Oskar Wawra, für den Generalsekretär Senator h.c. Walter J. Gerbautz und für alle im Vorstand aus. Also danke, daß Sie heute da sind und danke für das, was sie bisher getan haben und tun werden".

Dann nannte der PaN-Präsident beispielhaft ein paar Veranstaltungen und hob vor allem auch die gute Zusammenarbeit gerade mit der Stadt Wien hervor, die zum Beispiel für die Vernetzung auch zwischen den einzelnen Gesellschaften einen so entspannten, wunderschönen Rahmen wie die Blumengärten Hirschstetten zur Verfügung stellt. „Bei all unseren Veranstaltungen geht es nicht nur um Essen und Trinken – auch wenn wir wissen, daß gerade dabei die tragfähigsten Kontakte entstehen können", so Mückler über ergebnisreiche Anlässe.

Es konnte auch ein Gartenfest auf der „Garten Tulln" in Niederösterreich durchgeführt werden, das symbolhaft auch für die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern steht. Weitere Veranstaltungen fanden zum Beispiel in der Villa Vita Pannonia im Burgenland statt, die auch die gute Zusammenarbeit herausstreichen, die es seit Jahren mit dem Burgenland gibt – „danke, Herr Landeshauptmann Niessl".

Foto: PaN / Florian Wieser

PaN-Präsident Hermann Mückler bei seinen Begrüßungsworten im Wappensaal im Rathaus

Und Mückler berichtete über weitere Veranstaltungen, wie sie jährlich zum Weltfrauentag um 8. März herum von Vorstandskollegin Marguerite Machek-Vos „immer sehr gut organisiert werden"; es gab Führungen durch Museen, vor allem zum Beispiel durchs Heeresgeschichtliche und das Naturhistorischen Museum und eine Exklusiv-Führung durch die Ausstellung „Sehnsucht Ferne – Aufbruch in neue Welten" auf der Schallaburg. „Wir haben darüber hinaus auch Vorträge gehört, die sich auch Themen gewidmet haben, die für uns alle und für Sie für die Vereinsarbeit wichtig sind, zum Beispiel von Georg Beham, der im Hotel Hansen Kempinski einen Vortrag über die Datenschutzverordnung gehalten hat. Das Hotel ist übrigens auch ein Partner des Dachverbandes", erinnerte Mückler. Dort gab es auch eine ganze Reihe hochkarätiger Konzerte in Zusammenarbeit mit prima la musika Wien, die auch für die Zukunft geplant sind.

Expliziten Dank richtete der Präsident an Partner und Sponsoren von PaN, die diese Veranstaltungen ermöglichen. „Zu diesen Partnern gehören natürlich auch die strategischen Partnerschaften. Eine habe ich schon genannt, die mit dem Kommando der Streitkräfte in der Belgierkaserne in Graz, die aber für ganz Österreich von eminenter Bedeutung auch im Zusammenhang mit Corona ist. Wir haben auch strategische Partnerschaften mit dem Senat der Wirtschaft und mit der Wiener Polizei. Das erwähne ich deshalb, weil sie eben im Berichtszeitraum des Vorstandes, der sich heute auch zur Wiederwahl stellt, zustandegekommen sind. Wir haben versucht, in den vergangenen Jahren den Dachverband ein wenig zu verbreitern in dem Sinne, auch unsere eigene Vernetzung in verschiedene Gesellschaftsbereiche zu vertiefen. Schon allein deshalb, damit wir auch einen anderen Informationsstand bekommen und ein atmosphärisch dichteres Gesamtbild erhalten können über gesellschaftliche Vorgänge, auf die wir alle, wie wir hier sitzen, reagieren müssen."

Dann gab Mückler einen kurzen Ausblick darauf, was sich der Vorstand für das Jahr 2022 überlegt hat. „Wir werden natürlich wieder Veranstaltungen durchführen, auch wieder eine völlig neue Kooperation in Form eines Gartenfests haben, und zwar ‚Im Garten der Begegnung' in Traiskirchen. Es wird im Laufe des kommenden Jahres einer der PaN-Friedenstische, der zwischenzeitlich aufgrund von Renovierungsarbeiten entfernt wurde, auf der Burg Schlaining wieder aufgestellt werden. Wir werden das mit einer

Foto: PaN / Florian Wieser

Ein Blick auf die TeilnehmerInnen an der Generalversammlung

Foto: PaN / Florian Wieser

War extra von Graz nach Wien angereist: Generalleutnant Franz Reißner, Kommandeur des Streitkräftekommandos (m.), im Bild mit (v.l.) PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, Brigadier Wolfgang Wagner, PaN-Präsident Hermann Mückler, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und Oberst Kurt Rogan, Bakk.Komm.

Foto: PaN / Florian Wieser

PaN-Vizepräsident Oskar Wawra berichtete als Finanzreferent des Dachverbands über dessen widmungs- und ordnungsgemäßes Gebaren im Berichtszeitraum.

Veranstaltung dort verbinden. Sie wissen, dort gibt es das Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution und die European Peace University. Wir werden uns dort nicht nur informieren, sondern sind dort auch gern gesehener Gast. Das wird eine Veranstaltung für Sie alle werden", kündigte Mückler ebenso an, wie die gewohnten Konzerte im Hotel Hansen Kempinski mit „prima la musica wien" und Musikern des Orchesters der Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Geschäfsführerin von Angelika Persterer-Ornig oder eines gemeinsam mit der Österreichisch-San Marino-Freundschaftsgesellschaft-PaN im Haydn-Konservatorium in Eisenstadt.

Ebenso beschlossen hat der PaN-Vorstand die Wiederbelebung der PaN-Projektunterstützung. Einmal im Jahr gibt es für die bilateralen Gesellschafaten die Möglichkeit, Projekte, die sie im kulturellen, karitativen, sozialen, sportlichen und/oder künstlerischen Bereich planen, einzureichen. „Eine Jury, der auch Nicht-Mitglieder des Vorstands angehören, wird jeweils drei Projekte auswählen, die sowohl finanziell unterstützt werden, als auch dadurch, daß ihnen dadurch Sichtbarkeit verliehen wird", lud Mückler zu reger Beteiligung ein und kündigte weitere PaN-Preise an: „Aus heutiger Sicht wird es drei weitere geben: einen, so wie wir ihn erst vor wenigen Wochen an die Österreichisch-Vereinigte Arabische Emirate Gesellschaft verleihen konnten, nämlich den PaN-Preis des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Es wird wieder dankenswerterweise einen PaN-Preis des Landes Burgenland geben, und, so wie es derzeit aussieht, auch einen PaN- Preis des Landes Niederösterreich", schloß Mückler seine Begrüßungsrede.

Bericht des Finanzreferenten und des Rechnungsprüfers

Dann ergriff PaN-Vizepräsident Oskar Wawra in seiner Funktion als Finanzreferent des Dachverbands das Wort und ging auf das widmungs- und ordnungsgemäße Gebaren im Berichtszeitraum ein. Es habe große, aber auch erfolgreiche Bemühungen gegeben, den finanziellen Spielraum von PaN durch Beibehalten bestehender und Finden zusätzlicher Sponsoren zu erweitern. Das würde auch zukünftig ganz wesentlich sein, nicht nur um die laufenden Kosten decken, sondern auch gesteckte Ziele erreichen zu können. „Um Kosten einzusparen, wurde das PaN-Büro in der Rathausstraße 14 Mitte 2020 gekündigt und es ist auch nicht beabsichtigt, in Zukunft laufend eine Sekretariatskraft für den Dachverband einzustellen. Die notwendigen Arbeiten sollen in Zukunft von den Vorstandsmitgliedern im Home-Office erledigt werden, wobei vor allem Generalsekretär Walter J, Gerbautz und und das Vorstandsmitglied Lukas Vosicky zusätzliche Aufgaben übernehmen werden", stellte Wawra fest und schloß mit den Worten, die Gebarung sei seit der letzten Entlastung des Vorstands den Statuten entsprechend dokumentiert. Das wurde von Rechtsanwalt Friedrich Schwank, dem PaN-Rechnungsprüfer, bestätigt. In seinem Prüfbericht stellte er Vollständigkeit, Richtigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Buchführung fest: „Die Ausgaben bewegen sich im Rahmen der in den Statuten festgelegten Zielsetzungen des Dachverbandes."

Ein kurzer Ausflug die Geschichte des Dachverbands

Prof. Theodor Kanitzer, der, von Hermann Mückler bereits als Zeitzeuge von PaN angesprochen, hatte dann die Aufgabe, den offiziellen und statutenmäßigen Ablauf zu moderieren, also vorerst der Generalversammlung Kenntnisnahme der Berichte und Entlastung von Vorstand und Rechnungsprüfer zu Abstimmung zu stellen – was auch einstimmig angenommen wurde. Bevor Kanitzer mit dem Prozedere der Wahl des neuen Vorstands begann, erinnerte er sich noch kurz zurück: „Es gab damals schon eine ganze Reihe von hervorragenden zwischenstaatlichen Gesellschaften, eine der ersten war die Österreichisch-Polnische Gesellschaft, die kurz

nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet wurde und der ich sehr früh beigetreten bin.“ Österreich sei ein neutrales Land gewesen, und da habe es sich einfach angeboten, diese völkerverbindenden Vereine ins Leben zu rufen, so Kanitzer. „Ich weiß nicht, ob es auf der ganzen Welt etwas wie unseren Dachverband gibt, er ist jedenfalls eine ganz großartige Sache. Als er gegründet wurde, hatte es bereits einige verschiedene Veranstaltungen gegeben und ich möchte eine davon erwähnen: Es wurden Zelte aufgestellt und die damaligen Gesellschaften konnten ihre Ländern mit Bildern und Folklore der Öffentlichkeit präsentieren, was sich als großer Erfolg erwies. Damit war auch die Idee für die spätere ‚Tourismusausstellung‘ in Wien geboren, die in der Wiener Messe bis heute besteht.“

Die Wahl der Vorstands

Prof. Kanitzer stellte dann die Vorstandsmitglieder vor, die sich in unveränderter Weise zur Wiederwahl stellten: Präsident Univ.-Prof. Hermann Mückler, Vizepräsident und Finanzreferent Oskar Wawra, Generalsekretär Walter J. Gerbautz und weitere Vorstandsmitglieder: Alice Alsch-Harant (Vizedirektorin des Österreichischen Bundesrats), Marguerite Machek-Vos (Ehrenpräsidentin der Österreichisch-Belgischen Gesellschaft), Botschafterin Petra Schneebauer (Leiterin der Sektion IV, Konsularsektion und Unternehmensservice im BMEIA) und Lukas M. Vosicky (Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften). Als Nachfolger von Notar i.R. Edmund Rudolph als Rechnungsprüfer stand Haydar Sari zur Wahl, neben RA Friedrich Schwank. Vorstand und Rechnungsprüfer wurden einstimmig, mit einer Stimmenthaltung, für die kommende Funktionsperiode gewählt.

Präsident Mückler dankte Prof. Theodor Kanitzer anschließend für die Abwicklung des Wahlvorgangs und gratulierte ihm zu dessen neuerlichen Wahl zum Präsidenten der „International Chopin-Federation“ vor wenigen Wochen in Warschau und bezeichnete es als „außerordentlich bewundernswert, wenn jemand so aktiv ist“.

Foto: PaN / Florian Wieser

Prof. Theodor Kanitzer, Präsident der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft, hatte die Moderation des offiziellen Teils der Generalversammlung übernommen.

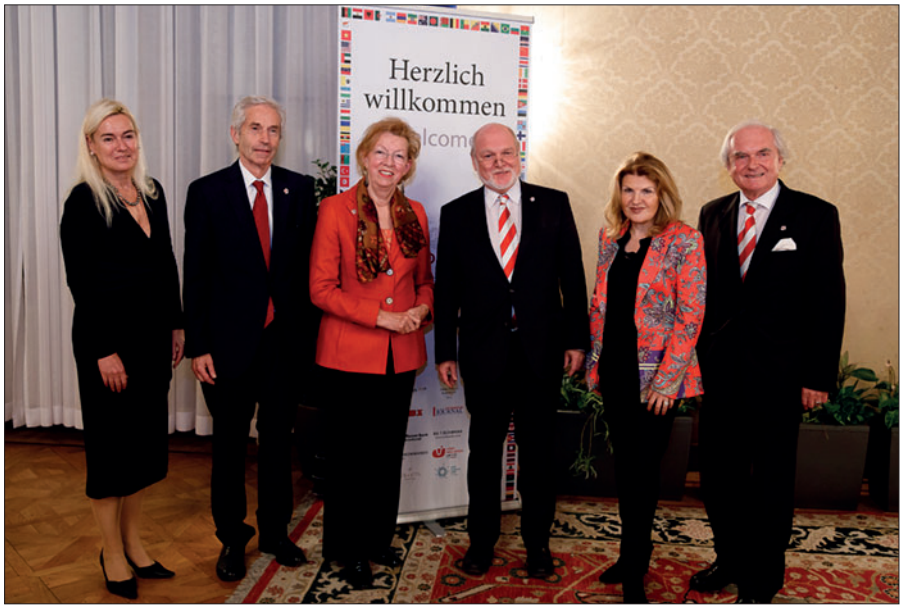


Foto: PaN / Florian Wieser

Der wiedergewählte PaN-Vorstand (v.l.): Botschafterin Petra Schneebauer, Vizepräsident Oskar Wawra, Marguerite Machek-Vos, Präsident Prof. Hermann Mückler, Alice Alsch-Harant und Generalsekretär Walter J. Gerbautz. Lukas Marcel Vosicky, Generalsekretär der Österreichisch-Rumänischen Gesellschaft, stieß aufgrund einer Verhinderung erst später hinzu.

Foto: PaN / Florian Wieser

Vorstand und Rechnungsprüfer wurden einstimmig, mit einer Stimmenthaltung, für die kommende Funktionsperiode gewählt.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: PaN / Florian Wieser

Überreichung des PaN-Awards (v.l.): PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, Bürgermeister Michael Ludwig und PaN-Präsident Hermann Mückler

„Nun kommen wir zum Höhepunkt des Abends, Bürgermeister Michael Ludwig ist eingetroffen und ich bedanke mich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des gesamten Vorstands, im Namen des gesamten Netzwerkes bilateraler Freundschaftsgesellschaften, daß wird bei ihnen Gast sein dürfen“, begrüßte Präsident Hermann Mückler den Gastgeber im Wappensaal: „Es gibt einen PaN-Persönlichkeitspreis, den wir an ausgewählte Persönlichkeiten vergeben, die zivilgesellschaftliches Engagement entweder selbst zeigen oder unterstützen, und damit einen Beitrag für ein gedeihliches, ein friedliches Miteinander leisten. Ich freue mich, daß wir Ihnen diesen PaN-Persönlichkeitspreis überreichen dürfen.“ Es seien zwei

Foto: Foto: PaN / Florian Wieser

Der PaN-Award 2021

Punkte, die den Bürgermeister dafür prädestinierten diesen Preis zu bekommen. Der eine sei, „daß wir in der Stadt und in der Person des Bürgermeisters einen sehr engen, guten und verläßlichen Partner haben, gehabt haben und weiterhin haben werden. Es ist sehr viel wert, zu wissen, daß man in seiner Stadt wertgeschätzt wird – und das wurde uns von der Stadt Wien immer und ausnahmslos vermittelt. Der zweite Punkt ist, daß viele Initiativen des Bürgermeisters deckungsgleich sind mit Zielsetzungen des Dachverbands PaN: Werte und Normen, ein Miteinander, ein nicht Ausgrenzen, ein aufeinander Zugehen. Es braucht eine starke politische Schiene, so etwas zu tun können. Dingen aus dem Weg zu gehen, von anderen nichts wissen zu wollen, ist viel einfacher, als auf jemand anderen zuzuggehen, neugierig und offen zu sein und auf diese Art und Weise auch durchaus sich die Chance zu holen, auch von anderen etwas zu lernen. Ich glaube, daß das von Bürgermeister Michael Ludwig und seinem Team in vorbildlicher Weise umgesetzt wird – und das auch für uns im Dachverband eine Vorbildwirkung hat“, so Mückler, der dem Stadtoberhaupt gemeinsam mit Vizepräsident Oskar Wawra und Generalsekretär Walter J. Gerbautz den „PaN-Award 2021 für Völkerverständigung“ und Urkunde überreichte.

Foto: PaN / Florian Wieser

Bürgermeister Michael Ludwig bei seiner Begrüßung im Wappensaal: „Ich freue mich ganz besonders über Ihre Würdigung und Auszeichnung.“

Bürgermeister Michael Ludwig

„Ich darf Sie hier im Wappensaal des Wiener Rathauses ganz herzlich begrüßen. Er heißt deshalb so, weil die hier an den Wänden angebrachten Wappen als Zeichen der Verbundenheit der Bundesländer mit der Bundeshauptstadt Wien stehen. Es soll aber auch ein Zeichen dafür sein, daß wir uns als eine sehr weltoffene Stadt verstehen. Von daher freue ich mich ganz besonders über Ihre Würdigung und Auszeichnung des Dachverbands PaN, der mit seinen insgesamt 127 Freundschaftsgesellschaften – und ich höre, zwei weitere sind bereits in Begutachtung – das Miteinander in unserer Stadt festigt“, so das Wiener Stadtoberhaupt am Beginn seiner Rede. „Und ich möchte mich auch dafür bedanken, daß Sie ehrenamtlich in vielen Stunden mit vielen Kontakten dafür sorgen, daß Österreich mit der Welt verbunden bleibt. Das ist mir als Bürgermeister der Bundeshauptstadt besonders wichtig, denn die meisten der Freundschaftsgesellschaften befinden sich in Wien, deren mehr als 10.000

Österreich, Europa und die Welt

Foto: PaN / Florian Wieser

Bürgermeister Michael Ludwig

ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leben und arbeiten hier. Und das ist ein wichtiger Mosaikstein. Und wir sind stolz darauf, daß wir mehr als 40 internationale Organisationen beheimaten dürfen, wie zum Beispiel die UNO – wir sind der einzige Sitz der Vereinten Nationen, der sich in der Europäischen Union befindet; wir haben große internationale Organisationen in Wien wie die OPEC beispielsweise, die Internationale Atomenergiebehörde und viele andere. Es sind mehr als 130 multilaterale und bilaterale Vertretungen in Wien ansässig und es sind viele internationale Kontakte, die von Wien aus signalisieren, daß wird diese Internationalität auch leben wollen", unterstrich Ludwig die Positionierung der Stadt.

Tradition bei der Mitgliedschaft von Freundschaftsgesellschaften

„Es gibt eine lange Tradition, der Herr Präsident hat es zu Recht angesprochen: einer meiner Amtsvorgänger, Theodor Körner, der als Bürgermeister nach 1945 die Stadt wesentlich geprägt hat, hat die Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft mitbegründet, er war bis 1957 auch Ehrenpräsident dieser Gesellschaft, er war aber auch Proponent der Österreichisch-Britischen Gesellschaft und hat diese maßgeblich begleitet. Einer meiner Amtsvorgänger, Michael Häupl, ist immer noch Präsident der Österreichisch-Tschechischen Gesellschaft; der frühere Vizebürgermeister Josef Rieder ist Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft; der verstorbene Finanzstadtrat und Bundesfinanzminister Rudi Edlinger war lange Zeit Präsident der Österreichisch-Ukrainischen Gesellschaft. Sie sehen, die Stadt Wien und Ihre Amtsträgerinnen und Amtsträger war immer ganz eng mit den Freundschaftsgesellschaften verbunden und damit natürlich auch mit dem Dachverband PaN", erinnerte Ludwig an die enge Beziehung.

PaN in der Stadt Wien

Die Stadt habe das in vielfältiger Weise auch sichtbar zum Ausdruck gebracht und es gebe auch eine ganze Reihe von von sichbaren Verbindungen mit PaN, wie etwa den PaN-Platz am Flughafen Wien-Schwechat, den 2004 aus Anlaß des Beitritts von zehn Ländern zur Europäischen Union installierten PaN-Tisch vor der Votivkirche am Sigmund Freud Platz. „Und ich bin stolz, daß ich noch als Wohnbaustadtrat die Initiative gesetzt habe, am Grundstück des früheren Nordbahnhofs einen Wohnpark nach PaN zu benennen. Hintergrund dafür war, Interkulturelles Wohnen zu forcieren, die Möglichkeit zu schaffen, daß Menschen aus unterschiedlichen Ländern zusammenkommen und nicht nebeneinander, sondern miteinander leben. Das Projekt hat auch deshalb gewonnen, weil es sehr viele Gemeinschaftsräume hat, die einladen, sich zu begegnen. Von daher bin ich sehr stolz, daß ich diesen Preis entgegennehmen darf, und ich verbinde das auch mit einer Ermunterung, in diesem Bereich fortzusetzen. Es gibt in der Tat viele gemeinsame Herausforderungen, die wir nur über die internationalen Grenzen hinweg lösen können", so der Bürgermeister.

Tags darauf wollte er Gespräche mit der stellvertretenden Flüchtlingshochkommissarin über Flüchtlingsbewegungen im internationalen Zusammenhang betrifft, eine Herausforderung, die viele Länder betrifft – entweder aktiv oder passiv –, aber seien auch mit Themen wie Klimaschutz und Klimawandel große Herausforderungen, die nicht vor den nationalen Grenzen halt machten. „Für die kann es nur gemeinsame Lösungen geben. Und das ist der Grund, warum ich auch ein starker Verfechter des gemeinsamen Europa bin – ich brauche nicht extra zu betonen, daß ich den Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich, Professor Martin Selmayr, sehr schätze – seine Vorträge sind immer Höhepunkt jeder Veranstaltung und vermitteln viele zusätzliche Informationen", der auf den folgenden Vortrag von Selmayr hinwies.

Wien als sehr starker Teil Europas

„Aber daß wir Teil eines sehr starken Europas sind, ist ein Zeichen, daß wir auf einem Kontinent leben, auf dem es jahrhundertelang Kriege gegeben hat und andere Teile der Welt in diese mit verwickelt hat, daß wir uns als eine Friedensgemeinschaft sehen, nicht zuletzt hat die Europäische Union auch den Friedensnobelpreis bekommen – das ist für uns, wie ich meine, eine große gemeinsame Herausforderung in Europa." Und deshalb trete er nach wie vor dafür ein, daß wir die österreichische Neutralität auch leben. Zwar würden sich seit Ende des Kalten Krieges diese unersöhnlichen Blöcke nicht mehr gegenüber stehen, „aber ich bin überzeugt, daß die Neutralität Österreichs nach wie vor eine große Bedeutung hat, wenn wir sie auch politisch auffüllen und die Chance nützen, als neutrales Land Begegnungsstätte zu sein für unterschiedliche Länder und deutlich zu machen, daß wir als Stadt Wien als Stadt des Friedens mitwirken, um auch Friedensmaßnahmen zu setzen", so Ludwig, der ergänzte, Europa sei nicht die ganze Welt, aber wir würden uns als Teil der Welt sehen. Und es sei auch unsere Aufgabe, über den Tellerrand zu blicken und gemeinsam mit anderen Teilen der Welt nicht nur Frieden zu kommunizieren, sondern auch Wirtschaftsbeziehungen zu finden, die nicht geprägt seien „von sogenannten Wirtschaftskriegen, sondern wo das Miteinander gepflegt wird und wir in Europa einem vielleicht einen Beitrag leisten können, damit sich nicht neue Konfliktsituationen ergeben, sondern daß wir mithelfen, zu entschärfen. Das kann die Rolle Europas sein, des gemeinsamen Europas sein." Wir stünden vor großen Herausforderungen auch in anderen Teilen der Welt, nicht nur friedlich zusammenzuleben, sondern diese „unsere Möglichkeiten einzusetzen, auch die wirtschaftliche Prosperität auf der Welt zu verteilen im Rahmen der Zusammenarbeit, aber auch im Rahmen von Frieden, Stabilität und Sicherheit."

Schließlich dankte der Bürgermseiter noch einmal für den PaN-Persönlichkeitspreis und

verband diesen Dank mit dem Versprechen, „daß ich mich auch in Zukunft für PaN und die hoffentlich künftig 129 Freundschaftsgesellschaften einsetzen werde. Und ich danke Ihnen noch einmal ganz herzlich für Ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten in den Freundschaftsgesellschaften – alles Gute für die Zukunft."

Präsident Hermann Mückler dankte nochmals Michael Ludwig für die Unterstützung, des Dachverbands durch die Stadt Wien und dankte dem „Hausherrn" für dessen Zusicherung, diese auch künftig gewähren zu wollen.

Dann begrüßte Präsident Mückler den Ehrengast des Abends, Prof. Martin Selmayr, seit 1. November 2019 Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. Bevor dieser Wien kam, war er unter anderem auch 2018 und 2019 Generalsekretär der Europäischen Kommission, er ist als gelernter Jurist ein Professor für Europäisches Wirtschafts- und Finanzrecht und auch Direktor des Zentrums für Europarecht in Passau. „Sehr geehrter Herr Professor Selmayr, danke daß Sie heute für uns Zeit haben. Bürgermeister Michael Ludwig hat schon die Europäische Union und die Wichtigkeit des Wechselspiels der einzelnen Staaten innerhalb dieser Europäischen Union angesprochen und ich glaube, es gibt niemanden Berufeneren als Sie, Herr Professor, uns dazu einiges zu erzählen."

Foto: PaN / Florian Wieser

Den Ehrengast des Abends: Prof. Martin Selmayr, seit 1. November 2019 Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich.

Prof. Martin Selmayr

„Ich freue mich außerordentlich, heute Abend bei Ihnen zu Gast sein zu dürfen. Wenn so viele ehrenamtlich für internationale Zusammenarbeit und Dialog arbeiten, dann ist es für den Vertreter der Europäischen Kommission in Wien eine Freude, eine Ehre. Ich bin seit zwei Jahren in Wien postiert, ich gehe regelmäßig an der Votivkirche vorbei, und wollte immer einmal diejenigen kennenlernen, die hinter diesem Projekt des PaN-Tisches aus dem Jahr 2004 stehen.*) *führt zu einer Fußnote, die den PaN-Tisch erklärt.* Es ist ein sehr schönes Symbol für ein vereintes Europa, das eine Erweiterung Europas nicht als Problem ansieht, sondern als etwas, was es zu Feiern gilt. Erlauben Sie mir, einen kleinen Wunsch an Sie zu richten: Wenn ich also daran vorbei gehe, fällt mir auf, daß wir im Jahr 2004 stehengeblieben sind. Es ist einiges passiert seither. Das sage ich vor allem meinen bulgarischen, rumänischen, kroatischen Kollegen, die, Gott sei Dank, heute alle zur Europäischen Union gehören. Und gerade in der letzten Pandemie haben wir gesehen, wie sehr wir voneinander abhängig sind. Ich würde mich freuen, wenn wir es gemeinsam schaffen, vielleicht auch mit Bürgermeister Ludwig, diesen PaN-Tisch des Vereinten Europas zu erweitern, zu aktualisieren, und ihn vielleicht am Europatag des kommenden Jahres gemeinsam einweihen zu können. Die Europäische Kommission in Wien steht ihnen dabei jedenfalls zur Seite", leitete Martin Selmayr seine Rede ein und erntete damit großen Applaus der PaN-Familie.

„Meine Damen und Herren, ich soll hier einiges über die über die Rolle Europas auf dem internationalen Parkett sagen. Da muß ich ganz bescheiden sein, sie wissen über das internationale Parkett durch ihre Tätigkeit viel mehr als ich aus der kleinen Sicht unseres kleinen Kontinents. Aber ich glaube schon, daß man, wenn man ein paar Minuten darüber nachdenkt, was diese Zusammenarbeit und Integration in Europa eigentlich bedeutet, bemerkt, daß die für den Zusammenhalt in der ganzen Welt doch eine ganz große Bedeutung haben kann."

Dann lud Selmayr seine Zuhörer auf eine kurze Zeitreise ein, skizzierte die Entwicklung der Bedeutung der der EU und hob eine wesentliche im Zusammenhang mit der Wirtschaftsunion hervor: „Im August des Jahres 1971 ging der amerikanische Präsident Richard Nixon ins Fernsehen und hielt eine Rede an die amerikanische Nation, die weltweit Aufmerksamkeit erregte. Denn Herr Nixon kündigte damals einseitig die Lösung der Bindung des US-Dollars vom Gold an. Es war eine bemerkenswerte geopolitische Entscheidung. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Währungen aller Nationen der Welt an den Dollar, der Dollar ans Gold gebunden. Es war ein Festkurs-System, das von 1944 bis 1971 Frieden, Wohlstand und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit garantierte. Und nun begannen die Währungen der Staaten voneinander abzuweichen – und das um plus/minus 30 Prozent pro Tag." Das sei, so Selmayr, für uns Europäer besonders schmerzlich gewesen, denn es war 1957 begonnen worden, eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft und einen gemeinsamen Markt zu gründen und die Beziehungen untereinander hätten darauf basiert, daß es den Schutzschirm des US Dollars gab. Von einem auf den anderen Tag sei dieser also entfallen, was ein großes Problem für den gemeinsamen europäischen Markt Deutschland, Frankreich und Benelux-Staaten bedeutete, „denn ein gemeinsamer Markt läßt sich nicht dauerhaft führen, wenn die Exporteure damit zu kämpfen haben, daß auf der anderen Seite der Grenze die eigene Währung um plus oder minus 30 Prozent weniger wert ist, je nach Tagesform der internationalen Märkte." Also mußten die plötzlichen Preisschwankungen ausgeglichen werden, Ausgleichszölle wurden zwischen den Ländern eingeführt und es habe sich herausgestellt, daß der europäische Binnenmarkt, so wie er konzipiert gewesen sei, so nicht funktionieren konnte.

„Die Presse schrieb damals vom Ende Europas. Und wie oft haben wir das in den letzten 70 Jahren schon gelesen – vor allem im angelsächsischen Raum", erinnerte der Vertreter der EU-Kommission in Wien. Also wurde unter dem luxemburgischen Premierminister Pierre Werner ein Arbeitskreis eingesetzt, um einen Plan zu erarbeiten, der nach 30 Jahren mit einigen Zwischenschritten zur

Österreich, Europa und die Welt

gemeinsamen europäischen Währung, dem Euro geführt habe. „Den Euro haben wir also nur deshalb einführen müssen, weil Richard Nixon damals eine Rede gehalten hat. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen, daß Nixon eigentlich der Vater des Euro ist! Der Euro ist heute die zweitwichtigste Währung der Welt. 21,2 Prozent der Fremdwährungsreserven dieses Planeten werden in Euro gehalten, 38 Prozent aller globalen Zahlungen werden in Euro bewegt."

Und Selmayr erklärte dann, warum Europa selbstbewußt in eine Debatte über unsere Rolle auf dem internationalen Parkett gehen könne. Europa sei eine Währungsmacht – und und es gäbe noch weitere Punkte, auf die näher einzugehen, den Rahmen sprengen würde. Deshalb haben wir uns leider mit einer Zusammenfassung begnügen müssen.

Der Binnenmarkt

„Der Binnenmarkt ist auf 440 Millionen sehr wohlhabende Verbraucherinnen und Verbraucher angewachsen, wir sind auch wirtschaftlich eine Supermarkt. Das trauen wir Europäer uns aber nicht zu sagen, in Amerika sagt man jeden Tag, daß man eine Supermarkt ist – die Europäer reden immer als Erstes darüber, wie schlecht wir sind. Denn aufgrund der Tatsache, daß wir 440 Millionen Bürgerinnen und Bürger auf unserem Kontinent zählen und wir der reichste Kontinent der Welt sind, setzen wir – die Wirtschaft betreffend –, internationale Standards. Also wenn man nach Japan, nach China oder in die USA geht, kann man feststellen, daß es dort heißt, ‚wir müssen uns diesen Regeln, die aus Europa kommen – ob wir sie mögen oder nicht –, anpassen, sonst können wir dorthin nicht mehr exportieren'", sprach Selmayr einen wesentlichen Punkt an, der wohl den meisten EuropäerInnen nicht bekannt sein dürfte.

Handelspolitik

Handelspolitik sei ein Instrument, mit der Welt zusammenzuarbeiten, auf europäischer Ebene getroffene Entscheidungen als unsere Standards in die Welt zu exportieren. Was nach langen demokratischen Auseinandersetzungen als richtig befunden worden sei, sollte auch weitergegeben und mit anderen geteilt werden. „Das können wir Europäer, denn wir sind die Welthandelsmacht Nummer 1. Und das ist, glaube ich, nicht jedem klar: wir Europäer machen 16 Prozent der weltweiten Importe, sowie auch 16 Prozent der weltweiten Exporte aus. Da liegen wir weit vor den USA, die bei etwa 14 Prozent

Foto: PaN / Florian Wieser

Prof. Martin Selmayr: „In Amerika sagt man jeden Tag, daß man eine Supermarkt ist – die Europäer reden immer als Erstes darüber, wie schlecht wir sind."

der Importe und bei zirka 11 Prozent der Exporte in die restliche Welt liegen. Wir sind eine sehr offene, europäische Volkswirtschaft, wir sind keine Festung Europa, denn Partner sind uns immer willkommen. Wir wollen mit anderen wirtschaftlich zusammenarbeiten. Wir haben mehr als 70 Handelsabkommen mit der Welt abgeschlossen, und wir sind der erste und wichtigste Handelspartner für mehr als 80 Nationen der Welt. Die USA im Vergleich sind es nur für 20 Nationen. Die Experten, die in der Europäischen Kommission Handelspolitik machen, die sind die Telefonnummer Nummer 1 in ganz vielen Wirtschaftsministerien auf der ganzen Welt. Mit unserem Kontinent kann man gute Geschäfte machen, allerdings auf der Basis sehr hoher Standards in den Bereichen Umweltschutz, Datenschutz, Soziales und anderen – und die sind in Europa einzigartig", stellte Selmayr fest.

Gesundheitspolitik

„Die Europäische Union hat am Tag eins sicher nicht 450 Millionen Impfdosen produziert, aber wir haben in Europa die wichtigsten Impfstoffe, die es auf der Welt gibt, die sogenannten mRNA-Impfstoffe, maßgeblich mitentwickelt. Der Impfstoff von Biontec ist mit Unterstützung Europäischer Forschungsmittel finanziert worden – und das nicht erst in den letzten Monaten, sondern schon lange vorher. Und er zählt zu den erfolgreichsten der Welt." Es sei von der EU-Kommission nicht nur an die EuropäerInnen gedacht worden, sondern von Anfang an festgestellt worden, der Impfstoff müsse als globales Gut in der ganzen Welt verteilt werden, denn das Virus könne erst dann ausgerottet werden, wenn es überall auf der Welt ausgerottet worden sei. „Es gibt keine ‚Europa first'-Politik. Deshalb hat die Europäische Kommission 500 Millionen Impfdosen ihrer eigenen Bevölkerung und nochmal das Doppelte dieser Anzahl, also eine Milliarde Impfdosen, für den Rest der Welt produziert und exportiert. Man traut es sich fast nicht zu sagen, aber es stimmt: wir sind zum Apotheker der Welt geworden."

Klimapolitik

„Vorrangiges Thema dieser Tage war ‚Glasgow ist gescheitert', ‚es ist eine Katastrophe', ‚da kommt überhaupt nichts dabei heraus', ‚es lohnt sich gar nicht'… hieß es in der internationalen Presse. Und ich muß dazu sagen: egal, wie ehrgeizig, wie ungeduldig man ist, internationale Begegnung lohnt sich immer. Daß man sich zusammensetzt, daß sich fast 200 Nationen über zwei Wochen lang auf Arbeitsebene, politischer Ebene, Minister-Ebene, höchster Ebene versammeln und darüber reden, wie sie gemeinsam an der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens arbeiten, das als solches ist schon ein riesengroßer Fortschritt", konstatierte Selmayr. Daß es nicht von einem Tag auf den anderen zu Durchbrüchen komme – und da könne er jeden verstehen, der ungeduldig sei, aber auf der anderen Seite hält er es für ein Wunder, was da passiert sei. „Die Weltgemeinschaft beruht darauf, daß wir freiwillig etwas gemeinsam tun. Niemand ist gezwungen, nach Glasgow zu fahren, und trotzdem sind sie, wenn auch – bis auf die Ebene der Regierungschefs –, alle, da. Was machen die dort eigentlich? Sie setzen das Pariser Klimaschutzabkommen durch, das maßgeblich auf Betreiben der Europäischen Kommission in einer wichtigen Hauptstadt eines europäischen Mitgliedsstaates abgeschlossen wurde, wo wir eigentlich nur verabredet hatten, daß wir als Weltgemeinschaft alles tun wollen, was die Erwärmung unseres Planeten auf 2 Grad, idealerweise auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Das ist eine Abmachung, für die es aber kein Gericht gibt, es gibt niemanden, der das erzwingen kann." Das einzige, was man tun könne, sich alle Jahre wieder zusammenzusetzen, und jeder berichtet, was er

Foto: PaN / Florian Wieser

Prof. Martin Selmay beendete seine Rede unter lange anhaltendem Beifall der VertreterInnen des Dachverbands der Partner aller Nationen – PaN

gemacht habe. Es geht um freiwillige Zusagen, die nur durch Gruppenzwang und viele finanzielle Anreize am Ende erledigt und durchgesetzt werden könnten. Die Gesetzgebung finde nicht durch die Vereinten Nationen statt, so Selmayr weiter, sondern in jedem Staat. „In der Union sind wir wieder einmal Vorreiter: wir sind der einzige Kontinent der Welt, der seit Juli diesen Jahres ein Europäisches Klimagesetz nicht nur versprochen, sondern inkraft gesetzt hat mit dem Ziel, bis 2030 minus 55 Prozent, bis 2050 klimaneutral zu sein – auf Vorschlag der Europäischen Kommission, von allen 27 Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament in die Tat umgesetzt. Das zeigt, wie unser Kontinent funktioniert."

Sicherheitspolitik

„In diesem August, 30 Jahre nach dem Nixon-Schock, kündigte der amerikanische Präsident Joe Biden von einem Tag auf den anderen an, bis zum Ende des Monats alle Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Daraufhin waren alle schockiert, enttäuscht. Vor allem die Europäer, die Alliierte der NATO sind, stellten fest, wenn die Amerikaner abziehen, dann können wir ja nicht einmal den Flughafen von Kabul sichern, weil wir uns völlig auf die Amerikaner verlassen haben. Bürgermeister Michael Ludwig hat vorhin die Neutralität Österreichs angesprochen – und es ist ganz wichtig, daß Österreich neutral ist und Sie leben diese Neutralität auch – aber Europa kann es sich nicht leisten, neutral zu sein, wenn es mitgestalten will", ging Selmayr auf dieses nun so aktuelle Thema ein. Europa könne nicht nur bei der Entwicklungshilfe mitwirken, es müsse sich auch um die Sicherheit, vor allem die in unserer unmittelbaren Nachbarschaft kümmern. Europa dürfe sich nicht darauf verlassen, „daß die Amerikaner die Schmutzarbeit für uns machen. Das machen sie nicht. Leider ist es so. Auch militärische Macht gehört dazu, wenn man Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Klimapolitik in der Welt absichern will. Wir sind ein Kontinent, der auch in dieser Frage langsam erwachsen werden muß. Und vielleicht ist das, was diesen Sommer passiert ist, der richtige Moment darüber nachzudenken."

Es gebe in unseren europäischen Verträgen eine Klausel über die ständige Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen, bei der die Mitgliedssaaten, die das wollen oder operativ in der Lage sind, mitmachen könnten, erklärte der EU-Kommissionsvertreter in Wien weiter. „Diese ist vom damaligen Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker, der Europäischen Union und 25 Mitgliedsstaaten eingeleitet worden – Österreich beteiligt sich an der Permanent Structured Cooperation, kurz PESCO, also der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit. Europa hat das Potential, weltweit eine Rolle zu spielen. Wir sind ein Kontinent der Werte, der zufriedenen Menschen. Und Frieden ist in einer Welt, die nicht erst seit Donald Trump unsicherer geworden ist, in der leider militärische Drohungen und Macht Instrumente der Politik geworden sind, keine Selbstverständlichkeit. Denken Sie an die Krim, denken Sie daran, was sich zur Zeit zwischen China und Taiwan abspielt. Wir werden nicht unser Wertemodell als solches verteidigen können, wenn wir nicht bereit sind, uns weltweit an friedensschaffenden Einsätzen zu beteiligen. Und Österreich macht es ja vor, wie man sich auch als neutrales Land beteiligen kann. Österreich ist mit seinem Bundesheer vorbildlich an internationalen Einsätzen beteiligt, es ist also eine lebendige Neutralität, die von Österreich gelebt wird, und andere Staaten haben natürlich viel mehr andere Möglichkeiten", so Selmayr. „Lassen Sie uns damit aufhören, naiv zu sein, denn unsere Naivität wird immer dazu führen, daß sie ausgenutzt wird. Hier von Putin, dort von Xi, und von allen anderen in dieser Welt, die nicht das zeigen, was wir Europäer erhalten wollen: Frieden, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit für so viele Menschen auf diesem Planeten wie möglich – und das am besten auch noch klimafreundlich", beendete Martin Selmayr seine Rede unter lange anhaltendem Beifall der VertreterInnen des Dachverbands der Partner aller Nationen – PaN, der anschließend gemeinsam mit der Stadt Wien zu einem kleinen Buffet einlud und damit Gelegenheit gab, das eben Gehörte in vielen Gesprächen zu vertiefen. ■

https://www.wien.gv.at
https://austria.representation.ec.europa.eu/
https://www.kempinski.com/de/vienna/
https://www.primalamusicawien.com/

Österreich, Europa und die Welt

Alle Fotos: PaN / Florian Wieser

Österreich, Europa und die Welt

Alle Fotos: PaN / Florian Wieser

Eine PaN-Klimainsel im Vila Vita Pannonia

Die PaN-Klimainsel erhebt sich mitten im Natur-Badesee des Ferienresorts Vila Vita Pannonia in Pamhagen und bezieht sich auf die Organisation gleichen Namens.*)

Foto: Andrea Glatzer

Gemeinsam auf der PaN-Insel in Pamhagen (v.l.): Villa Vita Pannnia-Konsulent Bert Jandl, PaN-Präsident Hermann Mückler, Marguerite Machek-Vos (PaN Vorstandsmitglied), Alt-Landeshauptmann und PaN-Ehrenkurator Hans Niessl, PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, Lukas Marcel Vosicky (PaN Vorstandsmitglied), Friedrich Schwank (PaN-Rechnungsprüfer) und PaN-Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz.

Als Vorhof zum Paradies" bezeichnete Alt-Landeshauptmann Hans Niessl die neu geschaffene PaN-Klimainsel im Ferienresort Vila Vita, weil sie paradiesisch, wie ein Kleinod in der einzigartigen Erholungslandschaft im Neusiedler-See-Seewinkel liegt. Sie wurde in zweijähriger behutsamer Arbeit geschaffen. „Unsere Gäste und Besucher sind hier zum Wohlfühlen eingeladen", betonte Ex-Generaldirektor Bert Jandl, unter dessen jahrzehntelanger Führung hier ein Leitbetrieb im Burgenland entstand. Er meinte weiter: „Darüber hinaus soll die PaN-Klimainsel auch zum Gedankenaustausch über ökosoziale Themen und den Klimaschutz anregen."

Foto: Andrea Glatzer

Nur ein Floß mit einem Verbindungs-Seil führt auf die Klima-Insel – wie sich auch der PaN-Vorstand persönlich überzeugen konnte.

PaN Klimainsel-Tisch

Bei dem von der technischen Abteilung des Ferienresorts, unter der Leitung des Tischlers Gerald Leitner, errichteten PaN-Klimainsel-Tisches, sind die Menschen aller Nationen eingeladen, sich auszutauschen und sich über das Klima nicht nur Gedanken zu machen, sondern diese auch umzusetzen.

Schirmherrschaft des Bundespräsidenten

PaN-Präsident Hermann Mückler betonte in seiner Dankesrede, „daß eine Vision wahr geworden ist, eine echte Insel zu schaffen, die ein wertvoller Beitrag für unsere Zivilgesellschaft ist und eine brückenbauende Funktion zur Förderung einer friedlichen Weltgesellschaft hat". Sie ist ein Symbol für die völkerverbindende Arbeit, die der Dachverband PaN unter der Schirmherrschaft des österreichischen Bundespräsidenten leistet.

Die 200 gepflanzten, klimaresistenten Platanen können über ihre Lebensdauer jeweils bis zu 30 Tonnen CO_2 aus der Luft filtern und sind damit ein Gewinn im Kampf gegen den Klimawandel.

Den Aufenthalt auf der Insel müssen sich die BesucherInnen allerdings mit eigener Muskelkraft erarbeiten. Nur ein Floß mit einem Verbindungs-Seil führt dort hin, wie sich auch der PaN-Vorstand persönlich überzeugen konnte.

„Wir leben Natur", so Jandl, „und dies zieht sich in der umweltschonenen Hotelführung wie ein roter Faden durch das gesamte, weitläufige Urlaubsareal, so auch auf die PaN-Klimainsel, die zum Verweilen ‚wie im Paradies' einlädt." ■

https://www.vilavitapannonia.at/

*) Von Andrea Glatzer – sie ist freie Redakteurin bei den „BezirksBlättern Burgenland"

PaN-Preis des BMEIA

Die Österreich-Vereinigte Arabische Emirate Gesellschaft-PaN wurde für deren Engagement am 20. Oktober vom Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten mit dem PaN-Preis 2020/2021 ausgezeichnet

Foto: Dachverband-PaN / Barbara Lachner

Bei der Verleihung im Alois Mock-Saal im Außenministerium (v.l.): ÖVAEG-PaN Vizepräsident Christian J. Koidl, PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, Botschafter Martin Pammer, BMEIA, PaN Präsident Prof. Hermann Mückler, Botschafterin Teresa Indjein, BMEIA-Kultursektions-Leiterin, VAE-Botschafter Ibrahim AlMusharrakh, ÖVAEG-PaN Präsident Hans Niessl, ÖVAEG-PaN Generalsekretär Walter J.Gerbautz, Lukas Vosicky, PaN-Vorstand, und und ÖVAEG-PaN Ehrenpräsident Architekt Walter Hildebrand

Im Rahmen einer Feier im Alois Mock-Saal des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) wurde am 20. Oktober der jährliche mit 2.000 Euro dotierte PaN-Preis an die Österreich-Vereinigte Arabische Emirate Gesellschaft (ÖVAEG) verliehen. Im Zuge der Arabisch-Österreichischen Kultursaison wurde das Engagement der ÖVAEG in Anbetracht der herausragenden Aktivitäten zur Pflege und Intensivierung der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) dadurch besonders hervorgehoben. 2020 war die Verleihung pandemiebedingt ausgefallen.

Unter den rund VIP-25-Festgästen waren u.a. Kultur-Sektionsleiterin Botschafterin Teresa Indjein, welche den Preis verlieh, Ibrahim Salim Almusharrakh, Botschafter der VAE, Landeshauptmann a.D. h.c. Hans Niessl, der den Preis entgegennahm, und der Präsident des Dachverbandes PaN, Univ. Prof. Hermann Mückler. Abteilungsleiter Botschafter Martin Pammer führte durch den abendlichen Festakt. Musikalisch untermalt wurde der Abend vom Prima La Musica-Wien Beethoven Streichquartett, dem durchwegs ausgezeichnete Nachwuchskünstler angehören.

In ihrer Festrede hob Botschafterin Teresa Indjein, Sektionsleiterin für internationale Kulturangelegenheiten im Außenministerium, den wichtigen Beitrag der bilateralen Freundschaftsgesellschaften und des Dachverbandes PaN in Österreich hervor. Des Weiteren bedankte sie sich bei allen in diesem Zusammenhang Engagierten, die im Sinn der Gemeinschaft tätig sind. Sie unterstrich zusätzlich die engen und intensiven Beziehungen zwischen Österreich und den VAE, von der Wirtschaft bis zu insbesondere dem interreligiösen und interkulturellen Dialog, wie auch die Archäologie.

Der Botschafter der VAE, Ibrahim Salim Almusharrakh, bestätigte diese lobende Einschätzung und unterstrich die gute Zusammenarbeit der ÖVAEG-PaN mit der VAE-Botschaft in Wien auf wirtschaftlichem, kulturellem, sportlichem und dem gesellschaftlichen Sektor, die alle zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten beigetragen haben. Auch erwähte er den Staatsbesuch des Kronprinzen von Abu Dhabi, Mohammed bin Zayed, am 29. Juli 2021 in Wien positiv und das dabei unterzeichnete strategische Partnerschaftsabkom-

men. Zusätzlich bewarb er den Besuch der EXPO 2020 in Dubai und hob den dortigen Österreich-Pavillon hervor.

Laudatio des Pan-Präsidenten

PaN-Präsident Univ. Professor Hermann Mückler hielt die Laudatio und strich beispielhaft die zahlreichen Aktivitäten sowohl im Inland als auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten der Gesellschaft hervor: „Diese seit 18 Jahren bestehende bilaterale Freundschaftsgesellschaft, seinerzeit gegründet von den sehr engagierten und initiativen Proponenten Arch. DI Walter Hildebrand, Komm-Rat Mag. Christian Koidl und Senator Walter J. Gerbautz im Jahr 2003, zeichnete sich von Anbeginn an durch ein äußerst ambitioniertes, dichtes, erfolgreiches Programm von Aktivitäten aus, die seither auch nicht nachgelassen haben, und selbst durch die aktuelle Covid-Pandemie nur eine graduelle Verringerung der Veranstaltungen zu verzeichnen hatte. Als Dachverbandspräsident erlaube ich mir die Feststellung, daß wir in unserem Netzwerk bilateraler Freundschaftsgesellschaften viele sehr aktive Gesellschaften haben, auf die wir sehr stolz sind – eine dieser sehr aktiven Gesellschaften ist die ÖVAEG.“

Sie wirke damit auch beispielhaft für andere jüngere Gesellschaften, so Mückler, die solcherart vermittelt bekämen, wie, auf welche Art und Weise und mit was für Veranstaltungen man heute zivilgesellschaftliches Engagement umsetzen könne, „zum Wohle eines besseren gegenseitigen Kennenlernens, eines inhaltlich erfüllten Miteinanders und der Umsetzung von sinnvollen karitativ-sozialen, künstlerisch-kulturellen Projekten“. Dann nannte Mückler einige der in den vergangenen Jahren umgesetzten Projekte, die er einer beidseitig bedruckten mehrseitigen Liste aller Veranstaltungen entnahm, welche die ÖVAEG umgesetzt und durchgeführt hat. Daß die Gesellschaft auch für Österreich ökonomisch relevante Entwicklungen mittrage und mitinitiiere, erwähnte er am Beispiel der „Emirates Airlines“.

Weichenstellungen für zukünftige Projekte. Es gibt große Potentiale dazu, die sich aus den unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Ausgangslagen der beiden Länder Österreich und VAE ergeben, so der PaN-Präsident, der dann kurz auf die Rahmenbedingungen einging:

„Die VAE, häufig auch umgangssprachlich verkürzt zu ‚die Emirate‘, sind eine Föderation von sieben Emiraten im Osten der Arabischen Halbinsel in Südwestasien. Sie bestehen aus den sieben Emiraten Abu Dhabi,

Foto: Dachverband-PaN / Barbara Lachner

Botschafterin Teresa Indjein, Leiterin der Kultursektion im BMEIA

Foto: Dachverband-PaN / Barbara Lachner

Ibrahim Salim Almusharrakh, Botschafter der VAE in Österreich

Foto: Dachverband-PaN / Barbara Lachner

Univ.-Prof. Hermann Mückler, Präsident des Dachverbandes-PaN

Österreich, Europa und die Welt

Adschman, Dubai, Fudschaira, Ra's al-Chaima, Schardscha und Umm al-Qaiwain – wovon Abu Dhabi flächenmäßig mit Abstand der größte Teilstaat dieser Föderation ist.

Alle diese Länder liegen in einer klimatisch heißen und aus unserer österreichischen Sicht extremen Klimaregion. (Dubai Durchschnittstemperatur im August von 41,3 Grad). Die BewohnerInnen haben über Jahrhunderte nicht nur Strategien entwickelt, mit diesen Klimabedingungen umzugehen – ich denke dabei an die Windtürme in der traditionellen Architektur –, sondern sind gerade auch heute Vorreiter dafür, wirtschaftliche Entwicklung mit Nachhaltigkeit zu verknüpfen und damit Prototypen für das Leben zukünftiger Generationen in dieser Weltregion zu schaffen. Innovation, Investitionsbereitschaft und Offenheit für Neues zeichnen hier die VAE aus.

Sie sind damit auch Vorbild für Österreich, welches sich in den kommenden Jahrzehnten ebenfalls auf veränderte Klimatische Bedingungen einstellen muß und tendentiell wärmer bzw. heißer wird.

Österreich wiederum hat gerade bei der Entwicklung von Technologien, welche diese Nachhaltigkeit unterstützen, eine weltweit führende Rolle. Klimaneutrales Bauen und Wohnen, ressourcenschonender Einsatz von Materialien, Alternativen zu fossilen Rohstoffen, und Kompetenzen im technologischen border edge Bereich zeichnen österreichische Unternehmen aus, die damit wiederum für die VAE interessant werden.

Die sich daraus logischerweise ergebenden Potentiale zur Zusammenarbeit wurden und werden von der ÖVAEG erkannt und einschlägige Aktivitäten dazu widmen sich u.a. der Ermöglichung von hochrangigen Kontakten auf Expertenebene und der transparenten Diffusion von Know How und Investitionsbereitschaft in beide Richtungen.

Meine Damen und Herren, all das, was ich hier nur kurz anreiße, prognostiziert der ÖVAEG ein ganzes Feld an aktuellen und zukünftigen Tätigkeitsbereichen. Daß diese längst erkannt und bereits entsprechend genutzt bzw. bespielt werden, ist aus den Aktivitäten ersichtlich, da die genannten Agenden und Bereiche hinkünftig noch an Bedeutung gewinnen werden, unterstreicht dies die Notwendigkeit einer lebendigen, initiativen ÖVAEG", erläuterte Mückler und schloß seine Rede mit den Worten: „In diesem Sinne gratuliere ich der ÖVAEG für den zurecht zuerkannten PaN-BMEIA-Preis und wünsche dieser bilateralen Freundschaftsgesellschaft, ihrem Präsidenten Landeshauptmann Hans

Foto: Dachverband-PaN / Barbara Lachner

Landeshauptmann a.D. Dr. h.c. Hans Niessl, Präsident der ÖVAEG

Foto: Dachverband-PaN / Barbara Lachner

v.l.: Botschafterin Teresa Indjein, Botschafter Martin Pammer, Angelika Persterer-Ornig und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz mit den Mitgliedern des Beethoven Streichquartetts von Prima La Musica Wien

Niessl, den Vizepräsidenten und Generalsekretären sowie dem hochkarätig besetzten Vorstand weiterhin Erfolg und eine prosperierende Zukunft."

ÖVAEG-PaN Präsident Hans Niessl bedankte sich namens der Gesellschaft bei Botschafterin Indjein einerseits für die Auszeichnung mit dem PaN-Preis 2020/21 und andererseits für die großartige Organisation der Festveranstaltung durch die Kulturabteilung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten.

Auch dem Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften zollte Präsident Niessl einen herzlichen Dank für die Nominierung der ÖVAEG-PaN Gesellschaft aus dem Kreis der derzeit 127 bilateralen Freundschaftsgesellschaften, die im Dachverband-PaN beheimatet sind und allesamt wertvolle Beiträge zur Völkerverständigung leisten. Besonders strich Niessl das ausgezeichnete Verhältnis zur Botschaft der VAE und die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Mitarbeiterstab von Botschafter AlMusharrakh hervor.

Botschafter Martin Pammer, der an diesem Abend mit Bravour die verbinden Worte sprach und in dessen Händen die Ausrichtung dieser Festveranstaltung lag, dankte dem Beethoven Streichquartett von Prima La Musica Wien unter der Leitung von Angelika Persterer-Ornig für die hervorragende musikalische Umrahmung des Festaktes, bevor er namens des Außenministeriums zu einem gesellschaftlichen get together einlud. ■

http://www.oevaeg.at/

Jugend ohne Heimat. Kindertransporte aus Wien

Das Jüdische Museum Wien widmet von 10. November 2021 bis 15. Mai 2022 eine Ausstellung jenen Wiener Kindern, die ab Winter 1938 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im Herbst 1939 elternlos ins Ausland geschickt wurden.

© USHMM

Ankunft der Kinder in Harwich, einer englischen Hafenstadt im Südosten des Vereinigten Königreich. Bild unten: Zeichnung von Ruth Morley

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Österreich und dem „Anschluß“ im März 1938 begann für Jüdinnen und Juden die brutale Ausgrenzung und Verfolgung. Innerhalb kurzer Zeit schlossen die meisten Länder ihre Grenzen. Umso intensiver wurde das Ringen um Ausreisemöglichkeiten. Mit Hilfe sogenannter Kindertransporte sollten gefährdete Kinder in Sicherheit gebracht werden.

Erst nach den massiven Gewaltausbrüchen gegen Jüdinnen und Juden im Novemberpogrom erklärten sich verschiedene Länder dazu bereit, unbegleitete Kinder aufzunehmen, allen voran Großbritannien. In weiterer Folge wurden auch die Niederlande, Belgien, Frankreich, Schweden, die USA und die Schweiz zu Zufluchtsländern. Zwischen Dezember 1938 und September 1939, dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, konnten mehr als 12.000 Kinder gerettet werden, darunter mehr als 3.200 aus Österreich. Die Eltern mußten die schwere Entscheidung tref-

© Privatbesitz_Courtesy Emily Hacker

fen, ihre Kinder allein in einen Zug zu setzen. Der Plan, so bald wie möglich zu folgen, gelang vielen aber nicht, sie wurden deportiert und ermordet.

Die Kindertransporte retteten viele Leben, doch hatten sie eine Jugend ohne Heimat und meist ohne Familie zur Folge.

Reise ans Ende der Kindheit

Die Kinder, die in Länder geflohen waren, in denen später die Nationalsozialisten einmarschierten, erfuhren mehrfache Verfolgung, die nicht alle überlebten. Großbritannien, das die größte Anzahl der Kinder aufnahm, erweckte den Schein eines sicheren Hafens. Doch die Ankunft auf der Insel bedeutete das abrupte Ende der Kindheit. Allein in einem fremdsprachigen Land mit der ständigen Sorge um das Überleben der Familie, mußten die Kinder aus eigener Kraft belastende und unsichere Situationen durchstehen. Manche wurden von einer Pflegefamilie zur nächsten gereicht, andere wurden in Heimen oder Internaten untergebracht, Mädchen mußten oft als Haushaltshilfen arbeiten. Das sofortige Finden einer geeigneten Unterkunft oder gar die Wiedervereinigung mit ebenfalls geflüchteten Eltern stellte die Ausnahme dar. Während die jüngeren Kinder oftmals ihre Muttersprache verlernten, wurden ältere Buben mit Kriegsausbruch für mehrere Monate interniert. Nicht selten kämpften sie später in der britischen Armee für die Befreiung Österreichs.

Lange Zeit wurde den „Kindern“, wie sie sich heute noch nennen, keine oder nur geringe Aufmerksamkeit gezollt. Ihr Trauma wurde im Vergleich mit KZ-Überlebenden relativiert. Bestärkt von der zweiten Generation haben die Kinder der Kindertransporte ab den 1980er-Jahren ihre Geschichten erzählt und dokumentiert. Auch die Präsidentin der New Yorker Kindertransport Association ist die Tochter eines Wiener „Kindes“. Der zweiten Generation wird in der Ausstellung ebenso Raum gegeben, wie dem weiteren Leben der Kinder.

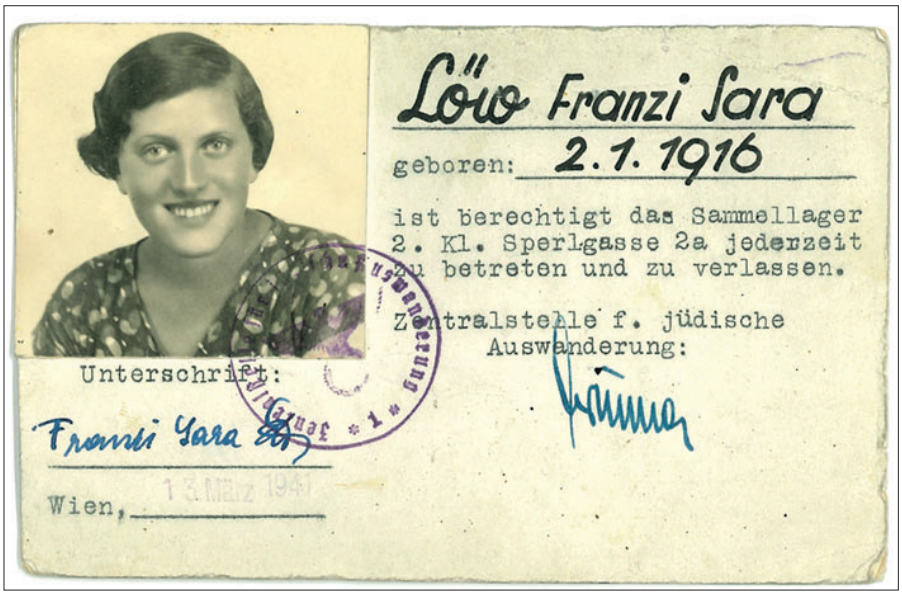
Ausstellung bis 15. Mai 2022 zu sehen

„Jugend ohne Heimat. Kindertransporte aus Wien“ ist von 10. November 2021 bis 15. Mai 2022 im Museum Judenplatz, einem Museum der Wien Holding, zu sehen. Zur Ausstellung, die von Sabine Apostolo und Caitlin Gura-Redl kuratiert und von GABU Heindl und Toledo i Dertschei gestaltet wurde, ist ein Katalog zum Preis von 24,90 € im Eigenverlag erschienen. ■

http://www.jmw.at/

© USHMM

Verschickte Kinder vor der Freiheitsstatue in New York



© DÖW

Ausweis der Zentralstelle für jüdische Auswanderung für Franzi Löw

Foto: JMW / Barbara Nidetzky

Ausstellungsansicht

Erinnern 2.0

Die Uni Graz gestaltet eine digitale Landkarte mit Gedenkorten für NS-Opfer

DERLA ist ein interdisziplinäres Dokumentations- und Vermittlungsprojekt des Centrums für Jüdische Studien (CJS), des Zentrums für Informationsmodellierung (ZIM), dem Arbeitsbereich Geschichtsdidaktik der Karl-Franzens-Universität Graz und von _erinnern.at_ – Nationalsozialismus und Holocaust: Gedächtnis und Gegenwart. Neben der Dokumentation aller Erinnerungsorte und -zeichen für die Opfer sowie die Orte des Terrors des Nationalsozialismus in Österreich setzt es sich die Entwicklung digitaler Vermittlungsangebote zum Ziel.

Den Überlegungen des französischen Historikers Pierre Nora folgend sind Erinnerungsorte Orte mit Bedeutung für das individuelle und kollektive Gedächtnis. Sie haben eine Sinngebungsfunktion und sind Teil des kulturellen Gedächtnisses. Erinnerungsorte sind Berührungspunkte zwischen Vergangenheit und Zukunft, Schnittstellen zwischen Geschichte und Gedächtnis. Setzt man die einzelnen Erinnerungsorte zueinander in Beziehung, so werden Erinnerungsräume aufgespannt.

In DERLA sind diese unterschiedlichen Erinnerungsorte und Erinnerungsräume Teil einer Erinnerungslandkarte, die Erinnerungsorte an die Opfer und den Terror des Nationalsozialismus zum Zeitpunkt des Jahres 2020 sichtbar macht. Die Dokumentation der Zeichen ist in den Bundesländern Steiermark und Vorarlberg vorerst abgeschlossen, in Tirol und Kärnten am Laufen und weitere Bundesländer sollen in den kommenden Jahren dazu kommen. Zentral ist hierbei, daß in der Erinnerungslandkarte die unterschiedlichen Zeitschichten der Erinnerung und damit auch die Transformationen der Erinnerungskultur sichtbar gemacht werden.

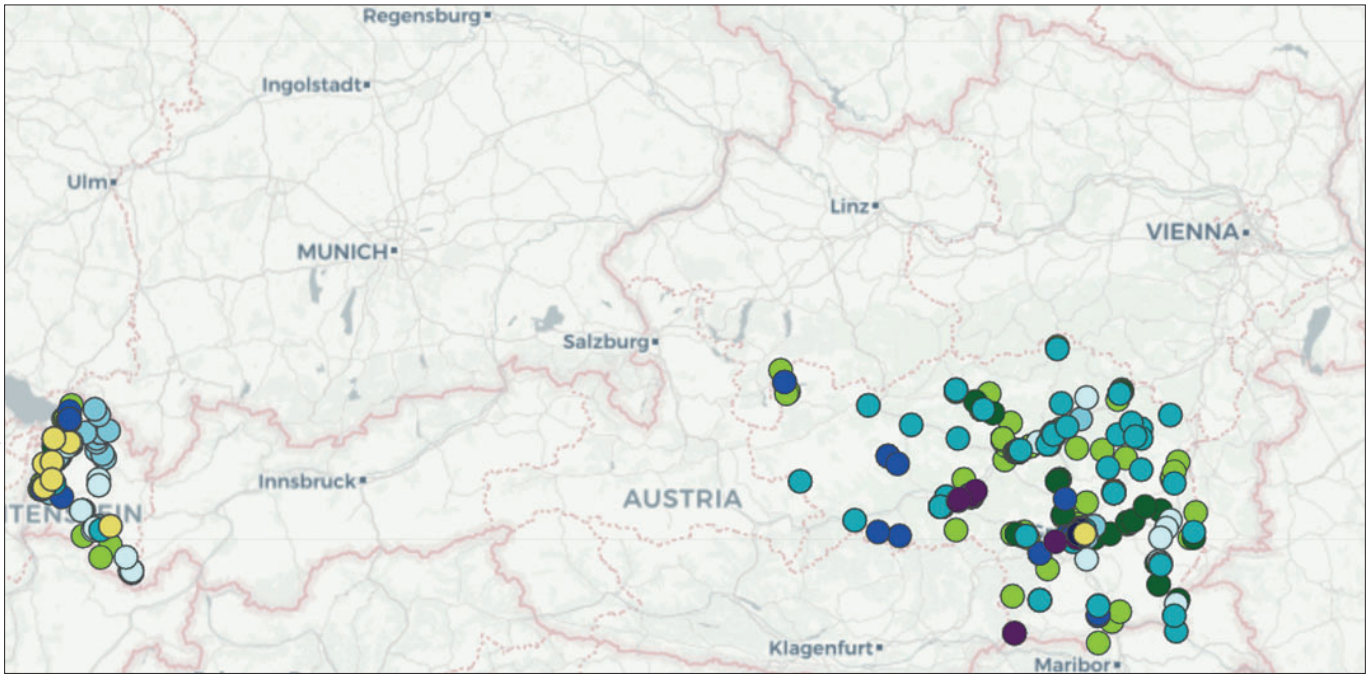
Doch während Pierre Nora unter Erinnerungsorten nicht nur physische Orte, sondern auch immaterielle Orte, wie beispielsweise Musik, Konzepte, Texte, Erzählungen und Ideen versteht, arbeitet DERLA den Bedürfnissen einer Landkarte genügend mit rein topographischen Orten, die mit GPS-Koordinaten versehen und innerhalb der Erinnerungslandschaft verortet werden können.

DERLA unterscheidet weiters zwischen manifesten und nicht-manifesten Erinnerungsorten. Unter manifesten Erinnerungsorten werden jene verstanden, die durch Erinnerungszeichen (Denkmäler, Gedenktafeln, u.a.) als Erinnerungsorte im öffentlichen Raum sichtbar gemacht werden. Nichtmanifeste Erinnerungsorte sind Erinnerungsorte, die bislang über kein öffentlich sichtbares Erinnerungszeichen verfügen, jedoch einen historischen Bezug zu den Opfern und/oder dem Terror des Nationalsozialismus aufweisen. Ihnen wird mit DERLA ein virtuelles Zeichen gesetzt.

Erinnerungszeichen markieren zum einen Erinnerungsorte und machen diese in der Öffentlichkeit sichtbar. Sie können aber zum anderen auch selbst zu Erinnerungsorten werden und sind ein Verweis auf Ereignisse, Erfahrungen und Verbrechen, die der Nationalsozialismus zu verantworten hat, sowie intentionaler Ausdruck der Erinnerungskultur bestimmter Gruppen.

In einem Work in Progress wurden bislang folgende unterschiedliche Arten von Erinnerungszeichen festgemacht: Verkehrsfläche (Straße, Brücke, Gasse, Weg, Platz, Passage, Arkade), Siedlung, Gebäude, Stolperstein, Grabanlage, Einzelgrab, Denkmal (Freimonument, Skulptur, Gedenkstein, Statue), Inschrift, Gedenktafel, Gefallenendenkmal, Künstlerische Intervention, Brunnen, Religiöse Zeichen und Orte (Glasfenster, Kapelle, Glocke, Altar, Orgel, Bild, Gipfelkreuz).

Jedes/r Erinnerungszeichen/Erinnerungsort wird in DERLA mit zumindest zwei zeitgenössischen Fotografien dokumentiert. Eine zeigt jeweils das Erinnerungszeichen selbst und ein zweites Bild fängt das lokale Setting des Zeichens ein, um damit Fragen



© Centrum für Jüdische Studien, Universität Graz

Screenshot der „Karte der Erinnerung" – Centrum für Jüdische Studien, Universität Graz

der öffentlichen Sicht- oder Unsichtbarkeit nachzugehen. Zudem werden Inschriften, sofern sie nicht auf den Bildern lesbar sind, transkribiert.

Alle in DERLA dokumentierten manifesten und nicht-manifesten Erinnerungsorte werden in der digitalen Erinnerungslandkarte erfaßt und bilden zusammen die seit 1945 geformte Erinnerungslandschaft. Jeder Erinnerungsort wird mit Informationen zu dem historischen Ereignis oder den Personen, an die erinnert wird, ebenso wie zur Geschichte des Erinnerungszeichens und Ortes selbst versehen. Weiters werden die Erinnerungszeichen und -orte zur besseren Orientierung der NutzerInnen sowie in Bezug auf die Vermittlungsangebote unterschiedlichen Kategorien zugeordnet. Diese Kategorien orientieren sich an der Intention der StifterInnen und ErrichterInnen der Erinnerungszeichen sowie im Fall der nicht-manifesten Erinnerungsorte an den historischen Ereignissen/Erfahrungen, die mit dem jeweiligen Ort verbunden sind. Nach derzeitigem Erhebungsstand der Erinnerungszeichen in der Steiermark, Vorarlberg und Tirol sind diese Kategorien: Widerstand (politisch, religiös, individuell); Jüdische Opfer (Gemeindeeinrichtungen, Jüdische Gemeinde, Als Jude oder Jüdin verfolgt, Todesmarsch); Roma/Romnija, Sinti/Sintizze, Lovara/Lovarizza; Jenische; NS-Euthanasieopfer; ZwangsarbeiterInnen; NS-Terror (Gestapo-SS-NSDAP, Hinrichtungsstätte, KZ, Gefängnis, Justiz); Soldaten (Wehrmacht, Deserteure, Alliierte); Zivile Opfer; Homosexuelle Opfer sowie Kollektive Erinnerungszeichen. DERLA nimmt Kriegerdenkmäler, die an Wehrmachtssoldaten erinnern, nur exemplarisch auf, um anhand dieser wenigen die Transformationen der Erinnerungskultur in Österreich seit 1945 zu thematisieren oder wenn fälschlicherweise Opfer des Nationalsozialismus wie zum Beispiel hingerichtete Deserteure auf den Denkmälern als gefallene Wehrmachtssoldaten gelistet wurden.

Aufgrund der Intersektionalität der Verfolgungsgründe können einzelne Erinnerungszeichen und -orte mehreren dieser Kategorien zugeordnet werden. Zugleich ist festzuhalten, daß mit dieser Zuordnung zu einzelnen Kategorien keinerlei Hierarchisierung zwischen unterschiedlichen Opfergruppen oder eine Essentialisierung verbunden ist.

DERLA ist den *FAIR Data Principles* verpflichtet und seine Daten werden mit dem Geisteswissenschaftlichen Asset Management System (GAMS) des ZIM-ACDH langzeitarchiviert.

Foto: Sabrina Melcher

Der Stolperstein für Melanie Lachs ist Teil der digitalen Erinnerungslandschaft

Biographien und Orte

Mehr als 1000 Biographien und 540 Orte zeichnen allein in der Steiermark Spuren von Opfern, WiderstandskämpferInnen und Ereignissen während des Nationalsozialismus nach und wie wir uns heute daran erinnern. Die interaktive Karte führt unter anderem zu der Hinrichtungsstätte am Landesgericht in Graz, den KZ-Außenlagern in Bretstein und Aflenz sowie dem zerstörten jüdischen Betraum in Leoben. Projektleiter Gerald Lamprecht, Leiter des Centrums für Jüdische Studien an der Universität Graz, erklärt: „In einer ersten Stufe sind derzeit die Erinnerungszeichen in der Steiermark und in Vorarlberg erfaßt. An Tirol und Kärnten arbeiten wir intensiv. Das Burgenland steht in den Startlöchern. Wien folgt 2023."

Neben einem Archiv der Namen mit näheren biographischen Informationen werden auch spezielle kuratierte Routen angeboten: etwa in welcher Form an die Todesmärsche ungarisch-jüdischer ZwangsarbeiterInnen durch die Steiermark gedacht wird.

Ein weiterer zentraler Bestandteil des Projektes ist die Vermittlung an Jugendliche. „DERLA bietet zahlreiche digitale Angebote an. Das historische Lernen kann sowohl vor Ort als auch im Klassenzimmer erfolgen", unterstreicht der Zeithistoriker.

Projektziele

DERLA zielt auf die vollständige Dokumentation aller manifesten Erinnerungsorte und -zeichen in Österreich ab. Das bedeutet, daß diese mit zwei aktuellen Fotografien abgebildet, mit weiterführenden Informationen zum/r erinnerten historischen Ereignis/Person und dem Zeichen selbst beschrieben und auf einer digitalen Karte verortet werden. Zudem werden im Archiv der Namen auf den Erinnerungszeichen genannten Personen biographisch erfaßt.

DERLA zielt auf die Entwicklung einer digitalen Erinnerungspädagogik und Geschichtsvermittlung ab und stellt den NutzerInnen unterschiedliche Vermittlungsangebote zur Verfügung.

DERLA stellt ein durch seine graphische und sprachliche Gestaltung niederschwelliges Angebot an historisch und politisch interessierte Menschen dar.

Die Zielgruppen von DERLA sind historisch und politische interessierte Menschen sowie Jugendliche und LehrerInnen an österreichischen Bildungseinrichtungen.

Die Daten von DERLA werden langzeitarchiviert und folgen dem *FAIR Data Principles* (Findable, Accessible, Interoperable, Reusable).

DERLA macht die Erinnerungsorte- und -zeichen für die Opfer sowie die Orte des Terrors des Nationalsozialismus in Österreich sichtbar und versteht sich selbst auch als Forschungs- und digitales Erinnerungsprojekt. Damit will DERLA einen Beitrag zur lebendigen Erinnerungskultur und zur Holocaust-Education leisten. ■

http://www.erinnerungslandschaft.at/
https://www.erinnern.at/

ÖBB Rail Cargo Group verbindet Italien mit Rußland

Neue TransFER Verbindung von Mailand nach Moskau und retour – Kurze Laufzeit mit vorab einem Rundlauf pro Woche – ÖBB Rail Cargo Group mit starker Marktposition in der Türkei

Foto: ÖBB / Peschl

Der TransFER umfaßt End-to-end-Lösungen von der ersten bis zur letzten Meile

Die ÖBB Rail Cargo Group (RCG) erweiterte gemeinsam mit dem russischen Logistikpartner, der Novik Gruppe, ihr Netzwerk mit einer neuen TransFER Verbindung zwischen Italien und Rußland. In beide Richtungen können damit intermodale Gütertransporte zwischen Mailand und den russischen Städten Chernyakhovsk/Kaliningrad und Moskau umweltschonend durchgeführt werden. Diese Verbindung auf der nachhaltigen Schiene zwischen Mailand und Moskau stellt eine rasche Transitzeit von nur zehn bis zwölf Tagen sicher und wird vorab mit einem Rundlauf pro Woche bedient.

End-to-end für Waren aller Art, inklusive Schwergut

Der TransFER umfaßt End-to-end-Lösungen von der ersten bis zur letzten Meile, die auch komplexe Lager- und Distributionsanforderungen abdecken, einschließlich Etikettierungs- bzw. Zollabwicklungsdienstleistungen für Waren gemäß der russischen Gesetzgebung. Durch die Verwendung von über 1000 Novik-eigenen 40-Fuß-High-Cube-Paklet-Wide-Containern können alle Arten von Waren transportiert werden, einschließlich Schwergütern. Zusätzlich werden auch spezielle Transportlösungen für Autotransporte und Getränke- und Alkoholladungen angeboten, auf Anfrage einschließlich der Lieferung von Thermodecken, um die Ladung vor Temperaturschwankungen zu schützen.

Anbindungen an das flächendeckende RCG-Netzwerk

Mit dem direkten und schnellen Ganzzugs-Service einschließlich Be- und Entladungsmöglichkeiten über das Chernyakhovsk Border Crossing Terminal (bei Kaliningrad) schafft der TransFER weitere Optionen mit der Anbindung an das flächendekkende RCG-Netzwerk für den Transport von und nach umliegenden europäischen Ländern entlang der Strecke.

TransNET – das Netzwerk

Mit der Verfügbarkeit in zehn Sprachen und der intuitiven Bedienung des TransNET setzt die neue digitale Landkarte der ÖBB Rail Cargo Group neue Maßstäbe am europäischen Güterverkehrsmarkt. Nutzer:innen haben dabei die Wahl über drei Möglichkeiten ihre Wunschverbindung zu finden: Entweder sie wählen mithilfe der Eingabefelder „Go“ und „Thanks“ den Start- und Bestimmungsort ihrer Waren, finden ihre Verbindung in einer übersichtlichen Listenansicht oder klicken ganz einfach auf einen Standort in der Karte. Schon eröffnet sich eine Welt aus allen TransFER Verbindungen sowie Kombinationen, die sie angepaßt an ihre Bedürfnisse verbinden können. Nach Auswahl der entsprechenden Route, wird diese in der Karte grafisch dargestellt und angezeigt, welche Leistungen an den ausgewählten Standorten zur Verfügung stehen.

TransFER – die Verbindung

Mit über 50 Netzwerk- und zahlreichen individuellen TransFER-Verbindungen transportiert die ÖBB Rail Cargo Group Waren am gesamten eurasischen Kontinent. Die Transporteinheiten variieren dabei von ganzen Wagenladungen über intermodale Transporte bis hin zu individuellen Gesamtlösungen. Je nach Abfahrt- bzw. Zielort können speditionelle Zusatzleistungen wie Umschlag, Lagerlogistik oder Zollservice gebucht werden. Die RCG kümmert sich dabei um jedes Detail – von der ersten bis zur letzten Meile.

Foto: RCG / David Payr

Die ÖBB realisieren hochfrequente Langstreckenverbindungen für schwere Güter und verknüpfen damit die Schiene mit dem Landverkehr und der Seefracht.

SmartLINK – der Zugang

Unter smartlink.railcargo.com stellt die ÖBB Rail Cargo Group den Link in die digitale RCG und damit zur ihrem gesamten Leistungsspektrum zur Verfügung. SmartLINK ermöglicht dabei nicht nur den einfachen Zugang zum System Schiene, sondern auch die klare Übersicht aller möglichen Bausteine, die es für den Güterverkehr auf Schiene benötigt. Als Einstieg in die digitale Welt der Bahnlogistik führt SmartLINK durch vier Bereiche: Kunden wählen fahrplanmäßige oder individuelle TransFER Verbindungen, sie informieren sich über das zur Verfügung stehende Equipment sowie über die für sie relevanten Services und Zusatzleistungen (Add-Ons). Die Customer-Journey endet schließlich bei der Kontaktaufnahme mit den KundenbetreuerInnen, die mit den Kunden gemeinsam ein individuelles Angebot erstellen.

ÖBB Rail Cargo Group zählt in der Türkei zu den führenden Bahnlogistikern

Die RCG zählt mit mehr als 20 kombinierten intermodalen- und fünf konventionellen Wagenladungs-Ganzzügen pro Woche zwischen der Türkei und Europa am türkischen Markt zu den Top-Bahnlogistikern. Die ÖBB Rail Cargo Group vernetzt dabei mit ihren hochfrequenten TransFER Verbindungen die Warenströme zwischen der Türkei und Europa mit denen von und nach Zentralasien und China entlang der wichtigsten Schienenkorridore. Das RCG TransNET erstreckt sich damit von den europäischen Nord-/Westhäfen, den Häfen der Nord Adria sowie zwischen dem Ruhrgebiet und Südosteuropa bis in die Türkei. Somit verknüpft die ÖBB Rail Cargo Group mit ihren nachhaltigen Schienengüterverkehrsleistungen die wichtigsten Häfen und Terminals in den Wirtschaftsregionen in Zentral- und Südosteuropa und den europäischen und asiatischen Teile der Türkei miteinander.

Zuletzt wurde von der RCG eine neue TransFER Verbindung von Budapest/Ungarn durch den Marmaray Tunnel in den asiatischen Teil der Türkei nach Köseköy (Nähe Izmit) in der Türkei aufgebaut. Mit der Möglichkeit den neuen TransFER Budapest–Brno/Tschechien mit Anatolien und Zentralasien/China zu verbinden, wurde eine komplett neue Verbindung geschaffen. Die RCG Partnerschaft mit Pasifik Eurasia ist dabei ein wichtiger Bestandteil zur Weiterentwicklung der Intermodalen Verkehre der RCG von und in die Türkei und darüber hinaus auf dem gesamten Mittelkorridor der Seidenstraße.

Umfangreiches RCG Leistungsangebot in der Türkei

Die RCG bietet auch am türkischen Markt maßgeschneiderte End-to-end-Logistiklösungen von der ersten bis zur letzten Meile an. Zusätzlich werden Logistikdienstleistungen wie u.a. Verzollung, Lagerung, Umschlag, Güterbefestigung, Versicherung- für konventionelle und kombinierte Bahntransporte für Containerladungen und kranbare Auflieger, Kurzstreckenseeverkehre, internationale und inländische LKW-Transporte mit Standard- und Containertrailern angeboten.

Die ÖBB

Als umfassender Mobilitäts- und Logistikdienstleister haben die ÖBB im Jahr 2020 insgesamt 287 Millionen Fahrgäste und über 95 Millionen Tonnen Güter klimaschonend und umweltfreundlich an ihr Ziel gebracht. Denn der Strom für Züge und Bahnhöfe stammt zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien. Die ÖBB gehören mit rund 97 Prozent Pünktlichkeit im Personenverkehr zu den pünktlichsten Bahnen Europas. Mit Investitionen von über drei Milliarden Euro jährlich in die Bahninfrastruktur bauen die ÖBB am Bahnsystem für morgen. Konzernweit sorgen knapp 42.000 MitarbeiterInnen bei Bus und Bahn sowie zusätzlich rund 2.000 Lehrlinge dafür, daß täglich bis zu 1,3 Millionen Reisende und rund 1.300 Güterzüge sicher an ihr Ziel kommen. Die ÖBB sind Rückgrat des öffentlichen Verkehrs und bringen als Österreichs größtes Klimaschutzunternehmen Menschen und Güter sicher und umweltbewusst an ihr Ziel. Strategische Leitgesellschaft des Konzerns ist die ÖBB-Holding AG. ■

https://konzern.oebb.at/
https://www.railcargo.com/

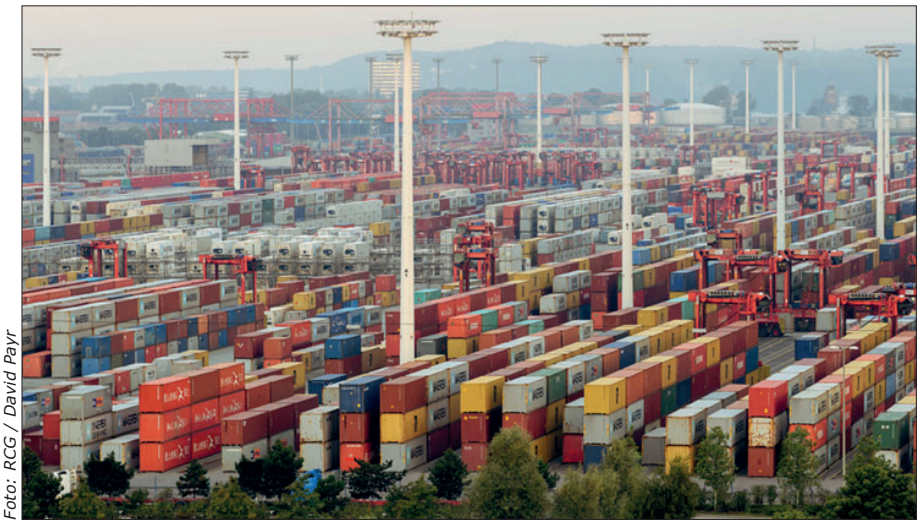


Foto: RCG / David Payr

Die ÖBB Rail Cargo treibt die Digitalisierung der Schiene voran.

Brücken bauen für die Wirtschaft

Unternehmen aus Österreich besuchten am 18. Noember die Konferenz »Austria Connect Gulf 2021« und nahmen am Nationentag bei der Expo 2020 in Dubai teil

Foto: Österreichisches AußenwirtschaftsCenter Abu Dhabi

Die 10. Austria Connect Gulf Konferenz, organisiert vom AußenwirtschaftsCenter Abu Dhabi, begrüßte mehr als 300 Teilnehmer.

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind für Unternehmen aus Österreich eine begehrte Destination, um am arabischen Markt Fuß zu fassen und auch die Fühler nach Asien und Afrika auszustrecken. Um interessierten Unternehmen die Gelegenheit zu geben, den Markt kennenzulernen und die eigenen Chancen abzuwägen, wurde eine Marktsondierungsreise rund um die Expo 2020 in Dubai organisiert.

Austria Connect Gulf 2021

Auftakt war die Teilnahme an der Konferenz „Austria Connect Gulf 2021“, die heuer bereits zum zehnten Mal stattfand. Die Konferenz mit dem Motto „Let’s talk strategy: Beyond Expo 2020 — Economic Diversification and Growth“ wurde im Rahmen der Internationalisierungsoffensive „go international“, einer gemeinsamen Initiative des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und der Wirtschaftskammer Österreich, organisiert.

„Diese Marktsondierungsreise bietet österreichischen Unternehmern die einmalige Gelegenheit, Einblicke in diese wirtschaftlich bedeutende Region zu erhalten und wertvolle Kontakte vor Ort zu knüpfen“, ist der Leiter der Aussenwirtschaft Österreich, Michael Otter überzeugt. „Österreichs Bedeutung als Geschäftspartner der VAE nimmt mit jedem Jahr weiter zu und die heimischen Unternehmen können Teil dieser Erfolgsstory sein“, so Otter weiter. Die AußenwirtschaftsCenter Abu Dhabi, Riyadh, Teheran, Amman, Tel Aviv, Doha, das AußenwirtschaftsBüro Maskat und die Konsulenten in Kuwait und Karachi erwarteten mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Österreich und den GCC-Staaten.

Von der Expo in den Markt

Einige Unternehmen, die am EXPO-2020-Pavillon beteiligt sind, oder im iLab, der Wissensplattform im Inneren des preisgekrönten Österreich-Pavillons, in den InnovationTowers ausstellen, nahmen auch zugleich an der Marktsondierungsreise teil. Dazu gehört auch die Bene AG. Das Unternehmen liefert die markanten InnovationTowers mit einer Höhe von 3,60 Metern, die aus Pixel by Bene zusammengesetzt sind. „Die Expo ist ein wichtiger Impulsgeber für neue Geschäftsmöglichkeiten. Bene ist seit über 20 Jahren in Dubai vertreten. Der arabische Markt ist einer unserer Kernmärkte, wir punkten hier vor allem mit hohem Qualitätslevel, Designanspruch und Innovationskraft. Wir haben im Rahmen der Expo die Möglichkeit, zentrale, zukunftsträchtige Themen wie Nachhaltigkeit und GreenTech einmal mehr zu plazieren“, sagt Michael Fried, Geschäftsführer für Sales, Marketing & Innovation bei Bene.

Mit dabei sind auch die TU Wien, die Borealis AG, die Commend GmbH, die fynd.art Internet Service GmbH, Swarco Futurit Verkehrssignalsysteme Ges.m.b.H., T3K-Forensics GmbH, x.news information technology gmbh sowie PlanRadar, Palfinger, Doka und Frequentis, die in den InnovationTowers ihre Exponate präsentieren.

Ein Tag im Zeichen Österreichs

Während der Laufzeit der Weltausstellung hat jedes Teilnehmerland die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Nationentages exklusiv einem großen internationalen Publikum vorzustellen. Am 19. November war es für Österreich so weit: Die Expo in Dubai stand ganz im Zeichen Österreichs. Neben Veranstaltungen im Pavillon waren auch Events auf dem gesamten Expo-Gelände geplant – natürlich mit prominenten Gästen aus Wirtschaft, Politik und Kultur.

„Österreich wird die Chance nutzen, sich als Innovationsstandort mit Potential zu präsentieren. Dabei spielen Wirtschaft, Forschergeist, aber auch unsere Kultur eine wichtige Rolle“, erklärts Bundesministerin Margarete Schramböck, die persönlich teilnahm: „Die Teilnehmer der Marktsondierungsreise erwartet die größte österreichisch-arabische Netzwerkveranstaltung des Jahres.“ ■

https://wko.at/aussenwirtschaft/ae

Erste Group ist Gründungsmitglied einer UN-Initiative

28 Banken weltweit sind Teil der Leadership-Group und unterzeichnen Responsible Banking's Commitment to Financial Health and Inclusion

Die Erste Group ist Gründungsmitglied einer UN-Initiative die sich zu folgendem verpflichtet hat: Die Förderung der finanziellen Eingliederung aller Menschen und zur Gestaltung eines Bankensektors, der die finanzielle Gesundheit der KundInnen unterstützt. Für die Erste Group bedeutet diese Verpflichtung, daß sie den Gedanken der finanziellen Gesundheit noch stärker in ihrem Kundengeschäft verankern will. Dafür peilt die Bankengruppe entsprechende Investitionen in Personal und Technologie an. In all ihren Märkten verfügt die Erste Group bereits über ein breit gefächertes Angebot in den Bereichen Social Banking, Finanzbildung und Integration. Innerhalb von 18 Monaten werden Zielvorgaben festgelegt und ab dann wird jährlich darüber berichtet. Insgesamt haben sich weltweit 28 Bank angeschlossen, die Erste Group ist als einziges Finanzinstitut mit Sitz in Österreich und Zentral- und Osteuropa dabei.

„Jeder hat ein Recht auf finanzielle Gesundheit. Daher stellen wir den Menschen noch stärker in den Mittelpunkt unserer Tätigkeiten. Daß wir jetzt Gründungsmitglied dieser wichtigen UN-Initiative sind, ist ein konsequenter nächster Schritt auf Basis unseres 200 Jahre alten Gründungszwecks in unserer Region", sagt Bernd Spalt, CEO der Erste Group.

Foto: Erste Group

Bernd Spalt, CEO der Erste Group

Bewältigung einer globalen Herausforderung

Weltweit haben rund 1,7 Milliarden Erwachsene kein Bankkonto. Das bedeutet, daß sie nicht in der Lage sind, Geld anzulegen und auch keinen Zugang zu Krediten oder anderen Bankdienstleistungen haben. Für die CEE-Region schätzt die Erste, daß rund 14 Millionen Menschen von Armut bedroht sind. Armut bzw. finanzielle Not hat viele Gesichter. Das kann z.B. dabei beginnen, daß man nicht genügend Geld hat um dringende, kurzfristige Ausgaben zu finanzieren oder kein oder nur sehr stark begrenzte Mittel fürs Heizen oder Essen aufbringen kann. Die Maßnahmen zur Gewährleistung der finanziellen Gesundheit aller Menschen sind von größter Bedeutung im Kampf gegen Ungleichheiten, die durch die Corona-Pandemie noch verschärft werden. Die unterzeichnenden Banken werden sich innerhalb von 18 Monaten konkrete Ziele setzen. Die Maßnahmen werden darauf abzielen, einen Bankensektor zu fördern, der die finanzielle Gesundheit der KundInnen bestmöglich unterstützt.

Aufbau von finanzieller Gesundheit auf einer starken Grundlage

Die Erste Group wird bereits im kommenden Jahr mit einem noch stärkeren Fokus auf die finanzielle Gesundheit ihrer KundInnen in all ihren Märkten starten. Man baut dabei auf ein solides Fundament auf. Die Initiativen der Erste Group zur Vermittlung von Finanzwissen haben bereits mehrere 100.000 Menschen in Österreich und CEE erreicht. Alle Initiativen zur finanziellen Allgemeinbildung werden kostenlos angeboten und wurden gemeinsam mit externen ExpertInnen entwickelt, um ihre Unabhängigkeit und Qualität zu gewährleisten. Projekte zur finanziellen Eingliederung, wie die Zweite Sparkasse in Österreich, bieten KundInnen zusätzliche Unterstützung bei der dauerhaften Wiedereingliederung in eine geordnete wirtschaftliche Situation. Seit ihrer Gründung im Jahr 2006 hat die Zweite Sparkasse rund 15.000 Menschen in Österreich geholfen, ihre finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Darüber hinaus bietet das Erste Social Banking individuelle und erschwingliche Finanzlösungen an, die mit diversen Schulungen und Mentoring begleitet werden, um Menschen zu befähigen, Wohlstand zu schaffen. In den letzten Jahren hat die Erste mit 400 Millionen Euro 6.000 UnternehmerInnen bei ihren ersten Schritten, 700 soziale Organisationen bei ihrer Arbeit und 8.000 Kleinbauern bei der Bestellung ihrer Felder unterstützt. ■

https://www.erstegroup.com/

Österreichs Weine begeistern in aller Welt

Erneut ist die internationale Presse voller Lob für unsere hervorragenden Weine – J. Suckling vergab kürzlich die bisher höchste Punktezahl für einen österr. Rotwein.

In der zweiten Dezember-Woche veröffentlichte das renommierte US-Weinmedium „jamessuckling.com“ die besten 100 österreichischen Weine, die im Jahr 2021 verkostet wurden. Fünf Weine erhielten 99 Punkte, darunter ein burgenländischer Blaufränkisch aus dem Jahr 2019.

Das ist die höchste Bewertung, die James Suckling bisher für einen österreichischen Rotwein vergeben hat. 50 Weine erhielten 95 Punkte oder mehr, zudem schaffte es ein steirischer Sauvignon Blanc, ebenfalls 2019, erstmals in die Top 10. Insgesamt stammen 57 Weine aus Niederösterreich, 26 aus dem Burgenland, 14 aus der Steiermark und drei aus Wien.

Foto: ÖWM / Martin Grabmayer

Die beeindruckende Weinvielfalt Österreichs belegte ebenso Jens Priewe auf weinkenner.de.

Fünf Sauvignons unter Top 10 der Welt, vier Weingüter unter Top 100

Erst kürzlich kürte die internationale Wein-Datenbank wine-searcher.com die besten Sauvignons der Welt. Unter den Top 10 fanden sich gleich fünf Österreicher, allesamt aus der Steiermark. „Wenn Sie auf der Suche nach erstklassigem Sauvignon sind, dann blicken Sie in die steirischen Weingärten in Österreich“, empfiehlt wine-searcher seiner globalen LeserInnenschaft.

Grund zur Freude gab es auch für vier österreichische Weingüter aus Niederösterreich und der Steiermark, die es in die Top 100 Weingüter der Welt des US-amerikanischen „Wine & Spirits“ Magazins schafften.

Jahrgänge 2020 und 2019 lösen Begeisterung aus

Auf den Spitzenjahrgang 2019 blickte auch das ebenfalls sehr anerkannte US-Weinmagazin „Wine Spectator“. In einem detaillierten Bericht verkostete der Autor Bruce Sanderson über 100 Weine und legte seinen Fokus dabei auf Grünen Veltliner und Riesling aus Niederösterreich. Insgesamt konnten 60 Weine mehr als 90 Punkte erzielen, die Höchstbewertung lag bei 95 Punkten (drei Weine). Sowohl Grüner Veltliner als auch Riesling aus Österreich glänzten 2019 laut Sanderson „mit Persönlichkeit und Finesse“.

Auf den Boden kommt’s an

In Deutschland widmete sich der hoch angesehene Weinautor Stephan Reinhardt (Robert Parker Wine Advocate) der herausragenden Qualität österreichischer Weißweine. In einem Artikel für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ erklärte er, auf welche Weise unterschiedliche Böden den einzigartigen Geschmack von Grünem Veltliner, Riesling und Weißburgunder aus Österreich prägen.

Jancisrobinson.com: »Austrian Diversität«

Daß Österreichs Weinwelt neben Grünem Veltliner noch viele andere spannende und einzigartige Weinschätze zu bieten hat, beleuchteten auch Tamlyn Currin und Julia Harding MW auf jancisrobinson.com. Für ihren Artikel „Austrian Diversität“ verkosteten sie 46 Weiß- und Rotweine von Weißburgunder und Sauvignon Blanc über Gelben und Roten Muskateller bis hin zu Zweigelt,

Foto: ÖWM / Martin Grabmayer

James Suckling hat die bisher höchste Bewertung für einen österreichischen Rotwein vergeben

Foto: ÖWM / WSNA

Besonders lobend hervorgehoben: der Grüne Veltliner …

Foto: ÖWM / WSNA

… und der Blaufränkische aus dem Jahr 2019

St. Laurent und Pinot Noir. Von der Qualität der Weine überzeugt, urteilten sie, daß man das Weinland Österreich „sehr genau im Auge behalten sollte".

Jens Priewe verkostet österreichische Rosés

Die beeindruckende Weinvielfalt Österreichs belegte ebenso Jens Priewe auf weinkenner.de. In einem eigenen Artikel verkostete er jene Rosé-Weine, die es 2021 in den SALON Österreich Wein geschafft haben. Sein Urteil fiel eindeutig aus: „Österreich besitzt formidable Roséweine."

»Forbes«: Zweigelt & Blaufränkisch im Fokus

Bereits seit Längerem steigt international auch die Beachtung und Begeisterung für Österreichs Rotweine. Auch das bekannteste Wirtschaftsmagazin der Welt, „Forbes", nahm kürzlich zwei Rotweinschätze aus Österreich unter die Lupe. In einem Artikel über das Weinbaugebiet Neusiedlersee widmeten sich Per und Britt Karlsson speziell der dortigen Leitsorte Zweigelt. Als unverkennbare Charaktereigenschaft in jedem verkosteten Neusiedlersee-DAC-Zweigelt fanden sie eine „exzellente Säure", die durch die kühlen Nächte vor Ort garantiert wird.

Eine Woche später beleuchtete die Weinautorin Jill Barth in „Forbes" das Potential österreichischer Blaufränkisch-Weine. Die spätreifende Rebsorte paßt laut Barth wunderbar in die Kategorie leicht gekühlter Rotweine, die in letzter Zeit bei KonsumentInnen und GastronomInnen gleichermaßen immer mehr Anklang findet. Der österreichische Sommelier Leopold Schneemann empfahl zudem sechs kulinarische Kombinationen mit österreichischem Blaufränkisch, von Käse- und Charcuterie-Platten bis hin zu Burger und Steak.

»Beverage Media«: »Blaufränkisch is going global«

Noch detaillierter über Blaufränkisch berichtete Aleks Zecevic Im US-Branchenmedium „Beverage Media". Das hohe Ansehen, das die Sorte im 19. Jahrhundert in der österreichisch-ungarischen Monarchie genossen hatte, ging im folgenden Jahrhundert für einige Zeit verloren. Nun aber lege der Blaufränkisch laut Zecevic von Österreich aus ein Comeback hin – mit „mittelgewichtigem, seidigem und vibrierenden" Stil.

Überzeugt von den Vorzügen der Rebsorte, pflanzen inzwischen sogar australische oder US-amerikanische Weingüter Blaufränkisch. ■

https://www.oesterreichwein.at/
https://www.jamessuckling.com/
https://www.wine-searcher.com/
https://www.winespectator.com/
https://www.faz.net/
https://www.jancisrobinson.com/
https://www.weinkenner.de/
https://www.forbes.com/
https://www.beveragemedia.com/

Foto: ÖWM / Martin Grabmayer

Internationales Lob für Österreichs hervorragende Weine kommt beim Konsumenten an…

12. Arabisch-Österreichisches Wirtschaftsforum der AACC

Seit mehr als 30 Jahren ist die Österreichisch-Arabische Handelskammer eine Institution zur Förderung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und den 22 Ländern der Arabischen Liga.

Foto: GS. Mouddar Khouja / AACC

v.l.: Gesandter Hazem ZAKI (Ägyptische Botschaft in Österreich), S.E. Botschafter Mohamed Hamdy ELMOLLA (Ägyptische Botschaft in Österreich), Präsident Senator Richard Schenz (Österreichisch – Arabische Handelskammer (AACC) und Generalsekretär Mouddar Khouja (Österreichisch – Arabische Handelskammer (AACC) bei der Videokonferenz

In Zusammenarbeit mit der angesehenen Botschaft der Arabischen Republik Ägypten in Wien und der Union der Arabischen Kammern (UAC) veranstaltete die Österreichisch-Arabische Handelskammer (AACC) am 20. Oktober ihr „12th Arab-Austrian Economic Forum – Online Edition". Sie wurde von rund 150 TeilnehmerInnen aus der ganzen Welt besucht – Gastland war diesmal die Arabische Republik Ägypten.

Das Forum, an dem hochrangige Beamte und MinisterInnen teilnahmen, bot einen Einblick in die wirtschaftliche Landschaft und Entwicklung des Landes und gab einen Ausblick auf die Investitionsaussichten mit besonderem Schwerpunkt auf Wirtschaft und Investitionen, Verkehr und Tourismus. Das Forum diente auch als interaktive Plattform für ausführliche Diskussionen über die zahlreichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit und öffentlich-privaten Partnerschaften zwischen österreichischen, ägyptischen und internationalen Partnern.

Begrüßungsworte und Grundsatzreden hielten S.E. Senator Richard Schenz, Präsident des AACC, Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitales und Wirtschaft der Republik Österreich, S.E. Hala Elsaid, Ministerin für Planung und wirtschaftliche Entwicklung der Arabischen Republik Ägypten, S.E. Khaled El-Enany, Minister für Tourismus und Altertümer der Arabischen Republik Ägypten, S. E. Mohamed Hamdy M. Elmolla, Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Österreich, S.E. Georg Stillfried, Botschafter der Republik Österreich in Ägypten, S.E. Yehia Zaki, Vorsitzender der Suezkanal-Wirtschaftszone, und S.E. Khaled Hanafy, Generalsekretär der Union der Arabischen Kammern (UAC) und ehemaliger Minister für Versorgung und Binnenhandel der Arabischen Republik Ägypten.

Unter den Podiumsteilnehmern befanden sich hochrangige Vertreter folgender prominenter Institutionen und Unternehmen: die Suez Canal Economic Zone (SCZONE), der Sovereign Fund of Egypt, die United Nations Industrial Development Organization (UNIDO), die Industrial Development Authority – Egypt, das ägyptische Ministerium für Handel und Industrie, der Egyptian-Austrian Business Council, die WKO – Advantage Austria Cairo, Siemens Mobility, Plasser & Theurer, das Governorate of the Red Sea, der Österreichische ReiseVerband (ÖRV) und Egyptair Airlines.

Die drei Sitzungen des Forums beleuchteten die ägyptische Wirtschaftslandschaft, den Verkehrssektor bzw. den Tourismussektor und wurden von der Leiterin der regionalen Koordinierungsabteilung der UNIDO für die arabische Region, Hanan Hanzaz, dem Generalsekretär der UAC, S.E. Khaled Hanafy, bzw. dem Generalsekretär der AACC, Mouddar Khouja, moderiert.

Außerdem wurden auf dem Forum eine Reihe von Erfahrungsberichten und Werbevideos zu den Sektoren und Themen präsentiert, mit denen sich das Forum befaßte.

Die Österreichische-Arabische Handelskammer

Die 1989 gegründete und in Wien ansässige AACC unterstützt heute ihre Mitglieder, die sich aus Geschäftsleuten, Einzelpersonen, Unternehmen, Betrieben und Institutionen unterschiedlicher Branchen und Größen zusammensetzen.

Die AACC arbeitet unter dem Dach der Union der Arabischen Kammern und der Liga der Arabischen Staaten. Zu ihren Partnern und ihrem Kooperationsnetzwerk gehören Wirtschafts- und Handelskammern in den arabischen Ländern und Österreich, Wirtschafts-, Handels- und Technologieministerien und offizielle Institutionen, Investitionsbehörden, internationale Organisationen wie OPEC, OFID, UNIDO und viele andere.

Mit ihrer Expertise, ihren vielfältigen Aktivitäten und besten Verbindungen und Netzwerken zu führenden Persönlichkeiten in Wirtschaft und Handel ist die Wirtschaftskammer Österreich-Arabien der ideale Partner, wenn es um die Geschäftsbeziehungen zwischen Österreich und der arabischen Welt geht. ■

https://aacc.at/

Neue Landmarke für Frankfurter Skyline

ARGE aus STRABAG, Züblin und Dobler Metallbau errichtet einen 205 Meter hohen, gläsernen Büroturm-Komplex nach dem Entwurf von KSP Engel

Großauftrag für die STRABAG-Gruppe in Frankfurt: Die Ed. Züblin AG realisiert in Arbeitsgemeinschaft (ARGE) mit der Dobler Metallbau GmbH einen markanten, 205 Meter hohen Büroturm für die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba). Ein entsprechender Generalunternehmer-Vertrag ist am 8. November unterzeichnet worden. Der Auftrag für den schlüsselfertigen Bau des neuen „central business tower“ hat ein Bauvolumen im mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Bereich.

Das komplexe Großprojekt nach dem Entwurf von KSP Engel wird gemeinsam und partnerschaftlich mit der Helaba im bewährten Partneringverfahren Züblin teamconcept® umgesetzt. Bereits seit Juli 2020 hatten die im Projekt-Team beteiligten Züblin-Einheiten die Landesbank bei der bauvorbereitenden Planung (teamconcept®-Preconstructionphase) beraten und begleitet. Die Bauzeit für den „central business tower“ mit 52 Ober- und fünf Untergeschoßen inklusive fünfgeschoßigem Sockelbau mit historischer Fassade beträgt gut sechs Jahre. Noch im November begann der Abbruch der Bestandsgebäude auf dem Baugrund an der Neuen Mainzer Straße. Ende 2027 sollen die ersten Mieter in den Neubau einziehen; Anfang 2028 soll das Gesamtprojekt fertiggestellt werden.

Herausragendes Hochhausprojekt setzt neue Maßstäbe

„Ich freue mich persönlich und für die Helaba als Bauherrn, daß wir mit der Ed. Züblin AG eine starke Partnerin für dieses herausragende Hochhausprojekt gefunden haben. Der ‚central business tower‘ setzt mit seinem offenen und nachhaltigen Konzept neue Maßstäbe im Bereich der Hochhausentwicklung“, erklärt Helaba-Vorstandsmitglied Christian Schmid, der das Immobiliengeschäft der Bank verantwortet.

„Wir freuen uns über den Auftrag für dieses spektakuläre Projekt im Herzen Frankfurts und das damit zum Ausdruck gebrachte Vertrauen der Helaba in die Hoch- und Ingenieurbau-Kompetenz von Züblin. Mit dem

© Helaba

Der »central business tower« in Frankfurt

‚central business tower‘ entstehen attraktive Büro-Arbeitsplätze in der besten Lage einer wachsenden Metropole. Die gemeinsame Projekt-Realisierung mit unserer Auftraggeberin und unserer ARGE-Partnerin im Partnering-Verfahren teamconcept® bietet die besten Voraussetzungen für die termintreue und budgetgerechte Umsetzung dieses anspruchsvollen Bauvorhabens“, sagt Thomas Birtel, Vorstandsvorsitzender der STRABAG SE.

Die Federführung in der ARGE (technisch und kaufmännisch) hat der Züblin-Bereich Schlüsselfertiges Bauen 2 der Direktion Stuttgart. Außerdem bringen Teams des Stuttgarter Bereichs Ingenieurhochbau, der Direktion Mitte (Schlüsselfertiges Bauen) aus Frankfurt, der Züblin Spezialtiefbau GmbH sowie des Konzernbereichs Zentrale Technik eine ganze Bandbreite des Züblin-Leistungsspektrums im Hoch- und Ingenieurbau in das Projekt ein. Die Fassadenarbeiten für den Turm übernimmt ein Team des ARGE-Partners Dobler Metallbau.

Neues Landmark-Gebäude der Bankenmetropole

Mit dem „central business tower“ erhält die Skyline der Bankenmetropole Frankfurt einen weiteren Fixpunkt: Das Landmark-Gebäude entsteht in unmittelbarer Nähe etwa des Commerzbank Towers, des Doppelturms der Deutschen Bank und der Helaba-Zentrale im Main Tower.Die Landesbank wird die neue Immobilie nicht selbst nutzen, sondern komplett vermieten. Bereits im Jahr 2001 hatte KSP Engel für diesen Standort einen ersten Hochhaus-Neubau entworfen. Der Entwurf des renommierten Architekturbüros basiert nun im Kern auf diesem ursprünglichen Konzept: Der schlanke Büroturm mit doppelter, markant nach oben abgestufter Gebäudestruktur zeigt aus unterschiedlichen Perspektiven wechselnde Gesichter und soll über seine transparente Glasfassade einen Kontrapunkt zum verspiegelten Zwillingsturm der Deutschen Bank setzen. Ergänzt wird der Hochhaus-Komplex durch ein Sockelgebäude, in das die denkmalgeschützte Fassade und Foyer-Rotunde des auf dem Baugrund angesiedelten, historischen Bankhauses von 1891 integriert werden. Der Sockelbau und die ersten vier Etagen des Doppelturms sind für öffentliche Nutzungszwecke vorgesehen: Dort sollen u. a. Restaurants, ein Barista-Café und eine Dependance des Museums für Weltkulturen Platz finden. Die Etagen 5 bis 52 des „central business tower“ mit einer Fläche von rd. 66.000 m² wird die Helaba an Firmen zur Büro-Nutzung vermieten. ■

https://strabag.com/

Blackshark.ai erstellt einen digitalen 3D-Zwilling der Erde

Grazer KI-Startup kündigt Finanzierungsrunde in Höhe von 20 Millionen US-Dollar unter der Leitung von Microsoft und Point72 Ventures an

© blackshark.ai

Blackshark.ai's digitaler 3D-Twin wird aus Luftbildern und anderen Geodaten erstellt, wobei Künstliche Intelligenz zur Ableitung von semantischen Gebäude-, Biome- und Infrastrukturattributen abgeleitet und dann prozedural zu einer hochpräzisenfotorealistischen synthetischen Umgebung des gesamten Planeten werden.

Blackshark.ai erstellt einen digitalen 3D-Zwilling der Erde, die Technologie basiert auf Satellitendaten und AI. Das Unternehmen kündigt frisches Kapital in der Höhe von 20 Millionen US-Dollar an, um den Zugang zu Geodaten in großem Maßstab zu beschleunigen und Metaversum-Innovatiknen voranzutreiben. Die Runde wird gemeinsam von Microsofts Venture Fund m12 und Point72 Ventures mitgetragen, die sich einem Konsortium mit dem bestehenden Investor Markus Wagner, Gründer von i5invest, anschließen. Brian McClendon (Mitbegründer von Google Earth), Dirk Hoke (ehemaliger CEO Airbus Defence & Space) und Qasar Younis (ehemaliger COO y Combinator und derzeit CEO von Silicon Valleys Unicorn Applied Intuition) treten dem Beirat des Unternehmens bei.

Blackshark.ai debütierte erst letztes Jahr mit seinem Beitrag zum Microsoft Flight Simulator, der den gesamten Planeten in fotorealistischem 3D rekonstruiert und auf massiver Rechenleistung und einem neuartigen Ansatz für künstliche Intelligenz aufbaut. Die entwickelte Technologie wurde seitdem als Plattform weiterentwickelt, die Geodaten und 3D-Simulationsumgebungen auf globaler Ebene verfügbar macht. Die Anwendungsbereiche sind vielfältig, dazu gehören Regierung, Geointelligenz, humanitäre Hilfe, Metaversum/AR, Simulation für autonomes Fahren und Fliegen, Entwaldungsüberwachung, Versicherungen, Smart Cities und mehr.

Michael Putz, Co-Founder und CEO von blackshark.ai erklärt: „Unsere Plattform kann Petabyte*) von Satellitendaten nahezu in Echtzeit verarbeiten und präzise semantische Informationen wie Gebäudehöhen, Landnutzung, Gewässer oder Infrastrukturanlagen wie Straßen oder Gleise extrahieren." Diese Informationen sind für viele Branchen wertvoll und werden als zusätzliche Inputs für die blackshark.ai Plattform genutzt, um die physische Welt in 3D zu rekonstruieren. „Diese 3D- Umgebungen sind nicht nur schön anzusehen, sondern können angesichts der Verfügbarkeit semantischer Informationen auch abgefragt, durchsucht, schnell aktualisiert und für Simulationszwecke im Handumdrehen geändert werden. Das unterscheidet das Produkt von allem, was ich bisher gesehen habe", sagt Brian McClendon, Mitbegründer von Google Earth, der dem Board of Advisors als Co-Founder beigetreten ist.

*) *Anm: 1 Petabyte sind 1 Million Gigabyte*

Über Blackshark.ai

Blackshark.ai erstellt einen digitalen 3D-Zwilling der Erde, indem Informationen aus Satellitenbildern extrahiert und erkannte At-

tribute vollautomatisch in fotorealistischem 3D rekonstruiert werden. Eine skalierbare künstliche Intelligenz bildet den Kern der Blackshark-Plattform und erkennt Funktionen weltweit mit unglaublicher Präzision und Geschwindigkeit. Ein patentierter Ansatz für die 3D-Rekonstruktion kann Petabytes an Daten speichern und in Echtzeit in unendlichen Details rendern, was leistungsstarke Visualisierungs- und Simulationsanwendungen für Behörden, Geointelligenz, humanitäre Hilfe, Planetenmanagement, autonomes Fahren und Fliegen, Versicherungen und Smart Cities ermöglicht. Die blackshark.ai Plattform wird von Microsofts Venture Fund M12 und Silicon Valley VC Point72 Ventures unterstützt und betreut große Kunden weltweit mit einem Team von mehr als 100 MitarbeiterInnen aus dem Silicon Valley/USA und Graz/Österreich.

Foto: blackshark.ai GmbH

Michael Putz, Co-Founder und CEO von blackshark.ai

Über m12

M12, Microsofts Venture Fund, investiert in frühphasige Softwareunternehmen, wobei der Schwerpunkt auf Geschäftsanwendungen, Cloud-Infrastruktur, Cybersicherheit, AI, Entwicklertools, Healthcare, Wissenschaft und neue Technologien liegt. Seit 2016 hat M12 in über 100 Unternehmen investiert, um Startups beim Wachstum zu begleiten. Mit Büros in San Francisco, Seattle, London, Tel Aviv und Bengaluru verfügt M12 über ein globales Team und die nötigen Ressourcen, Unternehmer weltweit zu unterstützen. ■

https://blackshark.ai/

https://www.youtube.com/watch?v=ng-mGNqLe6M

© blackshark.ai GmbH / Aerial imagery © Vexcel Imaging GmbH

Blackshark.ai bietet fotorealistische synthetische 3D-Umgebungen, wie zum Beispiel wie der in diesem Bild gezeigte Flughafen von San Jose. Sie liefern hochpräzise semantische und synthetische Trainingsdaten für die Flugsimulationen und anspruchsvolle maschinelle Anwendungen.

»Corona könnte dann nur ein kleiner Vorbote gewesen sein«

Seit zehn Jahren produzieren die Terra Mater Factual Studios Natur-Filme für den globalen und regionalen Markt. Ein Jubiläum im Zeichen von Pandemie und Klima-Krise

Von Christoph Silber)*

Walter Köhler, Gründer von Terra Mater Factual Studios, und Co-Geschäftsführerin Dinah Czezik-Müller in einem in der Tageszeitung „Kurier“ erschienenen Interview über die Doku-Produktion in Pandemie-Zeiten, investigative Projekte, einen weiblichen David Attenborough und die Rückständigkeit der Film-Förderung in Österreich.

Christoph Silber: Das Jubiläumsjahr für Terra Mater Factual Studios stellt für Euch als global produzierendes und agierendes Produktionsunternehmen wohl vor extreme Herausforderungen?

Walter Köhler: 2021 war zum Produzieren sogar etwas einfacher als das Vorjahr – der erste Lockdown war hingegen wirklich schwierig für uns. Trotzdem ist es schon damals gelungen, eine komplette Produktion im weltweiten Lockdown umzusetzen, die international vielfach ausgezeichnet wurde („Corona – Das Virus und das Pangolin“, Anm.). Was uns in dieser Situation ganz grundsätzlich geholfen hat und auch weiterhin hilft, ist, daß wir schon vor mehreren Jahren begonnen haben, auf Green Producing umzustellen.

Wie meinen Sie das?

Köhler: Die meisten CO_2-Emissionen, die wir dem Planeten antun, entstehen durch Reisetätigkeit im Verlauf einer Produktion. 70 Prozent unseres Fußabdrucks – früher war es noch mehr – geht auf das Konto des Flugverkehrs. Wir haben darauf so reagiert, daß wir unsere Teams massiv internationalisiert haben. Bei vielen Produktionen schicken wir inzwischen nur mehr die Regie vor Ort, und alle anderen Positionen werden regional besetzt. Da können wir auf unser Netzwerk setzen. Das hat mehrere Vorteile: Der CO_2-Abdruck ist deutlich geringer, wir profitieren vom lokalen Knowhow und sind in Pandemie-Zeiten flexibler. Natürlich gab es auch Produktionen, die wir pausieren mußten wie etwa eine Kino-Produktion über in Rußland gefangen gehaltene Orcas, die für China bestimmt sind. Diese Produktionen sind inzwischen aber bereits in Fertigstellung. Die tatsächlichen Herausforderungen liegen im Bereich der Finanzierung und der Partner-Suche. Da stößt man mit der ausschließlich digitalen Kommunikation an Grenzen.

Foto: Daniel Mikkelsen

Terra Mater Co-Geschäftsführerin Dinah Czezik Müller und Gründer Walter Köhler

Es sind wieder die Programm-Messen wie etwa jene in Cannes gestartet. Hilft das?

Köhler: Für eine Normalisierung der Situation ist es noch zu früh. Ich gehe von der großen Trendwende erst im nächsten Jahr aus. Für den Naturfilm wichtig wird das Jackson Wild Film Festival, das 2022 in Österreich, erstmals außerhalb der USA, stattfinden wird. Da rechne ich mit mehr als 1000 Teilnehmern, weil es einfach Aufholbedarf gibt – sowohl was Gespräche, als auch was das Produktionsgeschäft betrifft. Ich war vor mehr als 30 Jahren einer der Mitbegründer des Festivals, das immer stärker dem Conservation-Gedanken, also dem Naturschutz, Rechnung trägt. Wichtig ist deshalb bei der Organisation die Nähe zu einem Nationalpark, aber auch die entsprechende Infrastruktur. Das ist mit dem Neusiedler See – Seewinkel Nationalpark, dem nahen Flughafen und der Großstadt Wien gegeben.

Hat diese Phase der Einschränkungen durch die Pandemie etwas mit dem Naturfilm selbst gemacht? Hat das den Fokus verschoben?

Köhler: Der Trend zum Green Producing, wie von uns schon praktiziert, hat sich extrem verstärkt. Man kann ja nicht mehr so tun, als wäre nichts gewesen und einfach in allem zurückkehren auf den Stand vor der

*) *… er schreibt seit 1997 beim „Kurier“ über Medien-Wirtschaft und -Politik, Werbung und Fernsehen*

Pandemie. Was sich auch verändert hat ist, daß das Thema Conservation nun besser im Fernseh-Markt unterzubringen ist. Das war – abgesehen von unseren erfolgreichen Kinofilmen „Sea of Shadows“ und „Ivory Game“ – bisher fast ein Unwort, da wollten Sender nicht hingreifen. Das ist besser geworden, weil man nicht mehr darüber hinwegsehen kann, daß mit der Natur und damit mit uns etwas passiert.

Dinah Czezik-Müller: Ich glaube, daß Corona uns zum Menschsein zurückgebracht hat. Der Virus hat uns ja auch mit einer Situation konfrontiert, in der wir nicht wußten, wie damit umgehen. Es hat den Mythos der Beherrschbarkeit der Natur ins Wanken gebracht. Es hat aber auch deutlich gemacht, wie wichtig ein soziales Umfeld und eine möglichst heile Umwelt ist – und daß man immer noch was dafür tun kann und muß.

Köhler: Ich habe allerdings große Bedenken, daß in einer nächsten Stufe Klimawandel-Leugner zum Kampagnisieren beginnen und über Wissenschaftlichkeit und Zumutbarkeiten zu diskutieren begonnen wird. Da wird es dann wirklich schwierig. Die Corona-Pandemie könnte dann nur ein kleiner Vorbote gewesen sein im Vergleich zu dem, was durch und in der Klima-Krise auf die Menschheit zukommt. Und keiner kann hier sagen, man hätte nichts gewußt, nichts tun können. Die Klima-Krise ist ein brennendes Thema, auch für den Naturfilm.

Zum Jubiläum: Die Terra Mater Factual Studios in Wien sind weltweit relevant, Eure Produktionen haben alle möglichen wichtigen Preise gewonnen. Was soll noch kommen – außer vielleicht ein Oscar?

Köhler: Wir haben fraglos mehr erreicht, als uns Kritiker vor zehn Jahren zugetraut haben, als wir nach dem Schritt raus aus dem ORF Terra Mater angegangen sind. Daß wir im Naturfilm breit diversifizieren wollen, daß wir vom Fernsehen auf die große Leinwand wollten, gehörte schon zum Gründungsgedanken. Was unsere großen Filme aber bereits bewirken konnten, das ist für uns als Produktionsfirma schon sehr befriedigend. Und damit meine ich nicht Auszeichnungen. Wenn ich bedenke, daß unser nächster Film, ein IMAX-Film über die amerikanische Arktis, es geschafft hat, 6,8 Millionen Unterschriften gegen Ölbohrungen in bisher unberührten Gebieten der Arktis an den US-Senat zu generieren und zwischenzeitlich Gesetze über deren Ausbeutung geändert wurden, dann ist das einfach gewaltig. Dahinter steht natürlich eine entsprechend aufgebaute Social Media-Kampagne, die, ohne daß der Film bereits gestartet wäre, durch die Decke ging. Bis jetzt hat es nur einige wenige Screenings gegeben, in den USA wird der Film nun mit eineinhalbjähriger Verspätung im April 2022 in die dann wieder offenen IMAX-Kinos kommen.

Czezik-Müller: Die Entwicklung unseres YouTube-Kanals bestätigt uns ebenfalls in unserer Impact-Arbeit. Mittlerweile haben mehr als 36 Millionen Menschen weltweit unsere Videos gesehen. Das ist eine Zahl, die für uns unvorstellbar war. Es gibt eine sehr engagierte Community, ob Abonnenten oder nicht, die diese Beiträge schätzen, in denen es u.a. um Conservation geht, in denen viel erklärt und auch gezeigt wird, was man tun kann. Uns wiederum führt das vor Augen, daß man sehr wohl etwas bewegen kann. Wichtig ist YouTube für uns auch deshalb, weil wir hier sehr viel direktes Feedback vom Endkunden, also von den Zusehern bekommen.

Köhler: Knapp 350.000 Abonnenten auf YouTube in kurzer Zeit, das macht uns stolz. Es zeigt uns aber auch, daß Science Communication in Europa immer noch viel zu klein geschrieben wird. Auch hier haben wir mit den Terra Mater Labs nun Schritte gesetzt.

Geht es da um Wissenschafts-PR als weiteren Geschäftszweig?

Czezik-Müller: Nein, es geht darum, Wissenschaft sozusagen bekömmlich für Menschen zu machen, die nicht Teil des Wissenschaftsbetriebs sind, ob das nun Journalisten oder einfach nur Interessierte sind. Storytelling ist das Kern-Geschäft der Terra Mater Factual Studios, dieses Knowhow versuchen wir hier in die Kommunikation von Wissenschaft einzubringen, um sperrige Themen so aufzubereiten, so daß sie nicht nur verstanden werden, sondern auch darüber hinaus wirken können.

Köhler: Wir hatten beispielsweise CERN-Wissenschaftler im Rahmen eines Kurses bei uns, denen wir vermittelt haben, wie man auftreten muß, um verstanden zu werden. Das war so erfolgreich, daß das CERN in der Folge an uns herangetreten ist, es bei der Kommunikation über ihr größtes Projekt, die Nachfolge des Teilchenbeschleunigers LHC in Genf, zu unterstützen. Das soll vier Mal so groß werden wie das bisherige, hat einen jahrzehntelangen Vorlauf und es geht letztendlich dabei um die Entstehung und Beschaffenheit der Welt. Es geht aber auch darum, diese Nobelpreisschmiede überhaupt in Europa zu halten.

Czezik-Müller: Bei diesem Projekt sprechen wir von einer Bauzeit von 60 Jahren, es ist also ein Generationen übergreifendes Projekt von einer kaum vorstellbaren Dimension. Die Arbeit mit dieser jungen Wissenschaftselite ist extrem spannend, und ihnen die Kommunikationstools zu geben, wie sie ihr jeweiliges Gegenüber in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft abholen können, um gehört und verstanden zu werden, ist ein ganz wichtiger Aspekt.

Heißt das, Ihr forciert auch eine Art Ausbildungsschiene?

Czezik-Müller: Terra Mater Factual Studios und die Satel Film haben das International Screen Institute (ISI) mit Sitz in Wien gegründet. Ziel ist die Förderung der Aus- und Weiterbildung in der Branche und der Knowhow-Transfer über Genres und Grenzen hinweg. Das ist eine Initiative, die einen internationalen Ansatz hat, und es geht hier auch um die Förderung und Vernetzung von Talenten. Die vergangenen Monate haben ja vor Augen geführt, daß es hier einen großen Bedarf gibt. Natürlich stehen auch hier Klima und Nachhaltigkeit über Generationen hinweg im Fokus.

Köhler: Pandemiebedingt wird der erste Kurs erst im kommenden Jahr über die Bühne gehen. Wir haben die Zeit der Beschränkungen aber genutzt für die Aufbauarbeit, die unter diesen Bedienungen nicht einfach war.

Als nächstes Groß-Projekt fürs Kino geplant war jenes über den Tierhandel am Beispiel von Orcas, wo sich auch Rußlands Präsident Vladimir Putin eingeschaltet hat. Wann soll dieser Film kommen?

Köhler: Wenn alles klappt, dann könnte der Film beim Sundance Festival Premiere feiern, das Mitte Jänner stattfindet und von wo uns Interesse signalisiert wurde. Dieses Projekt hat sich sehr spannend entwickelt, weil uns tatsächlich China offiziell eingeladen hat, dort zu drehen. Da tut sich also wieder etwas, wie das auch schon bei „The Ivory Game“ über den illegalen Elfenbein-Handel

der Fall war. Dieses große, mächtige Land registriert, daß es Besseres gibt, als 130 Aquarien zu eröffnen, um dort Orcas einzusperren. China hat bereits konkrete Aktionen gesetzt: zum Beispiel Wale befreit und nach Island geflogen. Was eine schräge Komponente ist: Dieser Film war, wie seine Vorgänger, als Investigativ-Arbeit angelegt. Das ist nicht mehr so, weil sich selbst jene, die sozusagen fürs „Böse" stehen, gemeldet haben, um ihre Sicht der Dinge darzulegen. Wir mußten deshalb nie mit versteckter Kamera arbeiten, haben aber trotzdem alles mitbekommen, was läuft. Das war faszinierend.

China und Umweltschutz, das bekommt man im Kopf nur schwer zusammen.

Köhler: Dort wird schon einiges versucht. Das Problem ist der Zugang zu Bildung von vielen Chinesen. Was das Thema des Films angeht, wachsen die chinesischen Kinder sozusagen in den 1960er-Jahren auf, als Seaworld in Bezug auf die eingesperrten Orcas und Delfine noch der Welt erklären konnte, daß es denen super geht.

Seid Ihr weiterhin im Investigativ-Bereich tätig?

Köhler: Es gibt einen Film, der an sich fürs Fernsehen gedacht ist. Darin geht es um Orang-Utan-Babys, die ihren Müttern brutal entrissen werden, um zum Beispiel im Tourismusbereich in Thailand zu arbeiten. Wie Boxer angezogen, werden sie in Wildlife-Parks vor begeisterten Touristen in einen Ring gestellt. Daß diese Tiere hinter den Kulissen meist gequält werden und ein unwürdiges Leben fristen müssen, wissen die wenigsten.

Czezik-Müller: Die Dokumentation zeigt sehr eindringlich, daß es noch unendlich viel zu tun gibt, um hier Bewußtsein zu schaffen.

Was sind die weiteren großen Projekte?

Köhler: Das jüngste, das nun fertig für die weltweite Verwertung ist, ist „The Bastard King", eine sehr besondere Geschichte eines Löwen. Damit hatten wir im Vorjahr schon in Frankreich auf Canal+ einen Probelauf mit hervorragenden Quoten und sehr viel Berichterstattung. Die Kritiker von „Le Monde", „Figaro" und „Parisien" haben alle den Film mit fünf Sternen ausgezeichnet. „The Bastard King" ist ein Experiment, bei dem die Grenzen zwischen Dokumentation und Spielfilm völlig verwischen. Das heißt, es basiert der Film auf einem Buch, das fiktional ist, aber alle Bilder sind wahrhaftig.

Foto: Rob Murray

Birgit Peters, „ein weiblicher David Attenborough", bei Dreharbeiten im „Celtic Forest" in Wales

Ihr hattet ja auch den Plan für eine fiktionale Highend-Serie?

Köhler: „Rogue" ist im Grunde die Fortsetzung dessen, was wir mit unserer bisherigen Arbeit begonnen haben. Es geht um Wildlife-Crime. In diese fiktionale Serie wird alles eingearbeitet, was wir über das organisierte Verbrechen in diesem Bereich wissen, aber nicht mehr drehen konnten, weil wir sonst schlicht nicht zurückgekommen wären. Wir sind gerade an der Finanzierung dran. Das Vorbild ist „Narcos", die bekannte Netflix-Serie über die Drogenkartelle.

Ein hoher Anspruch.

Czezik-Müller: Deshalb muß man sich sehr genau überlegen, mit wem man in ein solches Abenteuer geht.

Köhler: Es ist jedenfalls eine typische Streamer-Geschichte, die hochwertig produziert werden soll. Da braucht es also jemanden, der sich das traut und auch die Erfahrung hat. Wildlife-Crime ist ein gigantischer Markt und funktioniert im Grunde genauso wie der Drogenhandel. Das geht Hand in Hand. Es gibt keinen, der Wildlife-Crime begeht, der nicht auch im Drogen-, Waffen- und Menschenhandel betreibt. Nur hat Wildlife-Crime ein wachsende Gewinn-Marge.

„Terra Mater" ist seit Anbeginn auch eine Sendungsmarke bei ServusTV, immer mittwochs, 20.15 Uhr. Wie geht es hier weiter?

Czezik-Müller: Hier stehen wir im nächsten Jahr vor einem großen Wechsel – wir werden erstmals mit einem Presenter arbeiten.

Köhler: Wir setzen dabei auf eine Frau aus dem eigenen Team: Birgit Peters, selbst Naturfilmerin, hat im Frühjahr bereits die Sendung zum 10-Jahrs-Jubiläum von Terra Mater auf ServusTV präsentiert. Das war sozusagen ein Testballon, der von den Zusehern sehr positiv angenommen wurde. Wir werden im nächsten Jahr mehrere Eigenproduktionen mit ihr für den deutschsprachigen Markt machen. Birgit war eben erst in Wales und in Griechenland für eine mehrteilige Serie über „Unser Mittelmeer". Kaum daheim geht es für sie diese Woche nach Hamburg, wo sie die wilden Seiten der Großstadt zeigen wird. Peters soll dem Zuseher helfen, Dinge besser einzuordnen – ein junger, ein weiblicher David Attenborough eben.

Ein ungewöhnliches Genre für die Terra Mater Factual Studios ist die angekündigte Verfilmung des amüsanten Bestsellers „Hummeldumm" von Tommy Jaud.

Köhler: Tommy Jaud schreibt selbst das Drehbuch – und zwar in Wien, weil er sich so in unsere Stadt verliebt hat. Da ich mir nicht vorstellen kann, daß wir vor September/Oktober 2022 in Namibia drehen können, liegen wir auch richtig in der Zeit. Namibia wurde ja von Covid wirklich sehr hart getroffen. Dazu kommen brutale wirtschaftliche Auswirkungen auch für jene, die vielleicht eine Impfung ergattern konnten. Auch deshalb wollen wir unbedingt an den Originalschauplätzen dieser ungewöhnlichen und witzigen Reisegeschichte drehen,

um wenigstens für ein paar Wochen einen wirtschaftlichen Impuls dort zu setzen.

Wie sieht es im Naturfilm-Bereich mit der Relevanz von Streaming aus?

Köhler: Im Moment ist sehr viel Bewegung im Markt. An Curiosity Stream liefern wir bald die erste Großserie ab, eine der teuersten Produktionen, die wir je gemacht haben: „Alien Worlds“ ist ein großer aufwendiger Dreiteiler über die Welt der Insekten. Auch einer unserer Feature Docs gehört dazu, der wohl in Richtung Netflix gehen wird. Auch im Factual Entertainment-Bereich unter Nina Steiner haben wir Formate entwickelt, mit denen wir etwas in die Fiction abbiegen werden. Aber im Moment muß man den Markt sehr genau beobachten, denn die Streaming-Anbieter regionalisieren immer stärker – teilweise passiert das auch auf Druck der EU. Auf der anderen Seite müssen – das spürt man insbesondere auf dem deutschen Markt – die linearen Sender sich etwas einfallen lassen, insbesondere die werbefinanzierten. Sonst wird die Situation auf dem Publikumsmarkt irgendwann gänzlich zu Gunsten der Streamer kippen. Das hat man verstanden, meine ich, so wie sich etwa gerade RTL neu aufstellt.

Ein Blick in die nahe Zukunft: Läßt sich mit Quoten-Vorgaben für europäische Produktionen, wie sie von der Brüsseler Kommission für Streamer geplant sind, tatsächlich auch etwas bewirken?

Köhler: Bislang gibt es die nur in Frankreich, wo ich auch einige Produzenten kenne – die kommen aus dem Freuen gar nicht mehr raus. Mal schauen, ob es da auch irgendwo einen Haken gibt. Aber dergleichen gibt es jetzt etwa auch in Kanada. Die haben zudem ein tolles Fördersystem. Wenn da Netflix nichts tut, verlieren sie den Markt, so simpel ist das. Ich denke, da wird etwas in Europa kommen – auch weil es den Streamern damit im Grunde ganz gut geht.

Czezik-Müller: Es ist ja auch das Nutzer-Verhalten ein anderes geworden ist. Was früher den nordeuropäischen Ländern vorbehalten war, daß man angloamerikanische Serien mit Untertiteln schaut, kommt auch bei uns zunehmend. Gleiches gilt auch umgekehrt – deutschsprachig ist kein Ausschlußgrund. Diese Entwicklung wird vor allem von den Streamern getragen. Was inzwischen ebenso verstärkt gemacht wird, ist, daß lippensynchronisiert wird und das für eine Vielzahl an Sprachen. Das war vor kurzem noch unvorstellbar.

Ein Thema, bei dem es in Österreich schön langsam tatsächlich eng wird, ist die Fördersituation und auch die Frage von Tax-Incentives, also Steuer-Erleichterungen bei entsprechenden Investitionen. Da ist nichts von der Bundesregierung zu hören. Spielt das für Euch als Doku-Produzenten überhaupt eine Rolle?

Köhler: Natürlich, würden die Rahmenbedingungen passen, würden mehr ausländische Produzenten in Österreich produzieren. So einfach ist das – nicht nur für uns.

Czezik-Müller: Das einzige, was fix ist in einer Welt, in der nix fix scheint ist, daß die Kosten steigen. Darauf müssen Produzenten reagieren. Die Zukunft liegt in der Co-Produktion. Dafür sind Standort-Incentives entscheidend. Damit kann man Geld von draussen ins Land hereinholen.

Köhler: Wir haben eine Serie produziert, da hatte Kanada einen Finanzierungsanteil von 50 Prozent. Dabei ist Kanada jetzt nicht unbedingt das riesen Land. Beispiel Südafrika, dort geht der Anteil bis zu 45 Prozent. Oder auch in der nächsten Nachbarschaft mit Ungarn und Tschechien, Italien oder auch Luxemburg, Malta. Österreich ist da nicht konkurrenzfähig oder, um noch deutlicher zu werden, Österreich ist rückschrittlich und ich verstehe nicht warum.

Können Sie das erläutern?

Köhler: Es geht etwa um den Umgang mit Streaming-Anbietern bei Förderungen. Hätte man als österreichischer Produzent ein Projekt, zu dem Netflix 80 Prozent beisteuert, zählen hierzulande die 80 Prozent einfach nicht – das muß doch jemanden an den Hebeln auffallen, daß solche Regeln aus der Zeit gefallen sind. Da geht es ja nicht um Geld, das verschenkt, sondern das investiert wird. Da geht dem Land viel Geld verloren.

Czezik-Müller: Man muß da einen deutlichen Aufruf an die Politik machen, einen Weckruf, die Streaming-Anbieter endlich miteinzubeziehen. Das ganze bisherige System ist von der technologischen Entwicklung und der bei den Konsumenten längst überholt worden. Daß in Österreich eine Netflix-Finanzierung nicht wie die eines TV-Senders eingestuft wird, ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Da muß ziemlich schnell etwas passieren, soll der Produktionsstandort Österreich nicht von der Landkarte verschwinden. Nachdenken muß man auch über die Verwertungskette bzw. Sperrfristen bei Kino-Produktionen. Wir haben z. B. überall sonst einen zeitgleichen Release von „Sea of Shadows“ – nur im deutschsprachigen Raum nicht. Wenn National Geographic einen weltweiten Release macht und der deutschsprachige Raum ist eben nicht dabei, sondern kommt mit Zeitverzögerung, dann geht der ganze Marketingdruck verloren. Das ist sicher allen bewußt, da aber Änderungen in Gang zu bringen, um die Realität abzubilden, das dauert bei uns in Österreich einfach zu lange. ■

KURIER

Wir bedanken uns bei der Chefredaktion des „Kurier“ dafür, dieses interessante Interview verwenden zu dürfen. Die Redaktion.

Über Terra Mater Factual Studios

Terra Mater Factual Studios produzieren erstklassige TV-Programme und Kinofilme und fühlen sich dabei ausschließlich den höchsten Produktionsstandards verpflichtet. Für klassische Primetime-kompatible Dokuserien und Specials sind Natur, Wissenschaft und Geschichte die Kerngenres. Das österreichische Produktionshaus verfolgt aber auch andere Stilrichtungen in erfrischend neuen, seriellen Factual Entertainment-Formaten. Für die Kinoleinwand realisieren Terra Mater Factual Studios Filmprojekte vom klassischen Dokumentarfilm über das „Wild Drama“, in dem die Natur die Hauptrolle spielt, bis hin zum Spielfilm mit wahrer Geschichte als Grundlage für das Drehbuch. Am eigenen YouTube Channel zeigen Terra Mater Factual Studios exklusiv produzierte Kurzdokus zu den Themen Conservation & Environment, Natur & Wildlife (#terramatters). Das Tochterunternehmen von Red Bull ist spezialisiert auf die Produktion und Distribution von Dokumentarfilmen für Kino, TV und Multimedia Plattformen. ***https://www.terramater.at/***

Höchste Auszeichnung für Donau Universität Krems

Universität für Weiterbildung Krems gewinnt mit Plädoyer für Wissenschaft internationale Auszeichnung bei den bei den »Cannes Corporate Media & TV Awards«

In filmisches Plädoyer für Wissenschaft und das Weiterdenken der Universität für Weiterbildung Krems mit dem Titel „the next thought“ wurde bei den Cannes Corporate Media & TV Awards 2021 in der Kategorie Imagefilm mit Gold ausgezeichnet. Bei dem internationalen Preis werden jährlich die weltweit besten filmischen Arbeiten von Organisationen und Unternehmen ausgezeichnet. Der Preis fällt in eine Zeit, in der Wissenschaft und faktenbasiertes Handeln zunehmend unter Druck stehen. Umso bedeutsamer ist der Film „the next thought“ als sichtbares Signal für den Stellenwert und die Relevanz von Wissenschaft für die Gesellschaft. Der Beitrag der Universität erhielt zudem Silber in den beiden Kategorien Technologie, Forschung und Entwicklung sowie Human Resources. Umgesetzt wurde der zweiminütige Online-Film gemeinsam mit der Agentur OBSCURA und deren Film-Unit „tfcitd – the first cut is the deepest“. Rund 900 Filme aus 42 Ländern standen im französischen Cannes im internationalen Wettbewerb.

© Universität für Weiterbildung Krems

Der im Frühjahr 2021 veröffentlichte Film „the next thought“ versteht sich als filmisches Plädoyer für Wissenschaft und das Weiterdenken vor dem Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen. Gerade in einer Zeit, in der Wissenschaft und Forschung im öffentlichen Diskurs zunehmend falschen und unwissenschaftlichen Informationen gegenüberstehen, sieht es die Universität für Weiterbildung Krems als Teil ihrer Verantwortung, für die Bedeutung evidenzbasierten Wissens und faktenbasierter Entscheidungen einzustehen sowie zum Weiterdenken zu ermutigen. „Es ist uns als Universität ein Anliegen, nicht nur die Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung, sondern auch ihre Rolle für die Gesellschaft zu vermitteln. Der Film ‚the next thought‘ ist ein sichtbares Zeichen für die Bedeutung von Wissenschaft und Weiterdenken in einer Zeit, in welcher der Stellenwert von Forschung und Evidenz für die Bewältigung drängender gesellschaftlicher Herausforderungen besonders relevant ist“, so Friedrich Faulhammer, Rektor der Universität für Weiterbildung Krems.

„Wissenschaftliche Erkenntnis ist zentral zu einer Zeit, in der vorgefaßte Meinungen und Falschinformationen Hochkonjunktur haben. Mit innovativen Kommunikationsformaten wollen wir die Bedeutung von Wissenschaft erfahrbar und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Der internationale Preis ist ein schöner Beleg für den innovativen Weg, den die Universität für Weiterbildung Krems in der Kommunikation beschreitet“, so Stefan Sagl, Leiter Kommunikation, Marketing und PR.

© Universität für Weiterbildung Krems

Über die Cannes Corporate Media & TV Awards

Im Zuge der 12. Ausgabe der Cannes Corporate Media & TV Awards standen 888 Filme aus 42 Ländern im Wettbewerb, die dieses Jahr von 62 PreisrichterInnen ausgewählt und bewertet wurden. Die Cannes Corporate Media & TV Awards prämieren alljährlich die weltweit besten Arbeiten zu Wirtschaftsfilmen, Online-Medien, Dokumentationen und Reportagen im französischen Cannes, einem der bedeutendsten Filmzentren der Welt. Weitere GewinnerInnen in diesem Jahr in anderen Kategorien sind Unternehmen wie Unilever, Steinway Lyngdorf oder HSBC. ■

https://www.donau-uni.ac.at

https://www.cannescorporate.com/de/

Das Internationale Chopin-Festival in der Kartause Gaming

Das erste Chopin-Festival in Österreich fand in der Zeit vom 30. August bis zum 1. September 1985 statt

Die Kartause Gaming, dieses gewaltige Bauwerk in einer der schönsten Regionen Österreichs, umgeben von Bergen und Wäldern, wurde 1332 von Herzog Albrecht II. aus dem Hause Habsburg in Erfüllung eines Gelübdes gegründet und erhielt den Namen „Maria Thron“. 450 Jahre blieb dieses Bauwerk im Besitz des Kartäuserordens der schweigenden Mönche – bis zum Jahr 1782, als der österreichische Kaiser Josef II. dieses und viele andere Klöster auflöste“, erzählt Prof. Theodor Kanitzer, Präsident der Internationalen Chopin-Gesellschaft in Wien, der Internationalen Föderation der Chopin-Gesellschaften IFCS und Festivaldirektor.

„Das ehemalige Kloster wechselte danach mehrmals den Besitzer, bis es der österreichische Architekt Walter Hildebrand vom letzten Besitzer, dem weltbekannten Benediktinerstift Melk an der Donau, 1984 erwarb und daran ging, den Gebäudekomplex mit Hilfe öffentlicher und privater Mittel zu renovieren. Er vollbrachte eine gewaltige Leistung mit der Renovierung und rettete damit eines der wertvollsten Bauwerke Österreichs im letzten Augenblick vor dem Verfall, so Kanitzer.

„In der ersten Phase der Renovierung kam ich 1985 gemeinsam mit dem Vorstandsmitglied der Internationalen Chopin-Gesellschaft in Wien, Dr. Kurt Eichinger, Generaldirektor der Firma Plasser & Theuer, nach Gaming. Dr. Eichinger hatte die Idee, Konzerte in den prachtvollen Sälen und in der Kirche der Kartause aufzuführen. Wir sprachen mit Architekt Walter Hildebrand, der sich sofort für diese Idee begeisterte, bedeuteten diese Festivals der Wiener Chopin-Gesellschaft doch eine kulturelle Belebung nicht nur für die Kartause, sondern für die gesamte Region des Ötscherlandes. Die Gemeinde Gaming sowie das 800 Meter hoch gelegene Winter- und Sommersportzentrum Lackenhof am Fuße des Ötschers und der in der Nähe gelegene Bergsee in der Gemeinde Lunz waren und sind weitere Attraktionen für die Besucher dieser wunderschönen Naturlandschaft“ beschreibt der Festivaldirektor die faszinierende Umgebung der Kartause.

Foto: Internationale Chopin Gesellschaft Wien / FrenchVanillaStudio

Ein Blick in das hohe Kirchenschiff und auf den Hauptaltar der 1342 geweihten Klosterkirche während eines der berühmten Festivals der Internationalen Chopin-Gesellschaft Wien

„In dieser einmaligen Szenerie begann die Internationale Chopin-Gesellschaft in Wien unter meiner künstlerischen und organisatorischen Leitung mit hervorragenden Solistinnen und Solisten und Kammerensembles und Orchestern aus vielen Ländern die Festspieltätigkeit, die bei den Besuchern aus aller Welt unvergeßliche Eindrücke hinterließ. Am Anfang standen nur die notdürftig renovierte Kirche aus dem 14. Jahrhundert und der schöne Prälatensaal zur Verfügung. Dann kamen die prachtvolle Barockbibliothek des böhmischen Meisters Wenzel Lorenz Rainer aus dem 16. Jahrhundert und andere Prunkräume dazu, die von Künstlern und Publikum während des Festivals mit Leben erfüllt wurden“, beschreibt Kanitzer die Entwicklung des Festivals.

„Mit dem weiteren Ausbau in den ersten Jahren des Festivals wurden dann das Kar-

tausenhotel und das Kartausenrestaurant eröffnet. 1998 wurde das Chopin-Festival Gaming sogar in das Kulturabkommen der beiden Länder Österreich und Polen aufgenommen: Der wesentliche Unterschied des Gaminger Chopin-Festivals im Vergleich zu großen internationalen Events ist dessen intime Atmosphäre. Die Konzertbesucherinnnen und -besucher, die im Hotel wohnen, genießen und hören die Probenklänge der Musikerinnen und Musiker und Besucherinnen und Besucher leben miteinander. Das verbindet und schafft eine ganz besondere Stimmung", so Kanitzer, der zurecht auf diese beeindruckende Entwicklung stolz sein kann – und die ihm regelmäßig auch von gewichtigen Stimmen aus aller Welt bescheinigt wird.

Die internationale Chopin-esellschaft in Wien (ICG)

wurde 1952 an der Wiener Akademie für Musik und darstellende Kunst gegründet. Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen in der stilgemäßen Pflege der Werke Chopins, der Abhaltung von breitenwirksamen Veranstaltungen und Vorträgen zur Vertiefung des Verständnisses der Werke des Meisters, seiner Zeitgenossen sowie der Förderung der Chopin-Forschung. Mit den vielen musikwissenschaftlichen Institutionen und Freunden Chopins in aller Welt wird eine fruchtbare Zusammenarbeit gepflegt, vor allem mit den Chopin-Gesellschaften in Europa, Amerika, Afrika und Asien, die sich seit Oktober 1985 anläßlich des Internationalen Chopin-Klavierwettbewerbes in Warschau zu einer internationalen Föderation (IFCS) zusammengeschlossen haben. Seit November 1989 ist die Föderation Mitglied des Internationalen Musikrates in Paris (NGO offizieller Partner der UNESCO).

Die Gesellschaft veranstaltet seit ihrer Gründung Konzerte mit bedeutenden InterpretInnen und jungen Talenten, Ausstellungen, Gedenkfeiern, Vorträge und veranlaßte die Herausgabe wissenschaftlicher Werke. Zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten des musikalischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Lebens vieler Länder sowie FreundInnen der Musik des genialen Meisters gehören der Gesellschaft als Mitglieder an und unterstützen deren Bestrebungen. Im Jänner 1977 wurde erstmals eine eigene Zeitschrift, die „Wiener Chopin-Blätter", herausgebracht, die jährlich erscheint. Die Internationale Föderation der Chopin-Gesellschaften (IFCS) gibt seit 1993 auch einmal jährlich die illustrierte Zeitschrift „Chopin in the World" in englischer Sprache heraus.

Foto: Internationale Chopin Gesellschaft Wien / FrenchVanillaStudio

Nocturno – Nächtliches Konzert bei Kerzenlicht „Für Völkerverständigung, Frieden und Freiheit" in der ehemaligen Barockbibliothek

Foto: Internationale Chopin Gesellschaft Wien / FrenchVanillaStudio

v.l.: Abg. z. NR Andreas Hanger, der das Festival im Namen von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner eröffnete, Polens Botschafterin in Österreich Jolanta Róża Kozłowska, der Präsident der Internationalen Chopin-Gesellschaft Wien und Präsident der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft Prof. Theodor Kanitzer und der Generalsekretär von PaN – Partner aller Nationen Walter J. Gerbautz

Zahlreiche Festveranstaltungen mit bedeutenden KünstlerInnen aus vielen Ländern der Welt zu Jubiläen und Jahrestagen, Zykluskonzerte in den prachtvollen Sälen Wiener Hotels sowie die internationalen Chopin-Festivals in der Kartause Gaming in Niederösterreich sind Höhepunkte im Leben unserer Gesellschaft.

Ein imposantes Zeichen für Völkerverständigung, Frieden und Freiheit

Zur Eröffnung der diesjährigen Festival-Revue zu dem Ereignis der Sonderklasse von 13. bis 15. August 2021 war die rhetorische Frage gestellt, wie viel Völkerverständigung es überhaupt in international verbindenden Zeiten brauche, auch unterstützt durch permanent mögliche, digitale Kommunikation, um Frieden und Freiheit mehr Gewicht zu verleihen. Ehrlicherweise sehr viel, lautete die Antwort, und am Besten im direkten, persönlichen, ebenso durch Kunstdialoge unterstützten Austausch.

Denn genau darauf legten Intendant, Festredner und GastmusikerInnen bei der bereits 37. Ausgabe des Chopin-Festivals in der Kartause Gaming, veranstaltet von der Internationalen Chopin-Gesellschaft in Wien,

in diesem zweiten Jahr der uns alle global beeinträchtigenden Covid-19 Pandemie, besonderen Wert. Ein exzellentes Programm, gespickt mit exzellenten Wortmeldungen und Moderationen reflektierender Zeitgenossen sollte das begeisterte Publikum des Chopin-Festivals zum Nachdenken, natürlich bei intensivem Lauschen der exzellenten Musik, anregen – ganz im Geiste des legendären pazifistischen Vordenkers, Freiheitskämpfers und schließlich, als Diplomat, besonderen Freund der Internationalen Chopin-Gesellschaft in Wien Wladyslaw Bartoszewski. Ein hehrer Auftrag, der, mit aller Rücksicht auf die gebotenen Gesundheitsvorgaben der Bundesregierung, besonders würdig gelang. Würdig war bereits die Auswahl der ausgesucht besonderen SolistInnen an Chopins Instrument für dieses Festivaljahr 2021. Direkt an die traditionelle, feierliche Eröffnung mit den Festreden der illustren Ehrengäste ICG Präsident Theodor Kanitzer, Bürgermeisterin Renate Rakwetz, Polens Botschafterin Jolanta Róża Kozłowska und Nationalrat Andreas Hanger, der das Festival im Namen von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner eröffnete.

Unterstützt durch die hervorragende Musikkapelle Gaming bezaubernd abermals die charmante Begleitung der Goldhauben- und Trachtengruppe Lackenhof – gelebtes, niederösterreichisches Brauchtum), öffnete die historisch bedeutsame Kartausenkirche zum Eröffnungskonzert ihre Pforten.

Foto: Internationale Chopin Gesellschaft Wien / FrenchVanillaStudio

Das ausgezeichnete aus Polen stammende Künstlerpaar Piotr Kościk (Klavier) und Anna Maria Niemiec (Violoncello) eröffnete den Konzertzyklus am 25. Oktober.

Foto: Internationale Chopin Gesellschaft Wien / Sebastian Kocon

Beim Konzert am 15. November (v.r.): Univ.Prof. Johann Günther, Vorstand ICG, Clara Birmasz, Vizepräsidentin ICG, Prof. Theodor Kanitzer, Präsident der ICG, Pianistin Lule Elezi, Botschafter des Kosovo in Wien Lulzim Pllana und Albaniens Botschafter in Wien Roland Bimo

Konzertzyklus im Palais Hansen Kempinski

Die ICG hatte für dieses Jahr noch vier Konzerte des Konzertzyklus im Palais Hansen Kempinski geplant, am 25. Oktober und am 15. November. Zwei weitere am 22. November und am 6. Dezember sind dem Lockdown zum Opfer gefallen, werden aber jedenfalls im Frühjahr 2022 nachgeholt werden.

Das ausgezeichnete aus Polen stammende Künstlerpaar Piotr Kościk (Klavier) und Anna Maria Niemiec (Violoncello) eröffnete den Konzertzyklus am 25. Oktober mit Werken von Frédéric Chopin, Robert Schumann und Johannes Brahms.

Im Vorprogramm trat das „prima la musica-Wien“ Streichquartett mit hervorragenden jungen Solisten und 1. Preisträgern des „prima la musica“-Jugendmusikwettbewerbs auf: Marko Živković, Lillian Haustein, Laurenz Stastka, Konrad Varga unter der musikalischen Leitung vom Solocellisten der Wiener Philharmoniker Tamás Varga auf.

Die kosovarische Pianistin Lule Elezi gastierte beim Konzert am 15. November mit Werken von Frédéric Chopin, dem kosovarischen Komponisten Rauf Dhomi und Ludwig van Beethoven. Nach dem Balkankrieg spielte sie erstmals im Ausland in Wien. Nach dem Konzert sagte sie: „Jetzt habe ich das Stück zum ersten Mal vollständig gehört“. Für das Publikum war das unverständlich. Sie aber klärte auf. An der Universität gab es kein einziges Klavier, an dem alle Tasten funktionierten. So hörte sie ihre eigene Vorführung beim Konzert in Wien zum ersten Mal. Inzwischen hat sie eine Professur an der Universität Pristina, ein Masterstudium der Musikakademie in Sarajevo und viele internationale Konzerte: Sankt Petersburg, Tokio, New York, China, Berlin, Hamburg, Potsdam, Frankfurt, Stockholm.

Im Vorprogramm trat das „prima la musica-Wien“ Violinen-Duo mit den jugendlichen Solisten, den Brüdern Eduard und Lorenz Steude auf. Die musikalische Leitung hatte hier ihr Vater Volkhard Steude, Konzertmeister der Wiener Philharmoniker.

Ein begeistertes Publikum dankte den KünstlerInnen für diese wunderschönen Abende. ■

https://www.chopin.at/

https://de.wikipedia.org/wiki/Kartause_Gaming

Dieser Beitrag war bereits für die Ausgabe 200 unseres „Österreich Journals“ vorgesehen, mußte aber auf diese Ausgabe verschoben werden. Dieser Text wurde von Präsident Prof. Theodor Kanitzer und Musikwissenschaftler Daniel Wagner verfaßt.

Österreicher-Verein Madrid: Auszeichnungen der Republik

Am 22. Oktober Jahres überreichte der österreichische Botschafter in Madrid, Christian Ebner, ehemaligen Mitgliedern des Vorstands des Österreicher-Vereins Madrid Auszeichnungen, die von Bundespräsident Alexander Van der Bellen in diesem Jahr österreichischen und spanischen Staatsbürgern für ihre ausserordentlichen Verdienste verliehen wurden. Karl Kathan, früherer Präsident des Österreicher-Vereins Madrid, erhielt das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Alejandro Sánchez-Rico Brunet, früheres Vorstandsmitglied des Österreicher-Vereins Madrid, erhielt das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich.

In seiner Ansprache betonte der Botschafter, daß diese Auszeichnung die Wertschätzung der österreichischen Institutionen für die wertvolle und langjährige Tätigkeit von Karl Kathan im Österreicher-Verein Madrid sei, welcher Vizepräsident (2010-2012) und Präsident (2012-2020) des Vorstands war. In bezug auf die Ehrung von Alejandro Sánchez-Rico Brunet hob Christian Ebner dessen Einsatz als Berater des Vereins hervor, vor allem als er Vorstandsmitglied zwischen 2014 und 2016 des Vereins war. In diesem Rahmen nutzte der Botschafter die Gelegenheit, seiner Anerkennung für die Tätigkeit des Österreicher-Vereins Madrid Ausdruck zu geben.

Christoph Felder, jetziger Präsident des Vereins dankte den Geehrten für ihre Zusammenarbeit und drückte seine Hoffnung aus, weiterhin mit ihnen als Berater des Vereins zählen zu können.

Foto: Cuca de las Heras

v.l.: Karl Kathan, Botschafter Christian Ebner und Sánchez-Rico Brunet bei der Ehrung

1898 wurde der „Österreicher-Verein“ in Spanien gegründet (damals noch „Österr.-Ungarischer Hilfsverein“ genannt). Seine Aufgabe bestand darin, die Nöte der in Spanien lebenden ÖsterreicherInnen und UngarInnen zu lindern.

Auch heute noch ist die wichtigste Aufgabe des „Österreicher-Vereins“, soziale Zwecke zu verfolgen wie z. B. bedürftige Landsleute aus Notlagen zu befreien, Hilfsprojekte zu unterstützen sowie den Zusammenhalt der ÖsterreicherInnen in Spanien und die Annäherung an die spanische Kultur fördern. Durch den Verein werden die österreichischen Traditionen gepflegt und es wird den Mitgliedern die Kultur von Spanien, unserem Gastland, nahe gebracht. ■

Christine Kescher

https://www.austria-madrid.org/

Suvad Zlatic schreibt österreichische Sommelier-Geschichte!

Das Jahr 2021 geht in die Annalen der heimischen Sommelerie ein. Mit dem aus Landeck in Tirol kommenden Suvad Zlatic schafft erstmals ein Österreicher den Sprung auf das Podest bei der europäisch-afrikanischen Sommeliermeisterschaft und kann sich über einen exzellenten dritten Platz freuen. Der Titel „Bester Sommelier Europas und Afrikas 2021“ geht an Salvatore Castano aus Italien, Platz zwei an Nina Jensen aus Dänemark.

Für die Prüfungen beim Finale wurden verschiedene Restaurantsituationen gebaut und mit hochkarätigen Gästen besetzt. Gefordert wurde etwa das Kreieren und Servieren eines Cocktails für drei Personen, der auf einer Barkarte angeführt war, wobei man mit den vorhandenen Zutaten zurechtkommen musste und die dafür nötige Flasche Champagner nicht sofort sichtbar war. ■

Foto: Xeniya Volosnikova (ASI)

Nina Jensen, Zweitplatzierte, Dänemark; Salvatore Castano, Italien, Gewinner der europäisch-afrikanischen Sommeliermeisterschaft 2021, Suvad Zlatic, Österreich.

Innenpolitik

Neuer Bundeskanzler

Der komplette Rückzug von Sebastian Kurz von allen politischen Ämtern führte zu einer Umbildung der Regierung. Neuer Bundeskanzler ist nun Karl Nehammer, bisher Innenminister, sein Kurzzeit-Vorgänger Alexander Schallenberg ist nun wieder Außenminister. Michael Linhart wird als Botschafter Österreich in Berlin vertreten.

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) gelobt Karl Nehammer als neuen Bundeskanzler der Republik Österreich an

Wie wir in der Ausgabe 200 vom 15. Oktober 2021 (Seiten 81-87*)) berichteten, ist Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) nach mehreren Wochen der Vorwürfe und Ermittlungen, die seitens der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) vom parlamentarischen Ibiza-Untersuchungsausschuß ausgehend gegen und andere laufen – am Abend des 9. Oktober von seinem Regierungsamt zurückgetreten.

Am Sonntag, dem 11. Oktober, enthob Bundespräsident Alexander Van der Bellen Bundeskanzler Kurz und Außenminister Schallenberg verfassungsgemäß ihrer Ämter, um anschließend Alexander Schallenberg als Bundeskanzler und Michael Linhart Außenminister in der Wiener Hofburg anzugeloben. Noch am selben Tag wählte der ÖVP-Parlamentsklub Parteiobmann Kurz einstimmig auch zum Klubobmann.

Lange dauerte diese Tätigkeit nicht an, denn mit der Geburt des Sohnes von Kurz und seiner Lebensgefährtin berief Kurz am 2. Dezember eine Pressekonferenz ein, in der er seinen kompletten Rückzug aus allen politischen Funktionen bekanntgab. Er wird in die Privatwirtschaft gehen und es heißt, er habe bereits einige interessante Angebote erhalten, eines soll aus dem Silicon Valley kommen.

Rückzug mit Auswirkungen

Die Entscheidung von Kurz, die ÖVP zu verlassen, bewegte Bundeskanzler Alexander Schallenberg, ebenfalls am 2. Dezember, auch seinen Rücktritt bekanntzugeben: „Es ist nicht meine Absicht und war nie mein Ziel, die Funktion des Bundesparteiobmanns der Neuen Volkspartei zu übernehmen. Ich bin der festen Ansicht, daß beide Ämter – Regierungschef und Bundesparteiobmann der stimmenstärksten Partei Österreichs rasch wieder in einer Hand vereint sein sollten.“ Und auch Finanzminister Gernot Blümel verkündete seinen Rücktritt und begründete dies nicht nur mit dem Ausscheiden von Kurz, sondern auch damit, daß sich seine Familie aufgrund seiner politischen Tätigkeit immer häufiger mit Morddrohungen konfrontiert sah – also stand eine Umbildung der ÖVP-Regierungsmannschaft bevor.

Unmittelbar darauf tauchten bereits erste Gerüchte auf, der bisherige Innenminister Karl Nehammer könnte neuer Bundeskanzler werden. Der Chef des ÖVP-Koalitions-

*) *https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-200/65917456*

partners, Werner Kogler, Vizekanzler und Bundessprecher der Grünen, ließ auch wissen, es verbinde ihn eine „gute Gesprächs- und Arbeitsbasis mit Nehammer. Bei Blümel bedankte er sich für die „gute und immer ergebnisorientierte Zusammenarbeit, zuletzt bei den langen und intensiven Verhandlungen zur Ökosozialen Steuerreform".

Schnelle Entscheidung

Die Entscheidungsfindung in der ÖVP ließ nicht lange auf sich warten: Am 3. Dezember hat der Bundesparteivorstand Karl Nehammer einstimmig zum neuen Parteichef gewählt – was dieser bei einer nachfolgenden Pressekonferenz als „große Ehre" bezeichnete, daß er „mit diesem Vertrauensvotum ausgestattet" und somit zum neuen Bundeskanzler designiert worden sei.

Als neuer Regierungschef schlug er dem Bundespräsidenten auch eine Veränderung im ÖVP-Regierungsteams vor, und zwar Magnus Brunner als Bundesminister für Finanzen (als Nachfolger von Gernot Blümel), Gerhard Karner als Bundesminister für Inneres (als Nachfolger für Nehammer selbst), den Ao. Univ.-Prof. Martin Polaschek als Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung (als Nachfolger von Prof. Heinz Faßmann) und Alexander Schallenberg als Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten (als Nachfolger von Michael Linhart). Neu ins Kabinett wurde Claudia Plakolm als Jugendstaatssekretärin ins Bundeskanzleramt berufen.

Angelobung durch den Bundespräsidenten

„Heute werde ich Bundeskanzler Schallenberg und die Bundesminister Faßmann, Blümel, Nehammer und Linhart sowie Staatssekretär Brunner ihrer Ämter entheben. Auf eigenen Wunsch der Betroffenen", eröffnete Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 6. Dezember seine Rede in der Wiener Hofburg. „Gleichzeitig werde ich Karl Nehammer zum neuen Bundeskanzler sowie die künftigen Minister und die künftige Staatssekretärin ernennen und angeloben."

Er habe mit allen in den Tagen zuvor Gespräche geführt, über Vorstellungen, Ziele und die Herausforderungen, die in deren neuen Ämtern auf sie warteten und auch darüber gesprochen, welch hohe Erwartungen die Bevölkerung an die höchsten politische RepräsentantInnen unserer Republik habe.

„Meine Damen und Herren, ich möchte heute nur einen inhaltlichen Punkt anspre-

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Außenminister Alexander Schallenberg,

Foto: HBF / Peter Lechner

Innenminister Gerhard Karner und

Foto: HBF / Peter Lechner

Finanzminister Magnus Brunner

chen. Wir leben in Zeiten einer Pandemie und selbst die nähere Zukunft läßt sich nicht mit Gewissheit vorhersagen. Mit Bestimmtheit läßt sich sagen, was die große Aufgabe ist, die Sie unverzüglich und gemeinsam angehen müssen. Die FFP2-Masken, die Sie heute tragen, sind ein Symbol, das sichtbare Zeichen, dafür: Es ist die entschlossene und gemeinsame Bekämpfung der Pandemie und ihrer sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und menschlichen Folgen“, so das Staatsoberhaupt. Leider wüßten wir nicht, womit uns dieses Virus noch überraschen werde. Niemand wisse das. „Wir sollten daher keine falschen Erwartungen wecken und nichts versprechen, was sich später als nicht einhaltbar herausstellt. Was es aber immer braucht, ist, der Bevölkerung reinen Wein einschenken. Faktenbasierte Entscheidungen. Und vor allem eine nachvollziehbare, intern gut abgestimmte und gemeinsame Kommunikation nach außen. So kann das Vertrauen in die Politik, das in den letzten Wochen bei vielen Menschen erschüttert worden ist, wiederhergestellt werden. Natürlich warten auch andere große und wichtig Aufgaben auf Sie, aber ich nenne heute nur diese vordringlichste“, so Van der Bellen, der sich bei den scheidenden Bundesministern Gernot Blümel, Heinz Faßmann und Michael Linhart für deren Arbeit im Dienste der Republik sehr herzlich bedankte. „Und natürlich auch bei Herrn Schallenberg, Herrn Nehammer und Herrn Brunner. Aber Sie setzen Ihre Arbeit in der Regierung ja fort“, so der Bundespräsident, der anschließend die verfassungsmäßige Angelobung des neuen Regierungsteams vornahm.

Nach der Angelobung luden der bisherige und der neue Bundeskanzler ins Bundeskanzleramt zu einer Pressekonferenz. Karl Nehammer dankte seinem Vorgänger Alexander Schallenberg, der, so Nehammer, der in einer Zeit das Bundeskanzleramt übernommen habe, in der es sehr schwierig gewesen sei. Er sei dagewesen, wo es darum gegangen sei, „der Republik zu dienen, den Menschen in diesem Land zu dienen, völlig uneitel und nur daran interessiert, Lösungen zu finden, das Virus zu bekämpfen.“ Schallenberg sei für ihn Vorbild, „wenn es darum geht, der Republik zu dienen“.

Und Nehammer dankte auch dem Bundespräsidenten, „daß er uns so rasch angelobt hat“, dankte dem Koalitionspartner Vizekanzler Werner Kogler von den Grünen für die vertrauensvollen Gespräche, „weil es jetzt notwendiger ist denn je, rasch in die Arbeit einzusteigen.“ *MM*

Foto: HBF / Peter Lechner

Der Bundespräsident mit Wissenschaftsminister Ao. Univ.-Prof. Martin Polaschek und …

… mit Jugend-Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Claudia Plakolm

Foto: BKA / Dragan Tatic

Karl Nehammer (l.) und Alexander Schallenberg bei der Amtsübergabe im Bundeskanzleramt

Innenpolitik

Sondersitzung mit Regierungserklärung im Parlament

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

133. Sitzung des Nationalrates in der 27. Gesetzgebungsperiode: Bundeskanzler Karl Nehammer bei seiner Regierungserklärung

Wichtig sei es, „nun rasch in die Arbeit einzusteigen und den Dialog zu führen“. Er wolle „die Kultur des Miteinandersprechens“ weiter fortsetzen, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer am 9. Dezember im Rahmen seiner Amtsantrittserklärung in der Sondersitzung des Nationalrats zur Regierungsumbildung. Nehammer richtete sich auch direkt an ungeimpfte Menschen und bat diese, das Gespräch mit dem Arzt oder der Ärztin des Vertrauens zu suchen.

In Bezug auf die Regierungsumbildung betonte Vizekanzler Werner Kogler in seiner Wortmeldung, daß das „Staatsganze“ trotz der turbulenten und überraschenden Ereignisse in keiner Minute gefährdet gewesen sei. Was die künftigen Schwerpunkte der Regierungsarbeit betrifft, ist für Kogler das Motto „Transformation statt Depression“ zentral.

Während die VertreterInnen der Oppositionsparteien sich mit unterschiedlicher Vehemenz und Dringlichkeit für Neuwahlen aussprachen, betonten ÖVP und Grüne, gemeinsam gegen die Pandemie ankämpfen und das Gemeinsame vor das Trennende stellen zu wollen.

Nehammer: Rasch in die Arbeit einsteigen und Dialog weiterführen

„Es ist ein großes Privileg und eine Ehre heute vor Ihnen zu stehen“, begann Bundeskanzler Karl Nehammer seine Erklärung im Nationalrat. Wichtig sei es, nun rasch in die Arbeit einzusteigen und den Dialog zu führen. Er wolle „die Kultur des Miteinandersprechens“ weiter fortsetzen und bedankte sich bei den Oppositionsparteien, Landeshauptleuten, Sozialpartnern sowie bei den ExpertInnen für die „vertrauensvollen Gespräche“.

Trotz den Herausforderungen durch die Pandemie habe die Bundesregierung den Anspruch, wichtige Maßnahmen für Österreich voranzutreiben. Nehammer sprach von fünf zentralen Punkten. Das betreffe einerseits die weitere Förderung des Wirtschaftsstandorts sowie die steuerliche Entlastung der Bevölkerung. Dazu stehe aktuell die Umsetzung der ökosozialen Steuerreform im Vordergrund. Als weiteren Themenkomplex nannte der Bundeskanzler die Bereiche Bildung, Integration und Digitalisierung, die in den Mittelpunkt des politischen Handelns rücken müssten. Beim Bereich soziale Sicherheit und Pflege stünden die Finanzierung und die Möglichkeiten der häuslichen Pflege im Vordergrund. Als weitere wichtige Aspekte nannte der Kanzler die Herausforderungen am Arbeitsmarkt, die eng mit der Corona-Krise verbunden seien, sowie das Vorantreiben der Politik der Europäischen Union. „Die EU ist die strategische und zentrale Schlüsselfrage, wenn es darum geht, Österreichs Interessen in der Welt und in Europa weiterentwickeln und durchsetzen zu können“, so Nehammer. Das gelte vor allem beim Bereich Asyl und Migration, wo es europäische Lösungen brauche.

Kogler: Transformation statt Depression

„Das Staatsganze war trotz der turbulenten und überraschenden Ereignisse in keiner Minute gefährdet und ungelenkt“, hielt Vizekanzler Werner Kogler in seiner Wortmeldung im Nationalrat fest. Kogler zollte der ÖVP Anerkennung, daß man die parteiinterne Krise schnell bereinigt habe. Es gehe nun darum, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen und den Kompromiß zu suchen. Bei allem Verständnis für den Dialog gelte es jedoch festzuhalten, daß die „Spaltung als

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Vizekanzler Werner Kogler: Es gehe nun darum, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen und den Kompromiß zu suchen.

Prinzip der politischen Auseinandersetzung“ teilweise absichtlich betrieben werde. Man müsse sich zur Wehr setzen, „wenn Staatsverweigerer, Neonazis und Demokratiefeinde in unseren Städten herumspazieren“, so der Vizekanzler. Nicht alles, aber vieles sei in der Pandemiebekämpfung gelungen, darauf gelte es nun aufzubauen. Kogler richtete ebenfalls einen Impfapell an die Bevölkerung. „Die Impfung ist mit Abstand das Beste, was wir haben, auch wenn der Schutz schneller als erwartet zurückgeht. Genau deshalb ist die Vollimmunisierung mit dem dritten Stich so wichtig.“

Was die künftigen Schwerpunkte der Regierungsarbeit betrifft, ist für Kogler das Motto „Transformation statt Depression“ zentral. Neben der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gehe es um die Modernisierung der Wirtschaft, Digitalisierungsfortschritte sowie um eine Neuaufstellung des Steuern- und Abgabensystems, wobei man mit der ökosozialen Steuerreform schon wichtige Schritte gesetzt habe. Klimafreundliches Verhalten werde dadurch günstiger, umweltschädliches Verhalten teurer. Mit dem Ziel, bis 2040 klimaneutral zu sein, Reformen in Bildung und Pflege sowie Investitionen zur Stärkung der Justiz, sprach Vizekanzler Kogler weitere, für ihn zentrale Aspekte an.

Rendi-Wagner: Neuwahlen in der ersten Jahreshälfte 2022

Innerhalb von 59 Tagen gebe es bereits die zweite Regierungserklärung, dazwischen sei viel passiert, betonte SPÖ-Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner. Die vierte Corona-Welle sei selbst verschuldet gewesen und habe viele Kranke und Tote sowie ein „mutloses Zaudern bei der Explosion der Infektionszahlen durch die Bundesregierung gebracht“. Es habe der Mut zu unpopulären Maßnahmen gefehlt, kritisierte Rendi-Wagner. Mitten in dieser Krisensituation sei nicht nur der ÖVP-Chef, sondern auch der Bundeskanzler sowie der Finanz- und Bildungsminister zurückgetreten. Der nun angekündigte „Fleckerlteppich“ der unterschiedlichen Öffnungsschritte der Bundesländer sei „der Beweis für die Selbstaufgabe der Bundesregierung“.

Die SPÖ nehme jedoch ihre Verantwortung für Österreich wahr, egal ob Opposition oder Regierungsverantwortung. Deshalb werde man alle sinnvollen Maßnahmen zur Entlastung des Gesundheitssystems unterstützen. Dazu zähle auch die Unterstützung der Impfpflicht, die aufgrund der niedrigen Impfquote „unausweichlich“ sei. Weitere dringliche Maßnahmen sind laut der SPÖ-Klubobfrau die Bekämpfung der Teuerung und des Pflegenotstandes. Grundsätzlich brauche es eine stabile und handlungsfähige Regierung, „türkis-grün“ fehle jedoch die Kraft, „die wichtigen Weichen für die Zukunft zu stellen“. Rendi-Wagner plädiert deshalb für Neuwahlen in der ersten Jahreshälfte 2022, „damit die ÖsterreicherInnen über die Zukunft des Landes entscheiden können“.

Wöginger: In kurzer Zeit handlungsfähige Regierung aufgestellt

„Heute ist ein wesentlicher Tag in der österreichischen Innenpolitik. Ich bin froh, daß wir in so kurzer Zeit eine handlungsfähige Regierung aufgestellt haben“, erklärte August Wöginger. Der ÖVP-Klubobmann

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

ÖVP-Klubobmann August Wöginger sprach sich gegen Neuwahlen aus und ortete dazu unterschiedliche Ansichten innerhalb der SPÖ…

sprach sich gegen Neuwahlen aus und ortete dazu unterschiedliche Ansichten innerhalb der SPÖ, da sich auch der Wiener Bürgermeister dagegen ausgesprochen habe. Das gemeinsame Ansinnen der Bundesregierung sei, die „beste Arbeit für Österreich“ zu leisten. Dazu gelte es, gemeinsam gegen Covid-19 anzukämpfen und das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Dies sei im Sinne von Bundeskanzler Nehammer, der als „Verbinder und Brückenbauer“ auf Dialog mit den Parteien und Bundesländern setze.

Wöginger bedankte sich für die Zusammenarbeit mit der SPÖ und den NEOS bei der Impfpflicht und rief dazu auf, die Gräben in der Gesellschaft abzubauen. In Richtung

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

SPÖ-Klubvorsitzende Pamela Rendi-Wagner: Innerhalb von 59 Tagen gebe es bereits die zweite Regierungserklärung, dazwischen sei viel passiert…

Freiheitliche appellierte der ÖVP-Klubobmann, keine Medikamente zu empfehlen, „die zum Tod führen können“, keine Falschinformationen über die Lage in den Krankenhäusern zu verbreiten sowie keine „Propaganda“ gegen die Impfung zu betreiben. Auch in der FPÖ würde es konstruktive Kräfte geben.

Kickl: Regierung ist Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat

„Das Kommen und Gehen von politischen Positionen ändert nichts am Grundproblem dieser Regierung. Man kann ihnen

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl ortete „chronische, moralische und rechtsstaatliche Defizite“ der Bundesregierung.

Innenpolitik

kein Wort mehr glauben“, attestierte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl. Die Regierung „sei eine Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat“. Vom Zuschütten der Gräben könne keine Rede sein, da zugleich der Lokkdown für Ungeimpfte fortgesetzt werde. Laut Kickl wird die Spaltung der Gesellschaft durch den kommenden „Impfzwang“ weiter verstärkt. Ungeimpfte Personen würden so zum „Sündenbock“ gemacht. Die FPÖ sei die einzig verbliebene Oppositionspartei, wobei nicht sie, sondern die Regierung durch ihre Politik „hunderttausende Menschen“ auf die Straße treibe.

In seiner Fundamentalkritik ortete Kickl „chronische, moralische und rechtsstaatliche Defizite“ der Bundesregierung. Seitens des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers habe es während dieser Sondersitzung keine Worte der Entschuldigung gegeben. Die einzige Lösung seien Neuwahlen, davor hätten die Koalitionsparteien jedoch „politische Angst“.

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer: „Diese Regierungsumbildung ist eine weitere große Zäsur in dieser Legislaturperiode.“

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

NEOS-Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger sprach von „Chaos“ und verlorenem Vertrauen der Bevölkerung in die Bundesregierung.

Maurer: Wer Neuwahlen verlanget, denkt egoistisch

„Diese Regierungsumbildung ist eine weitere große Zäsur in dieser Legislaturperiode“, hielt Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer fest. Die Grünen würden die Verantwortung für die BürgerInnen ernst nehmen und im Parlament und in der Regierung „alles tun“, um Österreich voranzutreiben und den Fortschritt zu gewährleisten. Wer nun Neuwahlen verlange, denke egoistisch, es gehe darum, das Leben für die Menschen einfacher und besser zu machen. Laut Maurer geht es um den Wiederaufbau von Vertrauen in die Politik, dazu reiche man allen im Hohen Haus die Hand. Teil davon sei jedoch auch, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Dies sei in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen.

Die Förderung des Zusammenhalts in der Gesellschaft stehe nun an erster Stelle. Egal ob Pandemie oder Klimakrise, die Grünen würden sich dabei an den Erkenntnissen der Wissenschaft orientieren.

Meinl-Reisinger: Stabilität, Tatkraft und Handlungsfähigkeit zur Bekämpfung der Pandemie

NEOS-Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger sprach von „Chaos“ und verlorenem Vertrauen der Bevölkerung in die Politik der Bundesregierung. Es brauche nun Stabilität, Tatkraft, Handlungsfähigkeit und entschlossenes Vorgehen zur Bekämpfung der Pandemie. Bei den dazu notwenigen Maßnahmen müsse das Leitmotiv gelten, die Einschränkungen der Freiheit zu begründen und nicht umgekehrt. Zudem müsse Schluß mit dem Motto „Koste es, was es wolle“ sein, da dies keine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik sei, so Meinl-Reisinger.

Die Corona-Krise habe Schwachstellen aufgezeigt, die jedoch das vor der Pandemie entstandene Regierungsprogramm nicht abdecke. Laut der NEOS-Klubobfrau braucht es Innovations-, Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen sowie die Beseitigung von „Bürokratiemonstern“. Das „Drehen an kleinen Schräubchen“ reiche nicht mehr aus. Sollte das nicht gelingen, spricht sich Meinl-Reisinger mittelfristig für Neuwahlen aus. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Die Österreichische Bundesregierung – Kabinett Nehammer

Karl Nehammer (ÖVP)
Bundeskanzler
Werner Kogler (Grüne)
Vizekanzler, Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport
Magnus Brunner (ÖVP)
Bundesminister für Finanzen
Karoline Edtstadler (ÖVP)
Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt
Leonore Gewessler (Grüne)
Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
Gerhard Karner (ÖVP)
Bundesminister für Inneres
Univ.-Prof. Martin Kocher (ÖVP)
Bundesminister für Arbeit
Elisabeth Köstinger (ÖVP)
Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus
Wolfgang Mückstein (Grüne)
Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Ao. Univ.-Prof.
Martin Polaschek (ÖVP)
Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Susanne Raab (ÖVP)
Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration im Bundeskanzleramt
Alexander Schallenberg (ÖVP)
Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten
Margarete Schramböck (ÖVP)
Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
Klaudia Tanner (ÖVP)
Bundesministerin für Landesverteidigung
Alma Zadić
Bundesministerin für Justiz (Grüne)
Andrea Mayer (ÖVP)
Staatssekretärin im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport
Claudia Plakolm (ÖVP)
Staatssekretärin im Bundeskanzleramt

Innenpolitik

Der Nationalfeiertag 2021

Foto: Präsidentschaftskanzlei / HBF

Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei seiner Rede zum Nationalfeiertag

Traditionsgemäß hielt Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 26. Oktober, dem Nationalfeiertag eine Ansprache im Fernsehen, die wir hier im Wortlaut wiedergeben:

Wir werden diesen Riß heilen

Guten Abend, liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle die in Österreich leben.

Viel könnte man im Augenblick sagen über die Lage der österreichischen Innenpolitik. Und die Erschütterungen der letzten Wochen. Und viel wird darüber noch zu sprechen sein. Wie ich an anderer Stelle gesagt habe: Wir werden nicht zur Tagesordnung übergehen.

Aber heute, heute ist Nationalfeiertag.

Und bei aller Tagespolitik darf uns der Blick auf das langfristige Wohl unseres Landes niemals verloren gehen. Ich möchte heute bewußt auf Dinge blicken, die unser Land langfristig betreffen.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns jetzt im zweiten Jahr der Pandemie. Und es tut mir in der Seele weh zu sehen, wie gespalten wir sind. Ein Riß ist durchs Land gegangen. Mitten durchs Land. Mitten durch Freundschaften. Mitten durch Familien. Wir müssen diesen Riß heilen. Und wir werden diesen Riß heilen.

Wir werden ihn aber nur dann heilen, wenn jede und jeder von uns einen Schritt auf den Anderen und die Andere zu macht. Egal, wo wir stehen, wir müssen aufeinander zugehen. Ja, manche von uns haben Angst. Und ich spreche hier von beiden Seiten. Diese Angst wird nicht einfach verschwinden, indem die jeweils andere Seite sie ignoriert oder belächelt. Diese Angst wird nur durch Versöhnung verschwinden. Durch Gespräche, durch Respekt voreinander. Und da müssen beide Seiten mittun. Das ist keine Einbahnstraße. Sehen wir doch das Gute im jeweils anderen. Und das gibt es. In jedem Menschen. Nur, wenn wir wieder lernen, dieses Gute im anderen zu sehen, haben wir eine Chance, den Riß zu heilen. Gehen wir aufeinander zu!

Denn wir werden einander brauchen, um die eigentliche, große Herausforderung zu bewältigen. Die wichtigste von allen.

Die Nachrichten sind voll davon. Wenn nicht gerade eine Regierungskrise davon ablenkt, sehen, hören und lesen Sie jeden Tag davon, in welch schlimmen Zustand sich das Klima unseres Planeten befindet. Ich könnte jetzt erzählen, was sich alles ereignet, von Waldbränden, Wirbelstürmen und Überflutungen, vom Anstieg der Meere, vom Aussterben ganzer Tierarten. Ich erspare Ihnen das jetzt.

Jeder und jede weiß es. Wir alle wissen, was los ist. Manche von ihnen werden vielleicht sagen: Der Alte soll eine Ruhe geben, ich kann's schon nicht mehr hören. Aber diese Freude kann ich Ihnen nicht machen: Ich werde keine Ruhe geben.

Ich will das Meinige dazu beitragen, für unsere Kinder und Enkelkinder eine gute Zukunft sicherzustellen.

Sehen Sie, das Leben auf unserem Planeten ist gegen jede Wahrscheinlichkeit entstanden. Wie erstaunlich und wie unwahrscheinlich ist es, daß durch Millionen von Jahren aus einem galaktischen Sternenhaufen ein Sonnensystem entstanden ist, in dem ein Planet entstanden ist, auf dem eine Atmosphäre entstanden ist, Leben entstanden ist, menschliches Leben, schließlich unsere Gesellschaft, unsere Kultur, unsere Wissenschaft?

Der simple Umstand, daß aus den Millionen von Möglichkeiten wir, gerade wir es sind, die sich jetzt hier befinden, erfüllt mich mit Staunen – und Dankbarkeit. Wir haben als Menschheit auf diesem unwahrscheinlichen Planeten – Seuchen überstanden, – Ka-

Foto: Bundesheer

Auf dem Heldenplatz (v.r.): Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Alexander Schallenberg, Vizekanzler Werner Kogler, Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und Wiens Bürgermeister Michael Ludwig mit hohen Vertretern des Österreichischen Bundesheers

tastrophen überlebt, – Kriege hinter uns gelassen, – uns entwickelt, – wir haben es, wie man so sagt, an die „Spitze der Evolution" geschafft. Wir sind nicht so weit gekommen, um jetzt innerhalb weniger Generationen alles wieder wegzuschmeißen. Das Leben auf diesem Planeten ist zu wunderschön, zu einzigartig, zu wertvoll.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle, die hier leben:

Mich hat die Natur dieses Planeten und speziell unserer wunderschönen Heimat geprägt. Ich bin barfuß als Kind durch die Wiesen und Wälder des Kaunertales gelaufen, ich bin als junger Mann auf die Gipfel der Berge gestiegen und habe ins Land geblickt, ich habe diese tiefe Verbindung zur Natur gespürt.

Dieses Land – im wahrsten Sinne des Wortes – hat mich positiv geprägt. Und ich will, daß es auch unsere Kinder positiv prägt. Ich will, daß auch unsere Kinder noch fühlen und lernen können, was es heißt, barfuß über eine Wiese zu laufen, den frischen Schnee auf der Zunge schmelzen zu lassen, die Sonne als Wohltat und nicht als Bedrohung zu erleben. Richtig naturverbunden zu sein. Dieses Land kann uns so viel Kraft geben. Ich will das auch für unsere Kinder.

Und ich werde keine Ruhe geben, bevor ich nicht sicher bin, daß unsere Kinder o.k. sind. Daß auch sie den Adler aus der echten Natur kennen und nicht nur von unserer Nationalflagge. Daß sie wissen, es geht weiter.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Alexander Schallenberg (r.) und Vizekanzler Werner Kogler bei der traditionellen Kranzniederlegung im Weihraum am Wiener Heldenplatz

Es kommt ein Frühling, es werden die Bäume wieder blühen, es wird die Pandemie vorbei gehen, und die Impfung hilft uns dabei – wir werden eine neue, gerechtere, gesündere, naturverbundene Gesellschaft bauen.

Ich werde keine Ruhe geben bis ich sicher bin, daß für unsere Kinder gesorgt ist. Daß der Planet, den wir übergeben, in Ordnung übergeben wird.

Und das ist, unter all den wichtigen Herausforderungen unserer Zeit die allerwichtigste.

Bitte helfen Sie mit. Ich danke Ihnen!

Die alljährliche Feier am Heldenplatz

Heuer fand am Nationalfeiertag zum 26. Mal die traditionelle Informations- und Leistungsschau des Österreichischen Bundesheeres auf dem Wiener Heldenplatz statt: Diesmal – wie schon im Vorjahr – jedoch nicht wie gewohnt unter Einladung der breiten Öffentlichkeit am Heldenplatz mit großer Leistungsschau, sondern als sogenannter „Hybrid-Event" mit Live-Berichterstattung des ORF und privater TV-Sender sowie auch virtuell unter

https://www.nationalfeiertag21.at/

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Alexander Schallenberg hielt Im Rahmen der Angelobung der RekrutInnen des Österreichischen Bundesheeres am Heldenplatz eine Rede zum Nationalfeiertag.

Foto: BKA / Dragan Tatic

v.r.: Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Alexander Schallenberg und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner (hinter ihr Vizekanzler Werner Kogler

Schallenberg: Österreich ist keine Insel der Seligen

„Als am heutigen Tag im Jahr 1955 unsere immerwährende Neutralität als einer der Grundsätze unserer Bundesverfassung beschlossen wurde, waren Österreich und der gesamte europäische Kontinent von den Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs schwer gezeichnet. Heute, 66 Jahre später, können wir in einer starken, wohlhabenden und gefestigten Republik im Herzen eines geeinten Europas leben“, sagte Bundeskanzler Alexander Schallenberg bei seiner Rede.

„Der Nationalfeiertag ist jedoch nicht nur ein Tag zum Feiern, sondern auch eine Gelegenheit, um innezuhalten. Das scheint gerade in Zeiten wie diesen besonders sinnvoll“, betonte der Kanzler. Debatten seien das Schmiermittel jeder offenen, pluralistischen Gesellschaft. Es sollte jedoch nie darauf vergessen werden, „was für ein Glück wir haben, in einem Land wie Österreich leben zu dürfen. Ein Land mit wunderbarer Landschaft und großartiger Kultur, in dem wir alle Grund- und Freiheitsrechte genießen können und Freiheit und Demokratie herrschen. Darum beneiden uns viele Länder dieser Welt“, so Schallenberg. Das dem so sei, stelle jedoch keine Selbstverständlichkeit dar. „Wir verdanken dies einem starken Fundament, das seit 1945 gelegt und immer weiter gefestigt wurde.“ Daher sollte dieser Tag auch genützt werden, um all jenen zu danken und zu gedenken, die in der Vergangenheit diese Basis geschaffen haben, „damit wir heute in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand leben können“, sagte der Kanzler.

„Wir müssen uns unsere Verantwortung auf allen Ebenen der Politik immer wieder in Erinnerung rufen.“ Keiner auf politischer Ebene dürfe glauben, daß man sich einseitig ausnehmen könne und es ein Opt-Out, ein Aussteigerprogramm von der gesellschaftspolitischen Verantwortung gebe. Dieses Verantwortungsgefühl müsse sich gerade in einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung wie der Bekämpfung der Pandemie oder dem Kampf gegen den Klimawandel zeigen.

„Die Herausforderungen der letzten Jahre, insbesondere die Pandemie und der Terroranschlag in Wien, haben uns deutlich vor Augen geführt, daß wir keine Insel der Seligen sind“, so der Regierungschef. Österreich bleibe von internationalen Entwicklungen nicht unberührt. All diese Ereignisse hätten bestehende Schwächen im gesamtstaatlichen Agieren in Krisenzeiten aufgezeigt. „Für mich bedeutet Politik, die richtigen Lehren zu ziehen, damit wir für die nächste Krise besser gewappnet sind.“ Mit dem unmittelbar zuvor im Ministerrat vorgestellten Krisensicherheitsgesetz seien die richtigen Lehren gezogen worden. Es würden Strukturen mit klaren Zuständigkeiten geschaffen, die Koordinierungsmechanismen gestrafft und dadurch eine raschere Abstimmung und Reaktion in allen Bereichen der nationalen Sicherheit gewährleistet.

„Für mich aber ist als Bundeskanzler eine Sache ganz klar: unsere nationale Sicherheit hat keine Parteifarbe. Wenn sie eine Farbe hat, dann ist es Rot-Weiß-Rot. Wir werden daher in den nächsten Wochen dieses Gesetz konstruktiv mit allen im Nationalrat vertretenen Parteien verhandeln und alles daransetzen, daß die Sicherheit für alle Menschen in unserem Land bestmöglich gewährleistet ist“, sagte Alexander Schallenberg.

Bundesheer dient dem Land und dem Gemeinwohl

„Heute haben die Rekruten das Treuegelöbnis auf die Republik Österreich geleistet und damit bekräftigt, dem Land und seinem Volk zu dienen. Das ist in meinen Augen eines der schönsten Gelöbnisse, das man ablegen kann, ein Gelöbnis, das ich selbst in anderen Worten vor wenigen Tagen als Bundeskanzler abgeben durfte. Dem eigenen Land, der eigenen Gemeinschaft nach be-

Foto: Bundesheer

Höhepunkt am Wiener Heldenplatz war die Angelobung von 100 RekrutInnen, die ihr Treuegelöbnis auf die Republik Österreich sprachen.

stem Wissen und Gewissen mit all seinen Kräften dienen zu dürfen, ist eine wunderschöne Aufgabe, die jedoch auch mit großer Verantwortung einhergeht“, sagte der Regierungschef in seiner Ansprache. Gerade das österreichische Bundesheer trage den Gedanken des Dienens für das Gemeinwohl in sich.

„Wir wissen daher, daß wir uns immer auf unser Bundesheer verlassen können und das ist ein gutes Gefühl.“ Wenn man an die Pandemie, den Terroranschlag, Lawinen- und Hochwasserkatastrophen oder auch an die Kernaufgabe des Heeres – die umfassende Landesverteidigung – denke, sehe man, daß „unsere Soldatinnen und Soldaten immer zur Stelle sind, wenn sie gebraucht werden, im In- wie im Ausland“.

Diese Arbeit verdiene Wertschätzung und Respekt von allen Seiten, aber auch eine gute Ausrüstung, taugliche Kasernen und eine angemessene Entlohnung. Daher sei es umso erfreulicher, daß Verteidigungsministerin Klaudia Tanner heuer zum dritten Mal in Folge das höchste Budget für das Bundesheer ausverhandelt habe, so Schallenberg.

Foto: Bundesheer

Corona: Appell zur Impfung

Darüber hinaus betonte der Bundeskanzler, daß sich gerade in der Coronapandemie gezeigt habe, daß man Krisen nur überwinden könne, wenn man zusammenarbeite und nach vorne schaue. „Letztes Jahr an diesem Tag war die Verfügbarkeit der Coronaschutzimpfung noch eine Hoffnung. Heute haben wir diese Impfung und sie wirkt. An all jene Menschen, die noch zögern und unsicher sind möchte ich appellieren: Bitte lassen Sie sich impfen! Bitte schützen Sie sich! Sie schützen damit auch alle anderen Menschen in diesem Land, Ihre Familie, Ihre Freunde und Ihre Arbeitskollegen. Nur gemeinsam können wir diesem Virus ein Ende bereiten und unsere Rückkehr zur Normalität fortsetzen“, wandte sich Alexander Schallenberg mit einem Appell an die Bevölkerung. Sicherheit, Gesundheit, Familie und gesellschaftlicher Zusammenhalt seien das Wesentliche im Leben. „Das ist es, was uns ausmacht. Vielen Dank an alle, die dazu täglich einen Beitrag leisten. Wir können stolz auf das sein, was wir gemeinsam in Österreich geleistet haben. Ich wünsche Ihnen allen einen schönen Nationalfeiertag. Es lebe die Republik Österreich und es lebe unser gemeinsames Europa“, so Bundeskanzler Alexander Schallenberg. ■

Innenpolitik

Oö: Neue Landesregierung

1. (konstituierende) Sitzung des Oö. Landtags – Angelobung von Thomas Stelzer zum Landeshauptmann von Oberösterreich

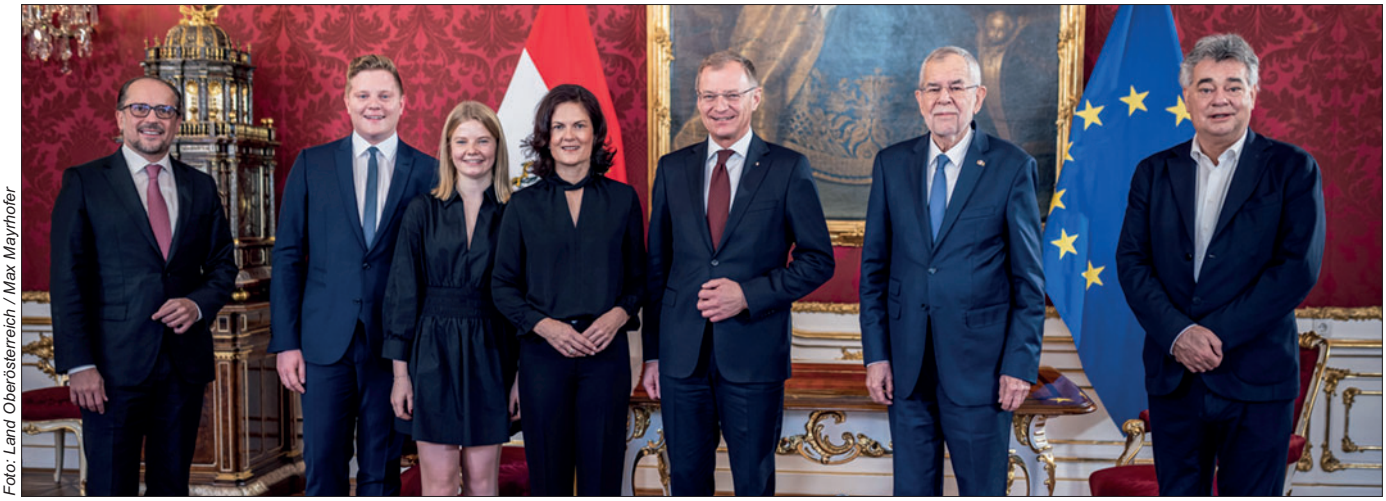


Foto: Land Oberösterreich / Max Mayrhofer

v.l.: Bundeskanzler Alexander Schallenberg, Lukas, Lena, Bettina und Landeshauptmann Thomas Stelzer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Vizekanzler Werner Kogler anläßlich der Angelobung in den Amtsräumen des Bundespräsidenten in der Wiener Hofburg

Am Samstag, dem 23. Oktober, fand die 1. (konstituierende) Sitzung des Oö. Landtags statt. Bei dieser wurde Max Hiegelsberger zum Ersten Landtagspräsidenten, Sabine Binder zur 2. Präsidentin und Peter Binder zum 3. Präsidenten gewählt. Thomas Stelzer wurde von den Abgeordneten neuerlich zum Landeshauptmann gewählt und angelobt.

Nach der konstituierenden Landtagssitzung ist die Oö. Landesregierung zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Bei dieser wurden die Geschäftsverteilung sowie die Geschäftsordnung der Oö. Landesregierung beschlossen.

Thomas Stelzer ist am 27. Oktober von Bundespräsident Alexander Van der Bellen zum oberösterreichischen Landeshauptmann angelobt worden. Stelzer wurde von seiner Frau und seinen beiden Kindern in die Hofburg begleitet. Bundeskanzler Alexander Schallenberg und Vizekanzler Werner Kogler wohnten der Zeremonie in den „bescheidenen imperialen Amtsräumlichkeiten“, wie sie Alexander Van der Bellen nannte, bei.

Das Staatsoberhaupt fand viele schöne Worte für das Land Oberösterreich. Dieses stünde als Industrieland vor besonderen Herausforderungen hinsichtlich der angestrebten Klimaneutralität. „Machen wir uns nichts vor. Der klimapolitische Abgrund, vor dem wir stehen, erfordert eine industrielle Revolution“, sagte der Bundespräsident. „Es wird unsere ganze Innovationskraft brauchen, um diese Herausforderung zu meistern.“ Er sei aber optimistisch, weil Oberösterreich ein Land der Innovation sei. Persönlich sei er mit Linz verbunden, weil sein Vater 20 Jahre lang sein Büro in Linz gehabt habe. Als Kind sei er jeden Sommer vier Wochen am Attersee gewesen, heute sei es nur mehr eine Woche und „meine Frau ist Oberösterreicherin“, betonte Alexander Van der Bellen seine Verbundenheit mit Oberösterreich. ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/

Foto: Land Oberösterreich / Peter Mayr

Die neue Landesregierung 1. Reihe v.l.: Landesrätin Michaela Langer-Weninger, Landeshauptmann-Stv. Manfred Haimbuchner, Landeshauptmann Thomas Stelzer, Landeshauptmann-Stv. Christine Haberlander, Landesrätin Birgit Gerstorfer, Landesamtsdirektor Erich Watzl; 2. Reihe v.l.: Landesrat Stefan Kaineder, Landesrat Günther Steinkellner, Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer, Landesrat Markus Achleitner.

Wirtschaft

Neustart aus der Pandemie

UniCredit Bank Austria: Anhaltende Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2021 erwartet – Wiener Wirtschaft im Erholungsmodus

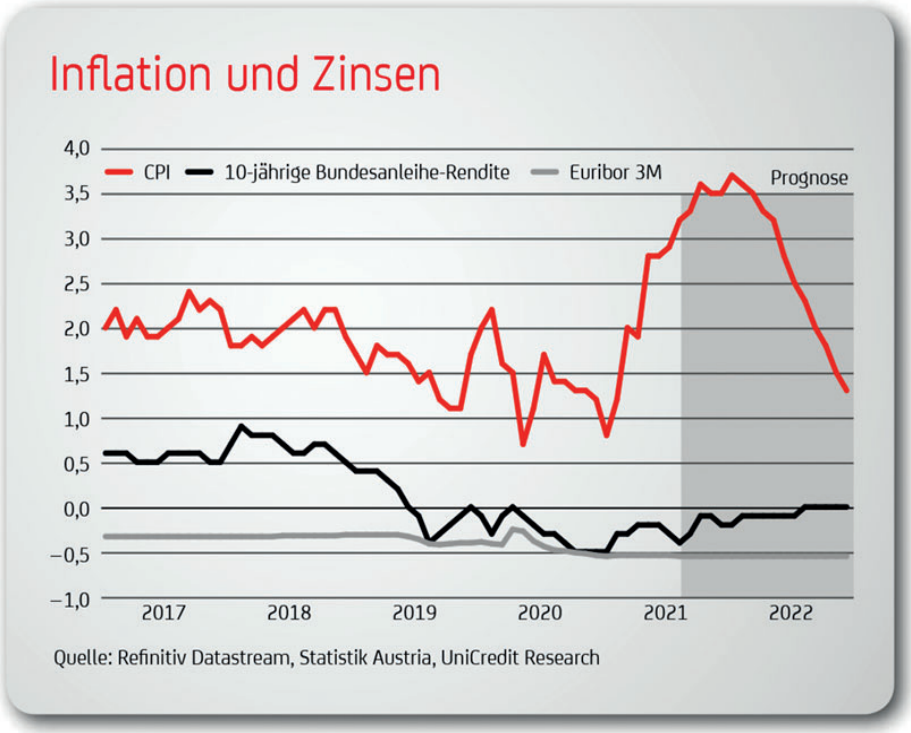
Globale Rezession 2020

Die Weltwirtschaft befand sich im Jahr 2020 fest im Griff der SARS- CoV-2 Pandemie. Ausgehend von China waren aufgrund der raschen Verbreitung der Virusinfektionen und der Gefahr einer Überlastung der Gesundheitsversorgungssysteme nach Asien auch die Länder in Europa und in Amerika ab dem Frühjahr zu umfassenden Beschränkungen des Wirtschaftslebens gezwungen. Infolge von Produktionsunterbrechungen, Geschäftsschließungen und Ausgangsbeschränkungen schlitterten sowohl die USA als auch die Europäische Union in der ersten Jahreshälfte in eine tiefe Rezession. Im Sommer wurden weltweit die gesetzten wirtschaftlichen Beschränkungen gelockert, wodurch mit Unterstützung eines kräftigen Nachholeffekts des Konsums eine starke Erholung der Konjunktur einsetzte. Während in den meisten asiatischen Ländern die Pandemie weitgehend unter Kontrolle gehalten werden konnte, setzte ab dem Herbst insbesondere in Europa eine weitere Infektionswelle ein, die erneut Lockdowns notwendig machte und eine erneute Rezession auslöste. Insgesamt führte die mitunter rasante Berg-und-Talfahrt der Konjunktur in Abhängigkeit von den jeweils gesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu einem Rückgang der globalen Wirtschaftsleistung um real über 3 %. Während China die einzige größere Wirtschaftsnation blieb, die 2020 ein Wirtschaftswachstum erreichen konnte, sank in den USA das reale BIP um 3,4 % und im Euroraum bedingt durch striktere Lockdowns sogar um 6,7 %.

Auch in Österreich fiel der wirtschaftliche Einbruch bedingt durch die starke Ausrichtung auf kontaktintensive Dienstleistungen, wie den Tourismus, mit 6,7 % sehr deutlich aus.

Beginn der wirtschaftlichen Gesundung im ersten Halbjahr 2021

Ausgehend von China und weiten Teilen des asiatischen Raums sowie der US-Wirtschaft verbesserte sich die globale konjunkturelle Lage seit Jahresbeginn 2021 kontinuierlich. Im Frühjahr setzte nach der Zurücknahme von wirtschaftlichen Beschränkungen dank der Durchbrechung der dritten Pandemiewelle und steigender Durchimpfungsraten in der Bevölkerung auch in Europa eine kräftige wirtschaftliche Erholung ein. Während die US-Wirtschaft dank eines früheren Erholungsbeginns im ersten Halbjahr 2021 um mehr als 6 % zulegen konnte und damit bereits das Vorkrisenniveau überschritten hat, blieb bei fast gleich hoher Dynamik der Euroraum noch hinter dem Vorkrisenniveau zurück. Aufgrund des zudem stärkeren Einbruchs im Vorjahr weist die europäische Wirtschaft Mitte 2021 noch eine Lücke von gut 2,5 Prozentpunkten gegenüber dem Vorkrisenniveau auf.



Die Verbesserung des internationalen Umfelds

führte bereits zu Jahresbeginn 2021 zu einer Erholung der exportabhängigen Industriebereiche der österreichischen Wirtschaft. Zudem hatte die Bauwirtschaft dank prall gefüllter Auftragsbücher gestützt auf öffentliche Aufträge und steigenden Wohnbedarf einen guten Start ins Jahr. Die Beschränkungen zur Eindämmung der dritten Infektionswelle für viele Dienstleistungsbranchen verursachten jedoch einen erneuten Rückgang der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal und komplettierte damit eine (technische) Rezession über den Winter. Mit der Lockerung der Pandemiebekämpfungsmaßnahmen im Frühjahr wechselten der Handel, das Gastgewerbe und viele andere Dienstleistungsbranchen schlagartig in den Erholungsmodus und trugen gestützt auf einen starken Nachholbedarf und aufgestaute Ersparnisse der Konsumenten den nunmehr auf breiter Basis laufenden Neustart der österreichischen Wirtschaft kräftig mit. Für das erste Halbjahr 2021 ergab sich damit noch ein Plus um über 3,5 % im Jahresvergleich.

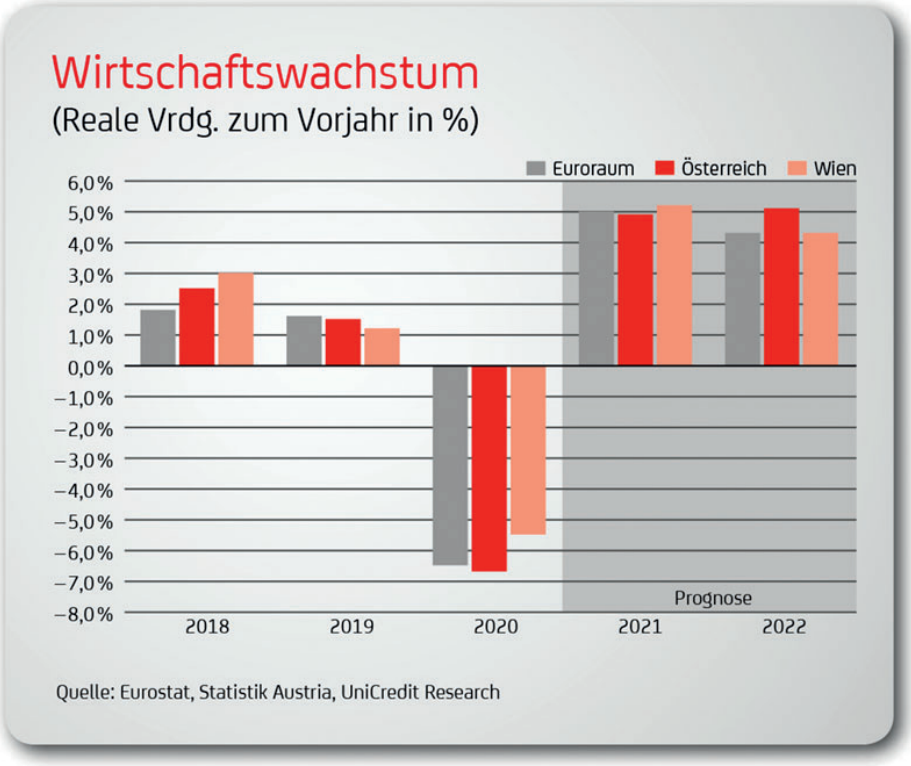
Im Zuge der Erholung kam es in der ersten Hälfte des Jahres 2021 weltweit zu einer Beschleunigung der Inflation, verursacht durch höhere Rohstoffpreise, gestiegene Transportkosten, Problemen in den Lieferketten sowie einer an Schwung gewinnenden Nachfrage. Dies spiegelte nach der Wiederbelebung vieler Branchen, die die Preise unter anderem für verbrauchernahe Dienstleistungen anhoben, auch das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bei bestimmten Produkten wider. In Österreich stieg die Verbraucherpreisinflation von unter 1 % zu Jahresbeginn auf über 3 % zur Jahresmitte 2021.

Wirtschaft

Die Europäische Zentralbank hat trotz des Inflationsanstiegs im ersten Halbjahr die geldpolitische Ausrichtung unverändert belassen. Der Leitzinssatz liegt unverändert bei 0 % bzw. der Einlagenzinssatz bei minus 0,5 % und die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen anläßlich der Pandemie wurden fortgesetzt. Um die günstigen Finanzierungsbedingungen zu erhalten, setzt die EZB weiter auf Liquiditätsmaßnahmen im Rahmen der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO-III) zur Unterstützung der Kreditvergaben an Klein- und Mittelbetriebe sowie auf das Wertpapierkaufprogramm, in dessen Rahmen monatlich Nettokäufe im Umfang von 20 Mrd. Euro erfolgen. Auch das Notfall-Anleihekaufprogramm (PEPP: Pandemic Emergency Purchase Programme) wurde in der ersten Jahreshälfte 2021 unverändert mit monatlichen Käufen von rund 80 Mrd. Euro fortgeführt.

Diese Maßnahmen führten zu einem weiteren leichten Rückgang der Kreditzinsen der Geschäftsbanken in Österreich. Der durchschnittliche Zinssatz im Neugeschäft für Wohnbaukredite an private Haushalte sank im ersten Halbjahr auf rund 1,2 % von durchschnittlich 1,34 % im Jahr 2020.

Unterstützt durch die noch günstigeren Konditionen legte die hohe Dynamik der Wohnbaudarlehen für Haushalte im ersten Halbjahr 2021 erneut stark zu und erreichte Mitte des Jahres ein Plus von rund 9 % im Jahresvergleich. Die starke Zunahme der Kreditvolumina ist auch der zweistelligen Preisdynamik bei Immobilien im ersten Halbjahr 2021 geschuldet, nachdem bereits im Jahr 2020 der Wohnimmobilienpreisindex um durchschnittlich 7 % gestiegen ist.



Anhaltende Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2021 erwartet

Der vom asiatischen Raum und der US-Wirtschaft ausgegangene Aufschwung hat große Teile der Weltwirtschaft in der ersten Jahreshälfte 2021 erfaßt. Nach dem Einbruch des globalen BIP um über 3 % durch die Pandemie im Jahr 2020 erwartet die UniCredit Bank Austria für das Gesamtjahr 2021 einen Anstieg der globalen Wirtschaftsleistung um 5,8 %, wenn auch für das zweite Halbjahr konjunkturelle Abwärtsrisiken durch die Verbreitung neuer Virusvarianten bestehen.

In einigen größeren Schwellenländern, wie z. B. China beginnt sich nach dem starken Start nach der Pandemie der Aufschwung mittlerweile zu verlangsamen. Dazu trägt auch die anlaufende Zurücknahme der geld- und fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen bei. Dennoch wird die chinesische Wirtschaft mit einem Plus um 8,5 % die Er-

Österreich im Überblick

							Prognose	
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,0	2,0	2,3	2,5	1,5	−6,7	4,9	5,1
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	0,5	1,5	2,0	1,1	0,7	−8,5	3,9	5,5
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %)[1]	2,3	4,3	4,2	4,4	4,8	−5,2	8,0	4,0
Exporte i.w.S. (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	3,0	3,0	4,9	5,1	3,4	−10,8	9,8	8,8
Importe i.w.S. (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	3,6	3,7	5,3	5,3	2,0	−9,4	11,5	5,8
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	1,7	2,7	1,4	0,9	2,1	1,9	0,2	0,7
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	0,9	0,9	2,1	2,0	1,5	1,4	2,6	2,6
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	9,1	9,1	8,5	7,7	7,4	9,9	8,1	7,2
Arbeitslosenquote (Eurostat)	6,2	6,5	5,9	5,2	4,8	6,0	6,1	4,9
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %)[2]	0,9	1,5	1,9	2,4	1,5	−2,1	2,1	1,6
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP)	−1,0	−1,5	−0,8	0,2	0,6	−8,3	−5,5	−2,0
Öff. Verschuldung (in % des BIP)	84,9	82,8	78,5	74,0	70,6	83,2	82,8	78,8

1) Bruttoanlageinvestitionen, 2) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen
Quelle: Statistik Austria, ÖNB, UniCredit Research

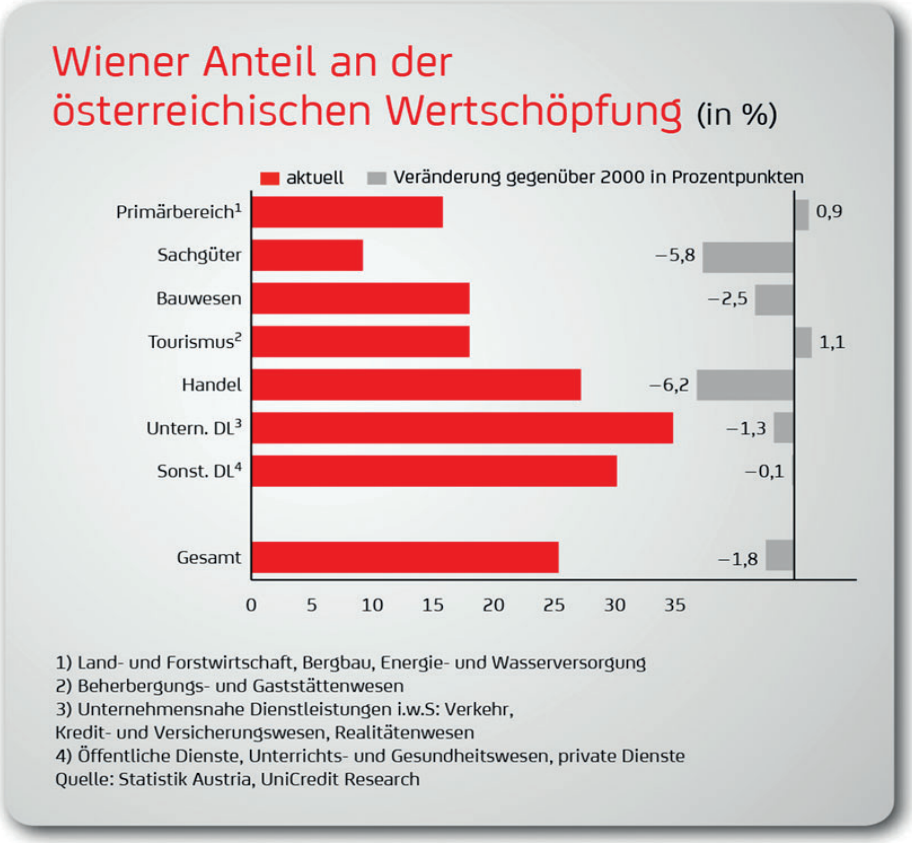
holung der Weltwirtschaft anführen. In vielen entwickelten Volkswirtschaften setzt der Konsum mittlerweile als Wachstumsstütze stark ein. Die US-Wirtschaft profitiert davon mit einem überdurchschnittlich kräftigen Wirtschaftswachstum von rund 6 %, zumal ein Wirtschaftsplan mit zusätzlichen fiskalischen Impulsen ausgerollt wurde. Für den Euroraum scheint nach etwas verspätetem Erholungsbeginn ein Anstieg des BIP um 5 % im Jahr 2021 in Reichweite, fiskalpolitisch unterstützt durch den Aufbauplan unter dem Titel „Next Generation EU" mit einem Umfang von 750 Mrd. Euro, der gemeinsame finanzielle Ressourcen seit Jahresmitte vor allem den wirtschaftlich am stärksten betroffenen Staaten zur Verfügung stellt.

Durch die generelle Öffnung der österreichischen Wirtschaft inklusive aller Dienstleistungsbereiche nach der Abschwächung der Pandemie hat die Stimmung in allen Wirtschaftssektoren in den optimistischen Bereich gedreht, was unmittelbar für eine Fortsetzung des starken Aufschwungs seit dem Frühjahr spricht. Allerdings sollte sich ab Herbst der Aufholprozeß der österreichischen Wirtschaft in einem Umfeld, das erneut von höheren Infektionszahlen gekennzeichnet sein dürfte, verlangsamen. Die UniCredit Bank Austria geht davon aus, daß sich die Erholung dennoch als nachhaltig erweisen wird, so daß in Österreich die Wirtschaftsleistung, die Mitte 2021 noch rund 2,5 Prozentpunkte unter dem Vorkrisenniveau lag, dieses dank eines Wirtschaftswachstums im Gesamtjahr von fast 5 % bereits Ende 2021 wieder erreichen dürfte.

Der Höhepunkt der Inflationsentwicklung in Österreich ist mit Werten über der 3-Prozent-Marke um den Jahreswechsel zu erwarten, wenn auch das Ölpreisdifferenzial zum Vorjahr am höchsten sein wird.

Im Jahresverlauf 2022 sollte unterstützt durch das Auslaufen von preistreibenden Lieferengpässen die Inflation in Österreich wieder abklingen, da im Wesentlichen kein Anspringen einer Lohn-Preisspirale zu erwarten ist. Im Jahresdurchschnitt 2021 geht die UniCredit Bank Austria von einer Inflationsrate von 2,6 % aus.

Trotz des starken Aufschwungs der Wirtschaft und der gestiegenen Inflation werden die Leitzinsen im Euroraum in der zweiten Jahreshälfte 2021 voraussichtlich auf dem aktuell tiefen Niveau verbleiben. Die Europäische Zentralbank betrachtet den hauptsächlich durch Versorgungsengpässe und den höheren Ölpreis verursachten Inflationsanstieg als temporär und wird demnach die Phase höherer Inflation voraussichtlich ohne eine Zinsreaktion durchtauchen. Allerdings wird die EZB über die Zukunft des europäischen Notfallkaufprogramms PEPP, das zumindest bis Ende März 2022 läuft, noch vor Ende 2021 entscheiden.



Hohes Wirtschaftswachstum 2022

Für 2022 ist dank des hohen statistischen Überhangs eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in Österreich auf sogar 5,1 % in Reichweite. Das wäre das stärkste Plus seit rund 50 Jahren. Angesichts des anhaltenden Erholungstempos wird sich die Arbeitslosenquote nach voraussichtlich 8,1 % im Jahresdurchschnitt 2021 auf 7,2 % im Jahr 2022 verringern. Dank rückläufiger Ölpreise sollte die Teuerung in Österreich durchschnittlich erneut 2,6 % betragen.

Wiener Wirtschaft im Erholungsmodus

Aufgrund der relativ hohen Gewichtung der Informationstechnologie und des öffentlichen Bereichs für die Wiener Wirtschaft, die von den Maßnahmen der Pandemie – Stichwort Digitalisierung – teilweise sogar profitierten, fiel der Corona-bedingte wirtschaftliche Einbruch 2020 mit 5,5 % im Österreichvergleich unterdurchschnittlich stark aus. Allerdings waren manche Branchen, wie der Städtetourismus, besonders stark betroffen. Die Bundeshauptstadt war das einzige Bundesland, in dem die Industrie 2020 Wertschöpfungsgewinne verbuchte. Dagegen war die Wiener Bauwirtschaft mit einem Wertschöpfungsverlust von 7 % das Schlußlicht im Bundesländerranking.

Nach dem historischen Corona-bedingten Wirtschaftseinbruch 2020 wird die Wiener Stadtwirtschaft heuer wieder mit 4,5 % robust wachsen. Für die Wiener Hotellerie wird aber auch 2021 ein sehr herausforderndes Jahr werden. Eine weiterhin schwache Nachfrage von Gästen aus Übersee und der fehlende Kongresstourismus kennzeichnen dieses Jahr, in dem die UniCredit Bank Austria einen Anstieg der Übernachtungen in Wien im Gesamtjahr 2021 um 10 % gegenüber 2020 erwarten.

Dies bedeutet aber immer noch ein Minus von über 70 % gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019. Die Öffnung der Wirtschaft ab Mai sollte für ein solides Wachstum des Wiener Handels und der Verkehrswirtschaft sorgen. Die robuste Industriekonjunktur vor allem bei den sonstigen Waren und bei der chemischen Industrie wird sich auch 2021 in einem günstigen internationalen Umfeld fortsetzen. Die verbesserten konjunkturellen Rahmenbedingungen führen 2021 zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf durchschnittlich 13 % nach 15,1 % im Vorjahr. ■

http: //www.bankaustria.at

Regionale Wirtschaft

WIFO-Prognose für 2021 bis 2023: Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich

Die kräftige Konjunkturerholung in Österreich im Frühjahr und Sommer 2021 wird im 2. Halbjahr durch den neuerlichen Lockdown, anhaltende Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise gebremst. 2022 dürfte sich die Wirtschaft nach der Aufhebung der Einschränkungen rasch wieder erholen. Aufgrund der schrittweisen Auflösung der Hemmnisse wird für das Gesamtjahr 2022 ein kräftiges Wachstum erwartet. 2023 schwenkt die österreichische Wirtschaft dann auf einen moderaten Wachstumskurs ein. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich im Prognosezeitraum günstig. Die Inflation wird auch 2022 hoch bleiben.

2022 werden jene Bereiche kräftig wachsen, die 2021 von den behördlichen Einschränkungen betroffen waren, insbesondere der Handel, die Beherbergung und Gastronomie sowie andere konsumnahe Dienstleistungen. Der Aufschwung in der Industrie wird sich zwar fortsetzen, da sich die Lieferengpässe allmählich auflösen. Das Aufholpotential ist hier aber bereits ausgeschöpft“, so die Autoren der aktuellen WIFO-Prognose Stefan Ederer und Stefan Schiman.

Die österreichische Wirtschaft wächst 2021 kräftig. Die neuerlichen behördlichen Einschränkungen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie, anhaltende Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise dämpfen in der zweiten Jahreshälfte jedoch die Erholung. ImIV. Quartal wird das BIP voraussichtlich schrumpfen.

Der Aufschwung dürfte sich dennoch 2022 fortsetzen. Wie schon in vergangenen Öffnungsphasen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Aufhebung der Einschränkungen kräftig zunehmen. Auch die Lieferengpässe dürften sich im Jahresverlauf 2022 allmählich auflösen, wodurch Produktionshemmnisse wegfallen und geplante Investitionsvorhaben umgesetzt werden. Ab der zweiten Jahreshälfte 2022 wird die österreichische Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumskurs einschwenken. Nach 4,1 % im Jahr 2021 wird das BIP 2022 um 5,2 % und 2023 um 2,5 % wachsen.

Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hält auch im Prognosezeitraum an. Die Beschäftigung dürfte weiter steigen und die Arbeitslosenquote zurückgehen. 2022 wird die Arbeitslosenquote wieder unter ihrem Vorkrisenniveau liegen.

Die Rohstoffpreise bleiben zwar noch bis weit in das Jahr 2022 hinein auf hohem Niveau; aufgrund des Nachlassens der weltweiten Nachfrage dürften sie jedoch allmählich sinken und so den Preisauftrieb im Inland dämpfen. 2023 nähert sich die Inflation wieder dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2 %.

Hauptergebnisse der Prognose

		2018	2019	2020	2021	2022	2023
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real		+ 2,5	+ 1,5	– 6,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,5
Herstellung von Waren		+ 4,3	+ 0,6	– 7,0	+ 8,6	+ 3,2	+ 3,5
Handel		+ 4,2	+ 2,0	– 4,2	+ 5,6	+ 5,4	+ 3,5
Private Konsumausgaben[1]), real		+ 1,1	+ 0,7	– 8,5	+ 3,4	+ 6,3	+ 2,9
Dauerhafte Konsumgüter		+ 1,0	+ 0,3	– 2,6	+ 11,0	+ 4,0	+ 3,0
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 4,4	+ 4,8	– 5,2	+ 5,7	+ 4,8	+ 1,8
Ausrüstungen[2])		+ 3,4	+ 5,5	– 6,5	+ 6,3	+ 6,5	+ 1,7
Bauten		+ 5,6	+ 4,0	– 3,7	+ 4,9	+ 2,8	+ 1,9
Exporte, real		+ 5,1	+ 3,4	– 10,8	+ 10,2	+ 8,5	+ 4,2
Warenexporte, fob		+ 4,7	+ 2,7	– 7,8	+ 14,0	+ 5,0	+ 3,8
Importe, real		+ 5,3	+ 2,0	– 9,4	+ 12,6	+ 6,1	+ 3,9
Warenimporte, fob		+ 4,1	– 0,0	– 6,4	+ 14,5	+ 4,3	+ 3,5
Bruttoinlandsprodukt, nominell		+ 4,3	+ 3,1	– 4,6	+ 5,8	+ 8,1	+ 4,6
	Mrd. €	385,42	397,52	379,32	401,15	433,81	453,84
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	0,9	2,1	1,9	– 0,8	0,8	0,8
Verbraucherpreise		+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,3	+ 2,2
Dreimonatszinssatz	in %	– 0,3	– 0,4	– 0,4	– 0,6	– 0,4	0,4
Sekundärmarktrendite[3])	in %	0,7	0,1	– 0,2	– 0,1	0,1	0,5
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	0,2	0,6	– 8,3	– 6,2	– 1,8	– 0,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte[4])		+ 2,5	+ 1,6	– 2,0	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,7
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat)[5])		5,2	4,8	6,0	6,4	4,8	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		7,7	7,4	9,9	8,0	7,2	6,8

Quellen: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2021 bis 2023: Prognose. – 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Labour Force Survey.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo ist auch 2021 von den hohen Ausgaben für die Bewältigung der Gesundheitskrise und den staatlichen Hilfsprogrammen geprägt und wird erneut deutlich negativ ausfallen. Automatische Stabilisatoren und das Auslaufen zahlreicher Stützungsmaßnahmen werden 2022 und 2023 trotz der Einnahmenausfälle durch die Steuerreform zu einer deutlichen Verbesserung des Saldos beitragen. Die vorliegende Prognose beruht auf der Annahme, daß die Mitte Dezember verlautbarte Aufhebung der Einschränkungen in Österreich entsprechend umgesetzt wird. Weiters wurde angenommen, daß die Einführung der Impfpflicht einen Anstieg der Impfquote nach sich zieht, sodaß sich die dämpfende Wirkung der weiter bestehenden Einschränkungen für Ungeimpfte auf die Konjunktur allmählich abschwächt. Ein mögliches neuerliches Aufflammen der Pandemie, etwa durch die Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus, und etwaige erneute Einschränkungen des Wirtschaftsgeschehens wurden in der vorliegenden Prognose dagegen nicht berücksichtigt. ■

https://www.wifo.ac.at

Konjunktur-Frühschätzung 10/21

Umsatzwachstum von 13,9% gegenüber Oktober 2020 im Produzierender Bereich – im Vergleich zum Vorkrisenniveau im Oktober 2019 Plus von 11,1 %

Für Oktober 2021 zeigen die Konjunktur-Frühschätzungen zu Industrie und Bau (ÖNACE B bis F) laut Statistik Austria im Vergleich zum Vorjahresmonat einen kräftigen Anstieg der Umsätze um 13,9 %. Der Beschäftigtenindex verbuchte einen leichten Anstieg (+1,4 %), der Index der geleisteten Arbeitsstunden entwickelte sich rückläufig (-1,7 %).

„Lieferengpässe und Rohstoffknappheit haben den rasanten Konjunkturaufschwung von Österreichs Industrie und Bau im Oktober 2021 etwas eingebremst, was vor allem die Baubranche zu spüren bekam. Die Umsätze für den gesamten Produzierenden Bereich lagen im Oktober 2021 aber dennoch um 13,9 % über dem Vorjahresmonat und um 11,1 % über dem Vorkrisenniveau vom Oktober 2019“, so Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Die positive Entwicklung der Umsätze zeigt sich in der Frühschätzung für Oktober 2021 sowohl für die Industrie (+16,4 % im Vergleich zum Vorjahr) als auch für den Baubereich (+2,0 %). Das Arbeitsvolumen ging im Vorjahresvergleich in der Industrie um 2,1 %, im Baubereich um 0,9 % zurück. Beim Beschäftigungsindex gab es im Industriebereich einen leichten Zuwachs (+0,9 %), der Anstieg im Baubereich war mit +2,5 % kräftiger.

Im August 2021 realisierten die 75.652 Unternehmen des gesamten Produzierenden Bereichs (Sachgüterbereich und Bau) mit 1.020.658 unselbständig Beschäftigten (+1,4 %) Umsatzerlöse in Höhe von 27,1 Mrd. Euro. Das entspricht einem nominellen Umsatzplus von 28,6 % gegenüber August 2020, einer jener Monate, der von Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie noch immer stark geprägt war. Auch der Sachgüterbereich lag gegenüber August 2020 bei nomineller Betrachtung aufgrund der überaus positiven Entwicklung des industriellen Umfelds deutlich im Plus (+33,3 % auf 22,2 Mrd. Euro). Nach sehr starken Vormonaten bremste sich die Baukonjunktur im August 2021 ein wenig ein (+10,7 % auf 4,9 Mrd. Euro), lag jedoch weiterhin auf sehr hohem Niveau.

Im gesamten laufenden Jahr (Jänner bis August 2021) wurden von den Unternehmen des Produzierenden Bereichs Umsatzerlöse in der Höhe von 215,3 Mrd. Euro erzielt. Das entspricht einem nominellen Plus von 22,5 % im Vergleich zu den ersten acht Monaten des Vorjahres.

Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich die Produktion im gesamten Sachgüterbereich (Abschn. B bis E der ÖNACE 2008) im August 2021 nominell um 33,0 % auf 21,8 Mrd. Euro. Die mit Abstand größte Produktionssteigerung innerhalb der zehn größten Branchen des Sachgüterbereichs verzeichnete dabei die Energieversorgung (+78,2 % auf 4,9 Mrd. Euro). Stark erholt zeigten sich auch die Metallerzeugung und -bearbeitung (+48,8 % auf 1,6 Mrd. Euro), die Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (+46,1 % auf 952,0 Mio. Euro), die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+33,9 % auf 1,1 Mrd. Euro), die Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+31,0 % auf 783,2 Mio. Euro) sowie der Maschinenbau (+29,2 % auf 1,9 Mrd. Euro). ■

https://www.statistik.at

Konjunkturindikatoren (endgültige, vorläufige und Frühschätzungen zu t+30 für Oktober 2021) Umsatz-, Beschäftigten- und Arbeits volumenindex im Produzierenden Bereich (Basis 2015), ÖNACE 2008

2021	Insgesamt (B–F)	VJM	Industrie (B–E)	VJM	Bauwesen (F)	VJM
Umsatzindex [1]						
August [2]	124,6	28,6	120,2	31,9	155,4	13,3
September [3]	142,8	18,8	138,9	21,7	170,0	4,4
Oktober [4]	140,6	13,9	137,0	16,4	165,8	2,0
Beschäftigtenindex [1]						
August [2]	111,5	1,3	107,7	0,8	124,8	2,6
September [3]	111,4	1,2	107,7	0,9	124,2	2,1
Oktober [4]	111,2	1,4	107,5	0,9	124,0	2,5
Index der geleisteten Arbeitsstunden [1]						
August [2]	102,8	5,0	97,9	5,6	119,1	3,1
September [3]	113,3	3,1	107,9	3,4	131,3	2,4
Oktober [4]	109,2	-1,7	104,8	-2,1	124,1	-0,9

Quelle: Statistik Austria, erstellt am 30.11.2021. – Jahresdurchschnitt 2015 = 100. – 1) Unbereinigt. – 2) Ergebnis nach 70 Tagen. – 3) Ergebnis nach 40 Tagen. – 4) Frühschätzungen zu t+30 Tagen.

Chronik

Bevölkerungsprognose

2022 wird voraussichtlich die Neun-Millionen-Marke erreicht – seit heuer leben in Österreich mehr SeniorInnen als unter 20jährige

Österreichs Bevölkerung wächst und altert. Dieser Prozeß wird sich auch künftig fortsetzen, wie aus der von Statistik Austria veröffentlichten Bevölkerungsprognose hervorgeht. Demnach dürfte die Bevölkerungszahl Österreichs im Jahr 2022 die Neun-Millionen-Marke erreichen und bis 2040 um 6 % auf 9,47 Mio. wachsen, bis 2080 schließlich um 11 % auf 9,94 Mio.

„Österreichs Bevölkerung wächst. Der Sprung über die Neun-Millionen-Grenze steht kurz bevor. Österreich wird aber auch immer älter. Die Lebenserwartung hat in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen. Die Covid-19-Pandemie hat diesen langfristigen Trend allerdings zwischenzeitlich ausgebremst: Im Jahr 2020 ist die Lebenserwartung um ein halbes Jahr zurückgegangen“, sagt Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Wanderungsgewinne übertreffen prognostizierte Geburtendefizite

Der erwartete Bevölkerungszuwachs ist ausschließlich auf Wanderungsgewinne von jährlich rund 30.000 Personen zurückzuführen. Damit setzt sich ein langjähriger Trend fort: Seit der Jahrhundertwende ist die Einwohnerzahl Österreichs vor allem durch Wanderungsüberschüsse gestiegen. Zur Volkszählung 2001 zählte Österreich erstmals knapp über 8 Mio. EinwohnerInnen im Jahresdurchschnitt 2010 waren es 8,36 Mio. Bis 2020 ergab sich eine weitere Zunahme um 6,6 % auf 8,92 Mio. Von dem Zuwachs seit der Jahrhundertwende entfielen nur rund 3 % auf Geburtenüberschüsse, der überwiegende Teil waren Wanderungsgewinne. Allerdings dürfte in den kommenden Jahren die Zahl der Sterbefälle über die Zahl der Geburten steigen, da die starken Geburtsjahrgänge des Babybooms der 1950er und 1960er-Jahre ins Pensionsalter wechseln. Die Geburtenbilanz wird somit negativ. Dennoch sind künftig weitere Anstiege wahrscheinlich, da die prognostizierten Wanderungsgewinne die Verluste aus der Geburtenbilanz übertreffen werden.

Stärkstes Bevölkerungswachstum im Pensionsalter

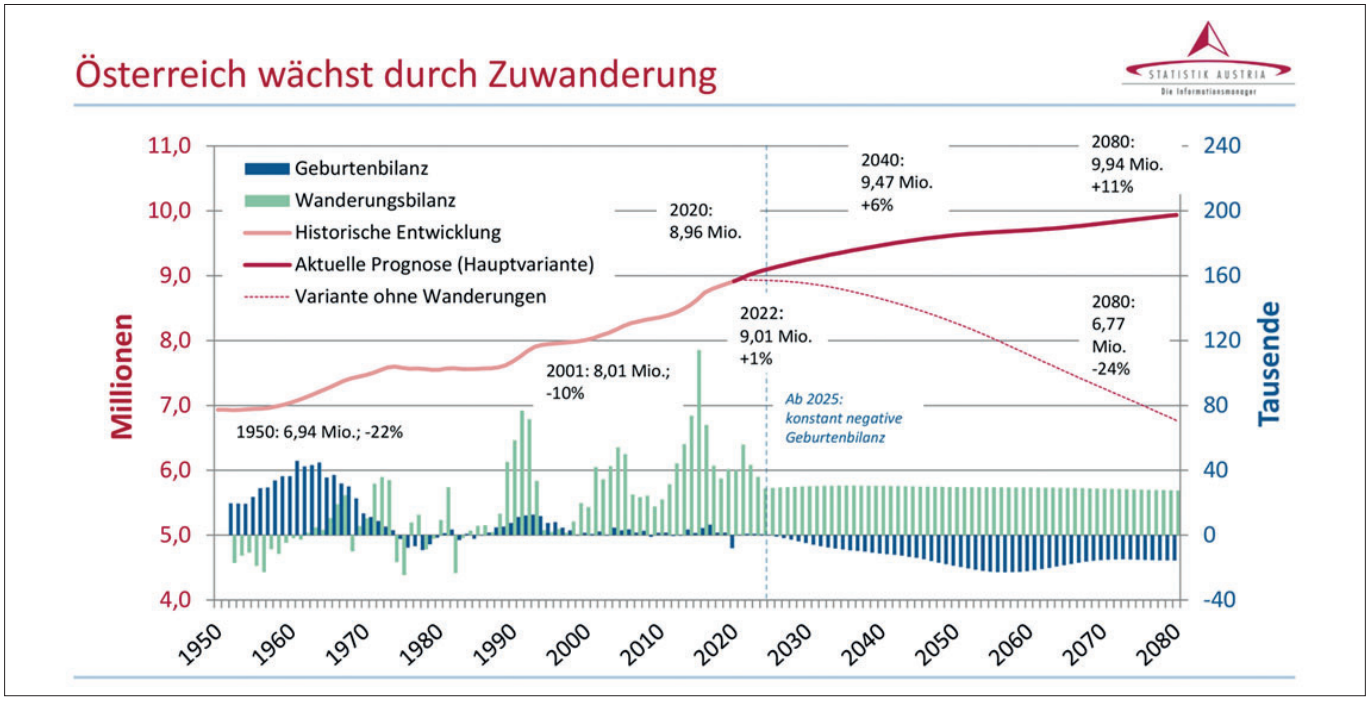
Die Bevölkerung der Generation 65+ wird weiterhin zahlen- und anteilsmäßig stark an Gewicht gewinnen. Seit heuer leben österreichweit mehr Personen im Alter von 65 und mehr Jahren als unter 20jährige. Dafür sind neben stagnierenden Geburtenzahlen insbesondere die starken Geburtsjahrgänge der 1950er und 1960er-Jahre verantwortlich, die sukzessive ins Pensionsalter aufrücken.

Der Anstieg der Lebenserwartung sollte nach dem Corona-bedingten Rückgang 2020 um 0,5 Jahre wieder auf den langfristigen Pfad zurückfinden. 2040 dürfte somit die Bevölkerung ab dem Alter von 65 Jahren um 46 % (bzw. rund 800.000 Personen) größer sein als 2020. Zugleich erhöht sich ihr Anteil an der Bevölkerung von derzeit 19,2 % auf 26,4 % (2040).

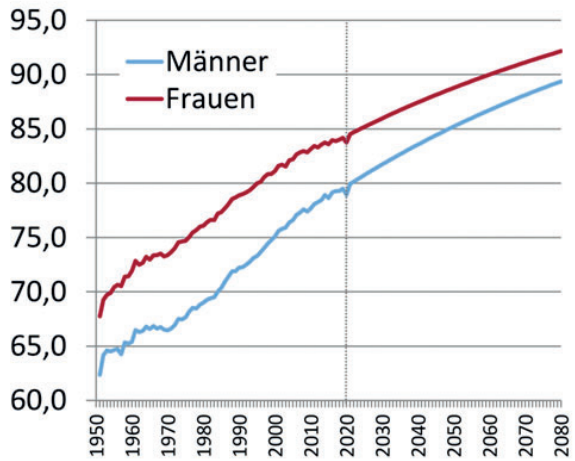
Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren hat derzeit mit 5,50 Mio. ihr Maximum erreicht, bis 2040 wird sie um knapp 300.000 Personen (-5 %) unter den derzeitigen Wert sinken. Nach 2040 bleibt die Zahl der Erwerbsfähigen der Prognose zufolge weitgehend konstant. Die Zahl der unter 20jährigen wird zwar noch leicht ansteigen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sinkt jedoch mittelfristig von 19,3 % (2020) auf 18,8 % (2040).

Anteil der im Ausland Geborenen steigt langfristig von 20 % auf 27 %

Die Zahl der im Ausland geborenen Bevölkerung Österreichs wird unter der Annahme fortgesetzter internationaler Zuwanderung künftig weiterhin zunehmen. 2020 lebten im Bundesgebiet 1,78 Mio. Menschen, die nicht in Österreich zur Welt kamen, das



Lebenserwartung seit den 1950ern massiv gestiegen



Anstieg der Lebenserwartung in Österreich

Männer:
1951: 62,4 Jahre
2020: 78,9 Jahre (+ 16,5 Jahre i.V.z. 1951)
2080: 89,4 Jahre (+ 27,0 Jahre i.V.z. 1951)

Frauen:
1951: 67,8 Jahre
2020: 83,7 Jahre (+ 15,9 Jahre i.V.z. 1951)
2080: 92,2 Jahre (+ 24,4 Jahre i.V.z. 1951)

Bundesländer:
Regionale Unterschiede in der Lebenserwartung bleiben konstant.

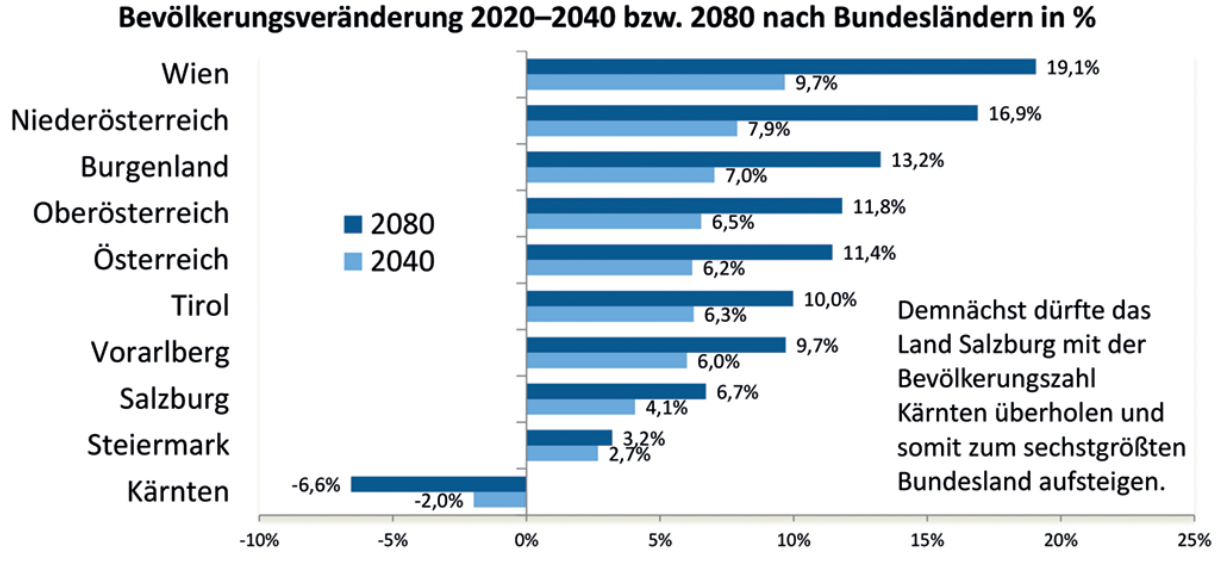
entspricht 20 % der Gesamtbevölkerung. Bis zum Jahr 2040 steigt ihre Zahl der Prognose zufolge auf 2,25 Mio. (+26 %), bis 2080 schließlich auf 2,69 Mio. (+50 % gegenüber dem Basisjahr 2020). Der Anteil der nicht in Österreich geborenen Personen nimmt somit laut Prognose bis 2040 auf 24 % und bis 2080 auf 27 % zu.

Der Osten Österreichs wächst am stärksten

Das für Österreich prognostizierte Bevölkerungswachstum um 11 % bis 2080 wird sich regional sehr unterschiedlich verteilen. Überdurchschnittlich starke Zuwächse sind in Wien zu erwarten. Auf die Bundeshauptstadt entfällt mehr als ein Drittel der internationalen Zuwanderung nach Österreich. Wien wird laut Prognose im Jahr 2026 – wie zuletzt am Beginn des 20. Jahrhunderts – die Zwei-Millionen-Marke überschreiten. In Kärnten ist hingegen – wie in vergangenen Jahren – mit leichten Bevölkerungsverlusten zu rechnen, wodurch die Einwohnerzahl in absehbarer Zeit hinter Salzburg zurückfallen sollte. Salzburg sollte dadurch zum bevölkerungsmäßig sechstgrößten Bundesland aufsteigen. Neben Wien wird auch für Niederösterreich ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum prognostiziert, während die Trends in Salzburg und in der Steiermark unter dem Bundesschnitt liegt. Die erwarteten Bevölkerungsentwicklungen im Burgenland (leicht überdurchschnittlich) sowie in Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg (geringfügig unterdurchschnittlich) entsprechen weitgehend dem prognostizierten Bundestrend. ■

http://www.statistik.at/

Wien erreicht Mitte der 2020er Jahre 2 Mio. Einwohner



Chronik

Öffi-Zukunft U2xU5

Positive Bilanz zum ersten Jahr U-Bahn-Bau für Wiens größtes Klimaprojekt

Foto: Wiener Linien / Alexandra Gritsevskaja

Dort, wo Aufgänge und Lifte entstehen – hier für die U2xU5-Station vor dem Wiener Rathaus – treibt ein großer Bohrer Bohrpfähle in den Boden, die mit Bewehrung versehen und mit Beton ausgegossen werden

Seit fast einem Jahr laufen die Bauarbeiten für das gigantische Jahrhundertprojekt und größte Klimaschutzprojekt Wiens in vollem Umfang. Mit Anfang des Jahres starteten die umfangreichen und komplexen Tiefbauarbeiten entlang der fünf neuen U2-Stationen sowie bei der neuen U5-Station Frankhplatz. Auch beim U2 Update zwischen den Stationen Karlsplatz und Rathaus laufen die Arbeiten seit einem halben Jahr auf Hochtouren. 2022 geht es mit den tiefgreifenden Aushubarbeiten entlang der Neubaustrecken verstärkt in den Untergrund, zusätzlich starten gleich zwei neue Tunnelbauwerke im Bereich Schottentor und beim Matzleinsdorfer Platz.

„U2xU5 ist ein hochkomplexes U-Bahn-Bauprojekt, das es in dieser Dimension seit dem Bau der U3 in der Innenstadt in den 90er-Jahren nicht mehr gegeben hat. Wir sind mit einem bestvorbereiteten Projekt zu Jahresbeginn gestartet. Die umfassende Detailarbeit im Vorfeld hat sich mehr als ausgezahlt: Wir liegen im Zeitplan und werden auch 2022 zahlreiche bauliche Meilensteine setzen“, sagt Günter Steinbauer, Geschäftsführer der Wiener Linien.

Foto: Wiener Linien

Der neue X-Wagen am Bahnhof Erdberg

Während in vielen Ländern erst über mögliche Klimaschutzmaßnahmen diskutiert und verhandelt wird, baut Wien bereits am Jahrhundertprojekt für eine klimafitte Zukunft. Wenngleich die Herausforderungen vor Baubeginn nicht größer hätten sein können: „Eine starke Bauwirtschaft und zahlreiche Änderungen bei Normen, die bei einem Großprojekt verstärkt spürbar sind, haben Neuausschreibungen erfordert. Diese Vorgehensweise hat sich ausgezahlt und brachte für den U-Bahn-Ausbau der ersten Baustufe rund 200 Mio. Euro an Ersparnis“, so Steinbauer. „Dazu alle Widrigkeiten von Corona und das gepaart mit Bauarbeiten im dichtbebauten Gebiet. Das war eine besondere Situation, die wir in 50 Jahren U-Bahn-Bau so noch nie hatten.“

Um diese Herausforderungen zu bewerkstelligen, arbeiten rund 700 Menschen, Bau-

arbeiterInnen, PolierInnen, IngenieurInnen und auch Lehrlinge, täglich direkt auf den und im Umfeld der Baustellen. Im Jahr 2021 werden auf den Baustellen rund 275.000 Arbeitsstunden für die Realisierung von U2xU5 geleistet. Der U-Bahn-Ausbau bewirkt dabei ein enorme Wertschöpfung für den Wirtschaftsstandort Wien. Rund 60 Unternehmen sind am Bau beteiligt, 56 davon stammen aus Österreich und davon 28 aus Wien. Das Investitionsvolumen von 2,1 Mrd. Euro für die erste Baustufe löst eine österreichweite Bruttowertschöpfung von 1,1 Mrd. Euro aus. Insgesamt sichern die erste und zweite Baustufe vom Öffi-Ausbau rund 30.000 Arbeitsplätze.

Über die Hälfte der Bohrpfähle bereits errichtet

Bevor alle WienerInnen in die neue U2 und die vollautomatische U5 einsteigen können, braucht es zahlreiche Arbeitsschritte im Spezialtiefbau. Am Anfang stehen die Bohrpfahlarbeiten. Dort, wo Aufgänge und Lifte entstehen treibt ein großer Bohrer Bohrpfähle in den Boden, die mit Bewehrung versehen und mit Beton ausgegossen werden. Die dadurch entstehenden Bohrpfahlwände sichern die Baugrube und bilden später die „Außenschale“ der U-Bahn-Schächte. Bisher konnten die Bauteams rd. 1.400 Bohrpfähle herstellen, weitere 1.300 Bohrpfähle folgen noch. Insgesamt sind aktuell 11 bis zu 140 Tonnen schwere Bohrpfahlgeräte im Einsatz, diese Arbeiten dauern noch bis Mitte 2022. Die längsten Bohrpfähle werden hinter dem Rathaus errichtet, sie reichen mehr als 60 Meter in die Tiefe.

2022 Startschuß für Tunnelbau bei Schottentor und Matzleinsdorfer Platz

In der Reichratsstraße hinter der Universität beginnen die ersten Bauarbeiten für den neuen U2 Tunnel im Frühjahr 2022, beim Matzleinsdorfer Platz der Bau des ersten Stationstunnels Mitte des Jahres. Für das Ableiten des Grundwassers, während der Tunnelbauarbeiten wird in der ersten Jahreshälfte eine oberirdische Wasserleitung von der Baustelle Rathaus bis zum Donaukanal gebaut.

Beim Matzleinsdorfer Platz sind die Bauarbeiten schon am weitesten fortgeschritten. Ab 2024 wird hier die Tunnelbohrmaschine mit dem Bau der neuen U2-Tunnel starten. Für den zukünftigen Öffi-Knoten mit Anbindung zur S-Bahn wurden bereits 85.000 Kubikmeter Erde ausgehoben. Zum Vergleich: Das Wiener Rathaus besteht aus 40.000 Kubikmeter Naturstein.

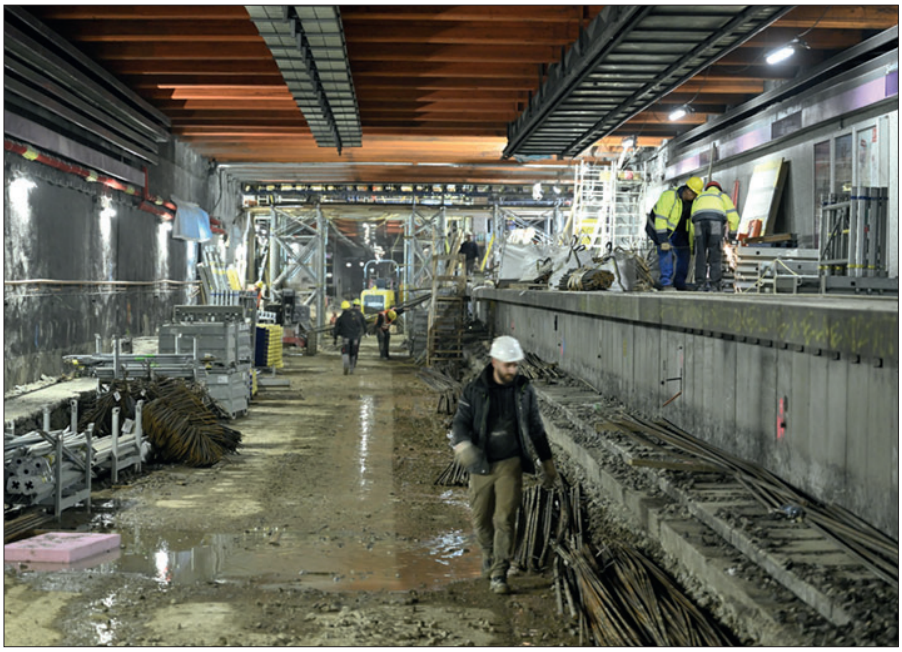


Foto: Wiener Linien / Johannes Zinner

Arbeiten für das U2 Update im Bereich der Station U2 Rathaus

X-Wagen für die Wiener U-Bahn ab 2022

Für das U2 Update wurden im U2-Tunnel seit Ende Mai zwischen Karlsplatz und Rathaus 4,8 Kilometer Schienen entfernt und 210 Kilometer Kabel ausgebaut. 2022 startet bereit der Einbau der Bahnsteigtüren. Gemeinsam mit der Inbetriebnahme des neuen X-Wagens im kommenden Jahr ist das ein wichtiger Schritt auf den Weg zur vollautomatische U5.

2022 werden die Bauarbeiten verstärkt unterirdisch stattfinden. Alle Bauabschnitte von Frankhplatz bis Matzleinsdorfer Platz beginnen dann mit dem Ausheben des Erdmaterials. Ziel ist das Erreichen der Bahnsteigtiefe in rund 25 bis 35 Metern unter der Erde, wo eine stahlverstärkte, meterdicke, Bodenplatte betoniert wird. Bei einem Haus wäre dieser wichtige Arbeitsschritt vergleichbar mit dem Erreichen der Dachgleiche.

Arbeiten im dichtbebauten Gebiet sind auch für die unmittelbaren AnrainerInnen eine nichtalltägliche Herausforderung. Umso erfreulicher ist die Akzeptanz für die innerstädtischen Bauarbeiten. In einer Umfrage vom Market-Institut geben mehr als 9 von 10 WienerInnen an, daß sie den Öffi-Ausbau U2xU5 und dessen wichtigen Anspruch den öffentlichen Verkehr stark auszubauen, für absolut notwendig erachten.

Der Ausbau von U2xU5 bringt ...

- CO_2-Einsparungen von bis zu 75.000 Tonnen jährlich durch die mögliche Reduktion des Autoverkehrs. Das entspricht der Umweltleistung eines Waldes mit 6 Millionen 30jährigen Bäumen. Die Baumanzahl entspricht einem Wald so groß wie die Fläche der Bezirke 1 bis 11 oder der gesamten Donaustadt.
- Die Leistungsfähigkeit der Wiener Öffis wird mit U2xU5 nachhaltig gesichert. Mehr als 300 Millionen zusätzliche Öffi-NutzerInnen pro Jahr können dadurch die öffentlichen Verkehrsmittel Wiens nutzen und insgesamt rund 1,3 Mrd. Fahrgäste pro Jahr in U-Bahn, Bim und Bus befördert werden.
- Eine Stärkung für den Wirtschaftsstandort Wien. Die Investitionen schaffen und sichern 30.000 Arbeitsplätze. Grätzel und Geschäftsstraßen werden durch die U-Bahn-Anbindung aufgewertet.
- Eine Entlastung von stark frequentierten Öffi-Linien, insbesondere von den Linien U3, U6, 6er, 43er und 13A.
- Schnellere Öffi-Verbindungen. Z. B. ist man künftig in circa elf Minuten vom Elterleinplatz (U5) beim Karlsplatz – rund doppelt so schnell wie heute. Von der U2xU3-Station Neubaugasse gelangt man in ca. vier Minuten zum Schottentor – circa dreimal so schnell wie heute.
- 12 neue U-Bahn-Stationen, cirka 11 Kilometer Länge (1.+2. Baustufe), davon 4 neue U-Bahn-Knotenstationen, U-Bahn-Anbindung an zahlreiche Busse und Strassenbahnen, zwei neue Anbindung an die S-Bahn bei U2xS Matzleinsdorfer Platz und U5xS Hernals; somit schnelleres Umsteigen in Öffis. ■

https://www.wienerlinien.at/

Chronik

Wiener Rathausplatz erstrahlt im Lichterglanz

Der Weihnachtsbaum am Rathausplatz wurde am 3. November aufgestellt. Seit 13. November sorgt er für vorweihnachtliche Stimmung und beleuchtet den Christkindlmarkt. Das Ereignis gehört zur vorweihnachtlichen Tradition in der Bundeshauptstadt. Seit 1959 schickt jedes Jahr ein anderes Bundesland und auch Südtirol einen Baum in die Hauptstadt. Dieses Jahr stammt die Fichte aus dem Burgenland. Mit dem Baum für Wien feiert das „jüngste Bundesland" auch 100 Jahre Burgenland bei Österreich.

„Das Jubiläum 100 Jahre Burgenland steht auch im Zeichen der besonderen Verbundenheit und Freundschaft zwischen dem jüngsten Teil Österreichs und der Bundeshauptstadt. Der Weihnachtsbaum soll ein Symbol dieser Verbundenheit sein. Das Burgenland wünscht allen Wienerinnen und Wienern sowie allen Gästen in der Bundeshauptstadt eine besinnliche und schöne Weihnachtszeit", erklärte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.

„Der leuchtende Weihnachtsbaum soll gerade in diesen uns alle sehr fordernden Zeiten vor allem Zuversicht und Hoffnung ausstrahlen. Es ist wichtig, daß – allen Widrigkeiten zum Trotz – den Menschen die Freude an der weihnachtlichen Zeit nicht genommen wird! Gerade jetzt sind Solidarität, Nächstenliebe und Zusammenhalt die Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten!", sagte Bürgermeister Michael Ludwig.

Foto: PID / C. Jobst

Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.r.: Landhauptmann Hans Peter Doskozil, Bürgermeister Michael Ludwig und Esterhazy-Generaldirektor Stefan Ottrubay

Aufgestellt wurde die 30 Meter hohe und rund 130 Jahre alte Fichte aus einem Esterházy-Forst in der Gemeinde Wiesen im Bezirk Mattersburg bereits am 3. November 2021. In den darauffolgenden Tagen erhielt der Baum – wie jeder Baum davor auch – eine „Beauty-Behandlung" durch die StadtgärtnerInnen der MA 42, die auch die mehr als 1.000 LED-Lichter installierten. ■

Chronik

Eisbären-Teenie Finja feiert mit Lachstorte

So schnell vergeht die Zeit: Das Schönbrunner Eisbären-Mädchen Finja wurde am 9. November zwei Jahre alt. Zum Ehrentag gab es eine riesige Überraschung und Finjas Mutter Nora feierte kräftig mit.

„Unser Tierpfleger-Team hat für Finja eine überdimensionale Eistorte in Form einer Zwei gemacht. Da sie Lachs ganz besonders liebt, wurde dieses Lieblingsfutter in Wasser tiefgefroren. Rundherum wurden knackige Salatköpfe drapiert und eine Spur aus Lebertran gelegt“, erklärt Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck. Mit viel Mühe wurde es vorbereitet, zerstört war das tolle Eiskonstrukt allerdings in wenigen Minuten. „Nora hat die Eistorte mit ihren riesigen Pfoten umgeworfen. Finja hat sich jedoch gleich ein riesiges Stück geschnappt und auf der Plattform genüßlich verzehrt.“

Hering-Hagenbeck: „Finja hat sich mittlerweile zu einem stattlichen Teenager entwickelt. Sie wiegt bereits 185 Kilogramm. Kaum zu glauben, daß sie bei ihrer Geburt vor zwei Jahren nur rund 500 Gramm wog und so groß wie ein Meerschweinchen war.“ Auf den ersten Blick sehen Finja und Nora bereits annähernd gleich groß aus, doch ihre Mutter ist ihr gewichtsmäßig noch rund 70 Kilogramm voraus. Wie in der Wildbahn wird es auch für das Schönbrunner Eisbären-Mädchen nächstes Jahr Zeit, ein eigenes Revier zu beziehen. Im Rahmen des Europäischen Erhaltungszuchtprogrammes (EEP) wird vom Zuchtbuchführer zeitgerecht ein Platz in einem anderen Zoo gesucht. Bis dahin ist aber noch ausreichend Gelegenheit, Finja beim Planschen und Toben zu beobachten.

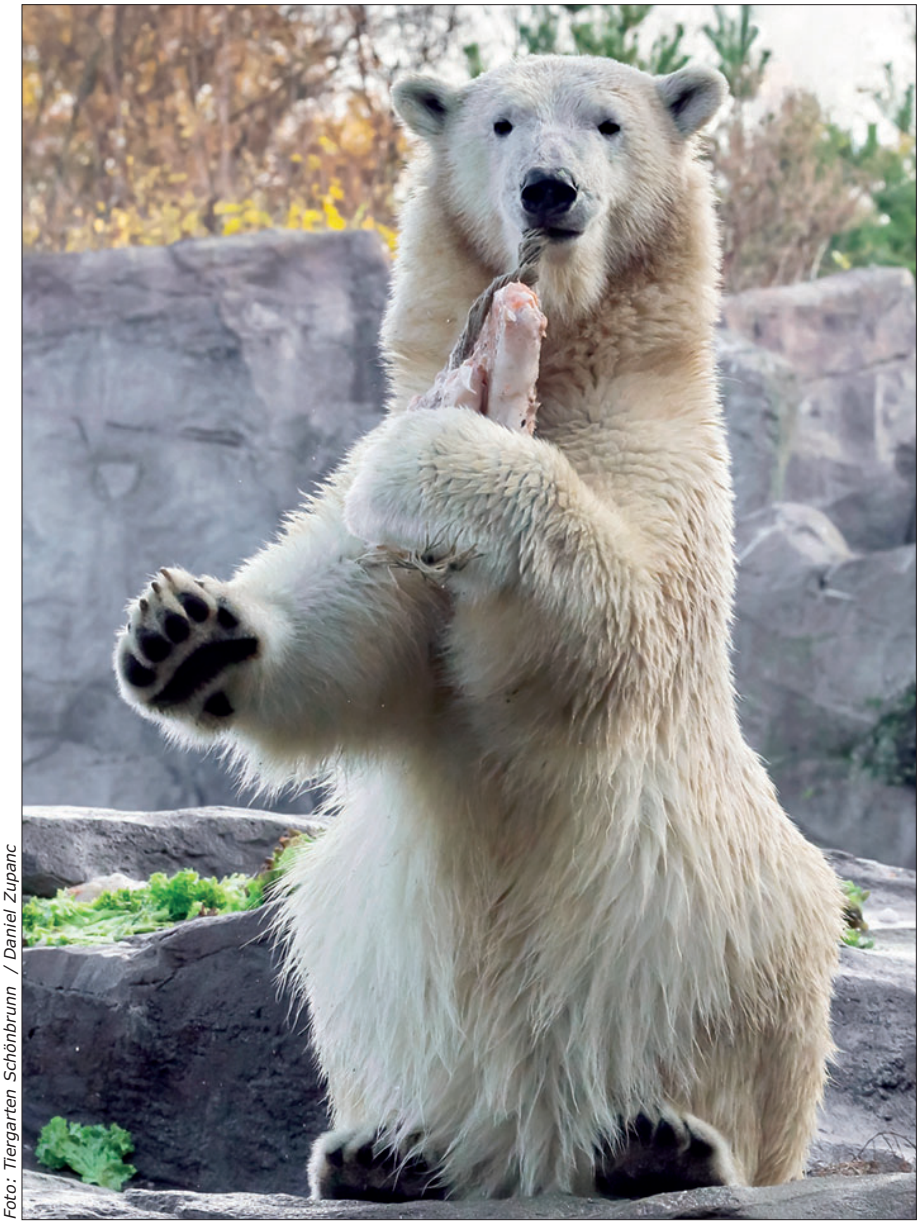


Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Die zweijährige Finja hat sich mittlerweile zu einem stattlichen Teenager entwickelt.

Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Nasenbären sind sehr beliebte Patentiere

Nasenbär als tierisches Weihnachtsgeschenk

Wer ein originelles Geschenk für Tierfreunde sucht und gleichzeitig den geschlossenen Tiergarten Schönbrunn unterstützen möchte, kann einen Nasenbären verschenken – aber natürlich nicht in echt, sondern in Form einer Tierpatenschaft. „Die Nasenbären sind besonders beliebte Patentiere. Eine Patenschaft kann aber für jede Tierart bei uns übernommen werden. Von der winzigen Blattschneiderameise bis zur riesigen Giraffe, vom heimischen Kärntner Brillenschaf bis zum exotischen Blauen Baumwaran: Knapp 700 Tierarten stehen als Patentiere zur Auswahl. Da ist bestimmt für jede tierbegeisterte Person das passende Patentier dabei“, betont Anna Danzl, zuständig für Patenschaften im Tiergarten. ■

https://www.zoovienna.at/

Gastronomie & Kulinarisches

Weintaufe und Bacchuspreis 2021

Im prunkvollen Ambiente des Schloß Esterházy in Eisenstadt fand am 4. November die Weintaufe Österreich statt.

Foto: ÖWM / Anna Stöcher

v.l.: Pfarrerin Ingrid Tschank, Pfarrer Günther Kroiss, NR Johannes Schmuckenschlager (Präsident Österreichischer Weinbauverband), Tobias Siess (Weingut Mad), Gerhard Wohlmuth (Aufsichtsratsvorsitzender ÖWM), BM Elisabeth Köstinger, Andreas Liegenfeld (Präsident Weinbauverband Burgenland), Bundesweinkönigin Diana I., Chris Yorke (Geschäftsführer ÖWM), Verena Dunst (Agrarlandesrätin Burgenland), Caro Maurer MW (Bacchuspreisträgerin), Franz Backknecht (Ehrenringträger), Hans Niessl (Bacchuspreisträger), Johann Dreisiebner (Ehrenringträger) und Birgit Perl (Moderation)

Nachdem im Vorjahr nur die Weinsegnung im kleinen Rahmen abgehalten werden konnte, wurde heuer wieder zusätzlich der prestigeträchtige Bacchuspreis verliehen: Landeshauptmann a.D. Hans Niessl und Master of Wine Caro Maurer sind die stolzen Preisträger.

Segnung des Jahrgangs 2021

„Courage" – so lautet der Name des diesjährigen Taufweins, ein Weißburgunder des Weinguts Mad aus Oggau, den Pfarrerin Ingrid Tschank und Pfarrer Günther Kroiss stellvertretend für alle österreichischen Weine des Jahrgangs 2021 segneten. Der Name soll Mut machen nach einem Jahr der Corona-Pandemie und der Wetterextreme. Österreichs Winzer blicken mit eben diesem Mut, dieser Zuversicht auf den heurigen Jahrgang, denn nach ersten Meldungen aus Österreichs Weinbaugebieten bringt der 2021er sehr gute, fruchtige und harmonische Weine mit sehr guter Säurestruktur hervor.

Mehr Wertschöpfung durch Qualität

Die Qualität des österreichischen Weins sei dafür verantwortlich, daß er auch in Krisenzeiten gut dasteht, so Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Elisabeth Köstinger, in ihrer Festrede. Von Seiten der Weinwirtschaft wurde das Potential, das diese herausragende Güte mit sich bringt, betont. Das Preis-Leistungs-Verhältnis der Weine sei unschlagbar und die Ausgangsbasis für eine höhere Wertschöpfung sowohl auf der internationalen Bühne als auch beispielsweise durch Weintourismus im Ursprungsland. Weinbau-Präsident Johannes Schmuckenschlager faßte zusammen: „Unser Wein kann mehr wert sein!"

Bacchuspreis für Niessl und Maurer

Das Highlight des Abends war schließlich die feierliche Verleihung des Bacchuspreises in der nationalen sowie internationalen Kategorie. Jedes Jahr kürt die Weinwirtschaft damit Persönlichkeiten, die sich um den österreichischen Wein besonders verdient machen.

Der nationale Preisträger 2021 ist Landeshauptmann a.D. Hans Niessl. In seinen 18 Jahren an der Spitze der burgenländischen Landesregierung war ihm der sehr enge Austausch mit den Agrarreferenten und Winzern ein besonderes Anliegen, ebenso wie die Verbindung von Tourismus und Weinwirtschaft. Niessl ist sich sicher: „Die Qualitätsschiene [des österreichischen Weins] war eine Erfolgsschiene in der Vergangenheit und ist eine Erfolgsschiene in der Zukunft."

Caro Maurer war die erste weibliche deutschsprachige Master of Wine, stammt aus Deutschland, ist mit Österreich aber seit Kindestagen verbunden. Im Zuge ihrer Tätigkeit als Weinjournalistin und Vortragende u.a. an der Weinakademie Österreich hatte sie die Gelegenheit, die internationale Weinwelt kennen zu lernen. Doch dabei „haben die Weine aus Österreich immer einen ganz speziellen Platz in ihrem Herzen gefunden", so Chris Yorke, Geschäftsführer der Österreich Wein Marketing (ÖWM) in seiner Laudatio. Maurer verriet, besonders die Rieslinge hätten diesen Platz inne: „[Sie] sind Weine von Weltklasse, da mußte ich mich natürlich verlieben."

Des Weiteren wurde Franz Backknecht und Johann Dreisiebner eine besondere Auszeichnung zuteil. Die ehemaligen Spitzenfunktionäre erhielten die Ehrenringe des Österreichischen Weinbauverbands zum Dank und zur Anerkennung für langjährige Verdienste um den heimischen Weinbau. ■

https://www.oesterreichwein.at/

Gastronomie & Kulinarisches

NÖ Landesweintaufe 2021

Fach- und Festpublikum freuten sich am 11. November in Klosterneuburg über einen herausragenden Weinjahrgang 2021.

Foto: Landwirtschaftskammer Niederösterreich / Leonardo Ramirez

v.l.: Kräuterpfarrer Benedikt, HBLA-Direktor Reinhard Eder, LK NÖ-Präsident Johannes Schmuckenschlager, LR Jochen Danninger, NÖ Weinbaupräsident Reinhard Zöchmann, Weinkönigin Diana I., Weinhandel-Obmann Johannes Schachenhuber und WK NÖ-Präsident Wolfgang Ecker

Die „Wein Niederösterreich“ lud ins attraktive Ambiente des Restaurants Leopold des Stifts Klosterneuburg. Die Segnung des NÖ Landesweines 2021 nahm Kräuterpfarrer Benedikt vor. Nicht nur der Taufwein, ein Gemischter Satz von der Höheren Bundeslehranstalt (HBLA) für Wein- und Obstbau Klosterneuburg, stand an diesem Abend im Mittelpunkt. Vielmehr wurde die niederösterreichische Weinkultur insgesamt ins Rampenlicht gestellt. Gäste aus Politik, Wirtschaft, Medien und Interessenvertretung würdigten den niederösterreichischen Weinbau bei erstklassigen Weinen der HBLA, vom Weingut Stift Klosterneuburg sowie Landessieger-Weinen.

Reinhard Zöchmann, NÖ Weinbaupräsident, ließ das Weinjahr 2021 nochmals Revue passieren und freut sich über die hervorragende Qualität des Jahrgangs: „Wir sind mit dem heurigen Weinjahrgang sehr zufrieden. Die Traubenqualität war ausgezeichnet, wobei die Verschiebung der Reife in einen kühleren Zeitraum mit tieferen Temperaturen vor allem der Fruchtigkeit und Säurestruktur zugutegekommen ist. Erfreulich war auch das gute Lesewetter, sodaß die Ernte in Ruhe und planvoll eingebracht werden konnte.“

Die 2021er-Weine zeichnen sich durch einen angenehmen Trinkfluß und eine ausgeprägte Sortentypizität aus. „Nun geht es darum, unsere guten Tropfen den Menschen näher zu bringen. Dabei wollen wir Synergien nutzen und uns noch besser vernetzen und haben daher im heurigen Sommer die Wein Niederösterreich gegründet. Ein wichtiger Punkt ist für mich außerdem ein stärkerer Austausch mit dem Weinhandel. Als sichtbares Zeichen dafür haben wir heuer erstmals gemeinsam zur Landesweintaufe eingeladen“, so Zöchmann weiter.

Landesrat Jochen Danninger, Pate des Landesweins 2021, erklärt: „Der Wein ist ein wichtiger Botschafter für Niederösterreich. Wir können uns auch international mit den Top-Weindestinationen messen und spielen sozusagen in der Champions League im Weintourismus. In Niederösterreich sind wir zudem auf die gute Zusammenarbeit zwischen Weinbauern, Wirtshäusern und Touristikern sehr stolz. Sie trägt dazu bei, daß sich Niederösterreich weit über unsere Landesgrenzen hinaus als Weinland einen Namen gemacht hat.“

Johannes Schmuckenschlager, Präsident der Landwirtschaftskammer NÖ und Bundesweinbaupräsident, betont: „Unsere Winzer halten eine große Bandbreite von leichten, spritzigen bis zu kräftigen, vollmundigen Weinen bereit. Sie zählen zu den besten der Welt. Diese Reputation wollen wir halten und ausbauen. Um die notwendige Schlagkraft zu haben, ist es sinnvoll Allianzen zu schließen. Denn Ziele erreicht man immer leichter im Miteinander. Die Gründung der Wein Niederösterreich ist dafür ein wichtiger Schritt. Dadurch wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Weinbau, Tourismus, Kulinarik, Kunst und Kultur verstärken und so den erfolgreichen Kurs des heimischen Weinbaus fortzusetzen.“

„Der Wein ist untrennbar mit unserer Kultur und der Wirtschaft verbunden. Die hohe Qualität und Regionalität zeichnen unsere Produkte aus, das trifft auf den Wein besonders zu. Niederösterreich ist hier hervorragend aufgestellt. Wir setzen gemeinsam alles daran, daß das so bleibt und stellen die Regionalität weiter in den Vordergrund“, sieht Wirtschaftskammer NÖ-Präsident Wolfgang Ecker im Zusammenhalt aller den Erfolgsfaktor für ein lebenswertes Niederösterreich und einen starken Wirtschaftsstandort.

„Durch Corona konnten viele Winzer und Weingüter einen Großteil ihres Weines nicht in die Gastronomie verkaufen. Durch unsere gemeinsamen Bemühungen ist es gelungen, diese Mengen zusätzlich im Lebensmitteleinzelhandel zu verkaufen. So konnte der Faßweinpreis entgegen den Erwartungen stabilisiert und der Traubenpreis gehoben werden“, erklärt Johannes Schachenhuber, Weinhandel-Obmann in der Wirtschaftskammer NÖ. ■

https://noe.lko.at/
https://weinniederoesterreich.at/

Junkerpräsentation 2021

Am Traditionstag des Steirischen Junkers, am Mittwoch vor Martini, wurde nach dem Motto »Der Junker ist da« die Junker-Saison 2021 offiziell eröffnet.

Foto: KLZ / Fuchs

v.l: Kammerdirektor der Landwirtschaftskammer Steiermark Werner Brugner, Weinhoheit Katrin Dokter, Landesrat Ök.-Rat. Johann Seitinger, Weinhoheit Beatrix Luttenberger, Werner Luttenberger, GF der Wein Steiermark, Weinhoheit Lisa Müller, und Oliver Kröpfl Vorstandsmitglied Steiermärkische Sparkasse

Auf Einladung der „Wein Steiermark" verkosteten 700 Junker-Liebhaber den Jungwein mit dem Steirerhut am 26. Oktober bei den Junker-Winzern in der Messe Graz – heuer in kleinerem Rahmen. Der Vorbote des Jahrgangs 2021 präsentiert sich als typisch steirisch, geprägt von Fruchtigkeit und Aromatik. Junker-Liebhaber genießen den Jungwein mit dem Steirerhut nicht nur im Herbst und Winter, sondern aufgrund seiner Frische und Lebendigkeit auch als Sommerwein. Ab 1. März 2022 kommen die ersten DAC-Weine Jahrgang 2021 auf den Markt.

Reif, elegant und fruchtig

Die ersten Vorboten des Jahrgangs 2021 präsentieren sich als etwas reifer, sehr elegant, enorm fruchtig und in einzelnen Weinen bereits mit Fülle am Gaumen. Die teilweise etwas höhere Säure ist optimal eingebunden und bringt die notwendige Frische und Lebendigkeit, welche die Konsumenten vom Steirischen Junker erwarten. Der Jungwein mit dem Steirerhut eignet sich aufgrund seiner Frische hervorragend als Aperitif und ist ein idealer Begleiter insbesondere zur saisonalen, regionalen Küche. Der Junker 2021 ist ein Genuß im Herbst und Winter und ganz sicher auch ein feiner, leichter Wein zum Grillen für den nächsten Sommer 2022. Das DAC-Herkunftssystem Steiermark gibt dem größten Teil der Weine des neuen Jahrgangs noch Zeit für Entwicklung und Reife. Diese kommen ab 1. März und 1. Mai auf den Markt.

Die Weinernte 2021

Auf den etwa 5000 ha ertragsfähigen Flächen werden lt. erster Schätzung der Statistik Austria ca. 232.000 hl erwartet. Das Ergebnis liegt also knapp unter der Vorjahrsernte von 226.900 hl und ist als gute Durchschnittsernte einzustufen. „Entscheidend ist aber die Qualität der geernteten Trauben", betont Luttenberger. „Diese ist heuer exzellent, weil einerseits ausreichend Zucker und Säure in den Trauben vorhanden sind und andererseits die Fruchtigkeit besonders ausgeprägt ist. Vorab können wir uns heuer auf einen typisch steirischen Jahrgang mit ausreichend Säure und moderatem Alkoholgehalt freuen."

Obmann Stefan Potzinger beschreibt den Jahrgang mit viel Frucht, viel Reife, feiner Säurestruktur und sehr guter Qualität „Wir sind sehr dankbar über den fünften sehr guten Weinjahrgang für die Steiermark in Folge. Wir erwarten besonders lagerfähige und vielschichtige Weine. Die Weine des Jahres 2021 werden uns noch in vielen Jahren Freude bereiten." ***https://steiermark.wine/***

5 steirische Sauvignons unter den Top-10

Der wine-searcher veröffentlichte am 3. November die besten Sauvignon Blancs der Welt. 5 der Top-10 bewerteten Sauvignons sind aus der Steiermark. Wir gratulieren den Weingütern Tement, Sattlerhof, Groß, Wohlmuth und Neumeister! Wein Steiermark zitiert aus dem dem Artikel:

Frankreichs Anteil an dieser Liste ist seit der letzten Bewertung dramatisch gesunken. Im Jahr 2019 stammten sieben der Weine in den Top 10 aus Frankreich; heute sind es vier. Die Österreicher, sind es, „die den Schaden anrichten", insbesondere die Steiermark. Beim letzten Mal standen drei österreichische Weine auf der Liste (darunter Tement mit Ried Zieregg an der Spitze), jetzt sind es fünf … Die Verbreitung des österreichischen Sauvignon ist bemerkenswert. Vor fünf Jahren waren nur wenige außerhalb Österreichs weit verbreitet, jetzt sind alle Weine der obigen Liste auf den großen Weinmärkten vertreten und ihre Präsenz scheint zu wachsen…

https://www.wine-searcher.com/

Personalia

Edita Gruberová †

Die Wiener Staatsoper trauert um eine Legende der Opernwelt

Edita Gruberová, die am 23. Dezember 1946 im slowakischen Preßburg geborene Sopranistin mit ungarischen Wurzeln, langjähriges Staatsopern-Ensemblemitglied, Österreichische Kammersängerin und Ehrenmitglied des Hauses, verstarb am 18. Oktober 74jährig in Zürich.

Am 7. Februar 1970 debütierte sie im Haus am Ring als Königin der Nacht in Mozarts Die Zauberflöte, eine Partie, mit der sie auf dieser Bühne in den folgenden eineinhalb Jahrzehnten fast 70 Mal zu erleben war und so manche Vorgängerin und Nachfolgerin in den Schatten stellte.

Es war Josef Witt, der damalige Leiter des Opernstudios der Wiener Staatsoper, der mit ihr daraufhin die Partie der Zerbinetta erarbeitete und durchsetzte, daß sie die extrem herausfordernde Rolle in Vorstellungen verkörpern konnte – zunächst in Repertoire-Aufführungen und dann schließlich in der Neuproduktion vom 20. November 1976. Diese Premiere sollte ihr internationaler Durchbruch werden. Der nicht eben zu Lobeshymnen neigende Premierendirigent Karl Böhm brachte ihre Singularität in einem später oft zitierten Satz zum Ausdruck: „Mein Gott, wenn Strauss doch Ihre Zerbinetta gehört hätte!“ Mit der Titelrolle von Lucia di Lammermoor folgte 1978 der nächste Triumph unter Giuseppe Patané.

Foto: Wiener Staatsoper / Michael Pöhn

Edita Gruberová an der Wiener Staatsoper als Anna Bolena in Gaetano Donizettis Zweiakter

In den folgenden Jahren sang sie viele wesentliche Partien ihres Fachs: u.a. Violetta (La traviata), Olympia (Les Contes d’Hoffman), Konstanze (Die Entführung aus dem Serail). Als Aminta (Die schweigsame Frau), Adele (Die Fledermaus), Rosina (Il barbiere di Siviglia) und Norina (Don Pasquale) – mit der sie auch im Rahmen der Arbeiterkammer-Tournee quer durch Österreich reiste – bewies sie auch ihr umwerfend komisches Talent. Neben weiteren Rollen von Mozart, deren Musik sie als „schwer zu knackende Nuß“ bezeichnete, intensivierte sie ihre Beschäftigung auf dem Gebiet des Belcanto-Repertoires: Titelpartie in Maria Stuarda, Giulietta in I Capuleti e i Montecchi, Elvira in I puritani, Titelpartie in Linda di Chamounix, Elisabetta in Roberto Devereux, Titelpartie in Norma (konzertant), Titelpartie in Lucrezia Borgia (konzertant) und Titelpartie in Anna Bolena. Manche dieser Opern wurden sogar ausschließlich ihretwegen neu produziert und gespielt. Ihren letzten Opernauftritt im Haus am Ring absolvierte sie am 23. Oktober 2015 (Anna Bolena), am 23. Juni 2018 nahm sie mit einem Galakonzert nach fast 50 Jahren Abschied von ihrer geliebten Staatsoper. Das Geheimnis ihrer großen Karriere beschrieb sie 2014 in einem Interview für das Staatsopern-Magazin mit den Worten: „Das Singen hat mir immer Spaß gemacht. Dazu bin ich geboren, ich wollte nie etwas anderes machen… seit ich denken kann, habe ich immer gesungen: Zu Hause mit der Mutter, Kinderlieder in der Schule, später, während des Studiums kleine Konzerte, zum Teil im von uns so begehrten Ausland. Singen ist einfach mein Leben!“

Staatsopern-Direktor Bogdan Roščic: „Immer wieder bezeichnete Edita Gruberová die Wiener Staatsoper als ihre künstlerische Heimat, ihr Geburtshaus, ihren Olymp. Im gleichen Maße wurde sie vom Wiener Publikum, aber auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses als ‚unsere‘ Gruberová angesehen – ein Ehrentitel, der nur den Allerwenigsten zuteil wird. An der Wiener Staatsoper begann ihre einzigartige Karriere, hier feierte sie ihren internationalen Durchbruch und hier war sie in all ihren grossen Rollen zu erleben.

Wie kaum eine andere war die Gruberová nicht nur Legende, sondern prägte dieses Haus und seine Aufführungsgeschichte in über 700 Vorstellungen. Dabei war ihre vielgerühmte stimmliche Perfektion nie Selbstzweck, sondern immer im Dienst einer kompromißlosen Hingabe an die Musik und deren bestmögliche Interpretation. Nicht nur ihre Zerbinetta, Königin der Nacht, Rosina oder ihre Lucia bleiben für alle zukünftigen Generationen gültige Referenzpunkte – und Sternstunden des menschlichen Ausdrucks.“ ■

https://www.wiener-staatsoper.at/

http://www.gruberova.com/ *(englische Seite)*

https://de.wikipedia.org/wiki/Edita_Gruberov%C3%A1

Personalia

Trauer um Sepp Forcher

Der Publikumsliebling des ORF ist am 19. Dezember wenige Wochen nach seiner Frau Heli in Salzburg verstorben

Publikumsliebling Sepp Forcher ist tot: Nur drei Wochen nach dem Ableben seiner Ehefrau Helli ist der beliebte Radio- und TV-Moderator sowie Vermittler von österreichischen Traditionen und Bräuchen am 19. Dezember kurz nach seinem 91. Geburtstag (17. 12.) gestorben. Im ORF hat der vielfach preisgekrönte Sohn Südtiroler Eltern, der seit 1940 in Salzburg lebte, über Jahrzehnte u. a. mit Sendungen wie „Klingendes Österreich“ Fernsehgeschichte geschrieben.

Foto: ORF / Anton Wieser

„Klingendes Österreich“-Moderator Sepp Forcher vor dem Hochschwabgebirge

Bundespräsident: Mit Sepp Forscher verabschiedet sich eine TV-Legende

„Sepp Forcher hat den Fernsehzuschauern unprätentiös die verschiedensten Facetten Österreichs und Südtirols näher gebracht. Er hat von den Menschen erzählt, die Schönheiten der Landschaften beschrieben und kulturelle Feinheiten präsentiert – und natürlich vor allem die Volksmusik. In unglaublichen 200 Ausgaben der Sendereihe ‚Klingendes Österreich‘ bis ins hohe Alter. Mit ihm verabschiedet sich eine TV-Legende. Mein Mitgefühl gehört seiner Familie“, sagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz

„Sepp Forcher war eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der ORF-Geschichte und ein großartiger Mensch. Er war der Inbegriff von Tradition, Volkskultur, Authentizität und Unverfälschtheit. Jede Begegnung mit ihm und seiner umfassenden Bildung und Begeisterung für Kunst und Kultur sowie die Schönheiten unseres Landes, seine außergewöhnliche Menschenkenntnis und Liebe zum Publikum wird allen, die ihn gekannt haben, immer in Erinnerung bleiben. Sepp Forcher gelang es, wie keinem anderen, die Besonderheiten Österreichs zu vermitteln. Sein Tod hinterlässt eine große Lücke – der ORF wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und Freunden.“

Am 10. Juni 1986 begrüßte Sepp Forcher erstmals die Fernseh-ZuschauerInnen mit den mittlerweile legendären Worten: „Grüß Gott in Österreich“. Seither hatte der Publikumsliebling mit seinen „Klingendes Österreich“-Sendungen ganz Österreich und angrenzende Nachbarregionen erkundet. Die Art, wie Sepp Forcher die Schönheiten, Landschaften, Kunstschätze, Besonderheiten, Musikgruppen und Menschen zusammenführte und verband, ist einzigartig und bildete Kultur und Natur in unvergleichlicher Weise ab. Im März 2020 verabschiedete er sich mit der 200. Ausgabe der legendären, zuletzt vom ORF-Steiermark produzierten ORF-Reihe „Klingendes Österreich von seinem Publikum, die bis zu 1,146 Millionen Menschen sahen.

Biografisches zu Sepp Forcher

Am 17. Dezember 1930 in Rom geboren, war Sepp Forcher Südtiroler Abstammung. Seit 1940 lebte er in Salzburg. Hier besuchte er die Volksschule, später unterstützte er seine Eltern bei deren Tätigkeit als Hüttenwirte im Tennengebirge. 1950 zog er nach Kaprun und war dort zuerst als Hilfsarbeiter und dann beim Störtrupp der Tauernkraftwerke bis 1952 beschäftigt. Bis 1955 arbeitete Sepp Forcher freiberuflich als Träger, Bergsteiger und Mineraliensucher. Im Spätherbst 1955 übernahm er die Pacht der Schutzhütte Berglandskiheim in Großarl. 1956 heiratete Forcher seine Helli und Peter, der erste Sohn, wurde geboren; 1959 kam Sohn Karl auf die Welt. Damals waren Helli und Sepp Forcher Hüttenwirte auf dem Zeppezauerhaus am Untersberg bei Salzburg. Von 1966 bis 1971 bewirtschafte das Ehepaar einen Hüttenbetrieb in Krippenbrunn am Dachstein. Von dort übersiedelte die Familie nach Salzburg und übernahm den „Platzlkeller“ in der Stadtmitte der Salzach-Metropole. 1976 markierte ein schwerer Schicksalsschlag das Leben der Familie Forcher: Durch einen Unfall starb Sohn Peter, die Forchers beendeten ihre Wirtstätigkeit.

Von 1972 an gestaltete Sepp Forcher unzählige Hörfunksendungen, hauptsächlich für das Landesstudio Salzburg, aber auch für Tirol und Oberösterreich.

Als schließlich auf Anregung von ORF-Generalintendant Gerd Bacher die Sendung „Klingendes Österreich“ entstand, wollte man Sepp Forcher als Präsentator. Nach dem Auftakt am 10. Juni 1986 verabschiedete sich der Publikumsliebling am 21. März 2020 mit der 200. Sendung.

Am 28. November 2021 hat Helli Forcher ihren Lebensweg beendet. Am 19. Dezember 2021 ist Sepp Forcher in Salzburg verstorben. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Sepp_Forcher

Personalia

Neue Präsidentin der Salzburger Festspiele

Das Kuratorium der Salzburger Festspiele hat Kristina Hammer als neue Präsidentin berufen.

Foto: Land Salzburg / Neumayr – Leopold

v.l.: Salzburgs Bürgermeister Harald Preuner, Sektionschef Jürgen Meindl, die designierte Festspiel-Präsidentin Kristina Hammer, Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Finanzministerin a.D. Maria Fekter, der Landtagsabgeordnete Hans Scharfetter, der Geschäftsführer der Bundestheater Holding Christian Kircher und der Präsident der Internationalen Stiftung Mozarteum Johannes Honsig-Erlenburg

Beim Kandidatinnen- und Kandidaten-Hearing zur Bewerbung als Präsidentin bzw. Präsident konnte die Deutsche/Schweizerin mit langjährigem Bezug zu Salzburg, vollends überzeugen. Sie wird somit ab 1. Jänner 2022 neue Präsidentin der Salzburger Festspiele, ihr Vertrag läuft auf fünf Jahre bis zum 31. Dezember 2026. Diesen Beschluß faßte das Kuratorium der Salzburger Festspiele am 24. November einstimmig in seiner 263. Sitzung.

„Die beeindruckende berufliche Karriere, das vorgestellte Konzept sowie ihre hohe internationale Expertise und Vernetzung haben das Kuratorium überzeugt, sich für Kristina Hammer auszusprechen“, betont Sektionschef Jürgen Meindl, Vorsitzender des Kuratoriums der Salzburger Festspiele, zur Stimmeneinhelligkeit des Gremiums im Bestellungsprozeß.

„Mit der Entscheidung, Kristina Hammer zur neuen Präsidentin der Salzburger Festspiele zu bestellen, geht das Kuratorium einen bewußten Schritt zur weiteren Internationalisierung der Salzburger Festspiele, der Absicherung, Schärfung und des Ausbaues der besonderen Strahlkraft der Marke der Salzburger Festspiele und der Bereitschaft, neue Herausforderungen für die Salzburger Festspiele als weltbestes, klassisches Dreisparten-Festival in Angriff zu nehmen und zu meistern. Ihr erfolgreicher Berufsweg, ihre Integrationsfähigkeit, die lange Verbundenheit zu den Salzburger Festspielen sowie ihr kulturelles Engagement als Mitglied des Vorstandes der Freunde der Oper Zürich haben uns überzeugt“, so Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer.

Das Kuratorium bedankte sich herzlich bei Helga Rabl-Stadler für ihr beispielloses Engagement in 27 Jahren als Festspielpräsidentin. Insgesamt hatten sich 32 KandidatInnen für deren Nachfolge beworben. „Es haben sich erfreulich viele und auch bestens qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber mit spannenden Konzepten beworben“, sagt Jürgen Meindl.

„Das mir entgegengebrachte Vertrauen des Kuratoriums ehrt mich sehr und ich freue mich auf diese großartige und verantwortungsvolle Aufgabe, welcher ich auch mit der notwendigen Demut entgegensehe. Mein aufrichtiger Dank gilt allen Mitgliedern des Kuratoriums sowie Markus Hinterhäuser und Lukas Crepaz*), welche ich bereits im Zuge des Bewerbungsprozesses kennenlernen durfte. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit ihnen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses und natürlich auf die Künstlerinnen und Künstler“, so Kristina Hammer in ihrer ersten Reaktion. „Ich werde meinen Lebensmittelpunkt nach Salzburg verlegen und freue mich schon ausgesprochen auf den engen Kontakt mit den Salzburgerinnen und Salzburgern“, so Hammer abschließend.

*) Markus Hinterhäuser ist Intendant, Lukas Crepaz Kaufmännischer Direktor der Salzburger Festspiele

Personalia

„Ich freue mich, daß wir mit Kristina Hammer eine würdige Nachfolgerin für Helga Rabl-Stadler gefunden haben, die mithelfen wird, die Salzburger Festspiele in ein neues Zeitalter zu führen“, so Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer. „Mir war wichtig, daß es ein ordentliches, ergebnisoffenes Ausschreibungsverfahren nach internationalen Standards gibt. Frau Hammer bringt einen reichen Schatz an Erfahrungen im internationalen Unternehmensumfeld sowie durch ihre selbstständige Arbeit als Unternehmensberaterin die nötige strategische Kompetenz für dieses Amt mit. Vor allem aber hat sie das Kuratorium mit ihrem Auftritt im Hearing überzeugt. Ich bin sicher, daß auch die Zusammenarbeit mit Markus Hinterhäuser und Lukas Crepaz eine gute sein wird“, so Staatssekretärin Mayer zur Bestellung der neuen Festspielpräsidentin.

Foto: Land Salzburg / Neumayr – Leopold

Die designierte Präsidentin der Salzburger Festspiele Kristina Hammer und Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Vertreter des Landes Salzburg im Kuratorium der SF

Kristina Hammer

Dr. jur. Kristina Hammer ist seit mehr als zehn Jahren Inhaberin der strategischen Markenberatung HammerSolutions in Zürich. Sie ist zusätzlich auch als externe Verwaltungsrätin aktiv. Sie war zuvor 15 Jahre operativ in Managementpositionen international in Deutschland, England und Österreich tätig. Mit Ihrer Firma unterstützt sie Entscheidungsträger beim Aufbau und der Neupositionierung von Marken und erstellt externe und interne Kommunikationsstrategien. Darüber hinaus war sie in den vergangenen Jahren bei der Stöckli Swiss Sports AG als Verwaltungsrätin und bei der s.Oliver Group sowie MagnWall in deren Beiräten tätig. Als Executive & Business Coach berät Kristina Hammer zu den Themen Leadership, Change-Management, sowie Personal Branding und lehrt als Gastdozentin an der Universität St. Gallen sowie der ETH Zürich.

Seit 2019 engagiert sie sich im Vorstand der Freunde der Oper Zürich und ist dort für die Themen Marketing und Kommunikation zuständig und übernimmt jährlich Patenschaften für Mitglieder des Internationalen Opernstudios Zürich.

In Ihrer frühen Karriere arbeitete Kristina Hammer für die Gerngross AG (1996-2000), der damals größten Kaufhauskette in Österreich. Sie war sowohl für die Entwicklung des Konzepts als auch für die Leitung des „Steffls“, Wiens führendem Luxuskaufhaus, verantwortlich. Von 2000 an arbeitete sie sieben Jahre in England in leitender Position für die Premier Automotive Group (Aston Martin, Jaguar, Land Rover, Volvo), sowie ab 2006 zusätzlich für den Mutterkonzern, die Ford Motor Company, mit Verantwortung für die Markenkommunikation und Visualisierung der Premiummarken. Von 2007 bis 2009 leitete sie die globale Marketing Kommunikation von Mercedes-Benz in Stuttgart.

Kristina Hammer studierte Jura in Mainz (sowie parallel Betriebswirtschaft bis zum ersten Vordiplom), absolvierte danach das Zweite Juristische Staatsexamen und promovierte mit „summa cum laude“ in Europäischem Wirtschaftsrecht an der Universität Wien. Ihre Ausbildung schloß sie mit einer Tätigkeit beim Europäischen Gerichtshof und der Veröffentlichung eines juristischen Handbuchs zum freien Warenverkehr in der europäischen Union ab. Seit nunmehr zehn Jahren lebt Kristina Hammer mit Ihrem Mann und ihren zwei Kindern in Herrliberg im Kanton Zürich.

Foto: Salzburger Festspiele / Doris Wild

Helga Rabl-Stadler, Präsidentin der Salzburger Festspiele von 1995 bis 2021

Helga Rabl-Stadler

Die gebürtige Salzburgerin machte ihre Matura mit Auszeichnung am Wirtschaftskundlichen Realgymnasium in Salzburg, absolvierte von 1966 bis 1970 das Studium der Rechte sowie der Publizistik- und Politikwissenschaften und promovierte zur Doktorin der Rechte. 1970 übersiedelte sie nach Wien und begann in der Lehrredaktion in der „Presse“ und war dann als Journalistin in den Ressorts „Wirtschaft und Innenpolitik“ im Magazin „Wochenpresse“ tätig. Sie kehrte dann nach Salzburg zurück und arbeitete im Familienbetrieb Modehaus Resmann in Salzburg und Linz mit. Sie war über Jahre als Abgeordnete zum Nationalrat tätig und Präsidentin und Finanzreferentin der Wirtschaftskammer Salzburg. Als sie am 26. Jänner 1995 zur Präsidentin der Salzburger Festspiele ernannt wurde, legte sie alle politischen und standespolitischen Funktionen in Salzburg und Wien.

Der Höhepunkt ihrer Sponsoringerfolge für die Salzburger Festspiele war die Finanzierung des Hauses für Mozart, eine der Spielstätten der Salzburger Festspiele in der Salzburger Altstadt. Von den Gesamtkosten von über 36 Millionen Euro haben die Festspiele für einen Kulturbetrieb unvorstellbare 40 Prozent selbst aufgebracht. ■

https://www.salzburgerfestspiele.at/
https://www.hammersolutions.ch/
https://de.wikipedia.org/wiki/Helga_Rabl-Stadler

Religion und Kirche

Klimaschutz und Schöpfungsbewahrung sind Gebot der Stunde

Evangelische Kirchen starten zum Advent ins Jahr der Schöpfung – Gottesdienst zum Auftakt des Aktionsjahres

Mit dem ersten Adventsonntag, dem Beginn des Kirchenjahres, sind die Evangelischen Kirchen in das „Jahr der Schöpfung“ gestartet. Das kommende Jahr steht ganz im Zeichen der Schöpfungsverantwortung und des Klimaschutzes. Bei einem Gottesdienst am Vorabend des ersten Adventsonntags in der Wiener Lutherkirche, der aufgrund der Pandemie als Online-Gottesdienst via YouTube übertragen wurde, erfolgte der Auftakt zum Schwerpunktjahr, das dezentral mit vielfältigen Veranstaltungen und Initiativen begangen wird.

„Klimaschutz und Schöpfungsbewahrung sind das Gebot der Stunde, wenn es darum geht, nach dem Guten für die Nächsten zu streben: für die Kinder und die Enkelkinder, für die NachbarInnen, für die Menschen weltweit, die – wie wir alle – von den schlimmen Folgen der Klimakrise betroffen sind“, sagte der evangelisch-lutherische Bischof Michael Chalupka in seiner Predigt.

Die Kirchen seien „nicht erst jetzt aufgewacht“, sondern sie setzten sich seit mehr als dreißig Jahren für die Bewahrung der Schöpfung und die Klimagerechtigkeit ein, erinnerte der Bischof. Aber jetzt sei es Zeit, „in den eigenen Strukturen und Institutionen aufzuzeigen und vorzuleben, daß es möglich ist, klimaneutral zu leben, sowohl beim Wohnen, in der Ernährung und auch der Mobilität, daß Verzicht auf unbegrenzten Ressourcenverbrauch auch einen Gewinn an Lebensqualität bedeuten kann“. Deshalb, kündigte Chalupka an, arbeiten die Kirchen in diesem Jahr besonders an einem umfassenden Klimaschutzkonzept für alle Ebenen der Kirche.

Der Bischof wies im Gottesdienst auch auf die globale Dimension der Klimakatastrophe hin. Die Menschen im globalen Süden litten besonders unter den Folgen des Klimawandels, „sie haben am wenigsten zur Klimakatastrophe beigetragen und sind die ersten, die unter ihr leiden“. „Mit der Schöpfung Gott zu loben, mit der Schöpfung zu seufzen und der Erlösung zu harren, in der Hoffnung zu bleiben und sich nicht der Verzweiflung zu ergeben und mit eigenen Händen zu tun, was möglich ist, aber die Rettung der Welt in Gottes Händen zu wissen, das ist es, was wir Christinnen und Christen beizutragen haben zur weltweiten Bewegung, die die Zukunft nicht der Allmachtsphantasie des Menschen überlassen will, sondern um die Verletzlichkeit des Menschen und der Schöpfung weiß“, schloß der Bischof.

Screenshot: epd / Dasek

Bischof Chalupka: „Die Zukunft nicht der Allmachtsphantasie des Menschen überlassen.“

Am Gottesdienst beteiligten sich auch die ehrenamtlichen Umweltbeauftragten der

2022 JAHR DER SCHÖPFUNG

Religion und Kirche

Screenshot: epd / Dasek

Nahmen per Videokonferenz am Gottesdienst teil. V.l. 1. Reihe: Anke Bockreis, Harald Tremmel, Anna Zollitsch, Francesca Christ; 2. Reihe: Johannes Tintner-Olifiers, Milena Moser, Daniel Berthold, Magdalena Ambrosch; 3. Reihe: Astrid Tendis-Knely, Elisabeth Pausz

Evangelischen Kirche. „Natur- und Umweltschutz auf gesetzlicher Ebene zu verankern ist zu wenig“, erklärte Werner Schwarz. Es gelte, die Schöpfung in Ehrfurcht in ihrer Gesamtheit zu betrachten und für die Bewahrung der Vielfalt und Schönheit einzutreten, „das ist meine Motivation“, so der Umweltbeauftragte in Salzburg und Tirol.

Der niederösterreichischen Umweltbeauftragten Inge Janda ist der Erhalt der Biodiversität ebenso wichtig der Einsatz von umweltschonenden Materialien im Bauwesen. Die Katastrophen der Zeit hätten „deutlich gezeigt, daß Atomkraft und fossile Energien nicht die Zukunft sind“. Janda ist überzeugt, „steter Tropfen höhlt den Stein“, jede kleine Maßnahme, die konsequent umgesetzt werde, trage zur Verbesserung bei. Janda: „Es ist höchste Zeit, daß wir an die Zukunft denken und alles für eine Trendwende mobilisieren, damit unsere Kinder noch eine intakte Erde vorfinden. Denn die Klimakatastrophe kennt keinen Lockdown.“

In dem Gottesdienst wurde auch um den Segen für die SchöpfungsbotschafterInnen gebetet, die Bischof Chalupka erstmals vorstellte. Aufgrund der Pandemie waren sie per Video zugeschaltet. Sie kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen und entstammen, so Chalupka, der „Enkel- ebenso wie der Großelterngeneration“.

Bereits seit längerer Zeit setzen sich die BotschafterInnen für den Klimaschutz ein, nun werden sie die Idee und das Anliegen des Schöpfungsjahres in ihrem jeweiligen Bereich vertreten und verbreiten.

Die BotschafterInnen des Jahres der Schöpfung sind der burgenländische Bio-Weinbauer Harald Tremmel, Altbischof Herwig Sturm und AHS-Lehrerin Astrid Tendis-Knely (Kärnten), Sozialarbeiterin Anna Zollitsch (Niederösterreich), Unternehmer Ulrich Böheim (Oberösterreich), Lehrerin Francesca Christ (Salzburg), Gemüsebäuerin und Studentin Magdalena Ambrosch (Steiermark), Bauingenieurin Anke Bockreis (Tirol) und Umweltwissenschaftler Johannes Tintner-Olifiers (Wien) sowie die Schülerin Milena Moser vom Evangelischen Realgymnasium Donaustadt und Daniel Berthold, der an dieser Schule sein „Freiwilliges Soziales Jahr“ absolviert. Botschafterin in der Evangelisch-methodistischen Kirche ist die Wiener Studentin Magdalena Gnigler.

An der Gestaltung des Gottesdienstes wirkten Pfarrerin Eva Harasta, theologische Referentin des Bischofs, Kirchenrätin Andrea Sölkner, der reformierte Landessuperintendent Thomas Hennefeld und der methodistische Superintendent Stefan Schröckenfuchs sowie per Videoschaltung die Umweltbeauftragten Inge Janda, Andrea Kampelmühler, Reinhold Lazar und Werner Schwarz mit. An der Orgel und im Sologesang war Jörg Espenkott, Kantor der Lutherkirche, zu hören. ■

https://evang.at/

Zum Jahr der Schöpfung gibt es auch den neuen YouTube-Adventkalender der Evangelischen Kirche, der am ersten Adventsonntag sein erstes Türchen geöffnet hat:

https://evang.at/youtube

Screenshot: epd / Dasek

Mit dem ersten Adventsonntag, dem Beginn des Kirchenjahres, sind die Evangelischen Kirchen in das „Jahr der Schöpfung“ gestartet.

Religion und Kirche

EmK-Delegation bei Bundespräsident Van der Bellen

Besuch anläßlich des 150jährigen Bestehens der Evangelisch-methodistischen Kirche Österreich – Würdigung für Engagement

Foto: HBF / Peter Lechner

Zu Besuch bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen (2.v.l.): Kirchenvorständin Doreen Ighama, Superintendent Stefan Schröckenfuchs und Kirchenvorstand Thomas Fux (r.)

Anläßlich ihres 150jährigen Bestehens hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen eine Delegation der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich (EmK) in der Hofburg empfangen. Bei dem Treffen am 30. November tauschten sich Superintendent Stefan Schröckenfuchs und die beiden Mitglieder des Kirchenvorstands Doreen Ighama und Thomas Fux mit Van der Bellen über „gesellschaftliche, politische und kirchliche Themen“ aus, wie die Kirche mitteilte. Van der Bellen habe dabei das große Engagement der EmK hervorgehoben. Insbesondere habe er das von den evangelischen Kirchen gemeinsam ausgerufene „Jahr der Schöpfung“ begrüßt, das am ersten Adventsonntag begonnen hat. Eine gemeinsame Sorge des Präsidenten und der kirchlichen Delegation seien die zunehmenden Spannungen und Spaltungen in der Gesellschaft gewesen, die derzeit durch die Corona-Pandemie und ihre Folgen zu beobachten sind.

Superintendent Schröckenfuchs strich die Bedeutung der rechtlichen Rahmenbedingungen hervor, die der EmK in Österreich durch die staatliche Anerkennung 1951 garantiert sind. Zu deren Folgen zähle auch der Ausbau der sozialdiakonischen Arbeit der EmK, wie sie heute durch das Diakonie Zentrum Spattstraße gegeben sei.

Fux, Leiter der Eigentumsverwaltung und für die Bewirtschaftung der kirchlichen Liegenschaften zuständig, hob die kirchlichen Aufgaben hervor, Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen bereitzustellen und Flächen für soziale Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Dies mit Fragen des Klimaschutzes zu verbinden sei eine Aufgabe, der sich die EmK künftig mit besonderem Augenmerk widmen werde.

Ighama betonte die Bedeutung der Kirche als Begegnungsort von Menschen verschiedenster Kulturen und Herkunftsmilieus. Gerade in Zeiten der Pandemie hätten sich Kirchen als Gemeinschaften erwiesen, „die Halt geben, und in denen man sich trotz manchmal unterschiedlicher Überzeugungen um einen gemeinsamen Weg bemühe“.

Video-Grußbotschaft bereits im Oktober

Mit einer Video-Grußbotschaft im Rahmen der 150-Jahr-Feier hatte der Bundespräsident der EmK Österreich bereits im Oktober eine „helle Zukunft“ gewünscht und so ein Zeichen der Wertschätzung übermittelt. Der ursprünglich für den 7. Oktober geplante Besuch der methodistischen Delegation in der Hofburg mußte zu diesem Zeitpunkt jedoch wegen innenpolitischer Ereignisse

kurzfristig verschoben werden. Nun wurde er nachgeholt.

Die EmK in Österreich

Als zu Beginn des Jahres 1870 der deutsche Prediger Christian Dieterle von der Missionsgesellschaft der Wesleyanischen Methodisten (britischer Zweig) nach Wien entsandt wurde, um „einen Lichtstrahl in ... die dichte geistliche Finsternis dieser schönen, aber leichtlebigen Hauptstadt Österreichs“ eindringen zu lassen, hatte er mit vielen Hindernissen zu kämpfen. Als nicht anerkannter Religionsgemeinschaft war den Methodisten nur häusliche Religionsausübung gestattet. Immer wieder kam es zu Versammlungsverboten und polizeilicher Überwachung. Dieterle und seine beiden Nachfolger Beutenmüller und Rück dienten zwischen fünf und acht Jahren in Wien. Sie mieteten verschiedene Räume und Säle an, um dort zunächst Vorträge und auch Gottesdienste zu halten, aber ihre evangelistischen Bemühungen waren von mäßigem Erfolg.

Eine deutliche Wende geschah erst unter Prediger Fritz Rösch, als sich im Jahr 1890 Baronin Amelie von Langenau (1830-1902) der bisher einzigen methodistischen Gemeinde in Wien anschloß. Ursprünglich lutherischer Herkunft steckte sie ihr Geld und ihre ganze Tatkraft in diese kleine Kirche.

Foto: Archiv der EmK

Baronin Amelie von Langenau (1830-1902) schloß sich 1890 der bisher einzigen methodistischen Gemeinde in Wien an und steckte viel Geld und Tatkraft in die Kleine Kirche

Foto: Archiv der EmK

1911: Die erste Missionskonferenz Österreich-Ungarn tagt

Jahrhundertwende

Mit der Kirchenvereinigung im Jahr 1897 gehörte die Arbeit in Wien nun zur Norddeutschen Jährlichen Konferenz. In der Folge kamen eine Reihe junger Prediger aus Deutschland zum Dienst nach Österreich, u.a. F.H. Otto Melle, der die Arbeit in Österreich-Ungarn ab 1907 leitete oder Hinrich Bargmann, der ihm 1920 in dieser Aufgabe als Superintendent nachfolgte.

Um 1900 hatten sich in Wien eine weitere deutschsprachige Gemeinde und eine Arbeit in tschechischer Sprache etabliert. Zur selben Zeit war Wien Ausgangspunkt für weitere methodistische Gemeindegründungen in der Batschka und in Budapest. 1911, im selben Jahr als in Graz eine Gemeinde gegründet wurde, kam es zur Etablierung der „Missionskonferenz von Österreich und Ungarn“ und damit zur Loslösung von der Norddeutschen Konferenz der Methodistenkirche.

Kriegszeiten

Nur wenige Jahre später, nach dem Ersten Weltkrieg, stand man vor einem Trümmerhaufen. Was bisher eine Einheit bildete, war auf vier Länder verteilt. Die Arbeit in Triest wurde den italienischen Methodisten anvertraut, von den drei anderen Städten aus versuchte man Aufbauarbeit in den jeweiligen neuen Ländern Österreich, Ungarn und Jugoslawien zu leisten.

In Österreich kam es bald zur Gründung neuer Gemeinden, so in Wien-Floridsdorf und Wien-Favoriten, Linz, St. Pölten und Krems. Auch Salzburg hatte man im Blick, konnte aber aus Personalmangel dort keine Arbeit beginnen.

Wohnungsnot und Hunger prägten in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts die Situation in Wien. Von den Methodisten in den USA kamen finanzielle Mittel zur Linderung der Not. Dank kirchlicher Kontakte in die Schweiz und nach Skandinavien wurden hungernde Kinder aus Wien in diese Länder zur Erholung geschickt. Auch der Auhof in Türnitz/NÖ, der 1920 angekauft wurde, diente u.a. bis 1938 der Erholung von Kindern, die über das Wiener Jugendamt zugewiesen wurden.

Ab etwa 1925 und verstärkt durch die Wirtschaftskrise der 30er-Jahre wurden die finanziellen Mittel knapper und der Schuldenberg durch die neu angekauften Gebäude größer. Erste Überlegungen waren da, die eigenständige Arbeit in Österreich mit derjenigen in Deutschland zusammenzuschließen. Prediger aus Deutschland und der Schweiz kehrten in ihre Herkunftsländer zurück, nicht wenige von ihnen verheiratet mit einer Österreicherin. Ein Experte aus der Schweiz hielt

Foto: Archiv der EmK

1920: Eröffnung des Pflege- und Erholungsheims Aufhof im niederösterreichischenTürnitz – eine Ferienkolonie mit 100 Betten

Foto: Archiv der EmK

1957: Ungarische Flüchtlinge in Linz

1937 nur drei der acht Gemeinden in Österreich für überlebensfähig. Der „Anschluß" Österreichs an Hitlerdeutschland und die Eingliederung der Österreichischen Konferenz in die Süddeutsche Konferenz im Jahr 1938 war daher auch aus finanziellen Gründen willkommen.

Ein schmerzlicher Verlust war der Verkauf des Anwesens Auhof in Türnitz. Dies geschah auf Druck der Nationalsozialisten, die dort ab 1940 eine (von zwei) „Napolas" (Nationalpolitische Erziehungsanstalt) für Mädchen führte.

Während des Zweiten Weltkriegs konnte das gottesdienstliche Leben der Gemeinden dank des pensionierten Superintendenten Hinrich Bargmann (1875-1953) sowie einiger Diakonissen und Laienprediger aufrecht erhalten werden. Einige der kirchlichen Gebäude erhielten Bombentreffer.

Nachkriegszeit

Für den Wiederaufbau nach dem Krieg war man wieder auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen. Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg schlossen sich beachtliche viele Personen der Kirche an, da es dort u.a. Nahrungsmittel und weitere Hilfe gab. In den Flüchtlingslagern der amerikanischen Zone sammelten sich auch vertriebene Gemeindeglieder aus den deutschsprachigen Gemeinden der Batschka. Dadurch kam es zu Gemeindeneugründungen in Linz, Salzburg, Ried im Innkreis sowie Bregenz.

1951 durfte die staatliche Anerkennung der „Methodistenkirche in Österreich", so inzwischen der Name im deutschsprachigen Raum, gefeiert werden. Der Kalte Krieg und die Notwendigkeit des österreichischen Staates, sich als Demokratie zu erweisen, wirkten dabei unterstützend mit.

Öffnungen

In den 60er- und 70er-Jahren kam es innerhalb der Methodistenkirche zu einer ökumenischen und einer gesellschaftlichen Öffnung. 1958 gehörten die Methodisten sowohl zu den Gründungsmitgliedern des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich als auch der Diakonie Österreich. Die Öffnung der Römisch-katholischen Kirche zu anderen Kirchen als eine Folge des Zweiten Vatikanischen Konzils führte – zunächst auf Ebene der Pastoren – zu zahlreichen ökumenischen Kontakten. Die bislang zu anderen Kirchen gepflegten Kontakte im Rahmen der Evangelischen Allianz verblaßten mehr und mehr.

Eine weitere Öffnung hin zur Gesellschaft war die Gründung des Diakoniezentrum Spattstraße in Linz im Jahr 1963. Heute ist dieses diakonische Werk mit dem Motto „Dasein für Kinder und Jugendliche" aus der sozialen Landschaft Oberösterreichs nicht mehr wegzudenken.

Ebenfalls eine Öffnung hin zur Vielfalt war 1978 die Gründung der englischsprachigen methodistischen Gemeinde in Wien. Auch in den deutschsprachigen Gemeinden begannen ab Mitte der 90er Jahre Flüchtlinge und Migranten das Bild zu verändern.

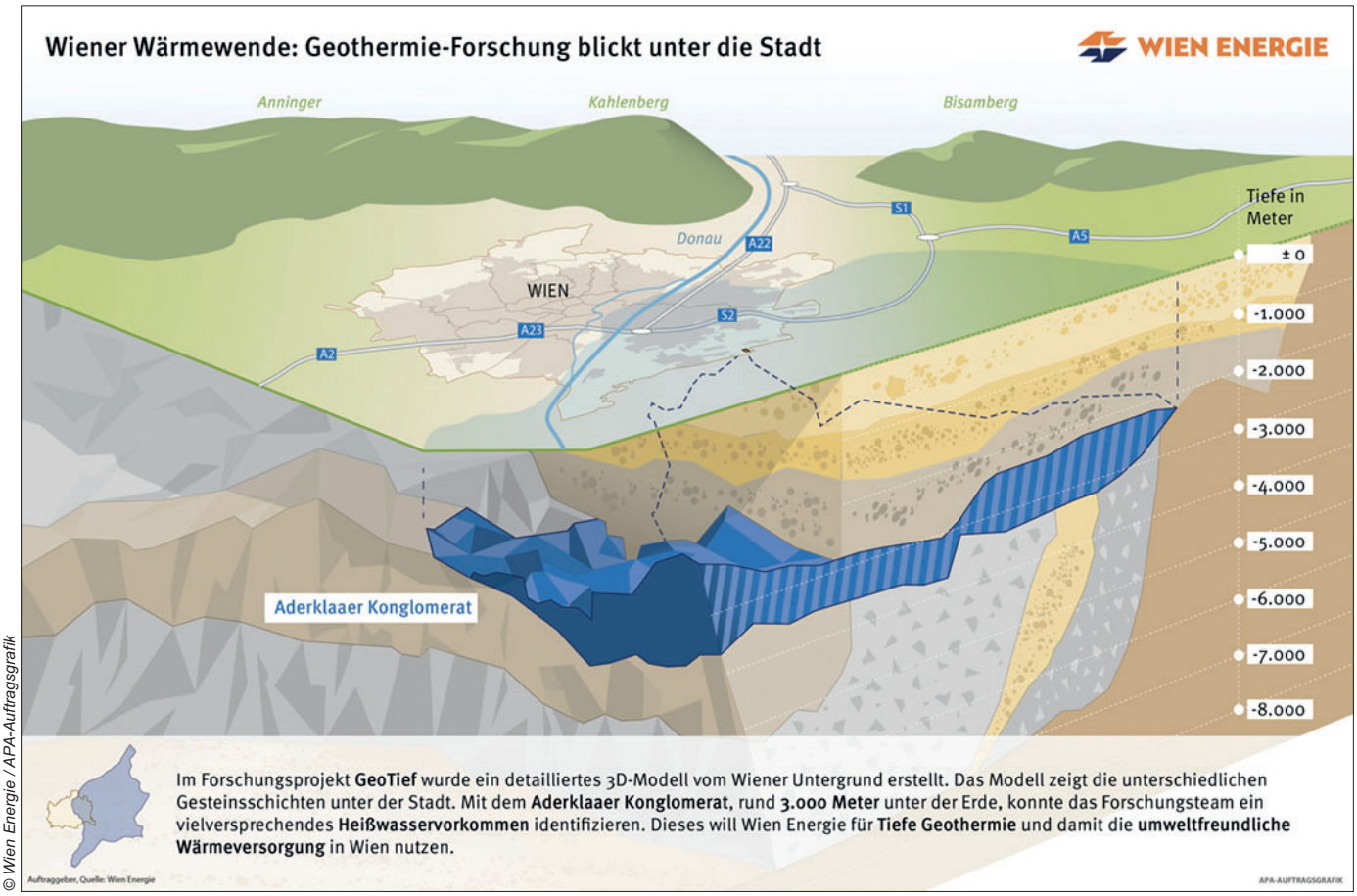
Schließlich sei noch die Zusammenarbeit mit den beiden evangelischen Kirchen A.B. und H.B. im Rahmen der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa erwähnt, der die Methodisten europaweit 1995 beigetreten sind. So gibt es inzwischen ein vielfältiges gemeinsames evangelisches Handeln im Bereich von Religionsunterricht, der Aus- und Fortbildung der PastorInnen, der Krankenhausseelsorge und der Diakonie. Gemeinsam wurden im Jahr 2017 500 Jahre Reformation gefeiert.

Drei Merkmale zeichnen die heutige Evangelisch-methodistische Kirche in Österreich aus, deren Namensänderung im Jahr 2004 erfolgte: ökumenische Beziehungen, soziales Engagement und Internationalität. ■

https://www.emk.at/

Wien: Geothermie-Forschung blickt unter die Stadt

Die Wärmeversorgung ist ein wesentlicher Schlüssel für erfolgreichen Klimaschutz in der Stadt – Wien Energie forscht deshalb an der Nutzbarmachung von erneuerbaren Wärmequellen.



© Wien Energie / APA-Auftragsgrafik

Wien heizt heute schon sehr umweltfreundlich! Um unser Ziel zu erreichen, die Wärmeversorgung bis 2040 komplett zu dekarbonisieren, brauchen wir weitere erneuerbare Wärmequellen“, erklärt Peter Hanke, Stadtrat für Wirtschaft, Finanzen und Wiener Stadtwerke. „An einer davon forscht Wien Energie mit dem Projekt ‚GeoTief Wien‘ – und das mit Erfolg. Das 3D-Modell vom Wiener Untergrund ist ein Paradebeispiel für interdisziplinäre Forschung. Gemeinsam arbeiten wir nachhaltig an einer klimaneutralen Energiezukunft!“

Geothermie für Wärmewende entscheidend

Fernwärme ist für die Wärmewende – also den Umstieg auf erneuerbare Wärmeversorgung – ein zentrales Element. 2040 sollen rund 56 Prozent des Wärmebedarfs der Stadt Wien über Fernwärme, der Rest im Wesentlichen über Wärmepumpen gedeckt werden. Die Fernwärme soll dann gänzlich klimaneutral sein. Neben der Müllverbrennung und der Abwärmenutzung spielt dabei Geothermie eine wichtige Rolle. „Damit Klimaschutz in Wien erfolgreich ist, müssen wir unsere Wärmeversorgung noch umweltfreundlicher aufstellen. In der Tiefen Geothermie – also Heißwasservorkommen mehrere tausend Meter unter der Stadt – liegt dabei großes Potential“, ist Michael Strebl, Vorsitzender der Wien Energie-Geschäftsführung, überzeugt. „Unter Wien schlummert ein riesiges Wärmevorkommen! Dieses wollen wir in Zukunft für die Wärmeversorgung nutzen. Mit dem 3D-Modell haben wir jetzt ein detailliertes Bild vom Wiener Untergrund in der Hand und können uns an die Planung von konkreten Projekten machen. Bis 2030 wollen wir bereits bis zu 125.000 Haushalte mit Wärme aus der Tiefe versorgen können!“, so Strebl weiter.

Das Potentialgebiet erstreckt sich oberirdisch von Donaustadt bis Simmering. In diesen Gebieten sieht Wien Energie auf Basis des 3D-Modells Chancen, die Heißwasservorkommen drei Kilometer unter der Erde, für die erneuerbare Fernwärme nutzen zu können. Die Forschungen schätzen ein Potential von bis zu 120 Megawatt thermischer Leistung.

Von 16.000 Meßpunkten zum dreidimensionalen Untergrund

Seit 2016 arbeitete das interdisziplinäre Forschungsteam von GeoTief Wien an der

Foto: Wien Energie / Martina Draper

Foto: Wien Energie / FOTObyHOFER

Einige Wochen waren mehrere ungarische Seismik-Fahrzeuge unterwegs, um Messungen zum Erstellen des 3D-Modells für Wien Energie durchzuführen.

bisher genauesten Abbildung des tiefen Wiener Untergrunds. In einem ersten Schritt wurden Bestandsdaten der Kohlenwasserstoffindustrie analysiert und ausgewertet. Anschliessend wurden erstmalig in Österreich innovative 3D Seismik Messungen durchgeführt. Dafür wurden etwa 2017 auf einem Gebiet von rund 175 Quadratkilometern 16.000 kabellose Sensoren ausgelegt, die seismische Reflexionen aus dem Untergrund aufgezeichnet haben. Mit speziellen Fahrzeugen wurden dafür Schwingungen – ähnlich wie bei einem Ultraschall – in den Erdboden geschickt. 50 Terabyte Daten wurde anschliessend mit modernster Rechentechnik analysiert und mit den Bestandsdaten zusammengeführt.

Im Zuge der Analysen und Interpretation der Daten durch das Forschungsteam ist das Aderklaaer Konglomerat in den Fokus gerückt. Es kann durch die erhobenen Daten besonders gut definiert und eingeordnet werden. Bei dieser Gesteinsschicht handelt es sich geologisch um die miozäne Füllung des Wiener Beckens. Die Ablagerungen entstanden vor rund 20 Millionen Jahren. Anhand der Modelle konnten die Lage/Ausbreitung, Geometrie, Tiefenlage, Mächtigkeit und mögliche geologische Störungssysteme im Aderklaaer Konglomerat im Untersuchungsgebiet festgelegt werden.

Die Geometrie und bisher bekannten hydraulischen Eigenschaften des Thermalwasserreservoirs sind vielversprechend. Bei einer Tiefe von rund 3.000 Metern sollte die Wassertemperatur im Aderklaaer Konglomerat bis zu 100 Grad Celsius liegen und könnte sich damit für die Nutzung für die Wiener Fernwärme eignen. Endgültige Gewißheit gibt jedoch immer nur eine Erkundungsbohrung. Bevor der Beschluß zur Umsetzung einer Geothermie-Anlage fällt, werden bis zum Frühjahr 2022 parallel zu ersten Planungsschritten noch weitere Forschungsarbeiten durchgeführt.

„GeoTief Wien ist das umfassendste Geologie-Forschungsprojekt, das es in Österreich jemals gegeben hat. Nachdem wir nun ein Potentialgebiet identifiziert haben, werden wir uns dessen Eigenschaften mit einer Untersuchung eines alten Bohrlochs noch genauer ansehen. Wenn diese Ergebnisse vorliegen, haben wir alle Vorarbeiten geleistet, die zur geologischen Risikominimierung möglich sind“, erläutert Wien Energie-Geschäftsführer Karl Gruber.

Seit Oktober: Forschungstest in Essling

Mit einem praktischen Test in Essling ist das Forschungsprojekt GeoTief Wien in seiner vorerst letzten Phase. Seit Oktober bis Ende des Jahres 2021 werden am ehemaligen Erkundungsbohrplatz von Wien Energie Untersuchungen durchgeführt, die weitere Informationen zu den Gesteinseigenschaften im Aderklaaer Konglomerat liefern sollen. Im Fokus stehen etwa die Durchlässigkeit des Gesteins sowie die chemische Zusammensetzung des Thermalwassers. Für den Test sind ein mobiler Kran sowie drei große Wasserbecken errichtet. Im Zuge des Tests wird Wasser über eine Pumpe gefördert und in die Becken geleitet. Nach Abschluß der Arbeiten wird die Forschungsanlage vollständig abgebaut und das Bohrloch wieder verschlossen.

Über GeoTief Wien

GeoTief Wien ist ein Energie-Forschungsprojekt von Wien Energie gemeinsam mit AIT, Geologische Bundesanstalt, Geo5, Heinemann Oil, Montanuniversität Leoben, OMV, RAG Austria, Universität Wien, Universität Salzburg, GFZ Potsdam und Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG). Das Projekt wird vom Klima- und Energiefonds gefördert. ■

https://www.wienenergie.at/
https://www.geotiefwien.at/

Foto: Wien Energie / FOTObyHOFER

Diese Sensoren lieferten 50 Terabyte Daten über die Schwingungen aus der Tiefe.

Wissenschaft & Technik

Hightech für die Raumfahrt

FACC erhielt von der ArianeGroup den Auftrag zur Entwicklung und Fertigung der Astris Kick-Stage Main Structure für die Trägerraketenfamilie Ariane 6 und konnte damit ein erstes Projekt in ihrem neuen Geschäftsfeld »Space« sichern

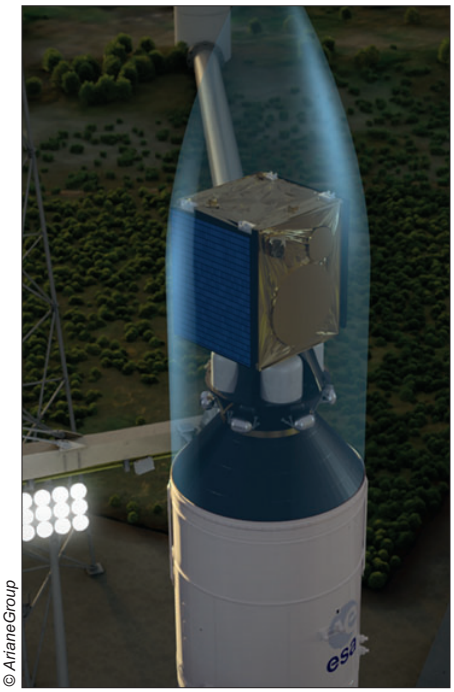
Leichtbauinnovationen für kommerzielle Flugzeuge, Business Jets, Helikopter, Flugzeugtriebwerke und letztlich der Drohnen gehören zur Kernkompetenz der oberösterreichischen FACC AG, die nun ihre Leichtbautechnologien auch in der Raumfahrt einsetzt. Mit der Entwicklung und Produktion der Astris Kick-Stage Main Structure für die Trägerraketenfamilie Ariane 6 erhält FACC einen bedeutenden Auftrag, der dem Unternehmen völlig neue Möglichkeiten in der kommerziellen Raumfahrt eröffnen wird.

„Die ArianeGroup hat uns mit dem Auftrag zur Beteiligung an der Ariane-6-Rakete ihr Vertrauen geschenkt, als Entwicklungs- und Fertigungspartner die neue Generation der europäischen Trägerraketen mitzugestalten. Für uns ist ‚Space' ein wichtiges Zukunftsthema, das wir in unserer Unternehmensstrategie 2030 als ein neues Geschäftsfeld definiert haben. Hier können wir die FACC Composite-Technologien, die wir in den letzten Jahrzehnten für die Aviation Industrie entwickelt haben, sehr gut einbringen. Unser Ziel ist es, basierend auf unsere Leichtbaukompetenz und unsere hochmodernen Fertigungsstätten für die tragende Struktur der Ariane 6 Kick-Stage eine Karbonlösung bereitzustellen, die Gewicht reduzieren wird und durch eine effiziente Serienfertigung eine Nutzung für den kommerziellen Raumtransport ermöglichen kann", freut sich Robert Machtlinger, FACC CEO, über den ersten Auftrag für die europäische Raumfahrt.

ArianeGroup ist eines der führenden Unternehmen auf dem Gebiet des Raumtransports und setzt es sich mit der neuen Trägerrakete als Ziel, ihren Kunden der institutionellen und kommerziellen Märkte maximale Flexibilität zu bieten. Die Ariane 6 ist ein Programm der Europäischen Weltraumorganisation ESA und soll einen unabhängigen Zugang zum Weltraum für verschiedenste Missionen ermöglichen.

Mit der Ariane 6 auf zu neuen Sphären

Die Kick-Stage Main Structure, die FACC entwickeln und produzieren wird, ist die tragende Struktur einer zusätzlichen optionalen



© ArianeGroup

Die ESA wird die Vielseitigkeit der europäischen Ariane 6 Rakete mit der Astris Kick-Stage erweitern, um ein breiteres Spektrum an Raumtransportanforderungen zu ermöglichen. FACC wurde von der ArianeGroup als Partner für die Entwicklung und Herstellung der Astris Kick-Stage Main Structure ausgewählt.

Stufe der Ariane 6 und soll ihre Missionsmöglichkeiten erweitern. Das Bauteil zeichnet sich durch seine hochfesten und gleichzeitig ultraleichten Carbon-Materialien aus und trägt neben der eigentlichen Fracht vier Treibstofftanks, die neu entwickelte, Berta Engine sowie modernste Flugelektronik in höhere Sphären. Die Ariane 6 Rakete wird dank der innovativen Kick-Stage-Lösung noch vielseitiger und auf längeren Missionen einsetzbar sein und Nutzlasten jeglicher Art in einen optimierten Orbit bringen.

Die erste Lieferung soll im Oktober 2022 in Bremen eintreffen. Dort wird die Kick-Stage weiteren Tests für ihren möglichen ersten Einsatz, die Hera-Mission der ESA – einem wichtigen Schritt für planetare Asteroiden-Verteidigungstechnik – unterzogen. Mit dem Auftrag „Hera" soll an zwei an der Erde vorbeifliegenden Kometen getestet werden, inwieweit man einen Asteroiden von seiner Flugbahn abbringen kann.

Für FACC ist dies nicht nur ein Beitrag zu einer bedeutenden Zukunftsmission – das Projekt bringt den Technologiekonzern auch einen großen Schritt näher an das Ziel ihrer Konzernstrategie 2030: über bestehende Horizonte hinauszublicken und sich so als Innovator der gesamten Aerospace Industrie zu etablieren.

Über Ariane 6

Die Ariane 6, ein Programm der Europäischen Weltraumorganisation ESA, ist eine Trägerraketenfamilie, die den Kunden der institutionellen und kommerziellen Märkte maximale Flexibilität bieten soll. Sie wird in der Lage sein, Nutzlasten jeder Art in einen optimierten Orbit zu bringen – unabhängig von der Art der Mission: niedriger Orbit, geostationärer Transferorbit oder sonnensynchroner Orbit. Aufgrund des großen Volumens unter der Nutzlastverkleidung kann die Ariane 6 sowohl klassische Einzel- oder Doppelstarts durchführen wie auch komplexe Missionen, die den neuen Anforderungen des Marktes entsprechen, wie die Aussetzung von Satelliten mit Elektroantrieb oder Mehrfachstarts von Konstellationssatelliten. Das gewährleistet das wiederzündbare Vinci®-Triebwerk der Oberstufe.

Über FACC

FACC ist ein weltweit führendes Aerospace-Unternehmen in Design, Entwicklung und Fertigung von Luftfahrttechnologien und fortschrittlichen Leichtbausystemen für Luftfahrzeuge. Als Technologiepartner aller großen Hersteller arbeitet FACC gemeinsam mit ihren Kunden an Lösungen für die Mobilität der Zukunft. Weltweit startet jede Sekunde ein Luftfahrzeug mit FACC-Technologie an Bord. Im Geschäftsjahr 2020 erzielte FACC einen Jahresumsatz von 526,9 Mio. Euro. Weltweit werden rund 2.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 41 Nationen an 13 internationalen Standorten beschäftigt Das Unternehmen notiert an der Wiener Börse und ist Teil der Fortune-500 Gruppe AVIC, die Zugang zu den größten Wachstumsmärkten der Branche bietet. ■

https://www.ariane.group/
https://www.facc.com/

Austrian Airlines fliegt mit Altspeiseöl

OMV und Austrian Airlines starten mit nachhaltigem Flugzeugtreibstoff durch.

OMV und Austrian Airlines realisieren erstmals die Herstellung und Betankung von regionalem, nachhaltigem Flugzeugtreibstoff (Sustainable Aviation Fuel „SAF“) in Österreich – für das kommende Jahr 2022 wurden davon 1.500 Tonnen vereinbart.

In der OMV Raffinerie Schwechat wird SAF durch die Mitverarbeitung von österreichischem Altspeiseöl im Produktionsprozeß hergestellt. Somit werden die gesamte Produktionskette so regional wie möglich gehalten und Transportwege auf ein Minimum gekürzt. Im Vergleich zu herkömmlichem Kerosin bewirkt SAF eine CO_2-Reduktion von mehr als 80 Prozent über den gesamten Lebenszyklus.

Ein entscheidender technischer Vorteil des nachhaltigen Flugzeugtreibstoffes ist, daß für Lagerung und Betankung die bestehende Infrastruktur genutzt werden kann. Durch die direkte Pipeline-Verbindung zum Flughafen Schwechat wird SAF zur Betankung von AUA-Maschinen ab Anfang März 2022 an den Flughafen Wien geliefert.

Mit der Betankung von 1.500 Tonnen SAF durch Austrian Airlines werden etwa 3.750 Tonnen CO_2 eingespart, was dem CO_2-Ausstoß von 333 Wien-London-Flügen mit einem typischen Kurz- bis Mittelstrekkenflugzeug der AUA (Airbus A320) entspricht. Die Mehrkosten für den nachhaltigen Flugtreibstoff werden mit der Unterstützung umweltbewußter Passagiere finanziert. Über die Plattform Compensaid können alle Austrian Airlines KundInnen Flüge mit SAF unterstützen und so ihren Teil zu nachhaltigerem Luftverkehr beitragen.

Alfred Stern, Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor OMV Aktiengesellschaft: „Nachhaltige Flugzeugtreibstoffe sind eine Schlüsseltechnologie für eine CO_2-ärmere Luftfahrtindustrie. Sie stellen ein bereits heute verfügbares, einfach zu handhabendes Mittel zur Emissionsreduktion dar und entsprechen in Qualität und Leistung herkömmlichem Treibstoff. Wir nehmen unsere Verantwortung im Rahmen der Energiewende sehr ernst und werden in Zukunft weiterhin daran arbeiten die CO_2-Intensität unseres Portfolios zu senken.“

Foto: Austrian Airlines / Brazdil

Für Lagerung und Betankung kann die bestehende Infrastruktur genutzt werden.

Alexis von Hoensbroech, CEO Austrian Airlines: „Der Luftverkehr muß klimafreundlich werden und nachhaltige Treibstoffe sind der Schlüssel dazu. Wir sind stolz darauf, als erste österreichische Airline solche Treibstoffe im Routinebetrieb einzusetzen. Das schützt nicht nur das Klima, sondern stärkt auch den Wirtschaftsstandort Österreich. Ich freue mich, daß wir mit unserem Partner OMV hier einen ersten Schritt gehen können. Nun gilt es, gemeinsam mit der Politik eine Standortinitiative auf den Weg zu bringen, damit wir die von der EU geforderten Beimischungsmengen ab 2025 erfüllen und hoffentlich auch deutlich übererfüllen können.“

Die Luftfahrtindustrie arbeitet intensiv daran, den Kerosinverbrauch und die CO_2-Emmissionen zu reduzieren. Die Lufthansa Group hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Netto-CO_2-Emissionen mit 2030 zu halbieren und ab 2050 CO_2-neutral zu wirtschaften. Basierend auf den strategischen Aussichten für die Luftfahrtindustrie betrachtet die OMV Sustainable Aviation Fuels (SAF) als eine wichtige Ergänzung ihres zukünftigen Angebots an Flugzeugtreibstoff zusätzlich zu konventionellem Kerosin. Die OMV hat sich zur Reduktion ihres CO_2-Fußabdruckes verpflichtet und unterstützt Kunden, ihren durch das Angebot nachhaltigerer OMV-Produkte zu reduzieren.

OMV Aktiengesellschaft

fördert und vermarktet Öl und Gas, sowie chemische Produkte und Lösungskonzepte in verantwortlicher Weise und entwickelt innovative Lösungen für eine Kreislaufwirtschaft. Mit einem Konzernumsatz von 17 Mrd. Euro und einem Mitarbeiterstand von rund 25.000 (inkl. Borealis) im Jahr 2020 ist die OMV eines der größten börsennotierten Industrieunternehmen Österreichs.

Austrian Airlines

ist Österreichs führende Fluggesellschaft mit einem weltweiten Streckennetz von über 100 Destinationen. Der Heimatflughafen Wien befindet sich im Herzen Europas und ist damit idealer Ausgangspunkt für Reisen zu rund 40 Destinationen in Zentral- und Osteuropa. ■

https://www.omv.at/
https://www.austrian.com/
https://compensaid.com/

Wissenschaft & Technik

Der Natur nachgebaut

Antikörper haben nicht nur eine große Bedeutung im menschlichen Immunsystem, sie haben in den vergangenen 20 Jahren auch massiv an Bedeutung als Therapeutika gewonnen. Eine Arbeitsgruppe um den Chemiker Klaus Liedl am der Universität Innsbruck arbeitet am optimalen Design therapeutischer Antikörper. Ihr Vorbild dafür kommt aus der Natur.

Antikörper sind zentraler Bestandteil des menschlichen Immunsystems. Die Proteine dienen dazu, eingedrungene Antigene oder beschädigte Zellen abzufangen und sie so daran zu hindern, mit den Körperzellen zu interagieren oder in die Zellen einzudringen. Diese zentrale Funktion von Antikörpern hat die pharmazeutische Forschung dazu inspiriert, mithilfe molekularbiologischer Methoden sogenannte therapeutische Antikörper zu entwickeln. „Vor allem im Bereich der Onkologie und jüngst auch in Zusammenhang mit der Therapie gegen SARS-CoV-2 kommen immer häufiger therapeutische Antikörper zum Einsatz“, erklärt Klaus Liedl. Der Universitätsprofessor am Innsbrucker Institut für Allgemeine, Anorganische und Theoretische Chemie beschäftigt sich gemeinsam mit seiner Mitarbeiterin L. Monica Fernández-Quintero und einem größeren Forschungsteam mit der Weiterentwicklung und dem Design von therapeutischen Antikörpern.

Foto: Pixabay / Herbert Bieser

Die Baupläne der Antikörper von Haien und Kamelen sind Vorbild für das Design von erfolgversprechenden Biologicals.

Foto: Pixabay / Andrea Bohl

Hoffnungsträger der Medizin

„Da Antikörper Proteine sind, enthalten sie per se keine toxischen Bausteine, auch ihre Verweil- und damit Wirkdauer im Körper ist länger als bei klassischen Medikamenten aus kleinen chemischen Verbin- dungen. Zudem können sie durch die molekularbiologische Auswahl relativ einfach für die Anwendung bei verschiedenen Krankheiten hergestellt werden“, beschreibt Klaus Liedl die Vorteile. „Anders als klassische chemische Wirkstoffe können sie allerdings nicht oral eingenommen werden, sondern müssen gespritzt werden, um ans Ziel ihrer Wirkung zu gelangen.“

Auch wenn die Herstellungs- und Behandlungskosten für diese Form von Medikamenten noch sehr hoch sind, überwiegen aufgrund des möglichen zielgenauen Designs und der guten Verträglichkeit – vor allem im Bereich der Onkologie – klar die Vorteile, weshalb die pharmazeutische Industrie mittlerweile gleich viel Umsatz mit Biologicals macht wie mit herkömmlichen Medikamenten.

Das Design der therapeutischen Antikörper ist für ihren Einsatz dabei wesentlich, denn nur wenn sie optimal an das für ihre Wirkung vorgesehene Antigen binden, können sie ihre gewünschte Wirkung entfalten. Krankheiten, bei denen man bereits sehr gute Erfolge mit therapeutischen Antiköpern erzielt hat, sind diverse Krebsarten, wie Brust- oder Darmkrebs sowie Autoimmunerkrankungen und Erkrankungen des Zentralen Nervensystems. „Bis jetzt hat man therapeutische Antikörper für Krankheiten entwickelt, deren Angriffspunkte an der Zelloberfläche liegen – die also gut für die Antikör-

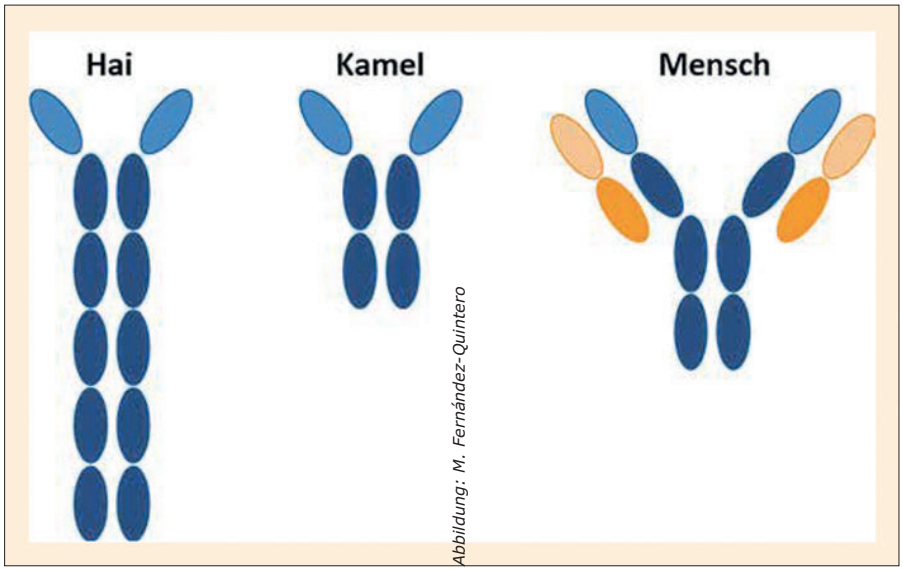


Abbildung: M. Fernández-Quintero

Die Abbildungen zeigen den Aufbau von Hai- und Kamel-Antikörpern im Vergleich zu einem menschlichen Antikörper. Die Antikörper der Haie und die des Kamels verfügen über viel kompaktere Binde-Interfaces (oben) und bestehen aus wesentlich weniger Domänen als der menschliche Antikörper.

per erreichbar sind. Um das Behandlungsspektrum auszuweiten, müssen die Antikörper auch in die Zelle oder in das Zentrale Nervensystem eindringen können", erklärt Klaus Liedl. Hier kommt allerdings ein Nachteil der Antikörper ins Spiel: Es handelt sich dabei um relativ große Moleküle.

Vorbild aus der Natur

In zwei voneinander völlig unabhängigen Fällen hat die Natur bereits viel einfachere Antikörper entwickelt: „Antikörper sind sogenannte Multidomänen-Moleküle. Sie bestehen aus mehreren Domänen *(siehe Abbildung)*. Antikörper von Haien und Kamelen sind wesentlich kompakter aufgebaut als die von Menschen. Vor allem in den Bereichen, in denen sie an das gewünschte Antigen binden sollen, sind sie deutlich kleiner", erklärt Monica L. Fernández-Quintero. Diese geringere Größe und ihren einfacheren Bauplan machen sich die WissenschaftlerInnen zunutze, um verbesserte therapeutische Antikörper zu entwickeln. „Wir bauen sogenannte Nanobodies nach dem Vorbild dieser Hai- oder Kamel-Antikörper", beschreibt die Chemikerin den komplizierten Vorgang. Bei der Kombination der einzelnen Domänen gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten, die die WissenschaftlerInnen mithilfe von Graphics Processing Units (GPU) simulieren.

Für den durchschlagenden Erfolg ist von essentieller Bedeutung, daß die Forschungsgruppe in der Lage ist, ihre Rechnersysteme selbst zusammenzubauen und an besonders herausfordernde Problemstellungen anzupassen. „So gelingt es uns, mit vergleichsweise wenig Geld mit Eliteuniversitäten konkurrenzfähig zu sein", so Liedl. Für das optimale Design der therapeutischen Antikörper spielt auch ihre Flexibilität eine wichtige Rolle. „Das Thema der Proteinlexibilität beschäftigt mich in meiner Arbeitsgruppe schon seit vielen Jahren. Dabei untersuchen wir, sehr vereinfacht erklärt, nicht nur die starre Struktur der einzelnen Proteine. Wir schauen uns auch die Kräfte an, die auf die einzelnen Atome im Protein wirken, und bewegen das Protein in Simulationen entlang dieser Kräfte. Dadurch erhalten wir ein sehr genaues Bild von der Flexibilität des Proteins", erklärt Klaus Liedl.

„Diese Simulationen liefern uns wichtige Hinweise für das optimale Design der therapeutischen Antikörper, denn die Bindeeigenschaften einzelner fast identischer Proteine können sich aufgrund ihrer Flexibilität stark unterscheiden."

Täuschungsmanöver

Ein weiterer Aspekt, den die ChemikerInnen um Klaus Liedl erforschen, ist die sogenannte Humanisierung der therapeutischen Antikörper. „Bevor therapeutische Antikörper zur Behandlung eingesetzt werden können, müssen wir verhindern, daß der Körper den Antikörper als Hai- oder Kamel-Antikörper identifiziert. Wäre dies der Fall, würde das Immunsystem die Antikörper abbauen, noch bevor sie an das gewünschte Ziel binden könnten", erklärt Monica L. Fernández-Quintero. Deshalb verwenden die WissenschaftlerInnen nur den oberen Teil der Hai- oder Kamel-Antikörper – also ihr wesentlich kleineres Binde-Interface – und setzen dieses auf molekularbiologisch veränderte menschliche Antikörper, die dann die weitere Kommunikation mit den Zellen übernehmen. Da dieser Vorgang natürlich auch etwas an den Bindeeigenschaften der Antikörper verändern kann, ist auch er Teil der Forschungsarbeit des Teams um Klaus Liedl. „Wir erforschen im Rahmen unserer Simulationen nicht nur, wie dieser Umbau im Design die Bindeeigenschaften verändert, sondern natürlich auch, wie wir die entsprechenden Veränderungen nutzen können, um die Wirkung der Nanobodies zu verbessern", beschreibt Liedl. Neben der Grundlagenforschung setzen die ChemikerInnen um Klaus Liedl ihr Knowhow auch im Rahmen verschiedener Kooperationsprojekte mit Pharmaunternehmen ein, denn therapeutische Antikörper sind die Hoffnungsträger der Wirkstoffforschung, davon sind sie überzeugt. ■

https://www.uibk.ac.at/
https://www.uibk.ac.at/aatc/

Wasser floß einst 140 Meter bergauf

Neue Forschungsergebnisse zur Eisriesenwelt im Tennengebirge

Ein Forschungsteam des Naturhistorischen Museums Wien und der Universität Innsbruck hat die Herkunft und Fließrichtung von Wasser zur Entstehungszeit der 42 Kilometer langen Höhlensysteme der Eisriesenwelt im Tennengebirge (Salzburg) untersucht. Ergebnisse zeigen, daß vor Jahrmillionen Wasser unter Druck 140 Meter emporfloß.

Die Eisriesenwelt im Tennengebirge bei Werfen (Salzburg) ist eine Karsthöhle, deren Gänge aufgrund von Lösung des Kalksteins durch kohlensäurehaltiges Wasser entstanden sind. Das Alter der Eisriesenwelt kann aufgrund von Vergleichen mit anderen Höhlen mit fünf bis zehn Millionen Jahren angegeben werden. Ein Forschungsteam des Naturhistorischen Museums Wien und der Universität Innsbruck hat nun die Entstehung der gesamten, 42 Kilometer langen Höhle genauer untersucht. Für Publikum ist nur ein kleiner Teil zu Beginn des verzweigten Höhlensystems zugänglich.

„Wasser fließt bergab, möchte man meinen“, so Lukas Plan, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Karst- und Höhlen-Arbeitsgruppe am NHM Wien. „Forschungen haben nun jedoch ergeben, daß das für seine Eisformationen bekannte Höhlensystem bei der Entstehung völlig mit Wasser gefüllt war und daß es im ansteigenden, für Besucherinnen und Besucher geöffneten Teil, unter Druck 140 Meter emporfloß.“

Über die Herkunft und Fließrichtung des Wassers im Höhlensystem der Eisriesenwelt wusste man bisher wenig. Um dies zu erforschen, wurden Raumprofile und Lösungsformen untersucht. Sie zeigen, daß die Eisriesenwelt zur Zeit ihrer Entstehung komplett mit Wasser gefüllt war. Bei der Entschlüsselung der Entstehungsbedingungen kommt den sogenannten Fließfacetten besondere Bedeutung zu. Diese asymmetrischen muschelförmigen Vertiefungen in der Höhlenwand bildeten sich durch Wasserwirbel und geben heute Auskunft über die ehemalige Fließrichtung und -geschwindigkeit. Eine Kartierung der Fließfacetten zeigte, daß vor Millionen von Jahren bei Hochwässern ca. 100.000 Liter Wasser pro Sekunde in Richtung Nordosten durch das Tennengebirge flossen – also vom heutigen Höhleneingang im eisführenden Schauhöhlenabschnitt 140 Meter hinauf. Dieser war der ansteigende Teil eines mindestens so tiefen Siphons (einer mit Wasser gefüllten U-förmigen Strecke). Das umgebende Kalkgestein vor dem heutigen Eingang ist im Laufe der Jahrmillionen der Erosion zum Opfer gefallen und nicht mehr vorhanden. Mit großer Wahrscheinlichkeit stammte das Wasser aus den südlich des Tennengebirges gelegenen Zentralalpen, deren Gesteinsbruchstücke in Form von Sand und Kies in der Höhle häufig zu finden sind.

Die Eisriesenwelt ist somit das erste Höhlensystem in den Nördlichen Kalkalpen, für das eine ehemalige Speisung durch Flüsse aus den Zentralalpen gut belegbar ist. ■

https://www.nhm-wien.ac.at/

Siehe auch unseren Beitrag in der „Österreich Journal“-Ausgabe 196 vom 7. Dezember 2020 auf den Seiten 86 bis 92:
https://www.yumpu.com/de/document/view/65048144/ausgabe-196

Foto: Eisriesenwelt GmbH

Blick in die 42 Kilometer langen Höhlensysteme der Eisriesenwelt im Salzburger Tennengebirge

Wissenschaft & Technik

Der Triga Mark II Reaktor

Die TU Wien betreibt seit mittlerweile 60 Jahren am Atominstitut einen Forschungsreaktor – den einzigen in Österreich

Mit einer thermischen Leistung von 250 kW, die in etwa derjenigen eines Mittelklasse-Autos entspricht, ist er nicht mit dem Reaktor eines Kernkraftwerkes zu vergleichen. Außerdem ist er durch seinen speziellen Aufbau aufgrund physikalischer Gesetzte inhärent absolut sicher. Trotz seiner geringen Leistung und dementsprechend niedrigem Neutronenfluß konnten an ihm zahlreiche bahnbrechende Experimente, insbesondere auf dem Gebiet der Quantenphysik, erstmals realisiert werden.

Der Forschungsreaktor am Atominstitut der TU Wien wurde am 7. März 1962 um 12:04 Uhr zum ersten Mal in Betrieb genommen. In einem strahlenden Blau (Cerenkov Strahlung) wurden die ersten Neutronen durch Kernspaltung produziert.

Die Entscheidung, diesen Forschungsreaktor in Wien zu bauen, ist bei der Ersten Internationalen Konferenz für die friedliche Anwendung der Atomenergie 1955 in Genf getroffen worden. Zwei mögliche Standorte standen zur Diskussion, der „Kleine Flakturm“ im Augarten und der „Grüne Prater“ in der Schüttelstrasse 115. Nach einigen Diskussionen ist die Wahl auf letzteren Standort gefallen, der um die Jahrhundertwende als ein k. & k. Hof Fourage Depot (Pferdefutterlager) genutzt wurde, nach dem Ende der Monarchie als Depot der Wiener Staatsoper.

Von besonderer Bedeutung war natürlich die Auswahl des Reaktortyps. Mit Rücksicht darauf, daß der Reaktor nahe dem Zentrum von Wien für Unterrichtszwecke betrieben werden sollte, mußte er absolut betriebssicher sein. Es war daher ein Reaktor zu finden, der eine möglichst große Neutronenflußdichte bei einer angemessenen Leistung hat. Die Wahl fiel schließlich auf einen Reaktor der US-amerikanischen Firma General Atomics, die seit 1958 TRIGA (Training, Research and Isotope Production, General Atomics) Reaktoren produzierte. Der Ursprung dieses Reaktorkonzepts ist im amerikanischen „Atoms for Peace“-Programm begründet, das vom amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower bei den Vereinten Nationen in New York 1953 präsentiert wurde.

Drei Personen waren hauptsächlich an der Entwicklung dieses Reaktorkonzepts beteiligt, Edward Teller, Freeman Dyson und Frederic de Hoffmann. Frederic de Hoffmann hatte österreichische Wurzeln, verließ 1941 Europa, studierte Physik an der Universität von Harvard und wurde ab 1944 Mitarbeiter im „Manhattan Project“.

Der Grundgedanke des TRIGA Reaktorkonzepts sah ein Brennstoffdesign vor, das durch die Gesetze der Natur und nicht durch technische Maßnahmen in der Leistung begrenzt ist. Dieses inhärent sichere Reaktorkonzept führte zu einem speziellen Brennstoffdesign. Dieses Design besitzt die Eigenschaft, die Reaktorleistung, unabhängig von den technischen Regelkonzepten, selbständig in Millisekunden begrenzen zu können. Durch dieses spezielle Konzept wurden weltweit 65 TRIGA Reaktoren gebaut, 38 davon befinden sich noch in Betrieb.

Nachdem die Entscheidung zum Ankauf eines TRIGA Mark II Reaktors während der Zweiten Internationalen Konferenz für die friedliche Anwendung der Atomenergie 1958 im September in Genf getroffen wurde, begannen am 27. August 1959 die Bauarbeiten in Wien.

Nach nicht einmal dreijähriger Bauzeit erfolgte am 7. März 1962 die offizielle Eröff-

Foto: Atominstitut

Der TRIGA Mark Reaktor ist der einzige in Österreich und das größte „Einzelgerät“ der Technischen Universität Wien insgesamt.

nung des Atominstituts. Um exakt 12:04 wurde der TRIGA Reaktor das erste Mal in Betrieb genommen und das strahlende Blau der durch überlichtschnelle Elektronen im Kühlwasser hervorgerufenen Tscherenkowstrahlung beobachtet.

Zu Beginn wurde der Reaktor mit einer maximalen Leistung von 100 kW betrieben. Da bereits in den Verträgen und auch in Anbetracht der baulichen Maßnahmen (Betonabschirmung, Kühlung des Reaktorkerns) eine Leistungsanhebung auf 250 kW vorgesehen war, erfolgte diese Erweiterung im Sommer 1966. Seit diesem Zeitpunkt wird der TRIGA Reaktor sowohl im Leistungs- als auch im Pulsbetrieb ohne wesentliche Störungen oder Unterbrechungen höchst erfolgreich betrieben. Er gilt heute als einer der am besten genutzten Forschungsreaktoren weltweit mit geringer Leistung. Neben der Nutzung als Neutronenquelle erfüllt der Reaktor auch seine Aufgaben im Bereich der Ausbildung auf nationaler und internationaler Ebene.

Seit 1984 führt das Atominstitut alle zwei Jahre einen gemeinsamen Kurs mit der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) durch, dessen Kurses es ist, den angehenden IAEA-Inspektoren theoretisches und praktisches Wissen rund um einen Reaktor zu vermitteln. Bisher haben 104 UN-Inspektoren die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und nutzen ihr am Atominstitut erworbenes Wissen bei der Überprüfung und Bewertung globaler Krisenherde. Neben den Kursen wird am Atominstitut nukleares Material, welches sich im Besitz der IAEA befindet, gelagert. Bei diesem Material handelt es sich um Brennelemente des russischen Druckwasserreaktors WWR 440/213 – sie werden zu Aus- und Weiterbildungszwecken für UN-Inspektoren der IAEA regelmäßig genutzt.

Da in Großbritannien kein ziviler Forschungsreaktor mehr zur Ausbildung von Studierenden zur Verfügung steht, wurde das in Sachen Lehre international renommierte Atominstitut gebeten, Studierenden aus Großbritannien zweimal im Jahr die Möglichkeit zu bieten, an einem einwöchigen Praktikum in Wien am TRIGA Reaktor teilzunehmen. Seit Juli 2007 waren über 80 britische Studierende zur Lehre in Wien.

Durch diese sehr intensive Nutzung des Reaktors in den unterschiedlichen Bereichen stellte sich nach dem 50jährigem Betrieb die Frage nach der Zukunft des Reaktors. Da sowohl die TU Wien, die Internationale Atomenergiebehörde als auch die Vertreter der US-amerikanischen Regierung an einem Weiterbetrieb des Reaktors in Wien interessiert waren, wurde eine vertragliche Vereinbarung für dessen Zukunft getroffen. Die USA lieferten neue Brennstäbe für den Weiterbetrieb, die bis dahin genutzten 91 Brennelemente wurden in die USA zurückgeschickt. Am 27. April 2012 war der letzte Betriebstag des Reaktors mit dem alten Kern. Dieser Tag war in der Geschichte des Reaktors der 10.257 Betriebstag. Neue Brennelemente, die von den USA zur Verfügung gestellt wurden, erlauben einen weiteren Reaktorbetrieb in die nächste Dekade.

Seit der Inbetriebnahme am 7. März 1962 wurden mit dem Forschungsreaktor in Summe 14.822 MWh an Arbeit produziert. Das entspricht 8.470 Tage zu 7 Stunden Betrieb mit der maximalen Leistung von 250 kW. Der Austausch der neuen gegen die alten Brennelemente erfolgte im Oktober/November 2012. Im Zuge der Verhandlungen haben sich die USA auch bereit erklärt, die neuen Brennstäbe in Zukunft zurückzunehmen. Mittlerweile (31.12.2020) ist der 11.835 Betriebstag seit 1962 erreicht. Mit der Erneuerung der Reaktorinstrumentierung sowie der Kühl- und Lüftungskreisläufe im Jahr 2015 sind auch noch einige tausend Betriebstage in der Zukunft zu erwarten. ■

https://www.tuwien.at/trigacenter

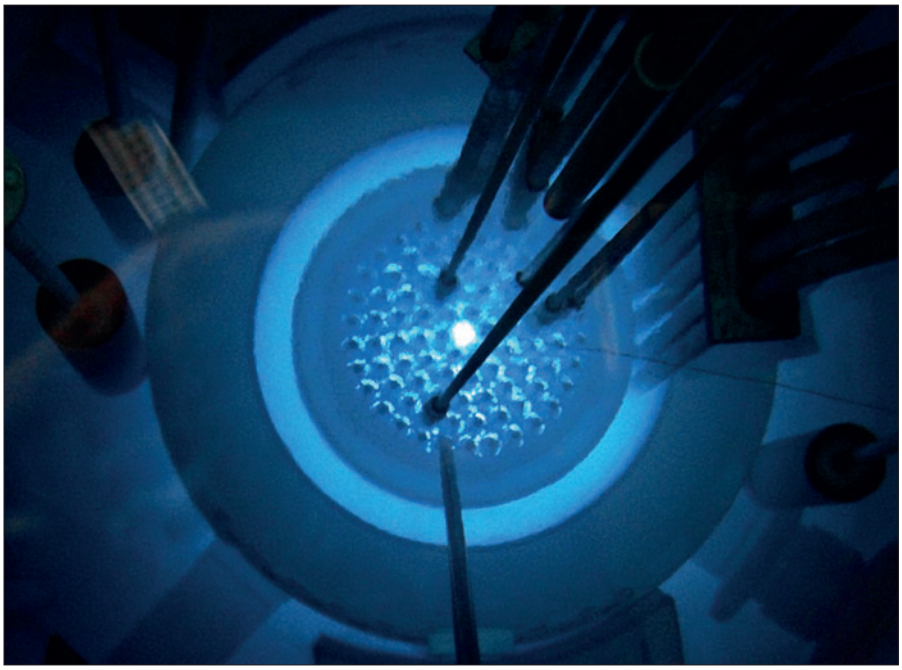


Foto: Atominstitut

Der Triga Mark II Reaktor in Betrieb

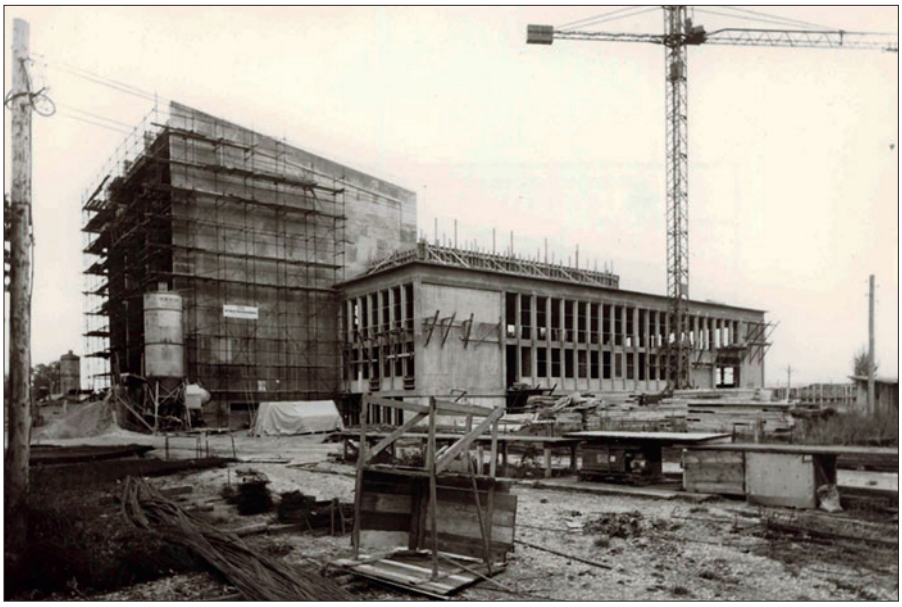


Foto: Atominstitut

Das Atominstitut während der Bauarbeiten 1959-1962

Wissenschaft & Technik

Warum Teekannen immer tropfen

Strömungsmechanische Analysen der TU Wien beantworten eine alte Frage: Wie kommt es zum sogenannten »Teapot-Effekt«?

Der „Teapot-Effekt“ wurde schon vielen blütenweißen Tischtüchern zum Verhängnis: Wenn man eine Flüssigkeit zu langsam aus einer Kanne ausgießt, dann kann es passieren, daß sich der Flüssigkeitsstrom nicht sauber von der Kanne löst und seinen Weg in die Teetasse findet, sondern stattdessen entlang der Kanne nach unten rinnt.

Seit Jahrzehnten wird dieses Phänomen wissenschaftlich untersucht – nun gelang es einem Forschungsteam der TU Wien mit einer aufwendigen theoretischen Analyse und zahlreichen Experimenten, den „Teapot-Effekt“ vollständig und detailliert zu beschreiben: Ein Zusammenspiel verschiedener Kräfte sorgt für eine minimale Benetzung direkt an der Kante, und sie reicht aus, um unter bestimmten Bedingungen den Flüssigkeitsstroms umzuleiten.

Foto: Institut für Strömungsmechanik und Wärmeübertragung, TU Wien

Auf den richtigen Schwung kommt es an – und auf die Benetzung an der Unterkante des Schnabels.

Ein Effekt mit langer Geschichte

Erstmals beschrieben wurde der „Teapot-Effekt“ von Markus Reiner im Jahr 1956. Reiner promovierte an der TU Wien im Jahr 1913 und emigrierte dann in die USA, wo er zu einem wichtigen Pionier der Rheologie wurde – der Wissenschaft vom Fließverhalten. Immer wieder gab es Versuche, diesen Effekt präzise zu erklären. Arbeiten zu diesem Thema wurden 1999 mit dem satirischen „IG-Nobel-Preis“ ausgezeichnet. Nun schließt sich der Kreis, indem der Teapot-Effekt an Reiners Alma Mater, der TU Wien, erneut unter die Lupe genommen wurde – von einem Team rund um Bernhard Scheichl, Dozent am Institut für Strömungsmechanik und Wärmeübertragung und Key Scientist am Österreichischen Exzellenzzentrum für Tribologie (AC2T research GmbH), in Kooperation mit dem Department of Mathematics am University College London.

„Obwohl es sich um einen ganz alltäglichen und scheinbar simplen Effekt handelt, ist es bemerkenswert schwierig, ihn im Rahmen der Strömungsmechanik exakt zu erklären“, sagt Bernhard Scheichl. Entscheidend ist die scharfe Kante an der Unterseite des Teekannen-Schnabels: Dort bildet sich ein Tropfen, die Stelle direkt unterhalb der Kante bleibt stets benetzt. Die Größe dieses Tropfens hängt davon ab, mit welcher Geschwindigkeit die Flüssigkeit aus der Kanne fließt. Wenn eine bestimmte Geschwindigkeit unterschritten wird, kann dieser Tropfen dafür sorgen, daß der gesamte Strahl um die Kante herum gelenkt wird und an der Teekanne nach unten abfließt.

„Uns ist es nun erstmals gelungen, eine vollständige theoretische Erklärung dafür zu liefern, warum sich dieser Tropfen bildet und die Unterseite der Kante immer benetzt bleibt“, sagt Bernhard Scheichl. Die Mathematik dahinter ist kompliziert – es handelt sich um ein Zusammenspiel aus Trägheit, viskosen und kapillaren Kräften. Die Trägheitskraft sorgt dafür, daß die Flüssigkeit die Tendenz hat, ihre ursprüngliche Richtung beizubehalten, die Kapillarkräfte hingegen bremsen die Flüssigkeit an der Schnabeloberfläche ab.

Das Zusammenspiel dieser Kräfte ist die Grundlage des Teapot-Effekts. Allerdings sorgen die Kapillarkräfte dafür, daß der Effekt nur ab einem ganz bestimmten Kontaktwinkel zwischen Wand und Flüssigkeitsoberfläche auftritt. Je kleiner dieser Winkel ist oder je hydrophiler (also benetzbarer) das Material des Schnabels ist, umso stärker wird die Ablösung der Flüssigkeit vom Schnabel gebremst.

Tee im Weltraum

Interessanterweise spielt die Stärke der Schwerkraft im Verhältnis zu den anderen auftretenden Kräften dabei keine entscheidende Rolle. Die Schwerkraft legt bloß die Richtung fest, in die der Strahl gelenkt wird, ihre Stärke ist für den Teapot-Effekt aber nicht entscheidend. Beim Teetrinken auf einer Mondbasis wäre der Teapot-Effekt also auch zu beobachten, auf einer Raumstation völlig ohne Schwerkraft hingegen nicht.

Die theoretischen Berechnungen zum Teapot-Effekt publizierte das Forschungsteam im September 2021 im Fachjournal „Journal of Fluid Mechanics“. Nun wurden auch noch Experimente durchgeführt: Mit unterschiedlichen Durchflußraten wurde Wasser aus einer geneigten Teekanne gegossen und mit Spezialkameras gefilmt. So konnte man genau zeigen, wie die Benetzung der Kante unterhalb einer kritischen Ausgussgeschwindigkeit zum „Teapot-Effekt“ führt, die Theorie wurde somit bestätigt. ■

https://www.tuwien.at/

Wissenschaft & Technik

Innovatives Luftfahrzeug hebt senkrecht ab

Das österreichische Start-Up Apeleon präsentiert erstmals Eindrücke aus der Flugerprobung ihres Technologie-Demonstrators.

In den vergangenen Monaten hat Apeleon ihren bislang größten Technologie-Demonstrator intensiv getestet. In einem mehrstufigen Testprogramm wurden die Flugeigenschaften des Luftfahrzeuges evaluiert und wichtige Erkenntnisse für die nächste Phase, die Prototypenentwicklung, gesammelt. Gründer und Geschäftsführer von Apeleon, Andreas Fürlinger, über die Fortschritte: „Die Flugerprobung ist ein wichtiger Bestandteil einer Luftfahrzeugentwicklung, um mathematische Modelle und letztendlich das neuartige Konzept zu validieren. Die Tests zeigen, an welchen Schrauben wir in Zukunft noch drehen müssen."

Der Demonstrator wird, wie eine Drohne als RPAS (Remotely Piloted Aircraft System), also von einem Piloten vom Boden aus, in Sichtverbindung betrieben. Dafür benötigt es eine Betriebsgenehmigung der österreichischen Luftfahrtbehörde Austro Control. Nach intensiver Zusammenarbeit, erhielt Apeleon von Austro Control die Flugerprobungsbewilligung für ihren Demonstrator in der „Specific" Kategorie für UAS (Unmanned Aircraft Systems). Dafür mußte eine sogenannte SORA – Specific Operations Risk Assessment – durchgeführt werden. Es handelt sich dabei um ein mehrstufiges, standardisiertes Risikoanalyseverfahren für den Einsatz von zivilen Drohnen um sicherzustellen, daß der Drohnenflug ohne Gefährdung oder Störung unbeteiligter Dritter durchgeführt werden kann.

„Der gesamte Drohnenbereich durchläuft derzeit eine unglaublich dynamische Entwicklung. Innovative Ideen und neue technologische Möglichkeiten eröffnen immer vielfältigere Anwendungsgebiete. Austro Control unterstützt als Luftfahrtbehörde junge Unternehmen wie Apeleon, wenn es darum geht, die Erprobung neuer technischer Lösungen in einem sicheren Rahmen zu ermöglichen", sagt Valerie Hackl, Geschäftsführerin von Austro Control.

Das Luftfahrzeug bringt aktuell rund 100 Kilogramm auf die Waage. In den nächsten Jahren soll es als Prototyp doppelt so groß entwickelt und gebaut werden und als Basis für eine Luftfahrzeugzulassung und Serienproduktion dienen.

Foto: Volare GmbH / Markus Zahradnik

Der Technologie-Demonstrator im Hangar…

Fürlinger betont: „Es ist wichtig auch in Österreich innovative und zukunftsweisende Themen der Luftfahrt umzusetzen, um diese neue Branche (Regionalverkehr in der Luft) zu verankern, sowie mit einem österreichischen Player in diesem Bereich vertreten zu sein. Wir verfügen über gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte sowie eine gute Zulieferindustrie. Somit sind wichtige Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum in der Region vorhanden."

Über Apeleon

Apeleon ist eine Marke der im niederösterreichischen Mödling ansässigen Volare GmbH, unter der ein elektrisch betriebenes senkrecht startendes und landendes Luftfahrzeug entwickelt wird. Mit direkten Routen und einer hohen Reisegeschwindigkeit können abgelegene Regionen untereinander oder mit Ballungszentren, ohne Schaffung aufwendiger und kostspieliger Infrastruktur, angebunden werden. ■

https://www.apeleon.com/
https://www.youtube.com/watch?v=ehO3BbZVZ1A

Foto: Volare GmbH

… und bei einer Flugdemonstation

Wissenschaft & Technik

Tiroler Mundspray kann SARS-CoV2 eliminieren

Hervorragende Wirkung von SALOPUR® MSP auch bei der Delta-Variante wissenschaftlich bestätigt

Der eigentliche Ursprung der Geschichte rund um die ÖKOPUR Austria und deren Mundspray liegt einige Jahre – also lange vor Corona – zurück. Damals hat Michael Forster das unglaublich große Potential des verwendeten Wirkstoffes bei einem deutschen Hersteller erkannt und eine eigene Marke daraus kreiert: SALOPUR®. Er startete verschiedenste Versuche gemeinsam mit Laboren im In- und Ausland um Wasser auf natürliche Weise zu desinfizieren, kranke Olivenbäume mit seinem biologisch abbaubaren Wirkstoff zu behandeln etc.

Foto: ÖKOPUR Austria GmbH

v.l.: Hubert Pancheri, Thomas Steinmüller und Michael Forster von ÖKOPUR Austria

Wirkstoff kommt im menschlichen Immunsystem selbst vor

Das Besondere an diesem Wirkstoff ist, daß dieser im menschlichen Immunsystem selbst vorkommt (wird von den weißen Blutkörperchen zur Abwehr von Viren, Bakterien, etc. erzeugt) und in dieser geringen Konzentration daher von Mensch und Umwelt gut vertragen wird. Hergestellt wird der Wirkstoff (Natriumhypochlorit/hypochlorige Säure) lediglich aus Wasser und Salz. Daraus entsteht durch ein elektrolytisches Verfahren sogenanntes Aktives Chlor – nicht zu verwechseln mit dem giftigen Chlor. Aktives Chlor ist in der geringen Konzentration absolut unbedenklich anzuwenden (Laborversuche und Zertifikate bestätigen das) und reagiert gleich nach Anwendung zurück in Wasser und ganz wenig Salz. Daher kann auch keine Schädigung erfolgen.

Thomas Steinmüller kam im Frühjahr 2019 dazu, er kümmert sich hauptsächlich um internationale Vertriebskooperationen und vertragliche Themen.

Beide gemeinsam starteten von da an unzählige Versuche diesen Wirkstoff für verschiedenste Anwendungsgebiete zu evaluieren. Unter anderem wurde ein revolutionäres Handdesinfektionsmittel zugelassen: gänzlich ohne Alkohol jedoch deutlich effektiver als viele herkömmlich erhältlichen Produkte.

Der dritte im Bunde ist Hubert Pancheri. Er ist seit Winter 2020 Teil des Teams und kümmert sich hauptsächlich um Logistik und Vertrieb.

Dann, im Winter 2020, kam die erste Corona-Welle. In ganz Europa waren alle Handdesinfektionsmittel ausverkauft. Aufgrund der Unabhängigkeit von diversen Rohstoffen aus dem Ausland (denn Wasser und Salz müssen ja nicht importiert werden), konnte ganz Österreich selbst in der Krise ausreichend mit Handdesinfektionsmittel versorgt werden, welche hier über alle Apotheken vertrieben wurden.

Für den Ausbau der Produktion in Hall wurde dann im Frühjahr 2020 gemeinsam mit einem deutschen Partner die Firma ÖKOPUR Austria GmbH in Hall in Tirol gegründet. Die Wahl des Unternehmensstandortes läßt sich zudem ideal mit der Geschichte der Stadt Hall verbinden, ist sie doch ist seit Jahrhunderten untrennbar mit Salz verbunden. Zudem gilt das Quellwasser aus dem Bettelwurfmassiv im Karwendel als eines der qualitativ besten in ganz Österreich.

Im April dieses Jahres konnte an der Medizinischen Universität Innsbruck nachgewiesen werden, daß der Mundspray SALOPUR® MSP SARS-COV2 Viren bis zu 100 Prozent eliminieren kann, und das sogar innerhalb von nur 60 Sekunden.

Aktuell steigt in ganz Europa wieder die Zahl der Coronapatienten. Gerade rechtzeitig veröffentlicht das Institut für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie der Medizinischen Universität Innsbruck ein weiteres erfolgversprechendes Forschungsergebnis: Die antivirale Wirkung des Tiroler Mundsprays SALOPUR® MSP konnte an der deutlich ansteckenderen Variante der Delta-Mutation ebenfalls nachgewiesen werden!

Antivirale Wirkung bereits nach kürzester Zeit nachgewiesen

Die beiden Unternehmensgründer Michael Forster und Thomas Steinmüller freuen sich über diese Bestätigung: „Das Ergebnis kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Die aktuell wieder steigenden Zahlen an Covid-19 Patienten lassen die Befürchtung in Österreich vor einer weiteren Welle und damit einhergehenden Einschränkungen wieder wachsen. In Gesprächen mit vielen KundInnen wurde immer wieder betont, wie groß die Verunsicherung in der Bevölkerung verbreitet ist, welche Schutzmaßnahmen nun sinnvoll und wirksam sind. Uns ist kein anderes Produkt weltweit bekannt, welches in Labortests 100 Prozent von SARS-CoV2 innerhalb so kurzer Zeit eliminieren kann und dazu noch keinerlei schädliche Inhaltsstoffe enthält.“

Entgeltliche Einschaltung

Kann wichtigen Impuls setzen

Schon im Frühjahr erkannte Prof. Cornelia Lass-Flörl, Direktorin des Instituts für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie, das große Potential dieses Tiroler Produktes: „Mit diesem ersten Nachweis der Wirksamkeit dieses Mundsprays gegen SARS-CoV2 könnte man über ein Produkt verfügen, welches gerade in der aktuellen Phase der Pandemie, einen wichtigen Impuls setzen kann."

Ideal anzuwendendes Mittel auch bei Delta-Mutation

Mit den aktuellen Testergebnissen erklärt Studienleiter Assistenz-Prof. Wilfried Posch weiter: „Seit Anfang dieses Jahres haben wir schon zahlreiche Labortests mit diesem Mundspray durchgeführt. Es zeigt sich immer mehr, daß dieses Produkt ein sehr alltagstaugliches Mittel sein kann, welches auch bei Mutationen von SARS-CoV2 sein großes Potential entfalten kann. Die Besonderheit daran ist zudem, daß aufgrund der durch andere Labors bestätigte ungefährlichen Inhaltsstoffe ein häufiger Gebrauch über den ganzen Tag verteilt, möglich ist. Der Mundspray ersetzt sicherlich keine Impfung, die immer noch den besten Schutz vor einer Infektion darstellt, jedoch bei einem flächendeckenden Einsatz des Mundsprays könnte die Ausbreitungsgeschwindigkeit der Pandemie entscheidend reduziert werden. Studien haben zudem gezeigt, daß die Delta-Mutation eine deutlich höhere Virenlast vor allem im Mund-Rachenraum aufweist. Genau hier ist ein Mundspray ein ideal anzuwendendes Mittel, um die Viren genau dort zu dezimieren, und damit die Ansteckungsgefahr für Dritte, zumindest für einige Zeit, zu reduzieren."

Von einem Tag auf den anderen plötzlich bekannt

Als dritter im Bunde der Tiroler Erfolgsgeschichte berichtet der Innsbrucker Hubert Pancheri über die Ereignisse ihrer Tiroler Firma seit der Veröffentlichung des ersten Laborergebnisses im April 2021: „Von einem Tag auf den anderen waren wir plötzlich bekannt. Zahlreiche Zeitungen, Fernsehsender und Radiostationen in ganz Österreich haben um Interviews angefragt. Sogar in Deutschland, Schweiz und in Südtirol wurde über unser Produkt SALOPUR® MSP berichtet. Unser Team zeichnet sich dadurch aus, daß jeder von uns bereit ist, auch am Wochenende und nach Feierabend, die sprichwörtlichen Ärmel hochzukrempeln und anzupacken."

Aktuell arbeiten alle drei mit Hochdruck daran, im In- und Ausland weitere Vertriebskanäle aufzubauen. Steinmüller berichtet dazu: „In Österreich sind wir recht gut aufgestellt. Unseren Mundspray gibt es in unserem Onlineshop, in allen Apotheken in Österreich, in den Forstinger Filialen und vielen weiteren Geschäften zu kaufen. Wir haben auch viele Anfragen aus dem Ausland erhalten. Zum Teil sind wir sogar direkt mit Regierungsvertretern in Kontakt, welche mit unserem Mundspray eine einfach umzusetzende, jedoch äußerst effektive Maßnahme für deren Bevölkerung erkennen."

Forster faßt die Schlüsselpunkte wie folgt zusammen: „Die MED-Uni Innsbruck hat die hervorragende Wirkung nun auch bei der Delta-Mutation bestätigt. Das ist ein großartiges Ergebnis genau zur richtigen Zeit! Da wir ausschließlich gut verträgliche Inhaltsstoffe verwenden, kann unser Mundspray mehrfach am Tag, auch von Kindern, verwendet werden. Wir richten uns an geimpfte und ungeimpfte Personen als zusätzlichen Schutz. Jedoch mit dem großen Unterschied: Ich kann für mich selbst entscheiden, ob ich den Spray als sinnvoll erachte und ob und wie oft ich sprühe. Unsere Empfehlung: Sprühen Sie vor dem Treffen mit anderen Personen und direkt nach dem Treffen. Schützen Sie sich selbst und auch Ihre Mitmenschen!" ■

https://salopur.eu/

Foto: ÖKOPUR Austria GmbH / Alexander Nuding

SALOPUR® MSP Mundspray Protect

Bei SALOPUR® MSP handelt es sich um ein Kosmetikprodukt in Form einer gebrauchsfertigen Mundspüllösung mit antibakterieller Wirkung ohne Alkohol.

Anwendungsbereiche

Die Mundspüllösung kann:

- zur Reinigung der Mundhöhle, des Zahnfleisches und der Zähne
- zur Reduktion des Keimdruckes im Rachenraum und
- zur Verringerung von Mundgeruch und Zahnsteinbildung eingesetzt werden.

Besonderheiten

- ohne Alkohol
- ohne Farb- und Konservierungsstoffe
- ohne Lösemittel oder Ähnliches

Anwendung

SALOPUR® MSP - Mundspray Protect ist für den täglich mehrmaligen Gebrauch geeignet.
Sprühen: Bei jeder Anwendung 3-5 Mal in den Mund sprühen.
Spülung: Bei jeder Anwendung mit ca. 10 ml für ca. 60 Sekunden die Mundhöhle ausspülen.

Verfügbare Gebindegrößen

100 ml Sprühflasche, 250 ml und 500 ml Flaschen.

Unverträglichkeiten

Keine bekannt.
Die Mundspüllösung ist auch für Schwangere, Stillende, kranke Personen und Kinder ab 6 Jahren geeignet.

Wirkungsspektrum

Der Wirkstoff von SALOPUR® MSP ist getestet gegen Pseudomonas aeruginosa (P. aeruginosa) DSM 1128; Staphylococcus aureus (S. aureus) DSM 799, Escherichia coli K12 (E. coli) DSM 1576; Proteus mirabilis DSM 788; Pluralibacter gergoviae DSM 9245; Aspergillus brasiliensis DSM 1988; Penicillium expansum DSM 1282; Trichoderma viride DSM 63065; Acinetobacter baumannii DSM 30007; Burkholderia cepacia DSM 7288; Klebsiella pneumoniae DSM 789; Candida albicans (C. albicans) DSM 1386 (Hefepilz)

Sicherheitshinweise

- Nicht gleichzeitig mit anderen Produkten verwenden.
- Keine Anwendung bei Allergieverdacht gegenüber den Inhaltsstoffen.
- Bei Verschlucken keine besonderen Maßnahmen erforderlich.

Inhaltstoffe

Aqua, Sodium Chloride, Hypochlorous Acid, Eucalyptus Globulus Leaf / Twig Oil

Entgeltliche Einschaltung

Kultur

Paul Flora – Zeichnungen

Anläßlich seines 100. Geburtstages würdigt die Albertina den prominenten Tiroler Künstler Paul Flora von 29. Oktober 2021 bis 30. Jänner 2022 mit einer Retrospektive seiner bedeutendsten Zeichnungen.

© Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg sowie Diogenes Verlag, Zürich

Paul Flora, Ohne Titel (3 Ballone), um 1950, Federzeichnung, Sammlung Galerie Thomas Flora, Innsbruck

Die Auswahl der besten Arbeiten aus insgesamt sieben Jahrzehnten seines umfangreichen Schaffens zeigt Paul Flora als einen vielseitig talentierten, mehr noch einem reinen Zeichner. Die Präsentation vereint Hauptwerke der Albertina mit zentralen Leihgaben aus dem Nachlaß und dem Besitz der Familie Paul Floras.

Die Welt von Paul Flora erzählt Geschichten, die zwischen Traum und Wirklichkeit angesiedelt sind und in einer in dieser Form nie gelebten Vergangenheit als Sehnsuchtsort spielen. Altösterreich und einzelne historische Größen, wie Napoleon, werden zu Hauptfiguren skurriler Ereignisse. Nostalgie, Wehmut und Melancholie, gepaart mit einem humorvollen Blick auf die Belanglosigkeiten unserer menschlichen

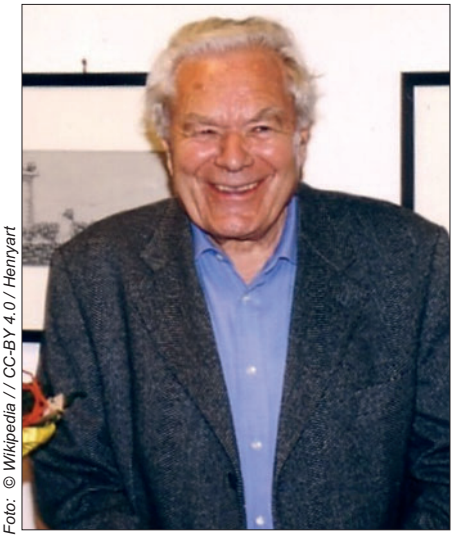


Foto: © Wikipedia / / CC-BY 4.0 / Henryart

Paul Flora, im Jänner 2005

Existenz, bestimmen die Einzigartigkeit Floras tragikomischer Darstellungen. Es ist Floras Talent, Situationen so zu analysieren und in seinen Bildfindungen einzufangen, daß seine Figuren die Bedeutungslosigkeit und Hilflosigkeit unserer Existenz spiegeln.

Stilistische Charakteristika

Die in Tuschfeder oder Bleistift ausgeführten Zeichnungen bestechen durch präzise Strichführung, konkret reduzierte Umrißlinien sowie minutiös ausgeführte Schraffuren – stilistische Charakteristika, die den Blättern ihre besondere Ausdruckskraft verleihen. Die differenzierte Werkauswahl legt Floras außergewöhnliches Talent als Zeichner offen und nimmt den Betrachter mit auf eine spannende Reise durch eine fantasie-

© Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg sowie Diogenes Verlag, Zürich

Bild oben: Paul Flora, Im Regen: Mann, vom Schirm halb verdeckt, geht gegen Regen, um 1946, Tuschfeder, Albertina, Wien

Bild rechts: Paul Flora, Rattenfänger, 1975 Federzeichnung, Sammlung der Nachlaßvertretung für Paul Flora, Salzburg

volle wie facettenreiche Bildwelt. Magische Landschaften und mysteriöse Gestalten zählen ebenso zum motivischen Repertoire des Künstlers wie schwarze Raben oder skurrile menschliche Figuren, die die humorvolle Seite in seinem Schaffen unterstreichen. An diese Arbeiten reihen sich geheimnisvolle Darstellungen der Lagunenstadt Venedig, die seinen ideenreichen Themenkanon erweitern.

Floras Zeichnungen erreichen nicht nur unmittelbare Zugänglichkeit, sondern sind Bilderfindungen von zeitloser Beständigkeit und Relevanz.

© Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg sowie Diogenes Verlag, Zürich

Zu sehen ist Paul Flora auch im Karikaturmuseum Krems, das ab 20. Februar 2022 unter dem Titel „100 Jahre Paul Flora“ Floras besondere Beziehung zur Karikatur auslotet.

Universalsprache

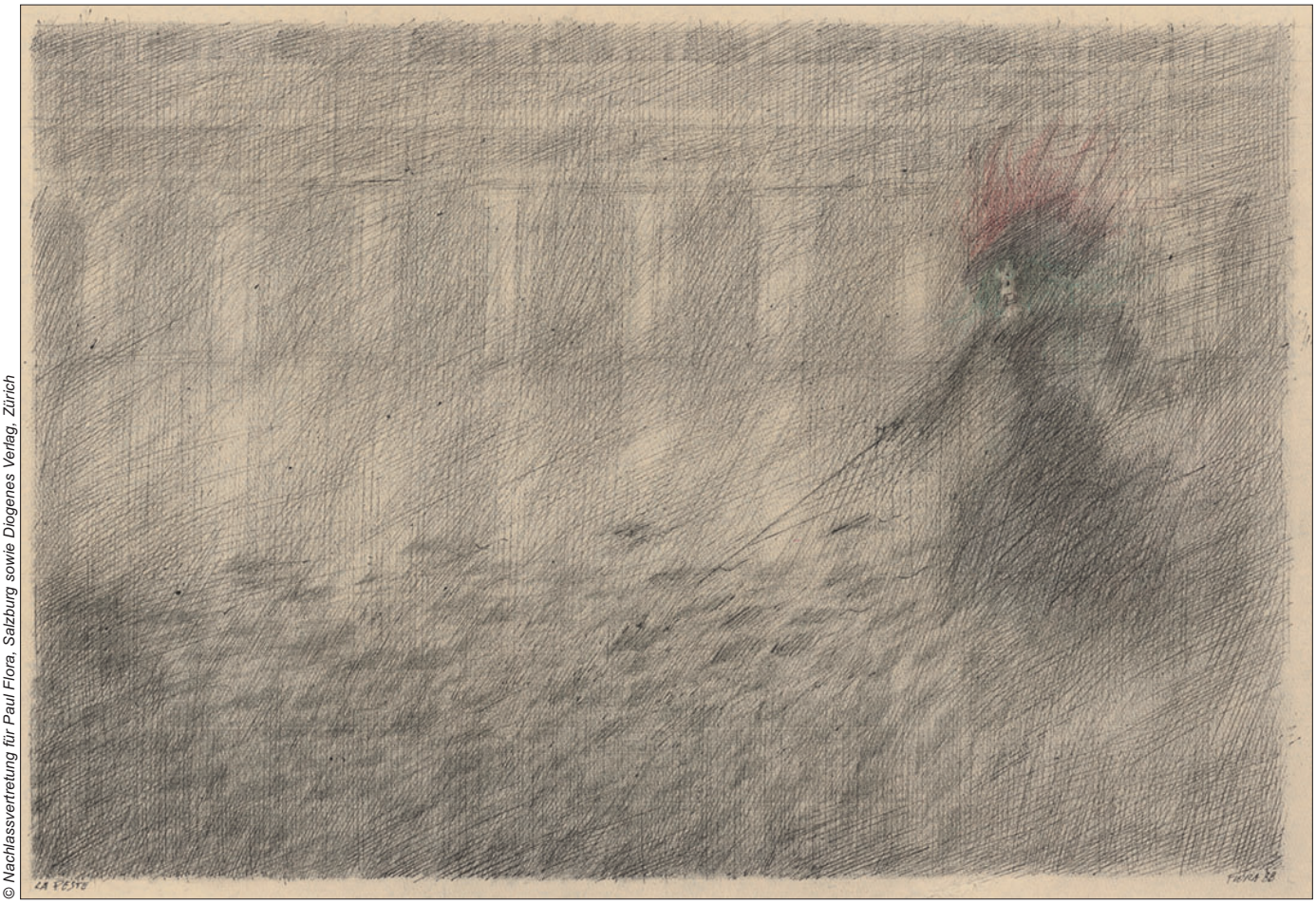
In Floras Bildern geht es nicht um ein lautes Lachen, ganz im Gegenteil, vielmehr schwingt ein leises Schmunzeln über menschliche Hilflosigkeit und Ängste mit, angesiedelt zwischen Melancholie und hintergründigem Infragestellen unserer kleinen Welten. Mit seiner eindringlichen und sehr persönlichen Bildsprache von hohem Wiedererkennungswert gelingt es Flora, sein jeweiliges Thema, seine Erzählung auf einem einzigen Blatt darzustellen. Flora läßt dem Betrachter Spielraum zum Weiterdenken, nicht alles ist bis ins Kleinste definiert. Das macht seine Zeichnungen so einzigartig. So selbstverständlich und klar sich seine Werke präsentieren, so raffiniert sind sie aus ihren meist filigranen und reduzierten Liniengeflechten und Konturlinien konstruiert.

Filigrane Linien und schwarze Flächen

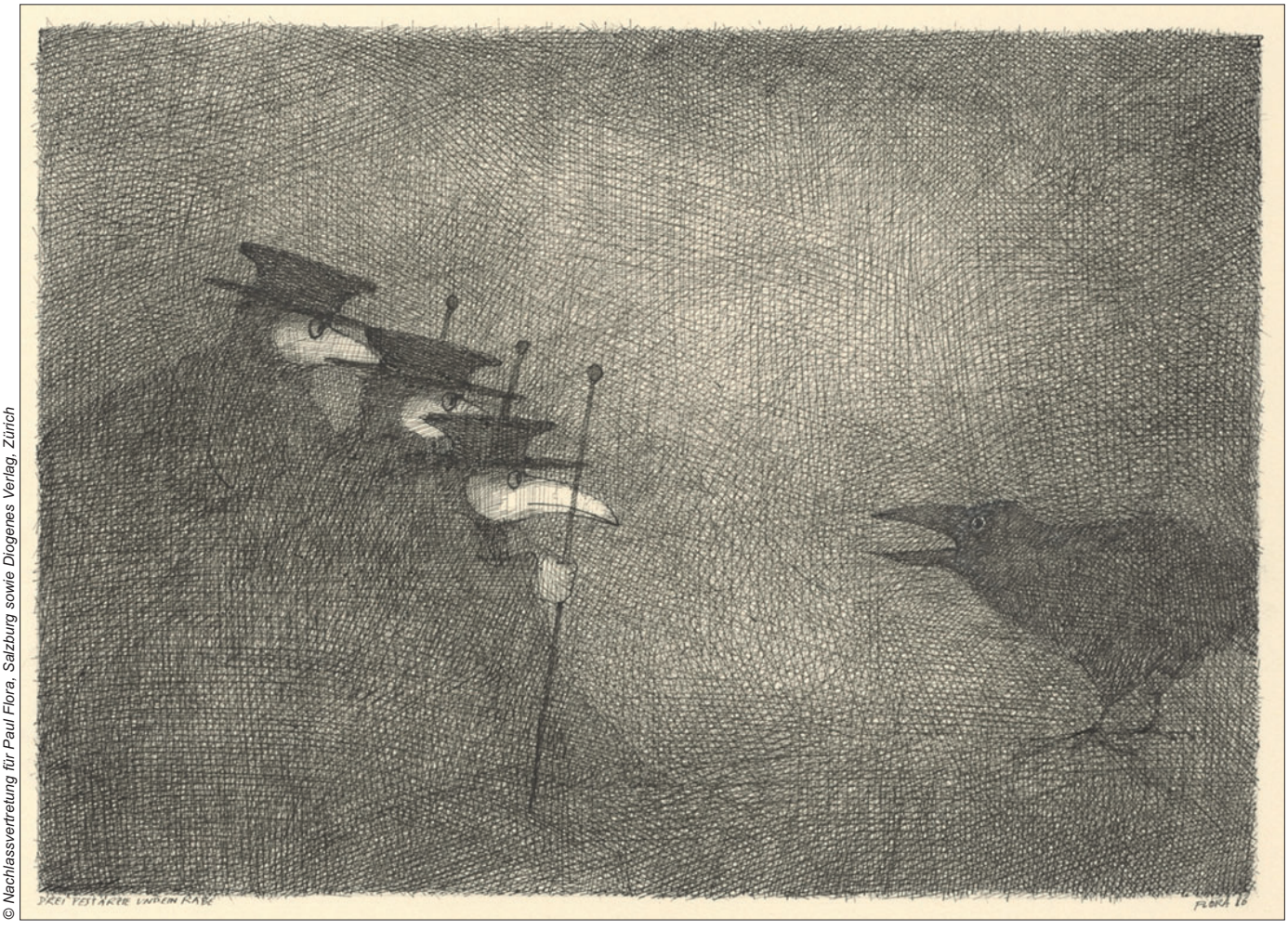
Gegen 1960 verändert sich das Konzept der Linienführung in Floras Arbeiten. Die Binnenflächen der Konturlinien sind mit feinen, parallel geführten Linien ausgefüllt und

Folgende Seite Bild oben: Paul Flora, La Peste, 1988, Federzeichnung, Farbstift Sammlung der Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg

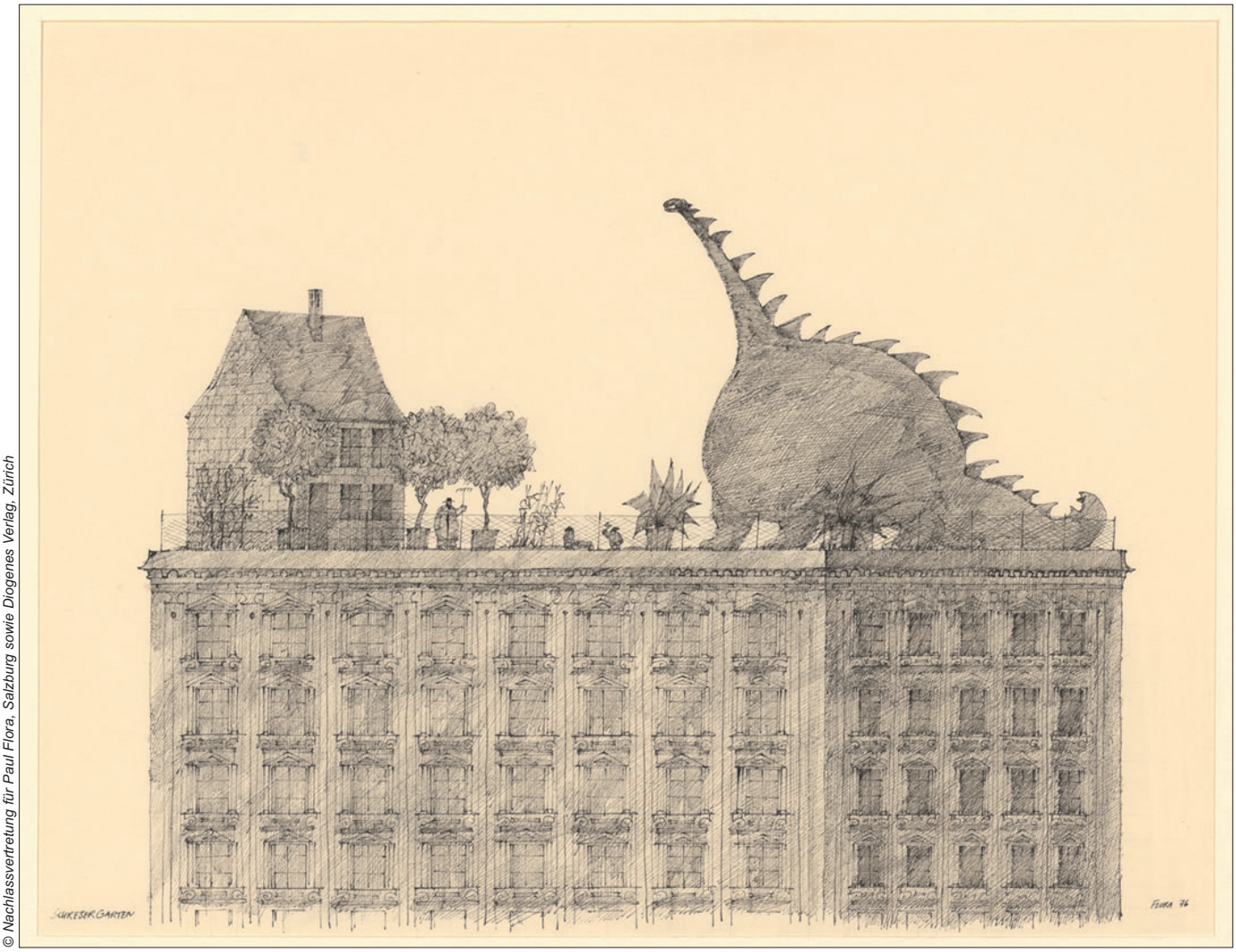
Folgende Seite Bild unten: Paul Flora, Drei Pestärzte und ein Rabe, 1986, Tuschfeder auf Papier, Albertina, Wien – Familiensammlung Haselsteiner



© Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg sowie Diogenes Verlag, Zürich



© Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg sowie Diogenes Verlag, Zürich



© Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg sowie Diogenes Verlag, Zürich

Paul Flora, Schrebergarten, 1976, Federzeichnung, Sammlung der Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg

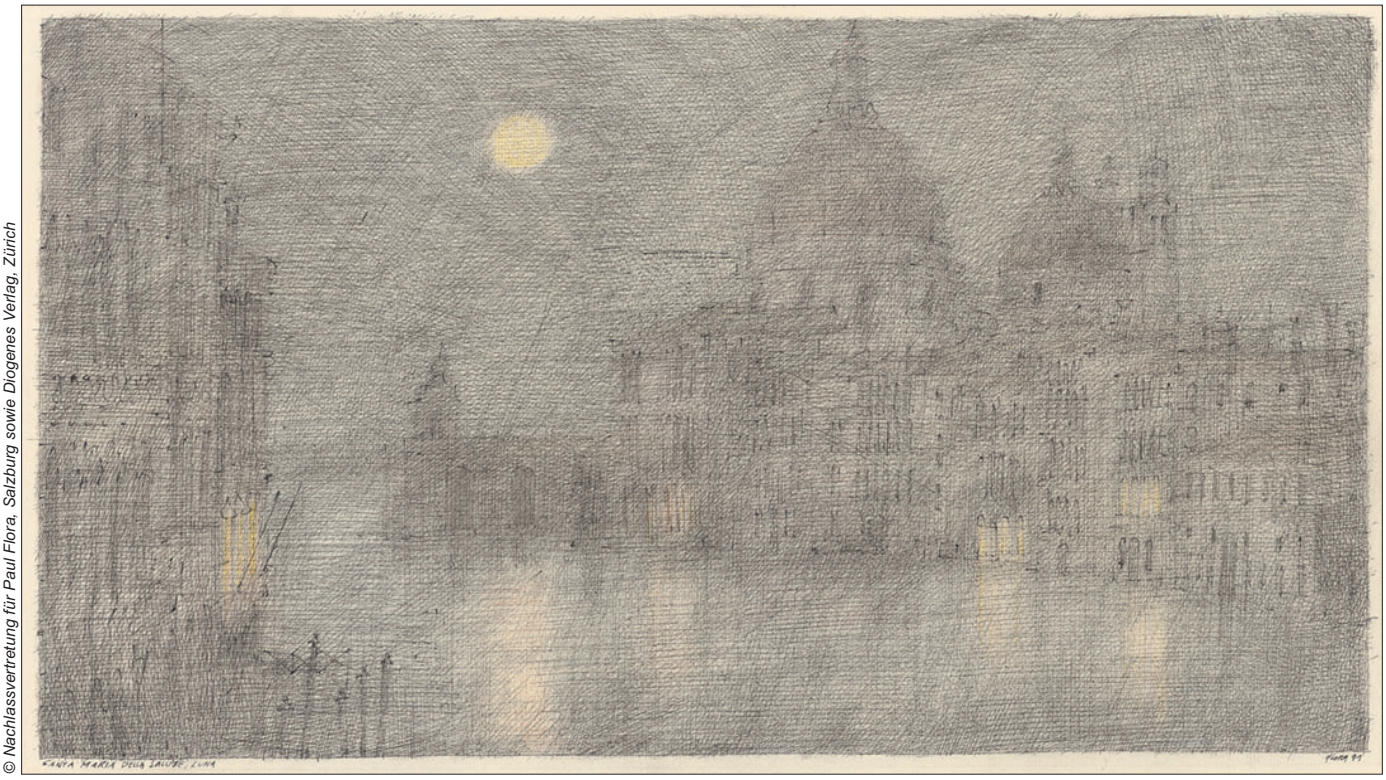
schattiert. Architekturen wie Figuren erhalten dadurch mehr Volumen und bildliche Präsenz. Ab den 1970er-Jahren wird die gesamte Darstellung in den Gestaltungsprozeß einbezogen. Die an Alfred Kubins geheimnisvoll düstere Architekturen erinnernden Himmel und Wasser sind mit den Strichrhythmen Floras gefüllt. Diese formale Änderung ermöglicht dem Künstler inhaltliche Aspekte differenzierter, die Arbeiten stimmungsmäßig durch eine individuelle Licht- und Schattenregie zu gestalten. Das Weiß des Papiers kann nun zu einer speziellen Lichtquelle in einer nebeligen, düsteren, dämmrigen oder nächtlichen Szene werden, egal ob der Mond scheint oder eine Laterne ihren Lichtkegel sendet.

Zarte Farben und bunte Akzente

Um 1980 erweitert Paul Flora seine Gestaltungsmittel, indem er nun zarte Farbtöne in seine Darstellungen integriert. Zumeist sind es sensible Farbschleier am Bildgrund, die den Blättern eine weitere, über die ge-

© Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg sowie Diogenes Verlag, Zürich

Paul Flora, Wagner, nächtlich in Venedig, 1980, Federzeichnung
Sammlung der Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg



© Nachlassvertretung für Paul Flora, Salzburg sowie Diogenes Verlag, Zürich

Paul Flora, Santa Maria della Salute, Luna, 1991, Federzeichnung, Farbstift, Sammlung der Nachlassvertretung für Paul Flora

wählte Koloristik definierte atmosphärische Interpretationsebene eröffnen.

Floras Zeichnungen machen deutlich, wie sehr der Künstler über den Weg einer zunächst nicht wahrnehmbaren Abstraktion seine jeweiligen Bildgegenstände in streng geometrische Linienstrukturen verwandelt, um aus ihnen dann am Bild die Gegenstände neu zu formen: Auf Dekonstruktion folgt Konstruktion. Dieser komplexe Prozeß der Umwandlung bewirkt das Besondere seiner Kompositionen und verwandelt die sichtbare Realität in Floras außergewöhnliches Universum.

Venedig

Das romantische und zugleich auch traurige Venedig ist immer wieder Bühne für Floras düstere, oft auch tragikomische Geschichten. Sie erzählen von Krankheit und Tod, aber genauso vom bunten, ausgelassenen Treiben im Karneval. In seinem Essay Die welke Pracht schreibt Flora über Venedig: „Diese Lagunen, nicht Land, nicht Meer, verschlammte See durchsetzt von Inseln, meist verlassen, mit Mauerresten aufgegebener Klöster und Landwirtschaften, auch Irrenhäusern, sind wahre Orte der Melancholie."

Reduktion und Konzentration

Um das Jahr 2000 rückt die Horizontlinie ganz an den oberen Bildrand, der Boden kippt steil nach oben, Soldaten wie Raben bewegen sich verloren am weiten weißen Schneefeld. In den letzten Jahren entstehen Zeichnungen, in denen die Reduktion der Gestaltungslinien die Geometrie des Bildaufbaus zeigt.

Floras Raben werden in den letzten Schaffensjahren größer und personifizierter, sie erhalten Charakter und werden zu Ausdrucksträgern von Gefühlen, wie in der Arbeit Große Panik oder Landschaft mit drei alten Raben.

Die Kunst, sich auf zarte Linien – die die Darstellung formbildend wie auch inhaltlich konstruieren – zu beschränken und diese dank abstrahierenden Reduzierens der Formen und Bildgegenstände auf das Blatt zu setzen, rückt Flora in die Nähe der künstlerischen Tradition der Klassischen Moderne und verbindet ihn im Denken mit deren richtungsweisenden Künstlern Pablo Picasso, Paul Klee, Lyonel Feininger – und aus dem näheren Umfeld natürlich mit Alfred Kubin.

Um 1950 ist das Individuelle an Floras Strichführung gefunden, die Zeichnungen zeigen den so selbstverständlich wirkenden Umgang mit der filigranen Linie. Die aus letztlich drei Kreisen und drei Rechtecken bestehenden Grundformen, die jeweils mit einer Linie verbunden sind, erzeugen mithilfe nur weniger Schraffuren den Eindruck von Räumlichkeit und dem lautlosen Schweben der Ballone in einer zeitlosen Stille.

Zitate

„Ich bin beileibe kein Avantgardist. Ich kann mich heute zurücklehnen und den Arrièregardisten spielen, da ich im Kopf ein Avantgardist war, als es in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht in Mode war, ein solcher zu sein. In diesen Zeiten, als bei uns die Barbaren herrschten, waren Klee, Feininger und Picasso meine Götter. Künstler, die damals noch lange Picasso und Klee für Scharlatane und Schwindler hielten, haben mich später auf dem Gebiete des Avantgardismus weit überholt."

Paul Flora

„Für den Zeichner gibt es keine Fremdsprachen. Er schreibt in der Muttersprache aller Völker. Der Zeichner ist ein Bilderschriftsteller. Er ist ein Literat."

Erich Kästner

„Ein Bild ist ja nicht in erster Linie die Darstellung einer lustigen oder ernsten Szene, einer Landschaft, einer Schlacht, einer Ansammlung von abstrakten Dreiecken oder was immer, sondern eine im Idealfall geglückte Komposition von Linien, Farben und Flächen."

Paul Flora

https://www.albertina.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Flora
https://www.paulflora-rechte.com/

Kultur

Eine Entdeckung!

Das Leopold Museum zeigt bis 20. Feber 2022 die Sammlung Schedlmayer

© Privatbesitz, Foto: Leopold Museum, Wien / Manfred Thumberger

Anonymer Fotograf, Villa Rothberger, gartenseitige Ansicht, um 1915

Erstmals präsentiert das Leopold Museum die der breiteren Öffentlichkeit noch weitgehend unbekannte Sammlung Schedlmayer. In knapp drei Jahrzehnten trugen Hermi (1941–2018) und Fritz Schedlmayer (1939–2013) mit viel Leidenschaft eine hochkarätige Auswahl kunstgewerblicher Gegenstände und Werke der bildenden Kunst zusammen.

Ihren Anfang nahm die Geschichte der Sammlung im Jahr 1989, als das österreichische Ehepaar die Villa Rothberger in Baden bei Wien erwarb. Das 1912 vom Architekten Otto Prutscher maßgeblich umgebaute und eingerichtete Haus ließen sie restaurieren, entdeckten den Facettenreichtum von Prutschers Wirken und wandten sich mit Elan und Akribie der Erforschung seines Lebens und Werks zu.

Ein weiteres Augenmerk des Sammlerpaares galt der bildenden Kunst. Hermi und Fritz Schedlmayer erwarben herausragende Werke des deutschen Expressionismus von Karl Hofer, Christian Rohlfs, Max Pechstein oder etwa Ernst Ludwig Kirchner. Neben diesen fanden Gemälde von VertreterInnen der österreichischen Moderne wie Broncia Koller-Pinell, Jean Egger, Anton Kolig, Franz Wiegele und Anton Faistauer Eingang in die Sammlung.

© AFOP (Archiv Familie Otto Prutscher)

Karl Ehn, Otto Prutscher, 1913

2017 erfolgte eine großzügige Schenkung von Otto Prutschers Entwürfen sowie Objekten aus Silber, Glas und Keramik an das Museum für angewandte Kunst in Wien, das zwei Jahre später eine Personale des Künstlers zeigte. Daß sich in der Sammlung Schedlmayer jedoch zahlreiche Beispiele der Malerei und Grafik der frühen Moderne finden, war bis heute kaum bekannt.

„Die Sammlung Schedlmayer verdient es tatsächlich, als Entdeckung bezeichnet zu werden. In der Szene angewandter Kunst war die hochkarätige Prutscher-Sammlung der Familie Schedlmayer zwar bekannt, jedoch nicht, daß die österreichische und deutsche Moderne in Form von Gemälden und Arbeiten auf Papier so umfassend vertreten

© Privatbesitz, Foto: Leopold Museum, Wien / Manfred Thumberger

ist. So entstand nicht nur die Idee, diese Sammlung in ihrer Breite erstmals der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sondern auch die Ausstellung und den Katalog als Entdeckung zu betiteln“, so Hans-Peter Wipplinger, Direktor des Leopold Museum.

Die Sammlung Schedlmayer im Kontext der Sammlung Leopold

Mit dem Erwerb der Villa Rothberger setzte für das Ehepaar Schedlmayer eine nebenberufliche Forschungs- und Sammlungstätigkeit ein, die dem bis dahin nicht ausreichend gewürdigten Universalkünstler und seinem vielseitigen Œuvre galt. Nach und nach füllte sich die Villa mit Arbeiten Otto Prutschers, von Möbelstücken und kleineren Gebrauchsgegenständen bis hin zu diversen Entwürfen. Werke von Josef Hoffmann, Koloman Moser, Adolf Loos und Dagobert Peche rundeten das Gesamtbild ab. Die Villa wurde regelmäßig für Kulturveranstaltungen im Freundes- und Bekanntenkreis genutzt, ganz im Sinne der Salonidee zu Prutschers Lebzeiten.

Das Ehepaar Schedlmayer förderte zahlreiche Informationen zu Prutschers Leben und Werk zutage und ergänzte seinen Lebenslauf um unzählige Details. Über Jahrzehnte hinweg trugen Hermi und Fritz Schedlmayer mehr als 5.500 Datensätze zu Prutschers Werken zusammen. Hermi Schedlmayers eingehende Forschung floß in eine 700 Seiten umfassende, zweibändige Monografie ein, die von ihrem Enkel Claas Duit herausgegeben wurde.

„Das Leopold Museum, das ebenfalls auf die Leidenschaft eines Sammlerpaares – von Rudolf und Elisabeth Leopold – zurückgeht,

Bild links: Erika Giovanna Klien, Die Tänzerin, um 1930; unten: Ausstellungsansicht

© Leopold Museum, Wien / Foto: Reiner Riedler

© Privatbesitz, Foto: Leopold Museum, Wien / Manfred Thumberger © Bildrecht, Wien 2021

Bild oben: Karl Hofer, Drei Mädchen am Fenster, 1939

Bild rechts: Josef Hoffmann, Siebenteiliger Bestecksatz, um 1906

erweitert mit diesem Ausstellungsprojekt zum einen das kulturelle Kaleidoskop ‚Wien um 1900', jenes Kernstück der Sammlung, das in der permanenten Präsentation umfassenden Raum einnimmt, zum anderen wird durch den Exkurs in den deutschen Expressionismus auch eine Brücke zur Leidenschaft des Sammlers Rudolf Leopold geschlagen", erklärt Ivan Ristić, Kurator der Ausstellung.

Die Villa Rothberger in Baden

1912 erwarb Moriz Rothbergers Verlobte Karolina Tremel eine Villa in Baden bei Wien. Diese war zwar noch keine Dekade alt – sie wurde erst 1903/04 von Josef Schmidt erbaut – doch das künftige Ehepaar betraute Prutscher mit einer radikalen Umgestaltung der spätgründerzeitlichen Liegenschaft. Im Auftrag des Wiener Warenhausbesitzers Rothberger verwandelte Prutscher an drei Fassadenseiten Risalite – vorspringende Gebäudeteile – in stilisierte Tempelfronten. Die mit Rillen versehenen Lisenen – pfeilerartige Mauerstreifen – erinnern an die Bauten Josef Hoffmanns aus jenen Jahren. Die Fenster wurden vergrößert, im Dachgeschoß wurde eine Gaupe ergänzt und Prutscher schuf eine lichtdurchflutete, in die von Theodor Jahn streng symmetrisch angelegte Gartenanlage führende Veranda.

Aufgrund der „Arisierung" der Villa durch die Nationalsozialisten im Jahr 1938 und der späteren Besitzerwechsel blieben die originalen Einrichtungselemente nur vereinzelt erhalten, Entwurfszeichnungen und historische Fotos zeugen jedoch von der ursprünglichen Ausstattung. Prutscher applizierte im Speisezimmer eine Wanddekoration, in der ovale Fresken mit Putti von abstrahierten Pflanzenarabesken umspielt werden, die an jene von Gustav Klimt im Speisezimmer des Palais Stoclet in Brüssel erinnern. Im Dachgeschoß richtete der Architekt drei weitere Wohnräume, einen kleinen Salon mit straßenseitiger Loggia, ein Gästezimmer sowie eine „Bauernstube" ein.

Otto Prutscher – ein vielseitiger Gestalter

Der Sohn eines Tischlers absolvierte nach einer Lehre im elterlichen Betrieb eine Ausbildung an der Fachhochschule für Holzindustrie sowie ein Studium an der Wiener Kunstgewerbeschule. Einige Jahre später

© Privatbesitz, Foto: Leopold Museum, Wien / Manfred Thumberger

sollte der einstige Schüler von Franz von Matsch, Josef Hoffmann und Willibald Schulmeister als Professor an die k.k. Kunstgewerbeschule zurückkehren und als Berater des Museums für Kunst und Industrie (heute MAK) tätig sein. Als Architekt entwarf Prutscher private Wohnsitze sowie Gemeindebauten, gestaltete die Innenarchitektur von Geschäftslokalen und Kaffeehäusern und entwarf Ausstellungen. Zudem schuf er Möbel, Glas, Beleuchtungskörper, Uhren, Keramik, Porzellan, Metallarbeiten, Textilien, Leder sowie Schmuck.

In ihrem Katalogbeitrag hebt Daniela Gregori hervor, mit wie viel Kompromißbereitschaft Prutscher sowohl bei privaten Aufträgen als auch bei Entwürfen für die industrielle Produktion agierte – sei es durch Zugeständnisse an die persönlichen Vorlieben der Kunden oder durch die Anpassung an die Bedingungen des Herstellers. Prutscher arbeitete mit allen namhaften Tischlermeistern und Produzenten in Wien, darunter Bugholzpionier und Marktführer Thonet, sowie mit sämtlichen bedeutenden Glasherstellern des Landes zusammen. Als Prutschers Markenzeichen bezeichnet Gregori „die sorgsame Auswahl des Materials, das der Form und Funktion des Objektes gerecht werden muß, die wohldurchdachten Entwürfe, die handwerkliche Qualität der Ausführung“.

© Privatbesitz, Foto: Leopold Museum, Wien / Manfred Thumberger

Ausstellungsansicht Die Sammlung Schedlmayer

Die Ausstellung im Leopold Museum

Anhand von rund 220 sorgfältig ausgewählten Exponaten, darunter Möbel, Gemälde, Arbeiten auf Papier, Skulpturen, kleine kunstgewerbliche Objekte und Fotografien, vermittelt die Präsentation in drei Räumen die Vielfalt und Qualität der Sammlung Schedlmayer.

Nach einer Einleitung im Atrium, bei der zum Auftakt u.a. die Zeichnung einer dynamischen „Tänzerin“ der Kinetistin Erika Giovanna Klien zu sehen ist, werden im ersten Saal anhand von Entwürfen und dokumentarischem Material der Umbau der Villa Rothberger durch Otto Prutscher und das heutige, vom Sammlerpaar geschaffene Ambiente thematisiert. Im zweiten Ausstellungsraum bilden das Kunstgewerbe und zwei herausragende Porträts von Broncia Koller-Pinell den Schwerpunkt. Im dritten Raum wird Hermi und Fritz Schedlmayers Interesse für die Malerei durch Werke von Anton Faistauer, Anton Kolig, Franz Wiegele, Josef Floch, Karl Hofer, Christian Rohlfs, Erich Heckel, Ernst Ludwig Kirchner, Karl Schmidt-Rotluff oder Ernst Wilhelm Nay veranschaulicht.

„Der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Familie Schedlmayer ist es zu verdanken, daß eine Anzahl herausragender musealer Werke als Dauerleihgabe für das Leopold Museum gesichert werden konnte und somit auch künftig in einer Wechselwirkung mit jenen des Leopold Museum stehen wird“, so Hans-Peter Wipplinger, Direktor des Leopold Museum.

Hermi und Fritz Schedlmayer

Hermi Schedlmayer (geb. Weber) wurde 1941 als Angehörige der deutschstämmigen Minderheit in Bulkesch (Bălcaciu), Siebenbürgen (Rumänien) geboren. Die Spuren ihres Vaters verloren sich im letzten Kriegsjahr an der Ostfront, ihre Mutter wurde 1945 für vier Jahre in das ostukrainische Arbeitslager Gorlowka (Horliwka) deportiert. Nach ihrer Entlassung fand sie in Niederösterreich Arbeit. Durch familiäre Unterstützung gelang es, Susanna Weber wieder mit ihren Töchtern Hermi und Hilde zu vereinen. Nach Abschluß einer kaufmännischen Ausbildung arbeitete Hermi Schedlmayer im administrativen Bereich, machte sich 1985 im Tätigkeitsfeld Konferenzmanagement selbständig und organisierte internationale Tagungen.

Fritz Schedlmayer wurde 1939 in Klosterneuburg bei Wien geboren. Sein Vater, ein Gymnasiallehrer, verstarb als er sechs Jahre alt war, seine Mutter blieb mit drei Kindern in der Nachkriegszeit zurück. Nach dem Studium der Chemie und Betriebswirtschaftslehre stieg Schedlmayer in die Pharmabranche ein. Über Jahrzehnte prägte er das Geschehen auf dem Gebiet der Nuklearmedizin in Österreich und darüber hinaus. Fritz Schedlmayer war die wissenschaftliche Nachwuchsförderung sowohl im medizinischen Bereich, als auch auf dem Gebiet der angewandten Kunst ein großes Anliegen. Als Präsident von „Stubenring 3“, dem Verein Freunde der Universität für angewandte Kunst Wien, lobte er den Otto-Prutscher-Preis zur Förderung von künstlerischen Projekten von Studierenden an der Angewandten aus, für den er in den Jahren 2004 bis 2009 jährlich 10.000 Euro stiftete. ■

https://www.leopoldmuseum.org/

Kultur

Ida Maly – Zwischen den Stilen

Das Werk der in Wien geborenen Künstlerin dokumentiert den Weg einer talentierten Malerin in den vermeintlich Goldenen Zwanzigern, die »zwischen den Stilen« zu ihrer individuellen künstlerischen Sprache fand. Das Lentos Kunstmuseum Linz widmet der 1941 in der Tötungsanstalt Schloß Hartheim ermordeten eine Ausstellung.

© Neue Galerie am Universalmuseum Joanneum

Ida Maly, Dachau, 1920

Leben und Werk der österreichischen Künstlerin Ida Maly waren geprägt von den politischen, gesellschaftlichen und künstlerischen Umbrüchen ihrer Zeit. Sie studierte zunächst in Graz und Wien. Um sich neuen Einflüssen zu öffnen, verließ sie die engen Grenzen ihrer Heimat und lebte ab 1918 in München, Berlin und Paris. Sie trieb Sport als Amateurin – Maly nahm an Wettkämpfen im Schwimmen und Turmspringen teil – und arbeitete als freischaffende Künstlerin. Dennoch kämpfte sie in den 1920er-Jahren mit zunehmend prekären Lebensumständen. Maly lebte unter anderem von der Anfertigung von Exlibris und Kopien nach Gemälden alter Meister. Als 1921 ihre uneheliche Tochter Elga (1921–1989) geboren wurde, versuchte sie, sich und das Kind erst alleine durchzubringen, scheiterte aber an den Lebensbedingungen und übergab ihre Tochter an Pflegeeltern in Graz.

Ida Maly fertigte im Winter 1923 in Dresden in der Gemäldegalerie Alte Meister eine Kopie des Gemäldes Leda mit dem Schwan von Peter Paul Rubens an. Malys Freund Hans Carl Müller beschrieb in einer Mischung aus Reportage und Satire, wie das „Malweib“ die Kopie vor dem Gemälde fabrizierte und während dieser Arbeit mit allerlei kuriosen Fragen und Kommentaren der MuseumsbesucherInnen bestürmt wurde. Auch wenn die Geschichte in bewußt humorvollem Tonfall erzählt wird, so veranschaulicht sie doch die materiellen Nöte einer Künstlerin in den 1920er-Jahren, die kaum ihr Überleben sichern konnte.

Maly schuf ein vielschichtiges Werk, das völlig neue Aspekte des österreichischen Kunstschaffens der Zwischenkriegszeit aufzeigt. In Wien und Paris in den Jahren von 1925 bis 1927 entstanden neben von Porträts von Kaffeehausgästen Bleistiftzeichnungen mit teilweise fantastischen Motiven. Ihre Arbeiten zeigen stilistische Nähe zu unterschiedlichen Kunstströmungen wie dem Jugendstil, dem Expressionismus, Art déco oder der Neuen Sachlichkeit.

„Zentrales Motiv im Schaffen der Künstlerin ist der Mensch. Von Selbstbildnissen über Porträts von Familienmitgliedern und FreundInnen bis hin zu Aktstudien bearbeitet Maly in ihrem Werk den menschlichen Körper durch Themen wie Religion, antike Mythologie oder die gesellschaftliche Entwicklung ihrer Zeit“, unterstreicht Kuratorin Anna Lehninger.

Es kam jedoch nicht zur vollen Entfaltung der künstlerischen Fähigkeiten Malys, da sie 1928 in die „Landes-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke Am Feldhof“ in Graz eingewiesen wurde. Die Umstände dieser Einweisung sind ebenso wenig geklärt wie die verhängnisvolle, heute nicht mehr belegte Diagnose „Schizophrenie“. Im Feldhof hielt die Künstlerin mit dem Zeichenstift die anderen InsassInnen fest und gestand ihnen in einfühlsamen Porträts jene Individualität und Würde zu, welche die zunehmende Unmenschlichkeit der Psychiatrie der 1930er-Jahre ihnen absprach.

© Neue Galerie am Universalmuseum Joanneum

Ida Maly, Selbstporträt, 1917

Etwa ab 1930 wurde Ida Malys Stil immer grafischer und linearer, manche Blätter sind in nur einer Farbe gestaltet, Schrift – in Form von Bildtiteln und kurzen Phrasen aus dem Munde der Dargestellten – bekommt eine zunehmend wichtige Rolle. Zugleich entwickeln sich die Figuren weiter, werden karikaturartig überzeichnet, beispielsweise mit überdimensioniert großen Köpfen. Das Spätwerk Malys ist zunehemend geprägt von einem radikalen Zerfall der Form.

© Neue Galerie am Universalmuseum Joanneum

Ida Maly, Akt mit Blüten, 1919

Ida Maly selbst wurde 1941 in Schloß Hartheim in Oberösterreich im Alter von 46 Jahren ein Opfer der grausamen NS-Euthanasie. Das außergewöhnliche Werk der Grazer Malerin und Grafikerin wurde erst in den letzten Jahren wieder entdeckt. Nach der Ausstellung „Ida Maly (1894– 1941). Eine Außenseiterin der Moderne“ in der Neuen Galerie Graz (2005) und der Retrospektive „Ida Maly alles Gute zum 111. Geburtstag“ im Schloß Hartheim (2006) ist die Lentos-Schau erst die dritte Einzelausstellung der Künstlerin in Österreich.

„Mit der Aufarbeitung bedeutender Künstlerinnen leisten die Museen der Stadt Linz einen wichtigen Beitrag zur Neuformulierung der österreichischen Kunstgeschichte. Die Ausstellung und die parallel erscheinende Publikation setzen Ida Maly, einer außergewöhnlich begabten und starken Künstlerin ein Denkmal, erinnern an ihre Geschichte und feiern die Qualität ihrer Werke“, betont Lentos Direktorin Hemma Schmutz.

„Das Lentos setzt mit der von Anna Lehninger hervorragend kuratierten Einzelaus-

stellung zu Ida Maly erneut einen Schwerpunkt auf das beeindruckende zeichnerische Werk einer Frau, deren künstlerische Arbeit viel zu lange die entsprechende Würdigung verweigert wurde. In Kombination mit der Ausstellung ‚Female Sensibility' im Obergeschoss sind im Kunstmuseum zwei Ausstellungen zu sehen, die die Kraft von Frauen in den Mittelpunkt rücken", erklärt Kulturstadträtin Doris Lang-Mayerhofer.

Die Ausstellung im Lentos Kunstmuseum Linz zeichnet anhand von rund 70 ausgewählten Arbeiten Ida Malys Lebensweg nach und zeigt, wie sie sich zwischen den Stilen bewegte und dabei zu ihrer individuellen künstlerischen Sprache fand.

© Neue Galerie am Universalmuseum Joanneum

Ida Maly, Lesende Frau im Garten, undatiert (1930)

Biografie

1894 Geboren in Wien am 22. Oktober als Ida Franziska Sofia Maly, dort römisch-katholisch getauft am 3. November. Vater k. k. Eich-Oberinspektor Franz Maly (1850–1920), Mutter Sofie Maly (1859– 1946), Schwestern Olga (1889–1976) und Paula (1891–19.10.1974). Ende des Jahres Umzug der Familie nach Graz, wo Ida Maly ihre Kindheit und Jugend verbringt und die Freundschaft mit Martha Newes (1894–1984) beginnt.

1912 – 1914 Nach der Matura zwei Jahre Studium der Malerei an der Steirischen Landeskunstschule und vier Monate k. k. Staatsgewerbeschule in Graz.

1914 / 1915 Mehrmonatiges Studium mit Paula Maly an der k. k. Kunstgewerbeschule in Wien. Besuch der Allgemeinen Klasse bei Oskar Strnad, Ornamentale Formenlehre bei Franz Čižek, Schrift und Heraldik bei Rudolf von Larisch. Es entstehen Entwürfe für Kriegerdenkmale sowie einige Ornamentstudien. Im Februar 1915 verlassen die Schwestern abrupt die Schule und Wien.

1916 / 17 Zwischen Herbst 1916 und Frühjahr 1917 hält sich Ida Maly in St. Pölten auf. In zwei Briefen an ihre Schwester Paula berichtet sie von der Arbeit in einer nicht näher benannten Fabrik. Teilnahme an Wettkämpfen im Schwimmen und Turmspringen. Aus dieser Zeit datieren nur wenige Werke.

1918 – 1925 Im Herbst 1918 Umzug nach München, wo sie als „Malerin und Schauspielerin" gemeldet ist. Zunächst kommt Maly bei ihrer Freundin Martha Newes, die als Schauspielerin arbeitet, und deren Mann, dem Regisseur und Schauspieler Hans Carl Müller, unter. Es folgen mehrere Umzüge, schließlich wohnt Maly von 1921 bis 1925 in der Giselastrasse. Die Künstlerin lebt unter anderem von der Anfertigung von Exlibris und Kopien nach Gemälden alter Meister.

1921 Am 8. Jänner Geburt der Tochter Elga Maly (8.1.1921–1.11.1989) in München, die sie unter prekären Lebensumständen alleine aufzuziehen versucht.

1923 Elga kommt zu Pflegeeltern in Graz. Aufenthalt Ida Malys in Berlin und Dresden, wo im Dezember in der Gemäldegalerie eine Kopie der Leda mit dem Schwan von Peter Paul Rubens entsteht.

1924 Besuch in Graz. Entstehung von druckgrafischen Arbeiten und einem gemalten Selbstporträt, das der Neuen Sachlichkeit zuzuordnen ist.

1925 Mehrmonatiger Aufenthalt in Paris, Anfertigung von Aktstudien und zahlreichen Zeichnungen von KaffeehausbesucherInnen. Im Oktober Rückkehr nach Wien.

1925 – 1927 Ida Maly lebt und arbeitet als „Kunststudierende" in Wien. Neben dem Anfertigen von Porträts von Kaffeehausgästen entstehen Bleistiftzeichnungen mit teilweise fantastischen Motiven. Ihre Arbeiten zeigen stilistische Nähe zu unterschiedlichen Kunstströmungen wie dem Jugendstil, dem Expressionismus oder der Neuen Sachlichkeit.

1928 Am 29. März Rückkehr der Künstlerin nach Graz, wo sie bei ihrer Schwester Paula Maly wohnt. Am 1. August erfolgt die Einweisung der Künstlerin in die „Landes-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke Am Feldhof" in Graz, wo sie die nächsten zwölf Jahre lebt und ein stilistisch eigenständiges Spätwerk schafft.

1941 Am 8. Februar Ausstellung einer Abstammungsbestätigung in Graz. Um den 11. Februar Transport nach Schloß Hartheim bei Linz, wo sie vermutlich am 20. Februar in der nationalsozialistischen Tötungsanstalt ermordet wurde. Auf dem Totenschein wurde die Todesursache mit „Pneumonie" angegeben. ■

https://www.lentos.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Ida_Maly

Liste der vom NS-Regime verfolgten Kunstschaffenden der Bildenden Kunst

nennt während der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945) verfolgte Kunstschaffende im Bereich der Bildenden Kunst. Die auf Wikipedia zusammengestellte Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_vom_NS-Regime_verfolgten_Kunstschaffenden_der_Bildenden_Kunst

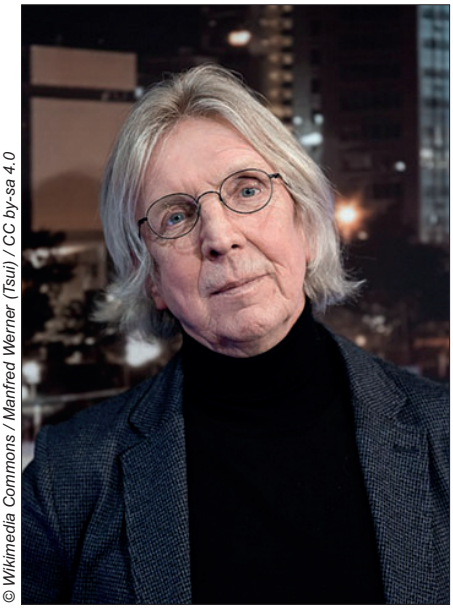
Kultur

Gerhard Haderer – Kosmos

Ausstellung im Schlossmuseum Linz bis 27. Feber 2022

Gerhard Haderer geht seit 40 Jahren mit dem Blick eines Karikaturisten durch die Welt, dessen moralischer Kompaß sehr fein justiert ist. Kein schöner Schein blendet ihn, in Worten sieht er Taten, das Grauen hinter der Idylle. Unermüdlich und schonungslos hält er sich und der Welt den Spiegel vor, selbstironisch und respektlos entlarvt er Engstirnigkeit, Herzlosigkeit, die Feigheit der Angepaßten und den Raubbau an Mutter Erde. Kein Politiker, nicht die Kirche und auch keine fragwürdige Institution ist vor seiner spitzen Feder sicher, ihnen hat er den Kampf angesagt, ohne Skrupel aber mit großem Vergnügen.

Haderer wurde 1951 in Leonding bei Linz geboren. Nach der Fachschule für Gebrauchs- und Werbegrafik in Linz arbeitete er bis 1984 als selbständiger Grafiker, Zeichner und Illustrator für Werbeagenturen, gestaltete Panoramakarten für die Tourismuswerbung und spezialisierte sich auf fotorealistische Darstellungen in allen Bereichen der Werbe-Illustration. Angefangen hat er damit, weil man ihm sagte, damit könne er viel Geld verdienen, ein schönes Haus kaufen, eine Familie gründen, glücklich werden. Richtig wohl fühlte er sich jedoch nicht dabei, speziell was die Konsumgesellschaft anbelangt. Er war um die Dreißig, als er beschloß, den Spieß einfach umzudrehen. Anstatt seine damaligen Auftraggeber mit seinen Zeichnungen zu begeistern, zeichnet er seither diese lieber in Grund und Boden. Seine erste Karikatur veröffentlichte er 1985. Seit 1991 sind seine Zeichnungen wöchentlich als „Haderers Wochenschau“ im deutschen „stern“ zu sehen.



© Wikimedia Commons / Manfred Werner (Tsui) / CC by-sa 4.0

Gerhard Haderer

© Gerhard Haderer

Gerhard Haderer, Enttäuschte Österreicher, 2017 für „news“, Acryltusche auf Karton

1997 startete Haderer sein eigenes Comic-Projekt: MOFF. In 36 Ausgaben erschien es bis 2000. „Ursprünglich hatte ich geplant, das drei Jahre lang zu machen, aber dann ist so schnell eine Fangemeinde entstanden und ich bin so oft angesprochen worden auf dieses kleine Format, daß es unmöglich war, aufzuhören“, so Haderer. Im April 2008 griff er für MOFF wieder zum Zeichenstift.

Seither publiziert er monatlich schnelle schwarz-weiß Cartoons in der Scherz & Schund Fabrik. Für seine klassischen Farbkarikaturen benötigt er 10 Stunden, sie unterwerfen sich einer bestimmten Ästhetik, die zu einem Printmedium paßt. Mehr politische Schärfe und Schlagkraft attestiert er jedoch seinen MOFF Cartoons.

Kultur

© Gerhard Haderer

Gerhard Haderer, Achtung, Achtung!, 2014 für den „stern“, Acryltusche auf Karton

© Gerhard Haderer

Gerhard Haderer, Festung Europa, 2013 für den „stern“, Acryltusche auf Karton

Ein weiteres Projekt, das Gerhard Haderer sehr am Herzen liegt, ist „Die Schule des Ungehorsams“. In ihr geht es darum, den Ungehorsam nicht zu glorifizieren, sondern zu kultivieren. In den ersten drei Jahren war diese in der Tabakfabrik in Linz vor Ort, mittlerweile ist sie mobil. Es gibt Vorträge und Diskussionen mit spannenden Menschen, die sich mit Ungehorsam beschäftigen.

Zu Haderers Werk zählen außerdem knapp 30 Bücher, die er seit 1987 entweder alleine oder gemeinsam mit Autoren wie Peter Turrini, Elfriede Hammerl oder Josef Hader veröffentlicht.

Auf große Kritik, insbesondere seitens der katholischen Kirche, stieß Haderer mit seinem Buch „Das Leben des Jesus“ (2002). In Griechenland wurde er deshalb wegen Blasphemie angeklagt und in seiner Abwesenheit im Jänner 2005 in erster Instanz zu sechs Monaten Haft verurteilt. Im April 2005 wurde er von einem Athener Berufungsgericht von allen Vorwürfen, die orthodoxe Religionsgemeinschaft mit seinem Buch beleidigt zu haben, freigesprochen.

Seit 10. November sind in der Ausstellung „Gerhard Haderer. Kosmos“ im Schlossmuseum Linz knapp 80 Werke des österreichischen Künstlers zu sehen.

Seine Ölbilder und Grafiken, vorrangig in Acryltusche auf Papier oder Karton ausgeführt, dokumentieren die vergangenen Jahre mit all ihren Höhepunkten, Widrigkeiten und Skandalen.

Herzstück der Ausstellung ist das Gemälde „Messias im Vatikan“, ein großformatiges Ölbild, 2014 entstanden, im barocken Goldrahmen präsentiert. Dieses Bild spiegelt Gerhard Haderers Art zu sagen:

© Gerhard Haderer

Bild rechts: Gerhard Haderer, Mein schönstes Urlaubsfoto, 2013 für den „stern“, Acryltusche auf Karton

Kultur

© Gerhard Haderer

Gerhard Haderer, Distanziertes Zusammenhalten, 2020 für „news“, Acryltusche und Farbstift auf Farbpapier; im Bild unten: Ausstellungsansicht im Schlossmuseum Linz

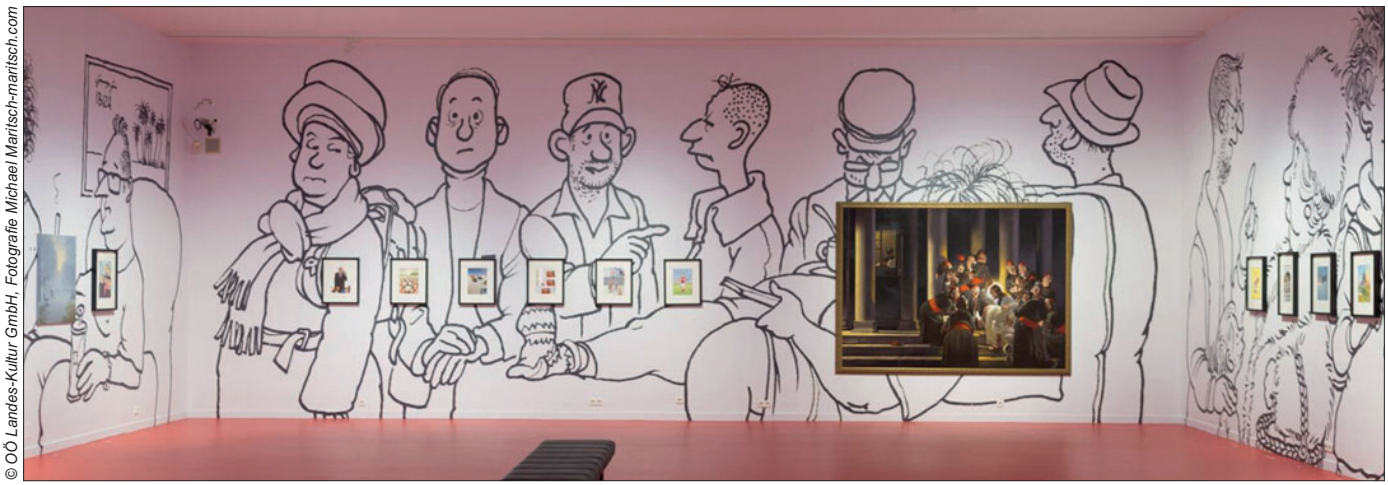
„Ich bin Fan von diesem Mann, aber mit der Kirche weiß ich nichts anzufangen.“ Mit Grafiken wie „Lottogewinner“ (2008 für das Magazin „trend“) und „Bravo, Franco Foda! Österreichs Nationalteam boykottiert die Fussball-WM in Katar!“ (2021 für „News“) zeigt Gerhard Haderer: „Ich bin Fußballfan, aber kein FIFA-Fan, für die Sache begeistere ich mich, aber die Institution ist mir suspekt. Ich bin auch dafür, daß Katar als Austragungsort der nächsten WM boykottiert wird, […]“, so Haderer.

Gnadenlos nimmt sich Haderer auch die Politik vor. Die Grafik „Flüchtlingskinder auf Lesbos werden von Ratten angeknabbert? Ach was!“ (2021/Projekt Courage) ist eigentlich eine ganz sanfte Zeichnung. Auf einer 360 m² großen Hauswand im Zentrum von Wien als Plakat inszeniert, auf einer Route, die der damalige Kanzler jeden Tag fahren mußte, sorgte sie dennoch für Aufregung. „Der Mann hat kein Herz, ist aber in unserem Land für die Sozialpolitik zuständig und sitzt an den Hebeln. Es war mir ein Bedürfnis das Bild zu plakatieren, weil es dringend notwendig war,“ sagt Haderer.

Der Gesellschaft hält er mit Werken wie „Mein schönstes Urlaubsfoto“ (2013für „stern“) oder „Selfie-Stick“ (2020, Öl auf Leinwand) wunderbar den Spiegel vor. Er zeigt die Abgründe in der Hoffnung, daß wir nicht hinabstürzen. Gerhard Haderer, ein zaudernder Menschenfreund, dessen Humor ihn davor bewahrt, zynisch zu werden – trotz allem und eben darum.

Auch in der Ausstellungsgestaltung wird dem bunten Haderer-Kosmos entsprochen. Die Wände sind von Gerhard Haderer gestaltet. Hier tummeln sich die Figuren aus den bekannten „Moff Heftln“, teils gelangweilt und desinteressiert in Anbetracht der Abgründe, die uns Gerhard Haderer mit seinen mit spitzer Feder gezeichneten Grafiken zeigt. Zur Ausstellung ist ein Katalog mit 156 Seiten erschienen, der im Online-Shop der OÖ Landes-Kultur GmbH zum Preis von 24,– € erhältlich ist. ■

https://www.ooekultur.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Haderer



© OÖ Landes-Kultur GmbH, Fotografie Michael Maritsch-maritsch.com

Mit Innenaufnahmen zu sehen auf https://www.oesterreichfotos.at

Das Augustiner Chorherrenstift Herzogenburg

Das Zisterzienserstift Heiligenkreuz

Das Stift Göttweig

Das Stift Zwettl

Das Kunsthistorische Museum Wien

Das Schloß Ambras bei Innsbruck

Das Zeughaus Graz

Das Technische Museum Wien

Alle Fotos: Michael Mössmer